

Beteiligungsbericht

Geschäftsjahr 2024

Impressum

Herausgeber: Die Landrätin des Kreises Soest
Beteiligungsmanagement
Hoher Weg 1-3
59494 Soest

www.kreis-soest.de

Redaktion: Peter Franken
Ralph Brinkmann

Stand: 31. August 2025

© Kreis Soest 2025

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	
Grundsätzliches	1
Abkürzungsverzeichnis	9
Übersicht I: Personen- und Kapitalgesellschaften (Grafik)	11
Übersicht II: Ausgewählte Vereine und Verbände (Grafik)	12
Übersicht III: Beteiligungsverhältnisse in Zahlen	13

Verkehr

‣ Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH	17
‣ Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH	27
‣ Westfälische Verkehrsgesellschaft GmbH	37
‣ Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe	45
‣ Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe	47
‣ Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH	49

Ver- und Entsorgung

‣ Lörmecke Wasserwerk GmbH	63
‣ Wasserverband Aabach-Talsperre	73
‣ Wasserverband Obere Lippe	81
‣ Eissport-, Verwaltungs- u. Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH	87
‣ MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH	95
‣ Interargem GmbH	105
‣ Entsorgungswirtschaft Soest GmbH	113
‣ Beteiligungsgesellschaft Soest mbH	121
‣ Börde Recycling GmbH	123
‣ Kreis- Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft eG	125
‣ Bau- und Wohnungsgenossenschaft Lippstadt eG	129
‣ Hellweg Radio Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	133

	Seite
<u>Wirtschafts- und Strukturförderung</u>	
‣ Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH	137
‣ DZM - Digitales Zentrum Mittelstand GmbH	145
‣ Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH	149
‣ Südwestfalen Agentur GmbH	161
‣ Sauerland-Tourismus e.V.	175
‣ Zweckverband Naturpark Arnsberger Wald	179
‣ Regionalagentur Hellweg - Hochsauerland e.V.	183
 <u>Gesundheit</u>	
‣ Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH	187
‣ Saline Bad Sassendorf GmbH	197
‣ Klinik Quellenhof GmbH	203
‣ Klinik am Hellweg GmbH	207
‣ Klinik Lindenplatz GmbH	211
‣ Gesundheitszentrum in Bad Waldliesborn GmbH	215
‣ Hellweg-Servicemanagement GmbH	221
 <u>Sonstige</u>	
‣ Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	229
‣ Zweckverband Südwestfalen-IT	231
‣ SIT GmbH	239
‣ Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland	243
‣ Stiftung zur Förderung von Bildung, Wissenschaft und Technologie im Kreis Soest	245
‣ AöR Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Westfalen	247
 Finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt	 255
Bürgschaften des Kreises Soest	257

Vorwort

Der Beteiligungsbericht Kreis Soest wird jährlich fortlaufend verfasst und wendet sich vor allem an die Mitglieder des Kreistages sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger des Kreises Soest.

Das Beteiligungsportfolio des Kreises Soest wird auch für das Geschäftsjahr 2024 in bewährter Form strukturiert und transparent nach unseren vier politischen Handlungsfeldern dargestellt:

- Verkehr,
- Ver- und Entsorgung,
- Wirtschaftsförderung,
- Gesundheit.

Weitere Beteiligungen werden unter dem Punkt „Sonstige“ zusammengefasst.



Es wird ein umfassender Einblick in die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Kreises Soest mit allen wesentlichen Informationen gegeben. Die Pflichtbestandteile des Berichtes werden ergänzt um die Darstellung der „Beteiligungen im weiteren Sinne“, zu denen neben privatrechtlichen Personen- und Kapitalgesellschaften auch eine sinnvolle Auswahl eingetragener Vereine sowie Zweck- und Wasserverbände gezählt werden.

Die gesellschaftlichen Herausforderungen in den letzten Jahren (Corona-Pandemie, Krieg in Europa, Kostensteigerungen, Fachkräftemangel) belasteten und belasten gerade unsere Unternehmen der Daseinsvorsorge. Hier bewährt sich unser ausbalanciertes Beteiligungsportfolio mit robusten Gesellschaften, die auch unter schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin ihren Aufgaben der Daseinsvorsorge nachkommen.

Das Beteiligungsportfolio Kreis Soest wurde in den zurückliegenden Jahren konsequent um nicht mehr notwendige (mittelbare) Beteiligungen bereinigt und strategisch auf wichtige Zukunftsthemen ausgerichtet:

- Die Finanzierung der jährlich notwendigen Investitionen und Betriebskosten unserer Verkehrsinfrastruktur mit ÖPNV (RLG), Eisenbahngüterverkehr (WLE) und Flughafenstandort (PAD) bleibt eine Herausforderung. Die Flughafen-Sanierung war erfolgreich. Kernelement eines Mobilitätskonzeptes für den ländlichen Raum ist die Anbindung an überregionale Verkehrsflüsse unter weiterem Ausbau eines leistungsstarken Nahverkehrssystems (Zweckverbände ZRL / NWL).
- Der Klimawandel und die extremen Wetterereignisse der letzten Jahre, von denen auch der Kreis Soest betroffen war, bekräftigen uns darin, die Sicherung der Trinkwasserversorgung (Lörmecke Wasserwerk, Wasserverband Aabach-Talsperre) wie auch den Hochwasser- und Gewässerschutz (Renaturierungsprojekte / Wasserverband Obere Lippe) als selbstverständliche Pflichtaufgaben fortzuführen.

- Das Abfallwirtschaftskonzept für den Kreis Soest wird in einer Beteiligungsstruktur umgesetzt, die mit Remondis einen privaten Entsorger einbindet. Der Kreis Soest kann hier über die EVB und ESG mit ihren Beteiligungsgesellschaften auf verschiedene Entsorgungsanlagen zurückgreifen (Abfallwirtschaftszentren, Deponiestandorte, Kompostwerk, Sortieranlage, Müllverbrennungsanlagen in Hamm und Bielefeld) und die Entsorgungssicherheit gewährleisten.
- Im Sinne einer vernetzten, nachhaltigen Wirtschafts- und Strukturförderung für den Kreis Soest in Südwestfalen nutzen wir die Expertise entsprechender Beteiligungen (wfg Wirtschaftsförderung Kreis Soest, TKG Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen, Südwestfalen Agentur). Einige Beispiele für nachhaltige Projekte unter interkommunaler Zusammenarbeit sind der Glasfaser- und Mobilfunkausbau, die Förderung des Innovationsmanagements, die Digitalisierung von Geschäftsmodellen und Produktionsabläufen mittelständischer Unternehmen wie Verwaltungsdienstleistungen, Initiativen zur Fachkräftesicherung, REGIONALE 2025 oder die Sicherung der ärztlichen Grundversorgung.
- Unseren wertvollen Status als NRW-Gesundheitsregion erhalten wir über erhebliche Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur unter Entwicklung neuer medizinischer Indikationen innerhalb der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH. Diese fokussiert sich nach strukturellen Bereinigungen auf die Weiterentwicklung der Reha-Kliniken am Standort Bad Sassendorf und des Gesundheitszentrums in Bad Waldliesborn.
- Auch in der für uns als kommunale Verwaltung in Zukunft noch zentraler werdenden Aus- und Fortbildung sowie Digitalisierung / IT verfolgen wir mit den Zweckverbänden Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland und Südwestfalen-IT konsequent interkommunale Ansätze.

Wir agieren somit in einer außergewöhnlichen Krisenlage weiterhin nachhaltig innerhalb unseres Beteiligungsportfolios durch konsequentes Ausrichten auf Zukunftsthemen und Handlungsfelder unter Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern im Kreisgebiet und Südwestfalen.

Da dies mein letzter Beteiligungsbericht in meiner Funktion als Landrätin sein wird, möchte ich mich abschließend bei den Beschäftigten, den Geschäftsführungen, sowie Aufsichtsorganen der Beteiligungsgesellschaften für die engagierte Arbeit, den Arbeitseinsatz und die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Sie leisten einen entscheidenden Betrag im Bereich der Daseinsvorsorge im Kreis Soest.

Den interessierten Leserinnen und Lesern wünsche ich eine aufschlussreiche Einsichtnahme in die Zahlen, Daten und Fakten der Beteiligungen des Kreises Soest.



Eva Irrgang
Landrätin

Grundsätzliches

1. Rechtliche Bestimmungen

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kreise in Nordrhein-Westfalen gelten gemäß § 53 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) die Vorschriften des 8.-12. Teils der **Gemeindeordnung**, soweit in der Kreisordnung keine andere Regelung getroffen ist.

Für den Kreis Soest ist - unter Befreiung von der Aufstellung eines Gesamtabchlusses - gemäß § 117 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) ein **Beteiligungsbericht** zu erstellen, der Informationen enthält über Beteiligungsverhältnisse, Jahresergebnisse, Verbindlichkeiten und Eigenkapitalentwicklung sowie Leistungsbeziehungen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Kreistagsbeschluss in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

Die **Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde** ist in § 107 GO NRW ausdrücklich geregelt.

§ 107 Abs. 1 Satz 3 GO NRW definiert: "Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte."

Die Gemeinde darf sich nach § 107 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Per Ausschlussprinzip zählt § 107 Abs. 2 GO NRW auf, was im Sinne der Gemeindeordnung nicht als wirtschaftliche Betätigung gilt:

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung und Kultur
 - Sport oder Erholung
 - Gesundheits- oder Sozialwesen
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrs- oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden oder Gemeindeverbänden dienen.

Durch die Bindung an den öffentlichen Zweck wird die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde auf die ihr auch tatsächlich obliegenden Aufgaben beschränkt. Das allgemeine Rechtsstaatsprinzip, wonach alle staatliche Tätigkeit auf das Gemeinwohl als Staatszweck

begrenzt ist, wird auch in § 1 KrO NRW widergespiegelt, nachdem die Kreise verpflichtet sind, ihr Gebiet zum Besten ihrer Einwohner zu verwalten.

Der **öffentliche Zweck** vieler Beteiligungen des Kreises Soest ergibt sich direkt aus dem Gegenstand des jeweiligen Unternehmens, wie zum Beispiel die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe und die Gesellschaften zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Kreis Soest. Zudem ist in einigen Gesellschaftsverträgen verankert, dass die Gesellschaft ausschließlich gemeinnützige Zwecke und nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke verfolgt.

Die Verpflichtung zur Betätigung in einem angemessenen Verhältnis zu der **Leistungsfähigkeit** ist neben dem § 107 Abs. 1 GO NRW auch in § 6 Abs. 1 KrO NRW hinterlegt. Demnach dürfen sich die Kreise nur an Einrichtungen beteiligen oder solche gründen, wenn man sich innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit bewegt und die Einrichtungen für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind. Sollte die Leistungsfähigkeit nicht gegeben sein, obliegt es dem Kreis, anstelle der Unterlassung der beabsichtigten Betätigung ein Drittunternehmen zu beauftragen oder eine Anpassung der Leistungsfähigkeit des eigenen Unternehmens an die steigenden Anforderungen zu prüfen.

Die Zulässigkeit einer wirtschaftlichen und einer nichtwirtschaftlichen Betätigung wird weiter durch die § 107 Abs. 3 und 4 GO NRW beschränkt. Demnach ist unter anderem die wirtschaftliche **Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes** nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Vor der Entscheidung über die Gründung oder die Beteiligung an einem Unternehmen (im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW) ist eine **Marktanalyse** einzuholen (§ 107 Abs. 5 GO NRW).

§ 108 Abs. 1 GO NRW grenzt die ausgeführten Bestimmungen des § 107 GO NRW weiter ein, indem die **Voraussetzungen** definiert werden, unter denen sich Gemeinden - und gleichermaßen auch Kreise - an Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligen oder diese gründen dürfen.

Diese Voraussetzungen sind geschaffen, wenn

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die bereits zuvor genannten Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 GO NRW gegeben sind,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) ein wichtiges Interesse des Kreises an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung des Kreises auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Kreises steht,
5. der Kreis sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. der Kreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der

Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden,

9. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO NRW im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung des Kreises auf den Anteil des Kreises bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist.

Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf der Kreis für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i.S.v. § 87 GO NRW leisten.

Darüber hinaus darf ein Unternehmen oder eine Einrichtung in der Rechtsform einer GmbH nur gegründet werden bzw. darf eine Beteiligung nur erfolgen, wenn durch den Gesellschaftsvertrag sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung über den Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen, den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer entscheidet (§ 108 Abs. 4 Nr. 1 GO NRW) und der Kreistag den entsandten Mitgliedern eines fakultativen Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann (§ 108 Abs. 4 Nr. 2 GO NRW).

Unternehmen und Einrichtungen sind nach § 109 GO NRW so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Soweit der öffentliche Zweck nicht beeinträchtigt wird, sollen Unternehmen einen Ertrag für den Kreishaushalt abwerfen, der außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet.

Gemäß § 26 Abs. 1 KrO NRW beschließt ausschließlich der Kreistag über eine erstmalige Beteiligung, eine Erhöhung oder Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in privater Rechtsform sowie die Umwandlung der Rechtsform von Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist.

Die Vertreter der Kreise in Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen wie Beiräten, Ausschüssen, Vorständen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten und ähnlichen Organen haben gemäß § 26 KrO NRW und § 113 GO NRW die Interessen des Kreises zu verfolgen. Sie werden vom Kreistag bestellt oder vorgeschlagen und sind an die Beschlüsse des Kreistages oder seiner Ausschüsse gebunden, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Die Vertreter des Kreises haben den Kreistag über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten, sofern durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Ist mehr als ein Vertreter zu benennen, muss der Landrat bzw. die Landrätin oder ein von ihm bzw. ihr vorgeschlagener Beamter oder Angestellter des Kreises dazuzählen. Die Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Kreistages jederzeit niederzulegen.

2. Zum Inhalt

Der Beteiligungsbericht Kreis Soest wird seit 1995 fortgeschrieben und umfasst pflichtgemäß die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Kreises Soest an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts. Darüber hinaus wird eine zweckmäßige Auswahl von „Beteiligungen im weiteren Sinne“ in Form von eingetragenen Vereinen und Zweckverbänden in weniger ausführlicher Form dargestellt.

Die Informationen über die Beteiligungen basieren insbesondere auf den Jahresabschlüssen und Prüfberichten des Geschäftsjahres. Den Einzeldarstellungen vorangestellt sind zwei Organigramme und ein Datenblatt, anhand derer sich die Verflechtungen der Beteiligungen übersichtlich ablesen lassen.

In gewohnter Form wurden die Beteiligungen nicht nach der Gesellschaftsform, sondern nach politischen Handlungsfeldern - und somit am öffentlichen Zweck orientiert - strukturiert. Da die mittelbaren Beteiligungen weitgehend denselben rechtlichen Bestimmungen unterliegen wie die unmittelbaren, werden diese nicht gesondert, sondern ebenfalls in den entsprechenden Handlungsfeldern geführt.

Die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen werden – soweit sinnvoll und möglich - jeweils mit drei Vorjahresdaten ausgewiesen, um strukturelle Entwicklungen über mehrere Jahre erkennen zu können.

Der Stand der vom Kreis Soest gegenüber seinen Beteiligungen übernommenen Bürgschaften wird in einer Übersicht per 31.12. des Geschäftsjahres ausgewiesen.

3. Überblick über die Beteiligungen

Der Kreis Soest war im Berichtsjahr unmittelbar an 15 und mittelbar an 16 Personen- oder Kapitalgesellschaften beteiligt.

Diese 31 Personen- und Kapitalgesellschaften werden gemeinsam mit den 7 Zweck- und Wasserverbänden, den 2 ausgewählten eingetragenen Vereinen und der Stiftung BWT unter dem Begriff "Beteiligungen" zusammengefasst (in Summe 41) und in den Übersichten des vorliegenden Berichtes dargestellt.

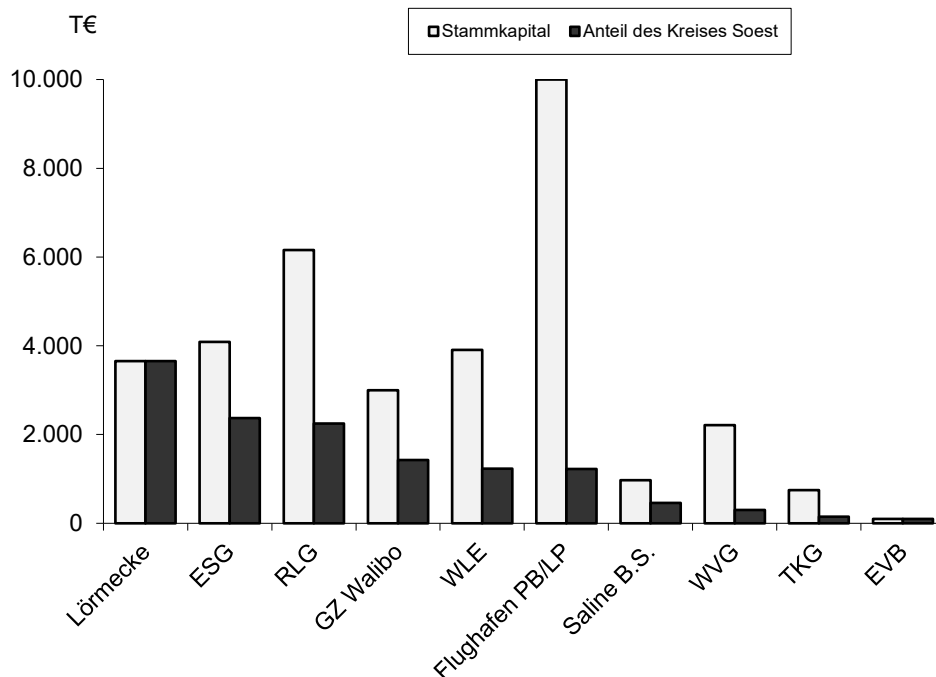
Die Stammkapitalanteile des Kreises Soest an den unmittelbaren Beteiligungen im engeren Sinne (Gesellschaften mbH, GmbH & Co. KG, eingetragene Genossenschaften und AöR) betragen 8,9 Mio. €.

Die rechnerisch ermittelten Anteile an den mittelbaren Beteiligungen (fast ausschließlich GmbHs) liegen bei 4,9 Mio. €.

Vereine und Verbände sind dabei nicht berücksichtigt.

Einen Überblick über wesentliche Beteiligungen mit einem Stammkapitalanteil ab 100 T€ gibt nachfolgende Aufstellung - geordnet nach der Höhe des Stammkapitalanteils des Kreises.

Beteiligungen des Kreises Soest mit einem Stammkapitalanteil von mindestens 100 T€



Eine Addition der Jahresergebnisse der Beteiligungsgesellschaften ist nicht aussagefähig, da in den meisten ausgewiesenen und testierten Jahresergebnissen die Verlustausgleiche und Zuschüsse des Kreises Soest (und weiterer Gesellschafter) bereits enthalten sind. Aufschluss über den wirtschaftlichen Erfolg kann in diesen Fällen nur eine Einzelbetrachtung der jeweiligen Gesellschaft geben.

Tendenziell kann für die Verkehrsgesellschaften festgehalten werden, dass deren Jahresergebnisse aus dem originären Verkehrsgeschäft aufgrund der Aufgabenstellung defizitär sind und sie finanziell unterstützt werden müssen.

Die Rahmenbedingungen im Bereich Ver- und Entsorgung ermöglichen es den Beteiligungen hier wirtschaftlich zu arbeiten.

Die Gesellschaften im Bereich Wirtschafts- und Strukturförderung werden aufgabenbedingt auch in Zukunft nicht ohne Zuschüsse auskommen können.

Im Bereich Gesundheit haben alle der Westfälischen Gesundheitszentrum Holding GmbH angeschlossenen Kliniken, Gesundheitszentren, Bäder und sonstigen Einrichtungen bleibend mit schwierigen Rahmenbedingungen zu kämpfen. Es werden in allen Holding-Gesellschaften grundsätzlich ausgeglichene Jahresergebnisse angestrebt. Es erfolgen seit Gründung keine Zuschüsse der ausschließlich kommunalen Gesellschafter für das operative Geschäft.

Die finanziellen Auswirkungen der Beteiligungen auf den Kreishaushalt werden am Ende des vorliegenden Beteiligungsberichtes in einer zusammenfassenden Übersicht dargestellt.

4. Erläuterungen zu den Kennzahlen

Für die Beteiligungen des Kreises Soest ab 100 T€ Anteil am Stammkapital werden in den Einzeldarstellungen Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt.

Ein Vergleich der Kennzahlen ist im Vorjahresvergleich aussagekräftiger als im Vergleich zu anderen, insbesondere branchenfremden Unternehmen, da spezifische Gegebenheiten unterschiedliche Anforderungen an die Vermögensstrukturen nach Art und Höhe stellen.

Die meisten dargestellten Kennzahlen stützen sich auf die Bilanzdaten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Bilanz eine stichtagsbezogene Aufstellung ist (hier ausschließlich jeweils zum 31.12.) und somit als Momentaufnahme zu betrachten ist.

Bei den Kennzahlen zur Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass bei einigen der dargestellten Gesellschaften schon allein aus dem beurkundeten Gesellschaftszweck heraus keine Gewinnerzielungsabsicht vorliegt (vgl. S. 1 ff.). Eine Rentabilität wird dennoch zur Information ausgewiesen, sofern sich ein positiver Quotient ergibt.

Anlagendeckung I	$\text{bilanzielles Eigenkapital} / \text{Anlagevermögen} \times 100$ Die „Goldene Bilanzregel“ besagt, dass langfristig gebundenes Vermögen (siehe vor allem die Infrastruktur der Verkehrsbetriebe) möglichst mit langfristigem Kapital finanziert sein sollte. Eine hohe Anlagendeckung gilt als Maßstab für eine solide Finanzierung des Unternehmens.
Anlagenintensität	$\text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} \times 100$ Je höher der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (am Gesamtvermögen) ist, desto geringer fällt die Liquidität des Unternehmens aus. Das dem Unternehmen dauerhaft zur Verfügung stehende Anlagevermögen bindet nämlich langfristig Kapital, das hohe Fixkosten (Zinsaufwand auf Fremdkapital und Abschreibungen) verursacht. Dadurch ergeben sich bei nicht voll ausgelasteten Kapazitäten starke finanzielle Belastungen. → Umlaufintensität
Eigenkapitalquote	$\text{bilanzielles Eigenkapital} / \text{Bilanzsumme} \times 100$ Liefert eine Aussage zum Status der Verschuldung; eine hohe Eigenkapitalquote deutet auf Solidität und Stabilität hin, da das Eigenkapital nicht mit Zins- und Tilgungsverpflichtungen belastet ist und als Haftungskapital bzw. Mittel zur Langzeitfinanzierung vorhanden ist.
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss [-fehlbetrag]} + \text{EE-Steuer})}{\text{bilanzielles Eigenkapital}} \times 100$ Verzinsung des von den Gesellschaftern eingebrachten Kapitals sowie des erwirtschafteten und thesaurierten Gewinns; dient langfristig als Anhaltspunkt zur Beurteilung der Rechtfertigung des Kapitaleinsatzes im Vergleich zum Kapitalmarktzins.

Fremdkapitalquote	$\frac{(\text{Verbindlichkeiten, Rückstellungen, passive RAP})}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$ Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital; liefert eine Aussage zum Status der Verschuldung; → Eigenkapitalquote; eine niedrige Fremdkapitalquote bedeutet geringere Abhängigkeit von externen Geldgebern (Banken, Investoren) und bessere Möglichkeiten zur Erlangung von Krediten.
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss [-fehlbetrag]} + \text{EE-Steuern} + \text{Zinsaufwand})}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$ zeigt die Verzinsung des gesamten im Unternehmen eingesetzten Kapitals an.
Rentabilität	Prozentuales Verhältnis des in einer Periode erzielten Gewinnes zum eingesetzten Kapital: der Gewinn wird als Verzinsung des eingesetzten Kapitals betrachtet.
Umlaufintensität	$\frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$ Arbeitsintensität; bildet mit der → Anlagenintensität nahezu 100% der Bilanzsumme (Rest: Rechnungsabgrenzungsposten).
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit}}{\text{Umsatz}} \times 100$ Verhältnis der Erfolgsgröße Ergebnis zur Verursachungsgröße Umsatz; dient der Beurteilung der Ertragskraft.

5. Zusammenhang: Bilanz / Gewinn- und Verlustrechnung

Jedes Unternehmen verfolgt betriebswirtschaftlich eine Maximierung von Rentabilität und Liquidität. Aufgrund der zuvor genannten, ungünstigen Rahmenbedingungen ergibt sich für kommunale Unternehmen in der Regel mangels Gewinnerzielungsmöglichkeit keine positive Rentabilität. Trotz einer sich immer weiter öffnenden Umsatz-Kosten-Schere wird aber nach Möglichkeit zumindest ein positives Betriebsergebnis geplant. Das Vorhalten der Infrastruktur (Abschreibungen und Zinsen) führt allerdings regelmäßig zu einem Jahresfehlbetrag. Nur Ausgleichszahlungen der kommunalen Gesellschafter sorgen dauerhaft für einen Erhalt des Eigenkapitals bei ausreichender Liquidität der Unternehmen.

Nachfolgende Grafiken zeigen die Struktur der klassischen Jahresabschluss-Instrumente und verdeutlichen die Zusammenhänge schematisch, so wie sie auch nachfolgend für die einzelnen Beteiligungen gezeigt und erläutert werden.

Das Beteiligungsmanagement unterstützt den Kreistag zu Beginn einer neuen Wahlperiode durch den Workshop „Jahresabschlüsse lesen und Controlling verstehen“ und steht den Gremienvertretern laufend für betriebswirtschaftliche Erläuterungen zur Verfügung.

Bilanz

Investitionen		Finanzierung	
Aktiva		Passiva	
Immaterielle VG	Mittelverwendung	Gezeichnetes Kapital	Rentabilität
Sachanlagen		Kapitalrücklage	
Finanzanlagen		Gewinn / Verlust	
ANLAGEVERMÖGEN		EIGENKAPITAL	
Vorräte	Mittelherkunft	Rückstellungen	
Forderungen LuL		Verbindlichkeiten LuL	
Kasse, Bankguthaben		Verb. Bankdarlehen	
UMLAUFVERMÖGEN		FREMDKAPITAL	
RAP		RAP	
SUMME AKTIVA	€	SUMME PASSIVA	€

VG = Vermögensgegenstände; LuL = Lieferung und Leistung; RAP = Rechnungsabgrenzungsposten
Gewinn / Verlust = Gewinn-/Verlustvortrag aus Vorjahren und Jahresüberschuss/-fehlbetrag aus Geschäftsjahr

Gewinn- und Verlustrechnung

- + Umsatzerlöse
- + Sonstige betriebliche Erträge
- Materialaufwand
- Personalaufwand
- = **BETRIEBSERGEBNIS**

- Abschreibungen
- Sonst. betriebliche Aufwendungen
- + Erträge aus Beteiligungen
- + Zinsen und ähnliche Erträge
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen
- = **ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT**

- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
- Sonstige Steuern
- = **JAHRESÜBERSCHUSS / -FEHLBETRAG**



Ziel:
Betriebsergebnis > 0

Verlustrückgleich für
Vorhalten der Infrastruktur
(insb. Abschreibungen und Zinsen)

Renta-
bilität

Abkürzungsverzeichnis

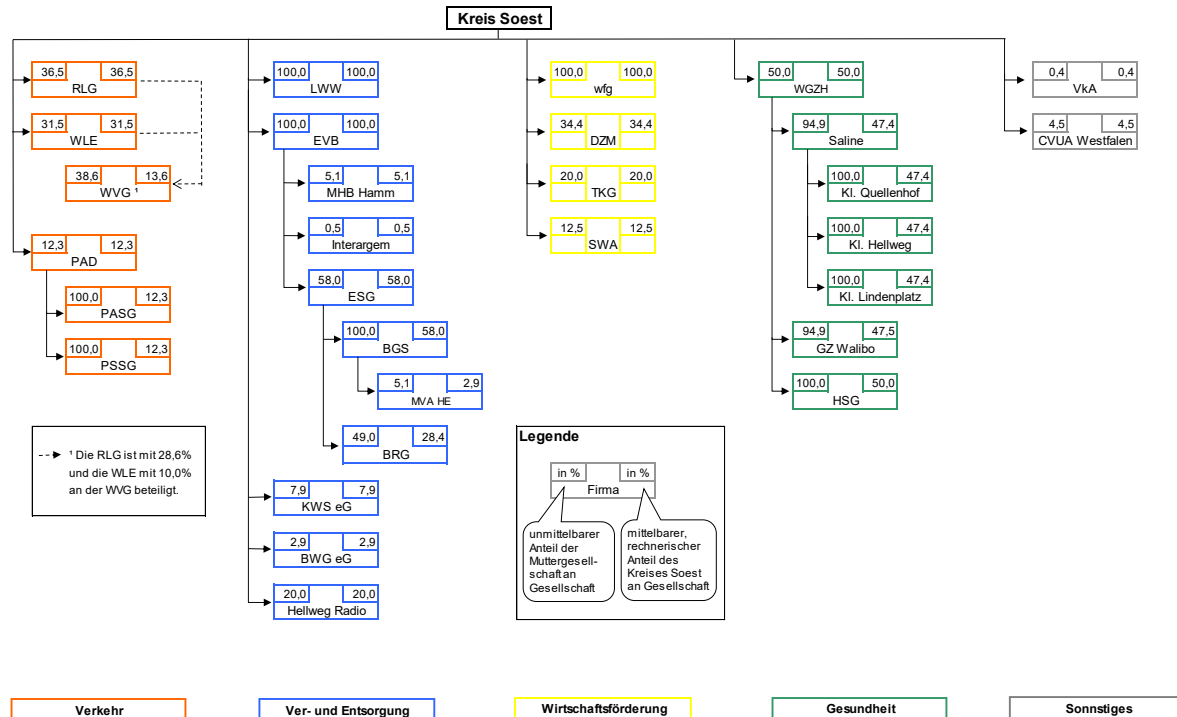
Abs.	Absatz
AfA	Absetzung für Abnutzung (Abschreibungen)
AktG	Aktiengesetz
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BGSW	Berufsgenossenschaftliche Stationäre Weiterbehandlung
DRG	Diagnosis Related Groups (Abrechnung nach Fallpauschalen)
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DSD	Duales System Deutschland
e.G.	eingetragene Genossenschaft
e.V.	eingetragener Verein
EE-Steuern	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
EuGH	Europäischer Gerichtshof
ff.	fortfolgende
gem.	gemäß
GF	Geschäftsführer
GkG	Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit
GKV	Gesetzliche Krankenversicherungen
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung [Kapitalgesellschaft; die Gesellschafter haften nur mit ihrer Kapitaleinlage]
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HSK	Hochsauerlandkreis
i.L.	in Liquidation [Gesellschaft befindet sich aktuell im Liquidationsprozess]
inkl.	inklusive
KG	Kommanditgesellschaft [Personengesellschaft; der Komplementär haftet mit seinem Privatvermögen, der (die) Kommanditist(en) mit der (den) geleisteten Einlage(n) - eine Vollstreckung ins Privatvermögen ist nicht möglich]
Kl.	Klinik
KrO NRW	Kreisordnung Nordrhein-Westfalen
KT-Abg.	Kreistagsabgeordnete/r
MVA	Müllverbrennungsanlage
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
o.g.	oben genannte(n)
ÖDA (ÖDLA)	Öffentlicher Dienstleistungsauftrag
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW
rd.	rund
SB	Sachkundige/r Bürger/in
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
Stellv.	Stellvertreter/in
t	Tonnen
T€	Tausend Euro
Tsd.	Tausend
u.a.	unter anderem
Verm.geg.	Vermögensgegenstände
Vj.	Vorjahr
Vors.	Vorsitzende/r

Gesellschaften und Einrichtungen

BIOWEST	Biologische Abfallbehandlung Westfalen GmbH, Ennigerloh
BGS	Beteiligungsgesellschaft Soest mbH
BRG	BÖRDE Recycling GmbH
BWG	Bau- und Wohnungsgenossenschaft eG
CARTEC	CARTEC Technologie- und EntwicklungsCentrum Lippstadt GmbH
CVUA	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Westfalen
DSBG	Deutsche Sportstättenbetriebs- und Planungsgesellschaft mbH & Co. KG
DZM	Digitales Zentrum Mittelstand GmbH, Lippstadt
ECOWEST	ECOWEST Entsorgungsverbund Westfalen GmbH, Enningerloh
EDG	Entsorgung Dortmund GmbH
ESG	Entsorgungswirtschaft Soest GmbH
EVB	Eissport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest GmbH
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, Herne
GWS	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung mbH, Werl
GZ Walibo	Gesundheitszentrum in Bad Waldliesborn GmbH
HEG	Hellweg Energiemanagement GmbH
HSG	Hellweg Servicemanagement GmbH
HST	Hellweg-Sole-Thermen-Betriebsgesellschaft mbH
KDVZ	Kommunale Datenverarbeitungszentrale
KEB	Kommunale Energie-Beteiligungsgesellschaft
KFE	Kompetenzzentrum Fahrzeug Elektronik GmbH
KonWerl	KonWerl Zentrum GmbH, Werl
KWS	Kreis- Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft eG
LWW	Lörmecke-Wasserwerk GmbH
MHB	MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH, Hamm
MVA HE	MVA Hamm Eigentümer GmbH, Hamm
NAW	Naturpark Arnsberger Wald
NWL	Zweckverband Nahverkehr-Westfalen-Lippe
PAD	Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH
PASG	PAD Airport Services GmbH
PSSG	PAD Security Services GmbH
RLG	Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH
RVM	Regionalverkehr Münsterland GmbH
Saline	Saline Bad Sassendorf GmbH
Solb.	Solbad
Westernk.	Westernkotten GmbH
SIT	Südwestfalen-IT
SWF	Südwestfalen Agentur GmbH, Olpe
TKG	Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH
TuK	Tagungs- und Kongreßzentrum Bad Sassendorf GmbH
TWS	Technologie- und Wissenstransfer im Kreis Soest e.V.
VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
VKU	Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
wfg	Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH
WGZH	Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH
WLE	Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH
WLV	Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Münster
WOL	Wasserverband Obere Lippe
WVA	Wasserverband Aabach-Talsperre
WVG	Westfälische Verkehrsgesellschaft GmbH
ZRL	Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe

Grafische Übersicht über die Beteiligungsverhältnisse: Personen- und Kapitalgesellschaften

Stand: 31.12.2024



Wesentliche Portfoliobereinigungen aus Vorjahren

Die RLG-Verkehrsdienst GmbH wurde zum 01.09.2017 auf die RLG GmbH verschmolzen, die WLE-Spedition GmbH wurde mit Ablauf des Sperrjahrs am 16.01.2018 aufgelöst.

Die EVB ist mit 0,5% an der Interargem GmbH beteiligt und hält damit neben den Anteilen an der neu-strukturierten MVA Hamm ebenfalls mittelbar Anteile an der MVA Bielefeld. Die EVB-Beteiligung an der ESG mit ihren Töchtern BGS und BRG bleibt bestehen.

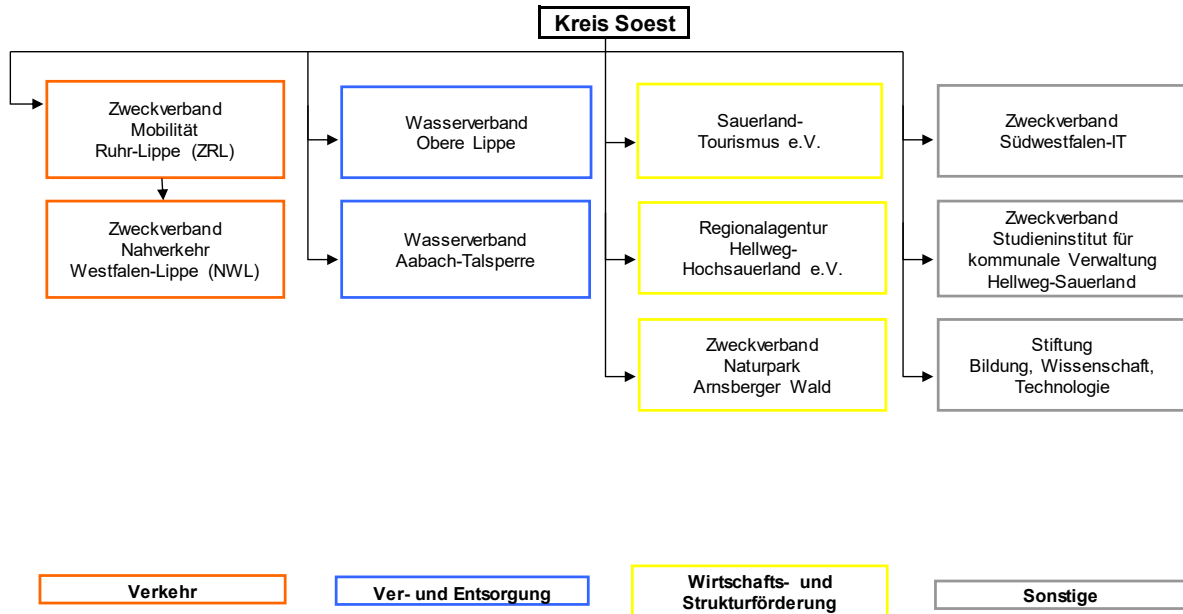
Die KonWerl GmbH ist aufgelöst.

Die CARTEC GmbH ist nach Austritt der privaten Gesellschafter 2018 in die DZM - Digitales Zentrum Mittelstand GmbH „transformiert“ worden. Alle Kommunen im Kreis Soest waren mit Gründung an der GmbH beteiligt. Der Geschäftsanteil Kreis Soest beträgt 34,4%. Die KFE-Beteiligung wurde 2019 an die Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH übertragen.

Die WGZH-Anteile an der Tagungs- und Kongreßzentrum GmbH und der Thermalbad GmbH in Bad Sassendorf wurden 2017 vollständig an die Gemeinde bzw. Gemeindewerke verkauft und übertragen. Die Solbad Westernkotten GmbH mit ihrer Tochter HST wurde in 2018 an eine lokale, private Investorengruppe verkauft, die das Bad nun eigenständig weiter betreibt. Die HEG wurde, da nicht mehr notwendig, in 2019 aufgelöst.

Grafische Übersicht über die Beteiligungsverhältnisse: Ausgewählte Vereine und Verbände, Stiftung

Stand: 31.12.2024



Gemeinsam mit der Kommunalen Datenzentrale Westfalen-Süd in Siegen (KDZ) hat die KDVZ Citkomm einen gemeinsamen Zweckverband unter der Bezeichnung „Südwestfalen-IT“ im März 2013 gegründet. Die erste Stufe des Zusammenschlusses wurde in 2016 abgeschlossen. Ende des Jahres 2017 haben die Gremien eine vollständige Eingliederung der beiden Zweckverbände in die Südwestfalen-IT zum 01.01.2018 beschlossen.

Stand: 31.12.2024

¹ Eissport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest GmbH

Überleitung von den unmittelbaren zu den mittelbaren Beteiligungen

Stammkapital		Anteil des Kreises Soest		unmittelbare Beteiligung		Anteil des Kreises Soest an der unmittelbaren Bet.		erste mittelbare Beteiligung		Anteil der unmittelbaren Bet. an der 1. mittelbaren Bet.		zweite mittelbare Beteiligung		Anteil der 1. mittelbaren Bet. an der 2. mittelbaren Bet.		dritte mittelbare Beteiligung		Anteil der 2. mittelbaren Bet. an der 3. mittelbaren Bet.	
		in €	in %			in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %				
Verkehr																			
Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG)	6.161.100	36,5%	2.249.850	36,5%															
Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH (WLE)	3.907.190	31,5%	1.229.960	31,5%															
Westfälische Verkehrsgesellschaft GmbH (WVG)	2.214.500	13,6%	300.748	13,6%	RLG	36,5%	2.249.850	WVG	28,6%	632.710									
	2.214.500	10,4%	231.037	10,4%	WLE	31,5%	1.229.960	WVG	10,0%	221.450									
Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH	10.000.000	12,3%	1.225.500	12,3%	PAD	12,3%	1.225.500	PASG	100,0%	25.000									
PAD Airport Services GmbH	25.000	12,3%	3.064	12,3%	PAD	12,3%	1.225.500	PSSG	100,0%	25.000									
Westphalian Ground Services GmbH	25.000	12,3%	3.064	12,3%															
Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (ZRL)																			
Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL)																			
Ver- und Entsorgung																			
Lörsche-Wasserwerk GmbH	3.653.000	100,0%	3.653.000	100,0%															
EVB	102.300	100,0%	102.300	100,0%															
MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH	511.292	5,05%	25.820	5,05%	EVB	100,0%	102.300	MHB Interargem	5,05%	25.820									
Interargem GmbH	2.200.000	0,50%	11.000	0,50%	EVB	100,0%	102.300		0,50%	11.000									
Entsorgungswirtschaft Soest GmbH (ESG)	4.090.400	58,0%	2.372.400	58,0%	EVB	100,0%	102.300	ESG	58,0%	2.372.400									
BGS Beteiligungsgesellschaft Soest mbH	130.000	58,0%	75.400	58,0%	EVB	100,0%	102.300	ESG	58,0%	2.372.400	BGS	100,0%	130.000						
MVA Hamm Eigentümer GmbH (MVA HE)	5.150.000	2,9%	150.844	2,9%	EVB	100,0%	102.300	ESG	58,0%	2.372.400	BGS	100,0%	130.000						
Börde Recycling GmbH (BRG)	100.000	28,4%	28.420	28,4%	EVB	100,0%	102.300	ESG	58,0%	2.372.400	BRG	49,0%	49.000						
Hellweg Radio Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	255.646	20,0%	51.129	20,0%															
Kreis- Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft eG	1.231.360	7,9%	97.500	7,9%															
Bau- und Wohnungsgenossenschaft Lippstadt eG	616.734	2,9%	18.000	2,9%															
Wasserverband Obere Lippe																			
Wasserverband Aachsch-Talsperre																			
Wirtschafts- und Strukturförderung																			
Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH (wfg)	25.000	100,0%	25.000	100,0%															
Digitales Zentrum Mittelstand GmbH (DZM)	61.360	34,4%	21.086	34,4%															
Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH (TKG)	750.000	20,0%	150.000	20,0%															
Südwestfalen Agentur GmbH (SWA)	40.000	12,5%	5.000	12,5%															
Sauerland-Tourismus e.V.																			
Regionalagentur Hellweg-Hochsauerland e.V.																			
Zweckverband „Naturpark Ansberger Wald“																			
Gesundheit																			
Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH (WGZ)	100.000	50,0%	50.000	50,0%															
Saline Bad Sassendorf GmbH Moor- und Solebad (Saline)	971.500	47,4%	460.975	47,4%	WGZ	50,0%	50.000	Saline	94,9%	921.950									
Klinik Quellenhof GmbH	50.000	47,4%	23.725	47,4%	WGZ	50,0%	50.000	Saline	94,9%	921.950	Quellenhof	100,0%	50.000						
Klinik am Hellweg GmbH	50.000	47,4%	23.725	47,4%	WGZ	50,0%	50.000	Saline	94,9%	921.950	Hellweg	100,0%	50.000						
Klinik Linderplatz GmbH	50.000	47,4%	23.725	47,4%	WGZ	50,0%	50.000	Saline	94,9%	921.950	Linderplatz	100,0%	50.000						
Gesundheitszentrum in Bad Wadlèsborn GmbH (GZ B. Walbo)	3.000.000	47,5%	1.423.500	47,5%	WGZ	50,0%	50.000	GZ B. Walbo	94,9%	2.847.000									
Hellweg Servicemanagementgesellschaft mbH (HSG)	25.000	50,0%	12.500	50,0%	WGZ	50,0%	50.000	HSG	100,0%	25.000									
Sonstige																			
Verband der kommunalen RWE-Aktione GmbH (VKA)	127.823	0,4%	511	0,4%															
Zweckverband „Südwestfalen-IT“ (SIT)	250.000																		
SIT GmbH																			
Zweckverband „Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland“																			
Stiftung Bildung, Wissenschaft, Technologie (BWT)																			
AöR CVUA Westfalen	220.000	4,5%	10.000	4,5%															

¹ Eissport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest GmbH

Beteiligungen nach Handlungsfeldern



Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG)

Krögerweg 11
48155 Münster
Telefon 0251/ 62 70-0
Internet www.rlg-online.de

Betriebsleitung Soest
Am Bahnhof 10
59494 Soest
Telefon 02921/ 395-0

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW im Kreis Soest, im Hochsauerlandkreis sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen (z.B. Bussen, Kleinbussen, Taxen), sowie von Güterverkehr auf Schiene und Straße, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweck der Gesellschaft ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Soest, im Hochsauerlandkreis und in angrenzenden Verkehrsgebieten. Sie erfüllt diesen Zweck durch die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren im öffentlichen Personennahverkehr und die Durchführung von Gelegenheitsverkehren mit Omnibussen. Daneben verfolgt sie dieses Ziel durch den Betrieb von Güterverkehr auf Schiene und Straße sowie als Eisenbahninfrastrukturunternehmen. Ferner kann sich die Gesellschaft an Unternehmen beteiligen, die diese Zwecke ebenfalls fördern.

Die Versorgung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge. Gleiches gilt für die Versorgung der Region mit einem Eisenbahnverkehrsangebot. Daher übt die Gesellschaft ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung ihres Verkehrsgebietes aus.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	KT-Abg. Peter Hörster	KT-Abg. Josef Schäfermeier
Aufsichtsrat	Dez. Peter Franken (seit 16.12.2024) Dr. Jürgen Wutschka (bis 26.06.2024) KT-Abg. Hubert Schnieder KT-Abg. Prof. Dr. Werner Kirsch KT-Abg. Ulrike Burkert	

2. Geschäftsführung

Detlef Berndt und Julian Hericks (ab 01.07.2025)
Detlef Berndt, Julian Hericks, David Oelkers und Steffen
Schuldt (01.03.2024 bis 01.03.2024)
André Pieperjohanns (bis 29.02.2024)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsjahr: 1978
Stammkapital: 6.161.100 Euro
Handelsregister Amtsgericht Arnsberg HRB 5439

Gesellschafter:	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Kreis Soest	36,52	2.249.850
Hochsauerlandkreis	35,15	2.165.450
Stadt Arnsberg	7,45	458.880
Stadt Hamm	5,35	329.620
Stadt Soest	3,99	245.720
Stadt Lippstadt	3,75	230.840
Stadt Sundern	2,57	158.290
Stadt Brilon	1,01	61.960
Stadt Winterberg	0,71	43.510
Stadt Medebach	0,55	34.050
Stadt Warstein	0,39	23.770
Stadt Werl	0,26	15.740
Stadt Hallenberg	0,25	15.590
Gemeinde Ense	0,25	15.590
Gemeinde Möhnesee	0,25	15.590
Stadt Erwitte	0,25	15.590
Gemeinde Lippetal	0,25	15.590
Gemeinde Welver	0,25	15.590
Stadt Rüthen	0,25	15.590
Gemeinde Anröchte	0,25	15.590
Stadt Marsberg	0,15	9.350
Stadt Olsberg	0,15	9.350
Summe	100,00	6.161.100

Die Geschäftsanteile Hochsauerlandkreis und Kreis Soest haben gem. § 10 Absatz 6 des Gesellschaftsvertrags ein doppeltes Stimmrecht.

Beteiligungen:	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	28,57	632.710

Die **RLG-Verkehrsdienst GmbH** wurde zum 01.09.2017 auf die RLG GmbH verschmolzen.

Die **Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH** wurde am 08.12.2016 gegründet und hat ihre Geschäftstätigkeit im Januar 2017 aufgenommen. Sie dient einzig der Einführung eines Gemeinschaftstarifs zur Weiterentwicklung der Nahverkehrstarife im westfälischen Raum. Zu diesem Zweck wurde die bereits bestehende Tarifgemeinschaft von einer GbR in eine GmbH überführt und eine **WestfalenTarif GmbH** neu gegründet. Die RLG ist Gesellschafter der Tarifgemeinschaft GmbH und über diese dann an der WestfalenTarif GmbH beteiligt.

Die RLG ist des Weiteren an der **KEB Holding AG** beteiligt, wobei das Beteiligungsergebnis über das in die KEB eingebrachte RWE-Aktienpaket ausschließlich dem Hochsauerlandkreis zuzurechnen ist. Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW hat am 29.03.2012 klarstellend verfügt, allein mit dem Hochsauerlandkreis über alle Angelegenheiten der KEB Holding AG, soweit sie auf einer Beteiligung der RLG an der KEB basieren, zu korrespondieren.

Auf Einzeldarstellungen im Beteiligungsbericht des Kreises Soest wird verzichtet.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	506	594	526	347
Sachanlagen	16.958	14.340	16.351	18.199
Finanzanlagen	91.074	91.074	91.073	91.072
Anlagevermögen	108.564	106.007	107.950	109.618
Vorräte	791	776	595	380
Forderungen und sonst. Verm.gegenst.	13.150	12.234	8.278	11.087
Kassenbestand, Bankguthaben	8.607	1.324	903	4.012
Umlaufvermögen	22.548	14.334	9.775	15.479
Rechnungsabgrenzungsposten	48	63	29	45
SUMME AKTIVA	131.161	120.404	117.755	125.142
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	6.161	6.161	6.161	6.161
Kapitalrücklage	1.126	1.126	1.126	1.126
Gewinn- (+)/ Verlustvortrag (-)	37.755	38.017	37.837	37.768
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	-246	-263	180	68
Eigenkapital	44.796	45.042	45.304	45.124
Rückstellungen	16.262	12.850	7.629	4.468
Verbindlichkeiten	70.099	62.505	64.486	75.542
Rechnungsabgrenzungsposten	3	8	336	8
SUMME PASSIVA	131.161	120.404	117.755	125.142

Durch die Mittelbeschaffung im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements und der Gesellschafter ist die Zahlungsfähigkeit der GmbH mit ausreichender Liquiditätsversorgung aufgrund der Rahmenvereinbarung mit der WVG gesichert.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	27.131	32.360	27.313	27.556
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	9.587	1.761	4.887	2.775
Materialaufwand	-20.694	-19.429	-17.893	-16.149
Personalaufwand	-14.059	-12.974	-12.418	-11.838
Betriebsergebnis	1.966	1.718	1.890	2.344
Abschreibungen	-2.514	-2.648	-2.697	-2.779
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.611	-1.848	-1.488	-1.724
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
Erträge aus anderen Wertpapieren	4.508	4.057	4.057	3.832
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	110	64	29	2
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.680	-1.584	-1.588	-1.587
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-222	-240	204	88
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-24	-23	-23	-20
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	-246	-263	180	68

Sparten:	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Personenverkehr (nach ÖDLA)	-2.902	-2.581	-2.576	-2.352
Güterverkehr	-246	-263	180	68
Beteiligungsergebnis KEB	2.902	2.581	2.576	2.352
Summe	-246	-263	180	68

Das Jahresergebnis beinhaltet als sonstige betriebliche Erträge 8.904 TEUR Ausgleichszahlungen (Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im ÖPNV in NRW; Vorjahr: 1.332 TEUR).

Ein von Hochsauerlandkreis und Kreis Soest gegenüber der RLG geschlossener ÖDLA dient dem Ausgleich von Aufwendungen zur Erfüllung der vom Aufgabenträger übernommenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Im Jahresabschluss wird für diesen Punkt ein Ertrag in Höhe von 3.563 TEUR (Vorjahr: 3.246 TEUR) als Ausgleichsleistungen aus ÖDLA ausgewiesen.

Der RLG-Personenverkehr weist einen Jahresfehlbetrag von - 6.465 TEUR vor Ausgleich bzw. - 2.902 TEUR nach o.g. Ertragsbuchung aus.

Der verbleibende Fehlbetrag Personenverkehr (nach ÖDLA-Ausgleichszahlung) soll durch eine Gewinnverwendung aus der Beteiligungssparte kompensiert werden.

Die Höhe der Anrechnung eines positiven Güterverkehrsergebnisses ganz oder teilweise auf die ÖDLA-Ausgleichsleistung wird durch den Geschäftsführer nach Abstimmung mit dem AR-Vorsitzenden und seinem 1. Stellvertreter im Rahmen der Jahresabschlussaufstellung festgelegt. Für den Güterverkehr ergibt sich in 2024 allerdings ein Ergebnis von - 246 TEUR.

RLG-Verlustabdeckung

Die Gesellschaft übernimmt verkehrspolitische Aufgaben, die nicht aufwandsdeckend durchgeführt werden können und ist daher fortlaufend auf die Zuführung liquider Mittel durch die Gesellschafter angewiesen.

Auf Basis einer 1996 getroffenen Vereinbarung tragen die Kreise den RLG-Verlust im Verhältnis 43,2 % (Kreis Soest) zu 56,8 % (Hochsauerlandkreis).

Der Kreis Soest wiederum verrechnet vereinbarungsgemäß seinen Verlustanteil zu 50% über die Kreisumlage und zu 50% nach gefahrener Kilometerleistung an die kreiseigenen Städte und Gemeinden weiter.

Der vom Kreis Soest anteilig zu leistende Defizitausgleich umfasst im Berichtsjahr die verbuchte ÖDLA-Ausgleichsleistung in Höhe von 3.563 TEUR und den verbleibenden Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.902 TEUR, in Summe also 6.465 TEUR.

Jahr	Verluste	Anteil Kreis Soest 43,20 %	Weiterleitung an Kommunen 50,00 %
	In TEUR	In TEUR	In TEUR
2021	4.602	1.988	994
2022	4.774	2.062	1.031
2023	5.827	2.517	1.259
2024	6.465	2.793	1.396

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt

- 1.396 TEUR
(Vorjahr: - 1.259 TEUR)

Weitere Informationen und Zahlen

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
<u>Vermögenslage</u>				
Anlagenintensität	82,8%	88,0%	91,7%	87,6%
Umlaufintensität	17,2%	11,9%	8,3%	12,4%
<u>Finanzlage</u>				
Eigenkapitalquote	34,2%	37,4%	38,5%	36,1%
Fremdkapitalquote	65,8%	62,6%	61,5%	63,9%
Anlagendeckung I	41,3%	42,5%	42,0%	41,2%
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte	230	214	215	213

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Betätigung im öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen geschieht in enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Bedienungsgebiets sowie mit dem Hochsauerlandkreis und dem Kreis Soest. Diese tragen gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen als Aufgabenträger Sorge für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Grundlage der Betriebs- und Geschäftsführung ist der Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag mit der Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH, Münster (WVG).

Auf einer Linienlänge von rd. 3.300 km wird in den genannten Kreisen öffentlicher Linienverkehr gemäß § 42 und § 43 PBefG betrieben. Daneben ist die Gesellschaft Eigentümerin der Eisenbahnstrecken Neheim-Hüsten - Sundern, Neheim-Hüsten - Arnsberg und Hamm - Hamm-Uentrop, auf der ausschließlich Güterverkehrsleistungen erbracht werden.

Bei der Angebots- und Tarifgestaltung ist die Gesellschaft in die Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe integriert. Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit rd. 40 regionalen privaten Omnibusunternehmen, die ca. 46,8 % der Gesamtleistung im Auftrag der RLG erbringen (Vorjahr: 46,1 %).

Ab 2021 gilt für die Kreise Hochsauerland und Soest die Direktvergabe von Linienverkehren gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) NR 1370/2007 an die RLG als internen Betreiber. Mit der Direktvergabe wurde der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2030 sichergestellt.

Geschäftsverlauf

Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV) im Zusammenhang mit der Einführung des Deutschlandtickets, hohe Energiekosten, Sonderzahlungen (Inflationsausgleichsprämie) für Mitarbeiterentgelte, Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen sowie der Einnahmenausgleich prägten den Geschäftsverlauf im Berichtsjahr.

Die Erlöse des Jedermann- und Ausbildungsverkehrs zusammen gingen gemäß GuV gegenüber dem Vorjahr um 18,5 % zurück. Ausgleichszahlungen aus den Billigkeitsleistungen des Landes sowie Bundes für das Deutschlandticket und Rückzahlungen aus dem Einnahmenausgleich für Vorjahre waren wesentliche Einflussfaktoren im Berichtsjahr.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich sowie Quartalsberichte überwacht.

Die RLG beschäftigte im Personen- und Güterverkehr durchschnittlich 230 Mitarbeiter und 5 Auszubildende, davon waren 23 Teilzeitkräfte. Das Unternehmen hat auch im Berichtsjahr durch das Gesundheitsmanagement und die Weiterbildung die Mitarbeiter zielgerichtet gefördert.

Als kommunaler Mobilitätsdienstleister leistet die RLG einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Die RLG konnte im Berichtsjahr wichtige Projekte umsetzen, so den digitalen Vertrieb des Deutschlandtickets und dessen Varianten D-Ticket Schule und D-Ticket Sozial. Als Partner des Hochsauerlandkreises und des Kreises Soest engagierte sich die RLG bei der Nachfragesteigerung ihres Busangebots und arbeitete an der Verknüpfung mit ergänzenden Angeboten wie dem Fahrrad, Carsharing und dem On-Demand-Verkehr HELMO. Die

Weiterentwicklung der mobil info-App als zentrales Informations- und Vertriebsmedium orientierte sich an den Bedürfnissen der Kunden, digital und in Echtzeit alle wesentlichen Informationen zu erhalten, um ihre Mobilität nachhaltig und umweltbewusst umzusetzen. Die RLG ist in enger Abstimmung mit ihren Eigentümern Teil der Lösung, die Mobilitätswende im Sauerland und in der Hellwegbörde mit all ihren Facetten voranzubringen.

Das Unternehmen hat die IT-Landschaft weiter kosteneffizient entwickelt und eine sichere sowie moderne Umgebung aufgebaut. Vorbereitungen für zukünftige Herausforderungen wie Schnittstellen-Integrationssystem, Data Analytics Plattform und künstliche Intelligenz sind angelaufen.

Ertragslage

Die Erlöse des lfd. Jahres im Jedermann- und Ausbildungsverkehr gemäß GuV verzeichneten einen Rückgang. Diese Erlöse des Linienverkehrs gingen im Berichtsjahr um rd. 18,5 % zurück.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr rd. 9.859 Tsd. km und damit rd. 281 Tsd. km mehr als die Vorjahresleistung.

Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich gestiegene Aufwand für die Instandhaltung negativ aus. Weiterhin gab es höhere Kosten im Zuge der Digitalisierung (Wartung und Lizenzgebühren), Tarifierpassungen für Mitarbeiterentgelte sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die RLG unternahm auch in diesem Berichtsjahr wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen (z. B. Fahr- und Dienstplanoptimierung, Einführung ERP-Vertriebsmodul SAP-SD (Sales and Distribution), um die Gesamtkosten den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Im Personenverkehr wird insgesamt ein Fehlbetrag von rd. 6.465 TEUR vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen. Die Güterverkehrssparte erzielte ein Defizit von rd. 246 TEUR. Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die unterjährig durchgeführten Quartalsberichte überwacht. Das Ergebnis des Berichtsjahres im Personenverkehr lag um rd. 168 TEUR besser als Planwert von 6.633 TEUR. Das Ergebnis der Güterverkehrssparte lag mit – 246 TEUR um rd. 41 TEUR unter dem Planwert von - 287 TEUR (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator).

Die Beteiligungssparte schließt mit einem Überschuss von rd. 2.902 TEUR ab und erfüllt damit den Plan von 2.810 TEUR (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator).

Das Bilanzergebnis aller Sparten beträgt rd.- 246 TEUR.

Im Güterverkehr wurden insgesamt 142.000 t und damit 106.300 t weniger als im Vorjahr transportiert.

Der Einsatz von Steinkohle im eigenen Kraftwerk der R.D.M. Arnsberg GmbH verlief auf Vorjahresniveau.

Bei der Celanese, ehem. Fa. DuPont Deutschland GmbH in Uentrop und der Fa. Perstorp Chemicals GmbH in Bruchhausen bewegten sich die Transportmengen im DB Cargo Kooperationsverkehr unter Vorjahresniveau. Zu Beginn des Jahres wurde aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen nach Übernahme durch die Celanese Corporation Ende des Jahres 2022 die Produktion bei DuPont umgestellt. Somit wurden im Laufe des Jahres 2024 nur noch geringe Mengen an Rohmaterialien benötigt. Die Belieferung wurde mittlerweile komplett eingestellt. Bei den Chemischen Gütern im Eigenverkehr für die Firma Perstorp hingegen lagen die beförderten Mengen über Vorjahresniveau.

Die Transportmengen an Rohholz ab den Holzverladestellen der RLG in Sundern, Hachen, Hüsten Ost und Neheim-Hüsten sind, aufgrund der weitgehend abgeschlossenen Abholzung der sauerländischen Wälder, rückläufig. Dies erklärt den Rückgang bei den transportierten Holz mengen.

Trotz einer zunächst positiven Mengenentwicklung zu Beginn des Jahres, verliefen die Stahltransporte zum Lager der Fa. Stahlform Schulte GmbH in Neheim-Hüsten deutlich unter Vorjahresniveau. Zu begründen ist dies durch die angespannte wirtschaftliche Lage, die sich in der Stahlindustrie besonders bemerkbar macht.

Die Schrotttransporte der TSR-Südwestfalen GmbH, die transportierten Mengen für die Firma Transgas in Nedreimer sowie die Altöltransporte im Auftrag der Firma Avista Oil verliefen unter Vorjahresniveau. Für den großen Mengenrückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren jedoch die stark eingebrochenen Spotverkehre im Auftrag der DB Cargo AG verantwortlich. Der Ressourcenmangel auf Seiten der DB Cargo AG ist deutlich zurückgegangen.

Die gesunkenen Verkehrserträge lassen sich durch den Rückgang der Transportmengen sowohl im Bereich Stahl, Holz als auch bei den chemischen Gütern im Kooperationsverkehr erklären.

Finanzlage

Durch die Mittelbeschaffung im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements und der Gesellschafter ist die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft mit ausreichender Liquiditätsversorgung aufgrund der Rahmenvereinbarung mit der WVG gesichert. Die RLG als wirtschaftlicher Eigentümer der RWE-Aktien konnte aus der Dividendenzahlung der RWE AG rd. 4,5 Mio. EUR Dividendenerträge erzielen. Das von den Zinseffekten der langfristigen Finanzierung geprägte Finanzergebnis des Personen- und Güterverkehrs als Saldo von Zinserträgen und Zinsaufwendungen hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der RLG erhöhte sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um rd. 10.756 TEUR auf 131.161 TEUR.

Das Anlagevermögen stieg um rd. 2.557 TEUR auf 108.564 TEUR. Die Erhöhung betrifft im Wesentlichen die Anschaffung von Fahrzeugen sowie geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau.

Das Umlaufvermögen stieg um rd. 8.215 TEUR auf 22.548 TEUR. Während das Guthaben bei Kreditinstituten um rd. 7.283 TEUR stieg, stiegen die Forderungen gegenüber Gesellschaftern zusammen mit den sonstigen Vermögengegenständen um rd. 2.162 TEUR.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt unverändert 6.161.100 EUR.

Die Eigenkapitalquote beträgt 34,2 %.

Auf der Passivseite stiegen die Rückstellungen insbesondere aus dem Einnahmenausgleich, den Billigkeitsleistungen zum Deutschlandticket und Sonstigen um rd. 3.412 TEUR auf 16.262 TEUR.

Die Gesamtverbindlichkeiten des Unternehmens erhöhten sich um rd. 7.595 TEUR auf 70.099 TEUR. Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 163 TEUR stiegen, erhöhten sich diese aus Lieferungen und Leistungen um rd. 6.710 TEUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen vorwiegend das langfristige Gesellschafterdarlehen des HSK, das der Finanzierung der Finanzanlagen dient und nicht getilgt wird.

Prognose

Neben den bisher bekannten Rahmenbedingungen wie begrenzte Ertragssteigerungspotenziale, Deutschlandticket, Verkehrswende, demografisch bedingter Schülerrückgang und noch nicht planbare Effekte aus dem Einnahmenausgleich der angeschlossenen Unternehmen stellen die starken Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal das Unternehmen weiterhin vor große Herausforderungen.

Im Personenverkehr hat das Unternehmen mit einem Defizit von rd. 7.726 TEUR vor Ausgleichsleistungen geplant.

Im Güterverkehr plant das Unternehmen mit einem Überschuss von rd. 712 TEUR.

Planerisch erwartet das Unternehmen in der Beteiligungssparte einen Überschuss von rd. 3,4 Mio. EUR.

Mit der Direktvergabe ist der notwendige finanzielle Ausgleich für die vergebenen Linienverkehre bis 2030 sichergestellt. Danach leisten die Gesellschafter aus dem kommunalen Umfeld dem Unternehmen für die erbrachten Verkehrsleistungen Aufwendungsersatz.

Chancen und Risiken

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2020 beschlossenen Direktvergabe ist die Grundlage für den Hauptzweck der RLG bis 2030 gesichert.

Mit Beschluss der Aufsichtsratssitzungen vom 20. und 21. Februar 2024 der RLG, RVM/VBK, WLE und WVG wurde Herr André Pieperjohanns zum 29. Februar 2024 als Geschäftsführer der Unternehmen der WVG-Gruppe abberufen. Zugleich wurden in den gleichen Sitzungen jeweils die derzeitigen Bereichsleiter und Prokuristen Detlef Berndt, Julian Hericks, David Oelkers und Steffen Schuldt als neue Geschäftsführer bestellt. Sie übernehmen ab dem 1. März 2024 die Geschäftsführung der WVG-Gruppe.

Die Einführung des Deutschlandtickets bei angeschlossenen Omnibusunternehmen hat jetzt schon die Tariflandschaft in ihrer Struktur deutlich verändert. Diese Entwicklung hat zu Mehr- aber auch Mindereinnahmen geführt. Aktuell besitzen etwa 13,5 Millionen Kundinnen und Kunden ein Deutschland-Ticket. Das meistgekauftete Produkt ist dabei mit großem Abstand die Standardversion des Tickets, das rabattierte Jobticket stagniert nach wie vor bei einem Anteil von rund 20 Prozent an allen verkauften Deutschland-Tickets. „Das Branchenziel waren 15 Millionen Deutschland-Tickets zum Ende des Jahres 2024. Dieses Ziel haben wir um zehn Prozent bzw. 1,5 Millionen Tickets verpasst. Der entscheidende Grund dafür ist, dass viele Unternehmen und Organisationen noch immer zögern, in das für ihre Mitarbeitenden preislich attraktive Deutschland-Ticket Job zu wechseln. Das ist nachvollziehbar, denn der Fortbestand des Deutschland-Tickets ab 2026 ist gänzlich unklar, weil es keine langfristige Finanzierungszusage des Bundes gibt. Für viele unserer Unternehmenskunden ist die fehlende Perspektive ab 2026 der Hinderungsgrund, um jetzt mit dem entsprechenden organisatorischen Aufwand zum Deutschland-Ticket Job zu wechseln. Die fehlende verbindliche Zusage des Bundes zu einer langfristigen Finanzierung bremst an dieser Stelle den weiteren Zuwachs beim Deutschland-Ticket (vgl. Pressemitteilungen VDV).

Die von Bund und Ländern jährlich zur Verfügung gestellten drei Milliarden Euro werden dauerhaft nicht ausreichen, um den Verlust der Branche auszugleichen. Man darf auch den Ticketpreis nicht weiterhin überproportional erhöhen, denn sonst springen zu viele Kundinnen

und Kunden ab, weil es preislich zu unattraktiv wird. Für eine langfristige Finanzierung des Deutschland-Tickets braucht es verbindlich zugesagte Mittel von Bund und Ländern in ausreichender Höhe und inklusive einer jährlichen Dynamisierung, damit das Ticket für die Fahrgäste preislich attraktiv bleiben kann. Dazu braucht es eine transparente und maßvolle Entwicklung des Ticketpreises, zum Beispiel gekoppelt an einen Preisindex, der sich an der realen Kostensituation unserer Branche orientiert. Darüber hinaus sollen ab 2024 die Ansprüche über eine deutschlandweite Einnahmenaufteilung festgelegt werden. Eine solche deutschlandweite Einführung kann zu Mehr- oder auch zu Mindereinnahmen führen. (vgl. Pressemitteilungen VDV).

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die Interne Revision überwacht.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld Ausbildungsverkehr. Der Schülerrückgang aus der Landesstatistik NRW lässt sich allerdings nicht ohne Weiteres auf die Schullandschaft der RLG übertragen. Die konkreten Effekte daraus auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind nicht ermittelbar. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV- und Eisenbahnunternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar. Diese Herausforderung liegt insbesondere in der rechtzeitigen, angemessenen und wirtschaftlichen Neubesetzung sowie Einarbeitung von neuen Mitarbeitern und Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Die Geschäftsführung sieht sowohl in Summe als auch im Einzelnen keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Liquidität der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Finanzmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Verkehrsunternehmen gesichert. Diese wird durch eine roulierende kurzfristige monatliche Liquiditätsplanung stetig überwacht.

Wirtschaftliche Risiken aus der Planung, insbesondere für die Fahrgeldeinnahmen, bestehen darin, dass für die RLG auf Basis der Vorjahre und bekannter Entwicklungen Annahmen getroffen werden. Aufgrund unerwarteter Veränderungen sind Abweichungen möglich. Annahmen im Wirtschaftsplan beruhen z. T. auf vorläufigen Ergebnissen der Fremdnutzerzählungen.

Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH, Lippstadt (WLE)

Krögerweg 11
48155 Münster
Telefon 0251/ 62 70-0
Internet www.wle-online.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW in Westfalen durch den Betrieb von Eisenbahn- und Güterverkehr, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diesen Zweck fördern.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft erfüllt Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Westfalen. Dies geschieht durch den Betrieb von Eisenbahn- und Güterverkehr (vgl. Lagebericht weiter unten).

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 bis 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	KT-Abg. Josef Schäfermeier	KT-Abg. Gregor Dolle
Aufsichtsrat	Dezernent Peter Franken (AR-Vorsitzender) ab 01.08.2024 Dr. Jürgen Wutschka (AR-Vorsitzender) bis 31.07.2024 KT-Abg. Hermann-Josef Nürnberg KT-Abg. Dr. Günter Fiedler	

2. Geschäftsführung

Detlef Berndt und Julian Hericks (ab 01.07.2025)
Detlef Berndt, Julian Hericks, David Oelkers und
Steffen Schuldt (01.03.2024 bis 30.06.2025)
André Pieperjohanns (bis 29.02.2024)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1979
Stammkapital:	3.907.190 Euro
Handelsregister	Amtsgericht Paderborn HRB 5302

Gesellschafter: Anteil in % Anteil in Euro

Kreis Soest	31,48	1.229.960
Kreis Warendorf	26,82	1.047.840
Stadtwerke Münster GmbH	14,13	552.090
Stadt Warstein	6,71	262.340
Stadt Beckum	6,54	255.490
Stadt Ennigerloh	4,61	180.180
Stadt Lippstadt	4,38	171.130
Gemeinde Wadersloh	1,73	67.600
Stadt Rüthen	1,84	71.940
Stadt Sendenhorst	1,76	68.620
Summe	100,00	3.907.190

Beteiligung Anteil in % Anteil in Euro

Westfälische Verkehrsgesellschaft GmbH, Münster (WVG)	10,0	221.450
---	------	---------

Mit notariellem Kauf- und Abtretungsvertrag vom 22.12.2010 erwarb die Gesellschaft einen Geschäftsanteil im Nennwert von 221.450 Euro (10%) an der WVG von der veräußernden RVM zu einem Kaufpreis in Höhe des Nennwerts. Außerdem besteht mit der WVG ein Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag.

Fehlbetragsvereinbarung

Im Zuge des Ausscheidens des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe bzw. dessen Tochtergesellschaft Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLW) wurde notariell am 08.04.2011 der Gesellschaftsvertrag geändert und eine Vereinbarung über die Abdeckung von Fehlbeträgen geschlossen. Am 10.12.2012 erfolgte eine Änderung und Klarstellung. Diese Fehlbetragsvereinbarung sah vor, dass im Zeitraum 2010 bis 2013 durch die Gesellschafter an die WLE entsprechend ihrer Geschäftsanteile ein Festbetrag in Höhe von 2.400 TEUR p.a. zu leisten ist. Der LWL hat mit seinem Ausscheiden 4.400 TEUR für künftige Verlustabdeckungen zur Verfügung gestellt, die seitens der WLE bis 2016 anteilig mit den Verlustausgleichen des Kreises Soest verrechnet wurden.

Ab 2014 reduzierte sich der Festbetrag auf 2.100 TEUR.

Zum 01.01.2018 wurde eine neue Vereinbarung über die Abdeckung von Fehlbeträgen geschlossen. Seitdem wird ein jährlicher Festbetrag in Höhe von 2.100 TEUR an die GmbH ausgezahlt und dort zur Verrechnung mit dem bestehenden Verlustvortrag verwendet.

Der Festbetrag wird alle 3 Jahre überprüft. In 2020 hat die Gesellschafterversammlung beschlossen, die Höhe des notwendigen Festbetrages für den Zeitraum 2021 bis 2023 weiterhin auf 2.100 TEUR festzusetzen. In 2023 wurde dieser Betrag unverändert auch für den Zeitraum 2024 bis 2026 beschlossen.

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Folglich handelt es sich bei den Zahlen für das Jahr 2024 sowie dem sich anschließenden Auszug aus dem Lagebericht lediglich um vorläufige Daten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	25	72	97	32
Sachanlagen	16.000	17.069	17.767	18.737
Finanzanlagen	245	231	224	225
Anlagevermögen	16.270	17.371	18.088	18.995
Vorräte	2.830	2.469	2.525	2.214
Forderungen und sonstige Vermögensgeg.	3.063	3.273	2.490	2.915
Kassenbestand, Bankguthaben	1.594	1.577	2.745	1.448
Umlaufvermögen	7.487	7.319	7.761	6.578
Rechnungsabgrenzungsposten	82	37	50	56
SUMME AKTIVA	23.839	24.727	25.899	25.628
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	3.907	3.907	3.907	3.907
Kapitalrücklage	2.254	2.304	2.053	2.050
Verlustvortrag	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag	-2.634	-2.150	-1.849	-2.097
Eigenkapital	3.527	4.061	4.111	3.860
Rückstellungen	8.598	7.467	9.048	9.119
Verbindlichkeiten	11.687	13.168	12.701	12.607
Rechnungsabgrenzungsposten	27	32	39	42
SUMME PASSIVA	23.839	24.727	25.899	25.628

Das Sachanlagevermögen umfasst die Eisenbahnverkehrsinfrastruktur und besteht vor allem aus Bahnkörpern und Bauten des Schienenweges, Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen sowie Fahrzeugen für den Güterverkehr.

Unter den Finanzanlagen werden insb. die 10 % Beteiligung an der WVG ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten als wesentliche Posten 886 TEUR für nachzuholende Instandsetzungsarbeiten, 1.276 TEUR an Drohverlusten aus schwebenden Geschäften, 234 TEUR Gesamtumlageverpflichtung gegenüber dem VVDE, 241 TEUR an Haftpflichtumlageverpflichtung gegenüber dem HÖV sowie 346 TEUR für geleistete Überstunden von Betriebsangehörigen.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 2.712 TEUR grundpfandrechtlich und durch Sicherungsübereignung von Lokomotiven gesichert. 3.025 TEUR sind durch Bürgschaften gesichert.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	19.521	17.893	16.939	18.481
Bestandsveränderungen	172	-160	84	-493
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	25	52
Sonstige betriebliche Erträge	2.168	1.688	1.637	1.026
Materialaufwand	-11.697	-11.414	-10.785	-11.302
Personalaufwand	-8.321	-6.927	-6.893	-6.702
Betriebsergebnis	1.844	1.080	1.007	1.063
Abschreibungen	-1.323	-1.285	-1.431	-1.416
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.873	-1.691	-1.169	-1.454
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	3	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-263	-237	-241	-273
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.616	-2.132	-1.831	-2.080
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-18	-18	-18	-17
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	-2.634	-2.150	-1.849	-2.097

Der Jahresfehlbetrag betrug im Geschäftsjahr 2.634 TEUR (Vorjahr: 2.150 TEUR).

Die gesamten Umsatzerlöse erhöhten sich um 1.628 TEUR auf 19.521 TEUR.

Sie resultieren im Wesentlichen aus dem Güterverkehr (10.862 TEUR, Vj. 9.226 TEUR), Lieferungen und Leistungen an Dritte Unternehmen (3.096 TEUR, Vj. 2.786 TEUR), erhaltenen Zuschüssen für u. a. Kreuzungen und Oberbaumaßnahmen (4.194 TEUR, Vj. 4.444 TEUR), der Vermietung und Gestellung von Schienenfahrzeugen einschließlich Personalgestellung (457 TEUR, Vj. 526 TEUR) sowie aus übernommenen Betriebsführungsaufgaben (1.265 TEUR, Vj. 1.327 TEUR).

Die Bestandsveränderungen beinhalten die zum Jahresende unfertigen und noch nicht abgerechneten Aufträge des Drittgeschäftes aus der Werkstatt (172 TEUR; Vj. -160 TEUR).

Der jährliche Festbetrag der Gesellschafter in Höhe von 2.100 TEUR wurde gemäß der ab dem 01.01.2018 gültigen Fehlbetragsvereinbarung eingestellt und zur Verrechnung mit dem bestehenden Verlustvortrag verwendet.

Die von GmbH und Gesellschafter avisierte Mindestliquiditätsreserve zum Ausgleich von Schwankungen im operativen Geschäftsbetrieb in Höhe von mindestens 1.000 TEUR wurde eingehalten.

Neufassung der Vereinbarung über die Abdeckung von Fehlbeträgen

Die Gesellschaft ist zur Erfüllung ihrer nicht aufwandsdeckend durchzuführenden verkehrspolitischen Aufgaben zur Vorhaltung der Infrastruktur auf fortlaufende und ausreichende Zuführungen liquider Mittel ihrer Gesellschafter angewiesen.

Die Vereinbarung über die Abdeckung von Fehlbeträgen der WLE sah für den Zeitraum 2014–2017 eine jährliche Festbetragszahlung durch die Gesellschafter in Höhe von 2.100 TEUR vor. Die Einlage diente nicht der Erhöhung des Stammkapitals, sondern der

Abdeckung eines Jahresfehlbetrages von maximal 2.100 TEUR. Die Differenz zum zahlbaren Festbetrag war in die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern einzustellen.

Zum 01.01.2018 wurde eine neue Vereinbarung über die Abdeckung von Fehlbeträgen geschlossen. Seitdem wird ein jährlicher Festbetrag in Höhe von 2.100 TEUR an die GmbH ausgezahlt und dort zur Verrechnung mit dem bestehenden Verlustvortrag verwendet.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt: **- 661 TEUR**
(Vorjahr: - 661 TEUR)

Gesellschafterdarlehn

Die einzelnen Leistungsphasen des WLE-Projektes zur Reaktivierung des Personenverkehrs auf der Strecke Münster-Sendenhorst sind nicht zeitlich aufeinander folgend durchgängig finanziert. So entsteht eine nicht durch Förderungen oder Zuschüsse gedeckte Finanzierungslücke. Der Finanzbedarf von insgesamt 4.000 TEUR wird jeweils zu gleichen Anteilen von den drei Gesellschaftern Kreis Soest, Kreis Warendorf und Stadtwerke Münster getragen. Der Anteil des Kreises Soest an dieser Zwischenfinanzierung beträgt somit 1.333 TEUR bei einer angestrebten Laufzeit von 20 Monaten.

Die Zinskondition ermittelt sich aus dem Euro Short-Term Rate + 0,5%. Der Kreistag des Kreises Soest hat am 30.03.2023 der Darlehnsgewährung zugestimmt.

Der erste Teilbetrag in Höhe von 333 TEUR wurde im Januar 2025 durch die WLE angefordert und vom Kreis Soest ausgezahlt. Aktuell liegt ein Entwurf zur Verlängerung des Darlehns bis zum 31.12.2026 vor.

Aufgrund einer temporären Liquiditätsunterdeckung infolge der Baukonjunkturkrise sowie der in 2025 anstehenden Hauptuntersuchung von fünf Lokomotiven gewähren die Gesellschafter der WLE ein Darlehn in Höhe von insgesamt 5.000 TEUR über eine Laufzeit von 60 Monaten. Die Aufteilung dieser Summe erfolgt entsprechend den WLE-Geschäftsanteilen. Nach Rücksprache mit den betroffenen Bürgermeistern übernimmt der Kreis Soest die Anteile der Stadt Warstein, der Stadt Lippstadt und der Stadt Rüthen. Somit beläuft sich der Anteil des Kreises Soest am Gesellschafterdarlehn auf 44,41 % (2.221 TEUR). Die Zinskonditionen ergeben sich aus dem Euro Short-Term Rate.

Der Kreistag des Kreises Soest hat in seiner Sitzung am 17.12.2024 der Gewährung des Gesellschafterdarlehns zugestimmt. Die Auszahlung erfolgte im Mai 2025.

Weitere Informationen und Zahlen

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
<u>Vermögenslage</u>				
Anlagenintensität	68,2%	70,3%	69,8%	74,1%
Umlaufintensität	31,4%	29,6%	30,0%	25,7%
<u>Finanzlage</u>				
Eigenkapitalquote	14,8%	16,4%	15,9%	15,1%
Fremdkapitalquote	85,2%	83,6%	84,1%	84,9%
Anlagendeckung I	21,7%	23,4%	22,7%	20,3%
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte	112	112	109	111

Umsatz- und Eigenkapitalrentabilität sind aufgrund der Jahresfehlbeträge negativ.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Bericht über die öffentliche Zwecksetzung

Die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH ist ein Zusammenschluss von Gebietskörperschaften oder deren Kapitalgesellschaften. Gegenstand des Unternehmens ist, die Verkehrsverhältnisse in Westfalen zu fördern und zu verbessern. Der Betrieb der im öffentlichen Interesse vorgehaltenen Eisenbahninfrastruktur der WLE mit der zuverlässigen Bedienung der daran gelegenen Wirtschaftsstandorte dient diesem Zweck. Die WLE dient darüber hinaus der Entlastung innerörtlicher Straßen und sichert die Anbindung der Region an das nationale und internationale Schienennetz. Auch sichert die WLE die Grundlage für die Option eines schienengebundenen Personennahverkehrs auf ihrem Netz oder einem Teilnetz. Somit stellt die WLE heute und in Zukunft einen bedeutenden Standortfaktor für die Region dar. Ferner kann sich die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern, beteiligen. Sie erfüllt damit Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Grundlagen der Gesellschaft

Die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH besitzt langfristige Frachtverträge mit zwei Werken der Zementindustrie sowie der Warsteiner Brauerei. Des Weiteren besteht ein Kooperationsvertrag mit DB Cargo AG. Bei freien Lok- und Personalkapazitäten werden zusätzliche Güterverkehre auf Infrastruktur der DB Netz AG in Deutschland und eigenem Netz durchgeführt.

In der Hauptwerkstatt werden Hauptuntersuchungen und Schadensbehebungen an eigenen Lokomotiven und Güterwagen sowie deren Komponenten für die Eisenbahnen im Unternehmensverbund der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH und für dritte Unternehmen durchgeführt.

Die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH übernimmt Betriebsführungsaufgaben für die Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH, Soest, und die Regionalverkehr Münsterland GmbH, Münster, im Eisenbahnbereich.

Die Gesellschaft ist zur Erfüllung ihrer nicht aufwandsdeckend durchzuführenden verkehrspolitischen Aufgaben zur Vorhaltung der Infrastruktur auf fortlaufende und ausreichende Zuführungen liquider Mittel ihrer Gesellschafter angewiesen. Gemäß der zum 01.01.2018 neu vereinbarten Abdeckung von Fehlbeträgen der Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH wurde der eingezahlte Festbetrag der Gesellschafter in den Verlustvortrag eingestellt.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Vor dem Hintergrund der neuen Koalition und der Einrichtung eines Sondervermögens für die Verkehrsinfrastruktur legt der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) die sechste Maßnahmenliste zum Investitionsbedarf bei öffentlichen nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastrukturen vor. Die Liste enthält über 500 konkrete Projekte – davon 210 neu identifizierte Investitionsvorhaben –, die in den kommenden Jahren dringend umgesetzt werden müssen. Ziel ist es, Engpässe zu beseitigen, Qualität zu sichern und den Schienengüter- wie Personenverkehr zukunftsfähig zu machen. „Die Ergebnisse der sechsten NE-Infrastrukturhebung zeigen ganz klar: Der Investitionsbedarf ist immens – sowohl im Bestand als auch für Ausbauprojekte. Der Wirtschaftsstandort Deutschland droht zurückzufallen, wenn der Zustand der Infrastrukturen der NE-Bahnen in vielen Regionen kein zeitgemäßes Angebot des Personen- und Güterverkehrs zulässt. Wir brauchen einen Regio-Infrafonds – analog zu den Bundesschienenwegen – gespeist aus dem neuen

Sondervermögen mit einer dauerhaften, gemeinsamen Finanzierung durch Bund und Länder“, so VDV Vizepräsident Joachim Berends.

Erstmals wurden in der neuen Liste auch Maßnahmenvorschläge für Serviceeinrichtungen gesondert aufgenommen. Die Liste bezieht sich ausschließlich auf öffentliche NE-Infrastrukturen – also Schienenwege und Serviceeinrichtungen von nichtbundeseigenen Eisenbahninfrastrukturunternehmen, die für den Personen- und Güterverkehr eine tragende Rolle spielen. Trotz zwischenzeitlich verbesserter Förderrahmenbedingungen durch die Novellierungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes im Jahr 2019 und des Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetzes (SGFFG, 2021) besteht ein strukturelles Investitionsdefizit. „Neben der anhaltenden Unterfinanzierung – vor allem des SGFFG – haben aufwendige und meist zeitintensive Antragsverfahren die Situation in den vergangenen Jahren weiter verschärft. Kurzfristig müssen in jedem Fall bestehende Finanzierungsinstrumente – insbesondere das stark unterfinanzierte SGFFG – aufgestockt werden, um den Bestand der NE-Infrastrukturen zu sichern und dringend notwendige Modernisierungen zu ermöglichen“, so Berends. Ab dem Jahr 2025 ist eine deutliche Erhöhung der SGFFG-Mittel notwendig, um auf Bundesebene eine förderpolitische Gleichstellung mit den bundeseigenen Infrastrukturen zu erreichen. „Gleichzeitig sind die Länder gefordert, ihre Kofinanzierungsanteile anzupassen oder – es spricht Bände, darauf hinweisen zu müssen –, wo bislang keine Regelungen bestehen, überhaupt erst zu schaffen. Denn nur dort, wo eine Landesbeteiligung gesichert ist, können auch Bundesmittel effizient abgerufen und eingesetzt werden“, so Berends.

„Der Eisenbahnsektor, und vor allem seine Infrastruktur, ist stark reguliert. An relevanten Stellen, zum Beispiel mit Blick auf Daseinsvorsorge und Sicherheit, macht das auch Sinn. Aber inzwischen haben wir ein deutlich zu hohes Maß an Regelungen und Vorgaben seitens des Bundes und der Europäischen Union erreicht. Die damit verbundene Bürokratie lähmt die Güterbahnen im operativen Geschäft. Es geht nicht darum, notwendige Kontrollen oder Nachweise abzuschaffen. Aber es muss ein gewisses Vertrauen seitens der staatlichen Institutionen in den Sektor geben, dass wir im eigenen unternehmerischen Interesse verantwortungsbewusst handeln. Das hohe Sicherheitsniveau im Sektor zeigt, dass Vorschriftentreue in der DNA der Güterbahnen verankert ist. Es gibt zahlreiche Themenfelder im Schienengüterverkehr, bei denen aus unserer Sicht dringend entbürokratisiert und die Regelungs- und Kontrollflut eingedämmt werden muss“, so VDV-Vizepräsident Joachim Berends und Ludolf Kerkeling, Vorstandsvorsitzender der GÜTERBAHNEN.

Geschäftsverlauf, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Jahr 2024 verringerte sich das Transportvolumen um 16.288 t auf 1.052.027 t.

Die WLE erhielt auf Antrag einen 50%-igen Bundeszuschuss nach dem Schienengüterfernverkehrsnetzförderungsgesetz (SGFFG) und eine 40%-ige Landes-Koförderung (NRW) gem. der NE-Infrastrukturförderungsrichtlinie NRW. Die Gesamtzuwendung im Jahr 2024 betrug insgesamt 2.322 TEUR.

Erstmals ab dem Jahr 2018 gewährt der Bund eine anteilige Förderung der Netto-Beträge der von den bundeseigenen Betreibern der Schienenwege auf Basis der von der Bundesnetzagentur genehmigten Entgeltlisten in Rechnung gestellten Trassenentgelte. Die Förderung erfolgt für tatsächlich erbrachte Betriebsleistungen in Trassenkilometern entsprechend der Abrechnung nach den Schienennetz-Benutzungsbedingungen der DB Netz AG. Mit der Förderung wird ein wesentlicher Anreiz zur Sicherung der bestehenden Schienengüterverkehre sowie Anreize, Güterverkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern, geschaffen. Zuwendungsempfängerin ist die DB Netz AG als Erstempfängerin, die die Zuwendungen vollständig durch einen anteiligen Abzug von den Netto-Beträgen der Schlussabrechnung der Trassennutzung an die WLE in Höhe von 192 TEUR als Letztempfänger weitergeleitet hat.

Der Jahresfehlbetrag betrug im Geschäftsjahr 2.634 TEUR (Vj. 2.150 TEUR).

Die WLE ging in ihrer Prognose für das Geschäftsjahr 2024 von einem Jahresfehlbetrag von 3.316 TEUR aus.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 888 TEUR auf 23.839 TEUR verringert.

Das Anlagevermögen verminderte sich um 1.102 TEUR auf 16.270 TEUR.

Das Anlagevermögen ist durch Eigenkapital sowie durch kurz- sowie langfristige Fremdmittel finanziert. Insgesamt wurden 231 TEUR in den Hauptbereichen Sachanlagen, 19 TEUR in die immateriellen Vermögensgegenstände und 15 TEUR in Finanzanlagen investiert.

Die Intensität des Anlagevermögens beträgt somit 68 % (Vj. 70 %).

Das Umlaufvermögen erhöhte sich durch höhere Kassenbestände und Vorräte um 167 TEUR auf 7.487 TEUR.

Das gezeichnete Kapital blieb mit einem Betrag von 3.907 TEUR unverändert. Die Kapitalrücklage reduzierte sich um 50 TEUR auf 2.254 TEUR durch die Einstellung des Jahresfestbetrages 2024 in den Verlustvortrag und die Verrechnung des Jahresfehlbetrages 2023. Der Verlustvortrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert und weist eine Summe i. H. v. 0 TEUR aus. Das Unternehmen verfügt über ein Eigenkapital von insgesamt 3.527 TEUR.

Die Eigenkapitalquote beträgt 15 % (Vj. 16 %). Die Quote des Fremdkapitals beträgt 85 % (Vj. 83 %). Die Pensionsrückstellung erhöhte sich um 531 TEUR. Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich um 600 TEUR auf 5.808 TEUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 1.198 TEUR auf 5.737 TEUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern beinhalten die Überzahlungen der Festbeträge, die noch nicht zur Abdeckung von Fehlbeträgen in die Kapitalrücklage eingestellt wurden.

Die gesamten Umsatzerlöse erhöhten sich um 1.629 TEUR auf 19.521 TEUR. Die rückläufigen Erlöse durch Zuschüsse (250 TEUR) konnten durch höhere Leistungen im Transportbereich (1.522 TEUR) sowie höheren Lieferungen und Leistungen an Dritte (310 TEUR) kompensiert werden.

Die Materialaufwandsquote beträgt 60 % (Vj. 64 %).

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahr 2024 durchschnittlich 112 (Vj. 112) Arbeitnehmer. Die Personalkosten betrugen 8.321 TEUR (Vj. 6.927 TEUR). Die Veränderung ist maßgeblich durch die tarifliche Lohnerhöhung und die Zuführung zur Pensionsrückstellung in Höhe von 737 TEUR begründet.

Die Personalaufwandsquote liegt bei 43 % (Vj. 39 %).

Die Bemessung der Entgelte erfolgt seit dem 01.04.2009 auf Grundlage des zwischen dem Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen und der Gewerkschaft EVG vereinbarten Tarifvertrages. Für die Bestandssicherung gelten die ergänzenden Bestimmungen des so genannten Sicherungstarifvertrages.

Zudem gilt der Tarifvertrag zwischen der Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer. Für die Bestandssicherung gelten ergänzende Bestimmungen.

Die Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH stellt dauerhaft über den eigenen Bedarf hinaus Ausbildungsplätze zur Verfügung. Dauerhaft werden gewerbliche Auszubildende zum Beruf des Industriemechanikers mit der Fachrichtung Betriebstechnik sowie kaufmännische Auszubildende zum Kaufmann/-frau für Büromanagement ausgebildet.

Die Abschreibungen erhöhten sich um 38 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 1.183 TEUR auf 2.873 TEUR gestiegen. Das Finanzergebnis beträgt 263 TEUR. Es betrifft im wesentlichen Darlehnszinsen in Höhe von 120 TEUR (Vj. 134 TEUR) und die Verzinsung von Rückstellungen in Höhe von 37 TEUR (Vj. 48 TEUR).

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresfehlbetrag von 2.634 TEUR ab. Dieser liegt um 483 TEUR über dem Vorjahresverlust.

Durch das zentrale Liquiditätsmanagement und die Einzahlung der Gesellschafter ist die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft mit ausreichender Liquiditätsversorgung aufgrund der Rahmenvereinbarung mit der WVG gesichert. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Bestand der Liquididen Mittel um 17 TEUR auf 1.594 TEUR gesunken.

Chancen- und Risikobericht

Chancen für den weiteren Geschäftsverlauf resultieren für die Gesellschaft weiterhin aus der vermehrten Akquirierung von Neuverkehren in sämtlichen Bereichen und dem Ausbau des Werkstattdrittgeschäftes. Ferner sollen mit den bestehenden Ressourcen neue Geschäftsfelder erschlossen, bzw. die bisherigen intensiver bearbeitet werden.

Die Stärkung der Schiene auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität bleibt zentrale Aufgabe für die Regierung, es findet ein wachsender Fokus auf alternative Verkehrsmittel (Personen- und Güterverkehr auf der Schiene) statt. Durch die anhaltenden, aktuellen politischen Diskussionen (Verkehrswende, vermehrter Gütertransport auf der Schiene, Klima, CO2) werden Nahverkehrsstrecken reaktiviert. Anhand der Reaktivierung der Strecke Münster - Sendenhorst profitiert somit auch der Streckenbestand der WLE. Aus der Reaktivierung der Strecke ergeben sich Möglichkeiten der Förderung von Infrastruktur für SPNV und SGV aufgrund der politischen Rahmenbedingungen.

Aus der Gruppenzugehörigkeit der WLE zur WVG-Gruppe werden permanent Synergieeffekte generiert. Die Synergieeffekte werden durch die zentrale Betreuung von Lohnabrechnung, Finanzbuchhaltung, Controlling, Finanzierung, Datenverarbeitung und insbesondere der rechtlichen und administrativen Aufgaben der Geschäftsführung verstärkt. Zudem ist die Geschäftsführung immer bestrebt, Synergieeffekte zu Nutzen und die vorhandenen Kapazitäten besser auszulasten.

Der Umsatz und Ertrag der WLE ist nach wie vor von vier Großkunden abhängig. Damit ist die WLE stark abhängig von externen Einflüssen. (Konjunkturlage, Auftragsverlust in der Produktionskette des Kunden, globale Ereignisse/Krisen). Ein Ausfall eines Kunden hat unmittelbar Einfluss auf die Auslastung von Lok und Personal. Kompensation auf eigener Strecke ist nicht möglich, da hier starker Wettbewerb zum LKW besteht. Kompensation im Fernverkehr auf DB-Strecken ist nur bedingt möglich, da hier die WLE in Konkurrenz zu anderen EVU steht. Wenn externe Kostensteigerungen (Fahrstrom, Nutzungsgebühr DB-Netz etc.) nicht komplett weitergegeben werden können, sinkt der Deckungsbeitrag.

Mittlerweile stellen Hauptuntersuchungen an Lokomotiven die WLE vor organisatorische, kapazitäts- und aufwandstechnische Herausforderungen. Mit den aktuellen Marktverhältnissen lassen sich die Hauptuntersuchungen nicht mehr finanzieren.

Die WLE ist, aufgrund von Liquiditätsengpässen, auf ein gesondertes Darlehen der Gesellschafter angewiesen. Die wesentlichen Gründe liegen im konjunkturell bedingten Deckungsbeitragsverlust aufgrund geringerer Verkehrsleistungen sowie geringere Ergebnisbeiträge im Drittgeschäft der Werkstatt. Insbesondere die konjunkturell bedingte rückläufige Entwicklung in der Baubranche führt zu signifikanten Rückgängen der Verkehrsleistungen. Resultierend aus diesen konjunkturell bedingten Problematiken ergeben sich für die WLE Liquiditätsrisiken, da die kalkulierten Erlöse nicht wie geplant vereinnahmt werden können. Darüber hinaus haben erhebliche Vorfinanzierungen aus den Oberbauprogrammen sowie massive Kostensteigerungen in sämtlichen Bereichen negativen Einfluss auf die Liquidität der WLE.

Aktuell befindet sich das SPNV-Projekt der WLE in der Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung). Um weitere Verzögerungen im SPNV-Projekt zu verhindern,

wurden bereits mit Arbeiten an Leistungsphase 5 begonnen. Grundsätzlich wurde zur ursprünglichen Planung davon ausgegangen, dass der Planfeststellungsbeschluss Mitte des Jahres 2024 vorliegt. Ab diesem Zeitpunkt könnten sämtliche SPNV-Kosten aktiviert werden, sodass aus dem Beginn der Leistungsphase 5 keine Ergebnisbelastung der WLE resultiert. Aufgrund des sich verzögernden Planfeststellungsbeschluss auf Mitte 2025 laufen sämtliche Kosten des SPNV in das Geschäftsjahr 2024 und belasten somit in voller Höhe das HGB-Ergebnis der WLE.

Der weiterhin in allen Unternehmensbereichen der WVG-Gruppe bestehende Fachkräftemangel wird auch zukünftig höhere Rekrutierungskosten und Kosten für Personaldienstleistungen binden. Die Gründe dafür sind vornehmlich altersbedingte und erhöhte Fluktuationen. Auch die Besetzung von Auszubildendenstellen stellt sich als Herausforderung dar. Der durch die Fluktuation verursachte „Know-How“ Verlust führt zu steigenden Weiterbildungskosten sowie zu Engpässen in den Arbeitsabläufen und Mehrbelastungen bei den Mitarbeitern der betroffenen Fachabteilungen. Die WLE wird weiterhin in die Qualifikation und Weiterbildung des eigenen Personals investieren, zudem soll ein erhöhter Wissenstransfer unter den Mitarbeitern u. a. durch Einsatz von Wissensdatenbanken und weiteren Dokumenten, gewährleistet werden. Darüber hinaus wird weiterhin an der Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen gearbeitet, um den Arbeitsplatz familienfreundlicher zu gestalten und somit die Karriereplanung des Personals zu forcieren.

Die WLE ist auch weiterhin auf einen kontinuierlichen Kapitalzufluss der Gesellschafter sowie auf Landes- und Bundeszuschüsse angewiesen, um notwendige Erhaltungsinvestitionen betreiben zu können und die Substanz der WLE zu erhalten.

Bestandsgefährdende Risiken werden sowohl in Summe als auch Einzelne von der Geschäftsführung derzeit nicht gesehen.

Prognosebericht

Die Prognose der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH (WLE) für die Geschäftsjahre 2025 bis 2027 basiert auf der zum 30.06.2025 erstellten überarbeiteten Wirtschaftsplanung, externen fachlichen Stellungnahmen sowie den mit den Gesellschaftern abgestimmten Finanzierungsmaßnahmen. Damit stützt sich die Einschätzung auf eine solide und breit abgesicherte Grundlage. Die Prognose der Gesellschaft wurde extern überprüft und eindeutig als positiv bestätigt. Trotz der gegebenen Rahmenbedingungen und laufenden Genehmigungsverfahren im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sieht die Geschäftsführung die zukünftige Entwicklung der WLE insgesamt positiv, wenngleich einzelne externe Faktoren naturgemäß gewisse Unsicherheiten mit sich bringen.

Für das Jahr 2025 wird ein handelsrechtlicher Jahresfehlbetrag in Höhe von rund -8,7 Mio. EUR erwartet. Trotz des negativen Ergebnisses weist die 24-monatige Liquiditätsplanung zum 31.12.2025 einen positiven Bestand von ca. 2 Mio. EUR aus. Dieser Wert berücksichtigt Gesellschafterdarlehen in Höhe von insgesamt 9,0 Mio. EUR, den Ausgleich der Cash-Pool-Hilfen sowie Mittelzuflüsse aus dem Geschäftsjahr 2024.

Für 2026 wird ein positives Gesamtergebnis von ca. 8,4 Mio. EUR prognostiziert. Dieses Ergebnis beruht im Wesentlichen auf dem erwarteten Planfeststellungsbeschluss für die Reaktivierung der Strecke Münster–Sendenhorst und dem damit verbundenen Zufluss von GVFG-Mitteln. Diese Mittel sind von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Finanzierung des SPNV. Mit Zufluss der Fördermittel wird ein Eigenkapital von ca. 7,5 Mio. EUR wiederhergestellt.

Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH, Münster (WVG)

Krögerweg 11
48155 Münster
Telefon 0251/ 62 70-0
Internet www.wvg-online.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW in den Verkehrsgebieten der Gesellschafter sowie die Koordinierung und Rationalisierung der operativ tätigen Verkehrsunternehmen.

Hierzu übernimmt das Unternehmen als Servicegesellschaft insbesondere die Geschäftsbesorgung für kaufmännische und technische Managementaufgaben für die angeschlossenen Verkehrsunternehmen (s. weiter unten). Darüber hinaus kann sie jene Geschäftsbesorgung für weitere Verkehrsunternehmen übernehmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auf einer Linienlänge von rd. 12.900 km wird gemäß § 42 und § 43 PBefG öffentlicher Personennahverkehr insbesondere in der Fläche durch Omnibusse sowie auf eigenem Streckennetz von rd. 200 km und auf nationalen Relationen Güterverkehr durch die Eisenbahnen betrieben. Damit deckt die WVG-Unternehmensgruppe einen Raum in Westfalen mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs ab, der sich von der niederländischen bis zur hessischen Grenze und von Osnabrück bis nach Dortmund erstreckt. Die Versorgung mit den Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge.

Durch die Setzung des Schwerpunktes auf den Nahverkehr in der Fläche, trägt die WVG zur Schaffung vergleichbarer Lebensverhältnisse der Bevölkerung in der Region Westfalen bei.

Angeschlossene Unternehmen

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft besteht in der Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Verkehrsräumen der Gesellschafter.

Als Servicegesellschaft fördert die WVG die Koordinierung und Rationalisierung auf Grundlage von Betriebs- und Geschäftsführungsverträgen für die angeschlossenen Verkehrsbetriebe:

- Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM),
- Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG),
- Verkehrsgesellschaft Kreis Unna GmbH (VKU),
- Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH (WLE)

Die WVG-Gesellschaften leisten für diese Dienstleistung einen Aufwendungsersatz nach dem Verursachungsprinzip.

Die WVG erwirtschaftet aus dieser Tätigkeit durch Umlageverrechnung ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter: Keine – Entsendung durch Verkehrsgesellschaften

	<u>Mitglied</u> (Wahlperiode 2020 - 2025)	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	- Dr. Jürgen Wutschka (bis 26.09.2024)	-
Aufsichtsrat	Dezernent Peter Franken (ab 26.09.2024) Dr. Jürgen Wutschka (bis 26.09.2024)	-

2. Geschäftsführung
Detlef Berndt, Julian Hericks (ab 01.07.2025)
Detlef Berndt, Julian Hericks, David Oelkers und
Steffen Schuldt (01.03.2024 bis 30.06.2025)
André Pieperjohanns (bis 29.02.2024)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsjahr: 1969
Stammkapital: 2.214.500 Euro
Handelsregister: Amtsgericht Münster HRB 461

Gesellschafter:	Anteil in %	Anteil in Euro
Regionalverkehr Münsterland GmbH, Münster (RVM)	47,14	1.043.980
Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH, Soest (RLG)	28,57	632.710
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH, Kamen (VKU)	14,29	316.360
Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH, Lippstadt (WLE)	10,00	221.450
Summe	100,00	2.214.500

Beteiligungen

Die VKU hat mit Datum vom 15.12.2023 den Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag fristwahrend zum 31.12.2025 gekündigt.
Infolgedessen verkauft die VKU in einem ersten Schritt seine Geschäftsanteile an die WVG. Der Verkauf und die Abtretung der Geschäftsanteile erfolgen zum 01.01.2026. Der Kaufpreis von 1,00 € wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates am 18.12.2024 beschlossen.

Durch den Erwerb der Geschäftsanteile der VKU durch die WVG werden die damit verbundenen Stimmrechte ruhend gestellt. Dies bedeutet, dass das Stimmrecht weder ausgeübt noch bei der Berechnung einer Stimmenmehrheit berücksichtigt wird.

In einem zweiten Schritt wird geprüft, wie mit den VKU-Anteilen weiter umgegangen werden soll. Als Alternativen stehen beispielsweise die Veräußerung und Abtretung an einen zukünftigen neuen Gesellschafter sowie die Verteilung der Geschäftsanteile auf die bestehenden Gesellschafter im Raum.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	233	375	193	143
Sachanlagen	1674	1.598	1.681	1.737
Finanzanlagen	1	1	1	1
Anlagevermögen	1.908	1.975	1.876	1.882
Vorräte	136	113	167	83
Forderungen und sonst. Verm.geg.	4.711	7.334	4.907	5.702
Kassenbestand, Bankguthaben	460	617	573	185
Umlaufvermögen	5.307	8.064	5.646	5.970
Rechnungsabgrenzungsposten	51	68	31	10
SUMME AKTIVA	7.266	10.106	7.553	7.862
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	2.215	2.215	2.215	2.215
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Eigenkapital	2.215	2.215	2.215	2.215
Rückstellungen	2.390	2.787	2.724	2.864
Verbindlichkeiten	2.660	5.104	2.613	2.782
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1	1
SUMME PASSIVA	7.266	10.106	7.553	7.862

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um rund 2,84 Mio. EUR auf rund 7,27 Mio. EUR verringert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die WVG das zentrale Liquiditätsmanagement für ihre Gesellschafter steuert. Auf der Aktivseite verringerten sich Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von 7.334 TEUR auf 5.307 TEUR. Wesentlichen Anteil daran hatte die Tatsachen, dass sich stichtagsbezogen die Forderungen gegen Gesellschafter um 2.744 TEUR reduzierte. Analog dazu verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Kassenhilfen um 1.796 TEUR und die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten um 649 TEUR.

Das Anlagevermögen in Höhe von 1.908 TEUR macht 26,26 % der Bilanzsumme aus (letztes Jahr 19,5 %) und ist vollständig durch langfristiges Kapital finanziert.

Unter den Finanzanlagen wird unverändert die 0,16 %-Beteiligung an der beka GmbH - eine ÖPNV-Beschaffungsplattform - ausgewiesen.

Das Eigenkapital (unverändert 2.215 TEUR) der WVG besteht nach vollständiger Auflösung der Kapitalrücklage im Zuge der Übertragung der Beteiligungen an den drei Verkehrsgesellschaften auf die sieben Gesellschafterkreise ausschließlich aus Stammkapital. Sein Anteil an der Bilanzsumme beträgt 30,48 %.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	14.135	14.074	12.152	11.370
Sonstige betriebliche Erträge	231	46	141	25
Materialaufwand	-5.605	-5.568	-4.095	-3.284
Personalaufwand	-7.777	-7.754	-7.237	-6.860
Betriebsergebnis	984	797	961	1.250
Abschreibungen	-341	-308	-350	-513
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-671	-504	-503	-483
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	180	134	23	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-161	-135	-79	-164
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-10	-15	52	98
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	24	-43	-89
Sonstige Steuern	-10	-9	-9	-9
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	0	0	0	0

Die betreuten Verkehrsunternehmen leisten der WVG durch eine Umlage Aufwendungsersatz, für die der Gesellschaft im Rahmen der Geschäfts- und Betriebsführungstätigkeit entstehenden Aufwendungen abzüglich Erträge, so dass die WVG ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausweist.

Die Umsatzerlöse setzen sich aus der Geschäftsführungskostenumlage (7.771 TEUR), Erlösen aus Lieferungen und Leistungen (4.666 TEUR) sowie Zuschüssen (1.698 TEUR) zusammen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 167 TEUR auf 671 TEUR gestiegen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für Versicherungen, Bürobedarf, Kommunikation, Schulungen, Personalbeschaffung, Gesundheitsmanagement und Aufwand für Beratung.

Weitere Informationen und Zahlen

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
<u>Vermögenslage</u>				
Anlagenintensität	26,3%	19,5%	24,8%	23,9%
Umlaufintensität	73,0%	79,8%	74,8%	75,9%
<u>Finanzlage</u>				
Eigenkapitalquote	30,5%	21,9%	29,3%	28,2%
Fremdkapitalquote	69,5%	78,1%	70,7%	71,8%
Anlagendeckung I	116,1%	112,1%	118,1%	117,7%
<u>Ertragslage</u>				
Umsatzrentabilität	-0,1%	-0,1%	0,4%	0,9%
Eigenkapitalrentabilität	0,9%	-1,1%	1,9%	4,0%
Gesamtkapitalrentabilität	2,5%	1,1%	1,6%	3,2%
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte inkl. Geschäftsführung	95	97	96	90

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Wirtschaftsbericht

Im Umfeld der konjunkturellen und strukturellen Belastungen ist die Wirtschaft in Deutschland im Jahr 2024 weiter geschrumpft. Zunehmende Konkurrenz für die Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau und weiterhin unsichere wirtschaftliche Aussichten gelten dafür als wesentliche Ursachen. Die Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in Deutschland ist im Jahr 2024 preisbereinigt um 0,2 % zurück gegangen. Damit lag der Rückgang des Berichtsjahres leicht unter dem Rückgang des Vorjahres 2023 von 0,3 % (Statistisches Bundesamt).

Die Mitgliedsunternehmen des Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) spielen eine entscheidende Rolle für die Mobilitätswende und bei der Lösung verkehrlicher Herausforderungen. Im Jahr 2024 nutzten nach Berechnungen des Branchenverbands VDV rund 9,8 Milliarden Fahrgäste die Angebote des deutschen ÖPNV. Dies entspricht einem Zuwachs von etwa 300 Millionen Kundinnen und Kunden im Vergleich zum Vorjahr.

Damit liegt die Branche noch immer unter dem Fahrgastaufkommen aus dem Rekordjahr 2019, als über 10,4 Milliarden Fahrgäste in Bussen und Bahnen unterwegs waren. Die wirtschaftliche Lage der Verkehrsunternehmen und Verbünde bleibt indes trotz des Kundenzuwachses angespannt. Dies liegt unter anderem an den aufgrund des Deutschland- Tickets sinkenden Fahrgeldeinnahmen und an deutlich gestiegenen Personalkosten. Es fahren also mehr Menschen mit dem ÖPNV. Die sich fortsetzende Erholung am Fahrgastmarkt, die in erster Linie dem Deutschland-Ticket zu verdanken ist, hat aber auch eine erhebliche Schattenseite. Durch das preislich sehr attraktive Deutschland- Ticket kaufen die Kundinnen und Kunden immer seltener andere Ticketangebote, sodass die Einnahmen in diesen Segmenten im Vergleich zum Vorjahr um rd. 3,2 Milliarden Euro zurückgegangen sind (Pressemitteilungen VDV).

Der Ausgleich durch Bund und Länder für die seit Einführung des Deutschland-Tickets entgangenen Einnahmen der Branche ist im Jahr 2024 deutlich gestiegen. Nach Berechnungen des VDV müssen für das vergangene Jahr mindestens 3,45 Milliarden Euro an entgangenen Einnahmen durch Bund und Länder ausgeglichen werden. Dies ist nur möglich, weil noch Restmittel aus dem 2023 für die Jahre 2024 und 2025 eingesetzt werden können. Eigentlich haben sich Bund und Länder auf einen maximalen Ausgleichsbetrag von jährlich drei Milliarden Euro festgelegt, der je zur Hälfte gezahlt wird. Da das Deutschland-Ticket im Jahr 2023 erst im Mai eingeführt wurde, blieb am Jahresende rund eine Milliarde Euro an Restmitteln übrig. Etwa die Hälfte davon fließt nun, zusätzlich zu den drei Milliarden, in den Ausgleich für das Jahr 2024 (Pressemitteilungen VDV).

Die VDV-Mitgliedsunternehmen befördern jeden Tag rd. 26 Millionen Fahrgäste in Deutschland mit Bus und Bahn und ersparen damit rd. 18 Millionen Autofahrten. Durch ihre Verkehrsleistung sparten Busse und Bahnen zuletzt 10 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen ein. Ohne den ÖPNV würden rd. 73 Milliarden Pkw-km zusätzlich auf deutschen Straßen anfallen (VDV, Daten & Fakten im öffentlichen Nahverkehr).

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung stellt zwar einen Einflussfaktor für die Gesellschaft dar, weitaus bedeutender sind jedoch für die Entwicklung der angeschlossenen Unternehmen und damit der WVG als Servicegesellschaft die branchenspezifischen Entwicklungen im wettbewerblichen und rechtlichen Umfeld.

Das Ergebnis des Berichtsjahres vor Umlage lag insgesamt unter dem Ergebnis des Vorjahres. Wesentliche Ursache hierfür war die Anpassung der Personalrückstellungen. Darüber hinaus stiegen die Kosten der Rechts- sowie Beratungsleistungen im Zuge der organisatorischen Restrukturierung. Das Unternehmen erzielte insgesamt ein Ergebnis vor dem Ausgleich durch die angeschlossenen Unternehmen von rd. -7,77 Mio. EUR.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch den unterjährig durchgeführten Plan-Ist-Vergleich überwacht. Die Umsatzerlöse aus der Umlage und den Leistungen für Dritte lagen mit 14,13 Mio. EUR unter dem Planwert von 15,13 Mio. EUR (wesentlicher finanzieller Leistungsindikator).

Die WVG beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 95 Mitarbeiter und 6 Auszubildende. Davon waren 19 Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt.

Ertragslage

Die betreuten Verkehrsunternehmen leisten der WVG durch eine Umlage Aufwendungsersatz, für die der Gesellschaft im Rahmen der Betriebs- und Geschäftsführungstätigkeit entstehenden Aufwendungen abzüglich Erträge, so dass die WVG ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausweist.

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr betragen rd. 14,13 Mio. EUR (Vj. rd. 14,07 Mio. EUR).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Liquiditätsmanagements, aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Unternehmen, gesichert. Das Unternehmen investierte weiterhin in Informationstechnologie, Digitalisierung sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,84 Mio. EUR auf rd. 7,27 Mio. EUR verringert.

Auf der Aktivseite betreffen die Veränderungen im Wesentlichen das Umlaufvermögen. Der Rückgang des Umlaufvermögens um rd. 2,76 Mio. EUR auf 5,31 Mio. EUR resultiert im Wesentlichen aus geringeren Forderungen in Form von Kassenhilfen.

Auf der Passivseite betreffen die Veränderungen im Wesentlichen die Verbindlichkeiten in Form von Kassenhilfen. Die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern gingen unter anderem aufgrund geringerer Kassenhilfemittel um rd. 1,79 Mio. EUR auf rd. 1,58 Mio. EUR zurück. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten verringerten sich um rd. 649 T€ auf rd. 1,07 Mio. EUR.

Die Rückstellungen gingen um rd. 397 T€ auf 2,39 Mio. EUR zurück.

Die EK-Quote beträgt 30,48 %.

Prognose

Neben den bisher bekannten Rahmenbedingungen wie begrenzte Ertragssteigerungspotenziale, Deutschlandticket, Verkehrswende, demografisch bedingter Schülerrückgang und noch nicht planbare Effekte aus dem Einnahmenausgleich der angeschlossenen Unternehmen stellen die starken Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal das Unternehmen weiterhin vor große Herausforderungen.

Für das Berichtsjahr 2024 erwartet das Unternehmen durch das Umlageprinzip unverändert ein ausgeglichenes Ergebnis. Die betreuten angeschlossenen Verkehrsunternehmen aus dem kommunalen Umfeld als Gesellschafter leisten dem Unternehmen für die Geschäfts- und Betriebsführungstätigkeit Aufwendungsersatz in Form einer Umlage.

Chancen und Risiken

Durch die abgeschlossene Umsetzung der beschlossenen neuen Direktvergaben von Linienverkehren gem. Art. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 ab 2021 bei allen drei ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe ist die Grundlage für den Hauptzweck der WVG, der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für die Gesellschafterunternehmen, bis 2030 gesichert.

Mit Beschluss der Aufsichtsratssitzungen vom 20. und 21. Februar 2024 der RLG, RVM/VBK, WLE und WVG wurde Herr André Pieperjohanns zum 29. Februar 2024 als Geschäftsführer der Unternehmen der WVG-Gruppe abberufen. Zugleich wurden in den gleichen Sitzungen jeweils die Prokuristen Detlef Berndt, Julian Hericks, David Oelkers und Steffen Schuldt als neue Geschäftsführer bestellt. Sie übernahmen ab dem 1. März 2024 die Geschäftsführung der WVG-Gruppe.

Die Einführung des Deutschlandtickets bei angeschlossenen Omnibusunternehmen hat jetzt schon die Tariflandschaft in ihrer Struktur deutlich verändert. Diese Entwicklung hat zu Mehr- aber auch Mindereinnahmen geführt. Aktuell besitzen etwa 13,5 Millionen Kundinnen und Kunden ein Deutschland-Ticket. Das meistgekauftete Produkt ist dabei mit großem Abstand die Standardversion des Tickets, das rabattierte Jobticket stagniert nach wie vor bei einem Anteil von rund 20 Prozent an allen verkauften Deutschland-Tickets. „Das Branchenziel waren 15 Millionen Deutschland-Tickets zum Ende des Jahres 2024. Dieses Ziel haben wir um zehn Prozent bzw. 1,5 Millionen Tickets verpasst. Der entscheidende Grund dafür ist, dass viele

Unternehmen und Organisationen noch immer zögern, in das für ihre Mitarbeitenden preislich attraktive Deutschland-Ticket Job zu wechseln. Das ist nachvollziehbar, denn der Fortbestand des Deutschland-Tickets ab 2026 ist gänzlich unklar, weil es keine langfristige Finanzierungszusage des Bundes gibt. Für viele unserer Unternehmenskunden ist die fehlende Perspektive ab 2026 der Hinderungsgrund, um jetzt mit dem entsprechenden organisatorischen Aufwand zum Deutschland-Ticket Job zu wechseln. Die fehlende verbindliche Zusage des Bundes zu einer langfristigen Finanzierung bremst an dieser Stelle den weiteren Zuwachs beim Deutschland-Ticket (Pressemitteilungen VDV).

Die von Bund und Ländern jährlich zur Verfügung gestellten drei Milliarden Euro werden dauerhaft nicht ausreichen, um den Verlust der Branche auszugleichen. Man darf auch den Ticketpreis nicht weiterhin überproportional erhöhen, denn sonst springen zu viele Kundinnen und Kunden ab, weil es preislich zu unattraktiv wird. Für eine langfristige Finanzierung des Deutschland-Tickets braucht es verbindlich zugesagte Mittel von Bund und Ländern in ausreichender Höhe und inklusive einer jährlichen Dynamisierung, damit das Ticket für die Fahrgäste preislich attraktiv bleiben kann. Dazu braucht es eine transparente und maßvolle Entwicklung des Ticketpreises, zum Beispiel gekoppelt an einen Preisindex, der sich an der realen Kostensituation der Branche orientiert. Darüber hinaus sollen ab 2024 die Ansprüche über eine deutschlandweite Einnahmenaufteilung festgelegt werden. Eine solche deutschlandweite Einführung kann zu Mehr- oder auch zu Mindereinnahmen führen (Pressemitteilungen VDV).

Die im freien Markt tätigen Eisenbahnunternehmen WLE, RVM und RLG müssen immer wieder auf sich ändernde Nachfrage nach Gütertransportleistungen auf der Schiene ausgerichtet werden.

Die anhaltenden aktuellen politischen Diskussionen (Verkehrswende, vermehrter Gütertransport auf der Schiene, Klima, CO₂) führen dazu, dass Nahverkehrsstrecken reaktiviert werden. Von der Reaktivierung der Strecken profitiert somit auch der Streckenbestand der WVG-Gruppe. Aus der Reaktivierung der Strecken ergeben sich Möglichkeiten der Förderung von Infrastruktur für SPNV und SGV. Des Weiteren bleibt die Stärkung der Schiene auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität als zentrale Aufgabe im Fokus und die WVG als Servicegesellschaft erhofft sich in Ihrem Dienstleistungsspektrum die Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich weiterhin die demografische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV- und Eisenbahnunternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar, das heißt insbesondere an die rechtzeitige, angemessene und wirtschaftliche Neubesetzung und Einarbeitung.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat und wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Die Geschäftsführung sieht sowohl in Summe als auch im Einzelnen, insbesondere auch mit Blick auf den zum 31.12.2025 durch die VKU gekündigten Betriebs- und Geschäftsführungsvertrag, aufgrund der geplanten Restrukturierungsmaßnahmen keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Liquidität der Gesellschaft ist im Rahmen des zentralen Finanzmanagements aufgrund der Rahmenvereinbarungen mit den angeschlossenen Verkehrsunternehmen gesichert. Diese wird durch eine roulierende monatliche Liquiditätsplanung stetig überwacht.

Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (ZRL)

Bahnhofstraße 48
59423 Unna
Telefon 02303/2531675
E-Mail info@zrl.de
Internet www.zrl.de

Der Zweckverband Mobilität Ruhr-Lippe (früher Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe) – kurz: ZRL - ist am 7. November 1995 gegründet worden. Verbandsmitglieder sind die Kreise Soest und Unna, der Hochsauerlandkreis, der Märkische Kreis sowie die Stadt Hamm.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Verbandsversammlung	Jörn Peters (Vorsitzender), Kreis Soest (ab 24.09.2024) Dr. Jürgen Wutschka (Vorsitzender)(bis 24.09.2024) KT-Abg. Hubert Schnieder KT-Abg. Günter Münzberger KT-Abg. Dr. Günter Fiedler KT-Abg. Thomas Reimann	Gunnar Wolters, Kreis Soest KT-Abg. Elisabeth Prolingheuer KT-Abg. Michael Luig KT-Abg. Alfred Hense KT-Abg. Ulrike Burkert
2. Verbandsvorsteher	Marco Voge, Landrat Märkischen Kreises	Adrian Kersting, Kreis Unna
3. Geschäftsführer	Peter Jungemann	

Die Verbandsvorsteher bedienen sich zur Führung der laufenden Geschäfte des Zweckverbandes einer Geschäftsstelle. Mit Beschluss vom 3. Juni 2020 hat die Verbandversammlung Herrn Peter Jungemann mit Wirkung vom 1. April 2020 zum Geschäftsführer bestellt.

Der ZRL ist einer der fünf Mitgliedszweckverbände (MZV) des 2008 gegründeten, Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL). Mit der Gründung des NWL wurde die Aufgabenträgerschaft im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf denselben übertragen.

Der ZRL nimmt weiterhin die Interessen seiner Verbandsmitglieder bezüglich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wahr. Er stützt sich dabei ausdrücklich auf das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW). Der ZRL bündelt insoweit die Interessen der regionalen ÖSPV-Aufgabenträger und koordiniert übergeordnete Konzepte zur Optimierung der verkehrsträger- und verkehrsunternehmensübergreifenden Mobilität. Darüber hinaus unterstützt der ZRL die

Vorbereitung von Entscheidungen des NWL für den SPNV in seinem Bereich. Gemäß der Satzung des NWL haben die MZV ein Mitbestimmungsrecht, soweit ihr Raum von einer Entscheidung betroffen ist. Neue Verkehrsverträge, Änderungen von Verkehrsverträgen oder Kündigungen von Verkehrsverträgen kann der NWL folglich nur mit Zustimmung der beteiligten MZV abschließen.

Mit den Beschlüssen in der NWL- und ZRL-Verbandsversammlung im Juli 2019 wurde eine Neustrukturierung des NWL und seiner Mitgliedszweckverbände zum 1. Januar 2020 beschlossen. Um sich gegenseitig bei der Weiterentwicklung eines attraktiven ÖPNV in Westfalen zu unterstützen, wurde hierzu die „Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf der Schnittstelle zwischen SPNV und ÖSPV“ erarbeitet. Parallel zur Neustrukturierung des NWL erfolgte auch eine Neuausrichtung des ZRL zur regionalen Koordinierungsstelle für den ÖPNV im Raum Ruhr-Lippe zum 1. Januar 2020.

Die Aufgabenwahrnehmung des ZRL wird durch Zuweisungen des NWL auf Basis der ÖPNV-Pauschale nach § 11 ÖPNVG NRW, durch Zuwendungen für die Schnellbusförderung nach der NWL-Schnellbusförderrichtlinie sowie durch Finanzmittel für investive Sofortförderungen aus dem Teilraumkonto, welches beim NWL treuhänderisch geführt wird, finanziert. Die im Rahmen der Bürogemeinschaft mit dem NWL anfallenden Kosten werden dem NWL vom ZRL erstattet.

Der ZRL wirkt als Mitglied des NWL weiter an wesentlichen politischen Entscheidungen über die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs im Verbandsgebiet und an der Durchführung der sonstigen Aufgaben des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe mit.

Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL)

Bahnhofstraße 48
59423 Unna
Telefon 02303/253160
E-Mail info@nwl-info.de
Internet www.nwl-info.de

Der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) ist am 14.01.2008 gegründet worden. Gründungsmitglieder sind die fünf westfälischen Zweckverbände ZRL, ZVM, VVOWL, npv und ZWS. Der NWL ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Sinne des § 5 ÖPNV-Gesetz NRW.

Im Jahr 2015 hat der NWL den Eigenbetrieb EBINFA gegründet, dieser wird vollständig im NWL konsolidiert.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine, mittelbare Beteiligung über den ZRL
Die Mitglieder der NWL-Verbandsversammlung werden von der ZRL Verbandsversammlung bestimmt.
2. Verbandsvorsteher Dr. Klaus Drathen (bis 20.05.2025)
3. Geschäftsführer Christiane Auffermann (ab 20.05.2025)
Joachim Künzel (bis 31.03.2025)

Gemäß § 12 der Zweckverbandssatzung ist die Aufgabenwahrnehmung des NWL nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Geschäftstätigkeit des NWL konzentrierte sich im Berichtsjahr auf die Aufgaben gemäß Satzung, insbesondere die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs im Raum Westfalen-Lippe.

Für das Geschäftsjahr 2024 lag bis zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes kein Jahresabschluss vor.

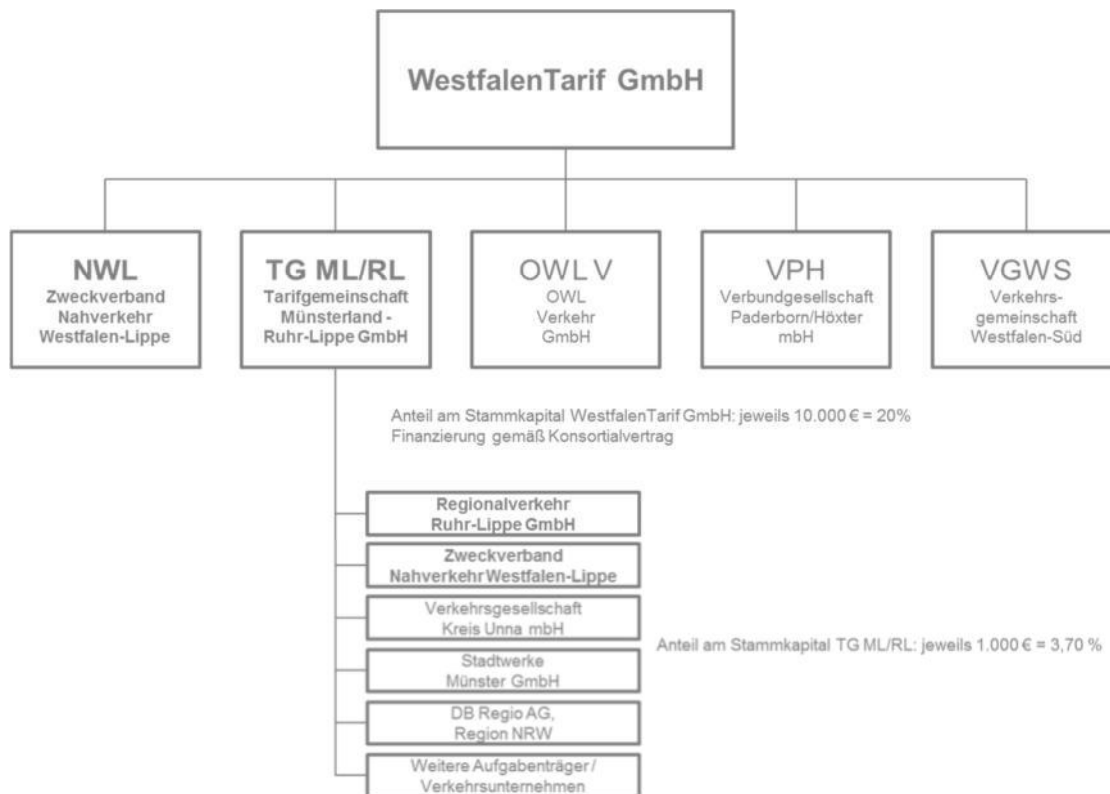
Westfalentarif

Zur Weiterentwicklung der Nahverkehrstarife im westfälischen Raum haben die Vertreter der kommunalpolitischen Gremien, der Aufgabenträger für Bus und Bahn sowie der Verkehrsunternehmen des gesamten westfälisch-lippischen Raumes den Gemeinschaftstarif WestfalenTarif konzipiert. Der Tarif fasst die bisherigen fünf Gemeinschaftstarife unter einem Dach zusammen. Dadurch sollen Tarifbestimmungen harmonisiert, Übergänge zwischen den Tarifen kundenfreundlich gestaltet, die Transparenz erhöht und ein einheitlicher Auftritt gegenüber den Fahrgästen herbeigeführt werden.

Die Einführung des WestfalenTarifs erfolgte am 01.08.2017. Er ist der flächenmäßig größte Nahverkehrstarif in NRW und der zweitgrößte deutsche Gemeinschaftstarif. Mit einem Ticket des WestfalenTarifs können Bus- und Bahnkunden alle Nahverkehrsverbindungen in Westfalen-Lippe nutzen.

WestfalenTarif GmbH / Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe GmbH

Zum Zweck der Einführung des WestfalenTarifs wurde die bestehende Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe von einer GbR in eine GmbH überführt und die WestfalenTarif GmbH neu gegründet.



Die RLG ist Gesellschafter der Tarifgemeinschaft Münsterland-Ruhr-Lippe GmbH und über diese an der WestfalenTarif GmbH beteiligt.

Übernahme der Eurobahn

Der NWL hat zum 06.05.2025 als Interimsgesellschafter die eurobahn GmbH Co. KG (Eurobahn) übernommen. Zuvor hatte der Kreistag in einer außerordentlichen Sitzung am 16.01.2025 der Übernahme der Eurobahn durch den NWL zugestimmt.

Mit diesem Schritt konnte eine Notvergabe zur Fortführung des Streckenbetriebs im Falle einer Insolvenz der Eurobahn verhindert werden. Das Ziel ist die Sanierung des Unternehmens, um in den kommenden Jahren einen Investor für die Eurobahn zu finden.

Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH

Flughafenstraße 33
33142 Büren-Ahden
Telefon 02955/ 77-0
E-Mail web@airport-pad.com
Internet www.airport-pad.com

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb des Flughafens Paderborn/Lippstadt und der Erwerb des dafür benötigten Geländes. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der genannte Gesellschaftszweck erreicht und gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch den Flugbetrieb wird die Infrastruktur der Region aufgewertet. Der öffentliche Zweck wird sowohl durch die Anbindung des Wirtschaftsraumes an überregionale Bereiche (Wirtschaftsförderung mit Standortsicherung und -entwicklung), als auch in touristischer Hinsicht durch die Aufwertung der Lebensqualität der Einwohner erfüllt.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafter- versammlung	Dezernent Peter Franken (ab 01.08.2024)	Kreisdirektor Volker Topp
	Dr. Jürgen Wutschka (bis 31.07.2024)	
	KT-Abg. Josef Hanebrink Karsten Gerlach (SB) (ab 01.01.2025)	KT-Abg. Dr. Bernhard Reilmann KT-Abg. Dr. Günter Fiedler
	Hans-Joachim Kayser (SB) (bis 31.12.2024)	
Aufsichtsrat	Ruthemeyer, Matthias	Dezernent Peter Franken (ab 01.08.2024)
		Dr. Jürgen Wutschka (bis 31.07.2024)
	Landrätin Eva Irrgang	Dezernent Peter Franken (ab 01.08.2024)
		Dr. Jürgen Wutschka (bis 31.07.2024)
2. Geschäftsführung	Roland Hüser	

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1969 als "Regionalflughafen Südost-Westfalen GmbH"
Stammkapital:	10.000.000 Euro
Handelsregister	Amtsgericht Paderborn HRB 166

Gesellschafter

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Kreis Paderborn	77,9	7.794.100
Kreis Soest	12,3	1.225.500
Hochsauerlandkreis	3,9	392.200
Kreis Höxter	3,9	392.200
IHK Ostwestfalen zu Bielefeld	1,6	156.800
IHK Lippe zu Detmold	0,4	39.200
Summe	100,0	10.000.000

Im Zuge einer (nachfolgend dargestellten) Sanierung des Flughafens im Rahmen eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung in 2020 sind die „OWL-Gesellschafter“ Kreis Gütersloh, Kreis Lippe und Stadt Bielefeld aus der GmbH ausgeschieden.

Beteiligungen

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
PAD Airport Services GmbH	100,0	25.000
Westphalian Ground Services GmbH	100,0	25.000

Gegenstand der 2013 gegründeten PAD Airport Services GmbH ist die Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insbesondere Bodenabfertigung und Passagierhandling. Das positive Jahresergebnis wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die Muttergesellschaft abgeführt.

Die Westphalian Ground Services GmbH wurde 2013 unter der Firmierung PAD Security Services GmbH gegründet. Zweck der Gesellschaft war zunächst die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen nach den Vorgaben des Luftsicherheitsgesetzes. Seit der Umfirmierung in 2022 liegt der Zweck des Unternehmens in der generellen Erbringung von Flughafenbetriebsdienstleistungen.

Insolvenzverfahren und Sanierung 2020

Ausgelöst durch die Corona-Pandemie und generelle Krise in der Flugbranche hat die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH im Laufe des Jahres 2020 ein Sanierungskonzept entwickelt, um sich redimensioniert auch für geringere Fluggastzahlen wirtschaftlich aufstellen zu können. Zur Umsetzung wurde am 01.12.2020 ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung eröffnet, das zum 01.05.2021 erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Der Kreis Soest hat sich mit Kreistagsbeschluss vom 08.10.2020 u.a. verpflichtet, für diese PAD-Sanierung einmalig in 2020 anteilig 12,5% der hierfür benötigten Finanzmittel, nämlich 1.562.500 Euro, zu übernehmen. Aus beihilferechtlicher Sicht handelt sich hierbei um Zahlungen zum Ausgleich der COVID-19-Schäden im Zeitraum 04.03. - 30.06.2020 (Corona-Beihilfe) und zum Ausgleich für ungedeckte Fixkosten im Zeitraum 01.07.2020 - 30.09.2021 (Fixkostenhilfe gemäß § 8 der Bundesrahmenregelung Beihilfen für Flugplätze).

Im Zuge des Insolvenzverfahrens wurde der Personalbestand von vormals 170 auf 64 Beschäftigte abgebaut. Eine im PAD-Gesellschaftsvertrag verankerte Zahlungsverpflichtung der Gesellschafter gegenüber der Zusatzversorgungskasse wurde anteilig mit 1.380.000 Euro als Rückstellung berücksichtigt. Zahlungen waren bislang gleichwohl nicht zu leisten.

Die OWL-Gesellschafter Stadt Bielefeld, Kreis Gütersloh und Kreis Lippe haben (u.a. unter finanzieller Beteiligung an den Sanierungskosten in 2020) für sich entschieden, als PAD-Gesellschafter ausscheiden zu wollen. Die Geschäftsanteile wurden mittlerweile vom Hauptgesellschafter Kreis Paderborn übernommen.

In 2012 wurde das Stammkapital um 4.784.823 Euro auf 10.000.000 Euro erhöht. Der Kreis Soest übernahm hierauf neue Geschäftsanteile in Höhe von 586.385 Euro. Mit Beschluss des Kreistages vom 08.10.2020 erfolgt nunmehr im Jahresabschluss 2020 des Kreises Soest (dem Vorgehen des Mehrheitsgesellschafters Kreis Paderborn folgend) eine Abwertung des aktuellen Beteiligungsbuchwertes von 845.915 Euro auf 1 Euro gegen die allgemeine Rücklage.

Außerdem wurde dem Flughafen seinerzeit ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3.100.000 Euro gewährt (Anteil Kreis Soest: 575.000 Euro). Das Darlehen erfolgte zweckgebunden zur Finanzierung des Investitionsplans 2011-16 in Höhe von 18.500.000 Euro.

Im Zuge des Insolvenzverfahrens und mit entsprechendem Kreistagsbeschluss vom 08.10.2020 wurde auf eine Rückzahlung des Restbetrages in Höhe von 359.000 Euro verzichtet.

Finanzielle Beteiligung der Gesellschafter an den hoheitlichen Tätigkeiten

Im Einklang mit der EU-Beihilferichtlinie leisten die PAD-Gesellschafter jährlich in Summe eine Mittelzuführung von bis zu 2.500.000 Euro zur Übernahme der Kosten für hoheitliche Aufgaben. Dies sind insbesondere Aufwendungen für Feuerwehr, Eigen- und Flugsicherung.

Die finanzielle Beteiligung erfolgt auf Basis folgender Verhältnisse, wobei sich die Industrie- und Handelskammern grundsätzlich nicht beteiligen:

	Anteil in %	max. in Euro
Kreis Paderborn	79,50	1.987.500
Kreis Soest	12,50	312.500
Hochsauerlandkreis	4,00	100.000
Kreis Höxter	4,00	100.000
Summe	100,0	2.500.000

Im Zuge der Geschäftsanteilsübertragung der OWL-Gesellschafter hat der Kreis Paderborn als Hauptgesellschafter ab 2021 auch deren Zahlungsanteile übernommen.

Eine Zusatzvereinbarung über eine verdoppelte Zahlung der Gesellschafter wurde noch in den Jahren 2019-20 sowie für die Monate Januar und Februar 2021 umgesetzt, greift aber mit Umsetzung des Sanierungskonzeptes für die Zukunft nicht mehr.

Investitionskostenzuschuss

Der Investitionsbedarf 2017-22 auf Basis obligatorischer Maßnahmen von 17.100.000 Euro ergab unter liquiditätswirksamer Berücksichtigung von Darlehen, Abschreibungen und der erwarteten, über die Verlustabdeckung in Höhe von 2.500.000 Euro hinausgehenden Jahresfehlbeträge eine Finanzierungslücke in Höhe von 6.100.000 Euro, die von den PAD-Gesellschaftern über einen Investitionskostenzuschuss gesichert werden sollte.

Der Kreis Soest leistet hierfür anteilig Zuschüsse in Gesamthöhe von 762.500 Euro auf der Grundlage entsprechend maßnahmenbezogener Bewilligungsbescheide.

Die sich hieraus ergebende, aufwandswirksame jährliche Belastung des Kreishaushaltes beträgt 50.833 Euro nach vollständiger Auszahlung. Buchhalterisch ist in Höhe des Zuschusses ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten zu bilden und über 15 Jahre in Form einer Abschreibung auf Finanzanlagen aufzulösen.

Aufgrund des Insolvenzverfahrens vom 01.12.2020 bis 30.04.2021 mussten Abschlüsse für die Rumpfgeschäftsjahre 01.01.-30.11.2020 und 01.12.2020-30.04.2021 aufgestellt werden.

Nachfolgende Spalte beziehen sich daher auf den Zeitraum 01.05. – 31.12.2021

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	146	151	138	56
Sachanlagen	27.520	28.792	30.375	32.713
Finanzanlagen	50	50	50	50
Anlagevermögen	27.716	28.993	30.562	32.819
Vorräte	382	380	449	289
Forderungen, Sonst. Verm.gegenstände	2.885	2.640	2.856	2.127
Kassenbestand, Bankguthaben	9.785	6.800	5.130	3.590
Umlaufvermögen	13.052	9.819	8.435	6.006
Rechnungsabgrenzungsposten	256	127	107	173
SUMME AKTIVA	41.024	38.939	39.104	38.999
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	10.000	10.000	10.000	10.000
Kapitalrücklage	277	277	277	277
Gewinnrücklagen	20.542	19.928	19.466	17.347
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	1.160	614	463	2.118
Eigenkapital	31.979	30.819	30.205	29.743
Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.207	2.293	2.787	3.290
Rückstellungen	1.367	1.165	982	1.200
Verbindlichkeiten	5.439	4.625	5.083	4.719
Rechnungsabgrenzungsposten	32	37	47	47
SUMME PASSIVA	41.024	38.939	39.104	38.999

Die Vermögenslage hat sich aufgrund der positiven Entwicklung des Cash- Flows aus laufender Geschäftstätigkeit verbessert. Die liquiden Mittel haben sich um 2.985 TEUR auf 9.785 TEUR erhöht.

Gegenläufig ist das Anlagevermögen um 1.277 TEUR gesunken. Ursächlich hierfür sind die Investitionen in Höhe von 1.349 TEUR, denen Abschreibungen in Höhe von 2.598 TEUR und Abgänge in Höhe von 28 TEUR gegenüberstehen.

Eine weitere wesentliche Veränderung ist die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen um 976 TEUR auf 1.917 TEUR.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	32.165	29.752	27.891	6.928
Sonstige betriebliche Erträge	3.696	3.494	3.779	7.052
Materialaufwand	-22.684	-20.954	-21.016	-5.493
Personalaufwand	-5.503	-5.286	-4.772	-2.835
Betriebsergebnis	7.674	7.006	5.881	5.652
Abschreibungen	-2.598	-2.853	-2.976	-2.039
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.275	-3.727	-2.505	-1.477
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	502	411	205	112
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	44	13	9	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-57	-107	-22	-52
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.290	743	592	2.196
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-130	-129	-129	-77
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	1.160	614	463	2.118

Die Umsatzerlöse setzten sich im Wesentlichen aus dem Treibstoffverkauf (14.077 TEUR), Abfertigungs- und Bodenverkehrsdienste (5.517 TEUR), Parkerlösen (5.405 TEUR) und Lande-, An- und Abflugentgelten (4.539 TEUR) zusammen. In allen genannten Bereichen konnten Umsatzsteigerungen verzeichnet werden.

Die Steigerung des Materialaufwands verläuft parallel zur Steigerung der Umsatzerlöse.

Durchschnittlich waren im betroffenen Geschäftsjahr 66 Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Berichtsjahr zahlte der Kreis Soest 312.500 Euro zur Finanzierung hoheitlicher Aufgaben.

Der Investitionskostenzuschuss ist mit 50.833 Euro jährlich konstant.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt: **-363 TEUR**
(Vorjahr: - 363 TEUR)

Auch in den kommenden Jahren beteiligt sich der Kreis Soest vereinbarungsgemäß mit bis zu 312,5 TEUR p.a. an den Kosten hoheitlicher Aufgaben.

Die buchhalterische Belastung aus dem Investitionskostenzuschuss bleibt mit 50,8 TEUR p.a. unverändert bestehen, da der Rechnungsabgrenzungsposten für die bereits geleisteten Zahlungen über 15 Jahre aufwandswirksam aufgelöst wird.

Weitere Einmalzahlungen oder zusätzliche laufende Zuschüsse durch den Kreis Soest sind nicht vorgesehen.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Vorbemerkung

Der Luftverkehr hat sich in den Jahren nach der Pandemie wieder sehr deutlich erholt. Im Berichtsjahr 2024 wurden am Flughafen Paderborn/Lippstadt mit mehr als 818.000 Fluggästen 18% mehr Fluggäste gezählt als im Vor-Pandemie-Jahr 2019. Dies spiegelte sich auch in den Erlösen wider und führte zu einer weiteren Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Bei einem sehr großen Teil der Kostenpositionen handelt es sich um Fixkosten, die durch die Bereitstellung und den Erhalt der Infrastruktur sowie die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft des Verkehrsflughafens entstehen.

Die Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH lassen sich grundsätzlich in die fünf Gruppen

- Aviation
- Non Aviation
- Treibstoffverkauf
- sonstige Umsatzerlöse und
- sonstige betriebliche Erträge

einteilen.

Die Aviation-Erlöse, wie z.B. Anflug- und Landeentgelte sowie der Treibstoffrohertrag werden maßgeblich von der Entwicklung des Linien- und Touristikflugverkehrs mit größerem Fluggerät beeinflusst.

Die Non Aviation-Erlöse, die z.B. durch das Parkgeschäft und die Vermietung von Einzelhandels-, Gastronomie- und sonstigen Gewerbeflächen erzielt werden, sind zum Großteil ebenfalls verkehrsabhängig. Damit hat die Luftverkehrsentwicklung auf den größten Teil der Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH unmittelbare Auswirkungen.

Wie oben bereits erläutert, konnte im Jahr 2024 die bereits im Vorjahr zu beobachtende sehr deutliche Erholung des Luftverkehrs am Flughafen Paderborn/Lippstadt fortgesetzt werden. In der Folge stiegen sowohl die Aviation- als auch die Non Aviation-Erlöse im Vergleich zu den beiden Vorjahren nochmals spürbar an.

Darstellung des Flugbetriebes allgemein

Im Jahr 2024 wurden laut der Statistik des Flughafenverbandes ADV (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Flughäfen) an den deutschen Flughäfen ca. 212 Mio. Fluggäste gezählt. Das entspricht einem Zuwachs von knapp 7,5% gegenüber dem Jahr 2023. Allerdings beträgt der Rückstand gegenüber dem Vor-Pandemie-Niveau aus 2019 immer noch rund 15%, der Erholungsgrad liegt im bundesdeutschen Durchschnitt bei ca. 85%.

Der innerdeutsche Luftverkehr lag mit 23,9 Mio. Passagieren um 3,5% über Vorjahr und um 48,5% (!) unter dem Vor-Pandemie-Jahr 2019, der Europaverkehr wuchs um 8% auf 146,4 Mio. Passagiere, lag damit aber immer noch um 8,5% unter dem Vor-Krisen-Niveau von 2019.

Der Interkontinentalverkehr verzeichnete mit 8,3% auf 41,3 Mio. Passagiere ein ähnlich stärkstes Wachstum gegenüber Vorjahr wie der Europaverkehr, lag jedoch nach wie vor um 5,5% unter dem Niveau von 2019.

Darstellung des Flugbetriebes am Paderborn-Lippstadt Airport

Die Fluggastzahlen sind im Geschäftsjahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um rund 13% auf 818.378 Fluggäste gestiegen. 708.185 (+12%) der Fluggäste generierte der Touristikflugverkehr, 104.318 (+21%) der Linienflugverkehr und 5.875 (+14%) die allgemeine Luftfahrt.

Mit 36.999 liegt die Anzahl der Gesamtflugbewegungen unter dem Vorjahresniveau, wobei jedoch die erlös- und volumenrelevanten Linienflugbewegungen (1.692) mit 19,4% und die Touristikflugbewegungen (4.464) mit 11,2% eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr verzeichnen können.

Der Erholungsgrad gegenüber dem Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag mit 118% deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von ca. 85%.

Personal- und Sozialbereich

Der von der weltweiten Pandemie ausgelöste erhebliche Einbruch des Verkehrsaufkommens und der daraus resultierende geringere Personalbedarf hatte im Jahr 2021 einen sehr deutlichen Personalabbau nötig gemacht, der im Zuge eines Planinsolvenzverfahrens umgesetzt wurde.

Im Jahr 2022 hatte es vor dem Hintergrund, dass einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Zuge der Unternehmenssanierung eine Kündigung erhalten hatten, dagegen Kündigungsschutzklage eingereicht hatten, noch einige Verhandlungstermine vor dem Arbeitsgericht gegeben. Ein Großteil dieser Verfahren war seinerzeit auf dem Vergleichswege beendet worden, mit einigen wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde das Arbeitsverhältnis fortgesetzt.

Im Berichtsjahr 2024 gab es innerhalb der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH wie bereits im Vorjahr keine wesentlichen Personalveränderungen mehr.

Mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Komba steht die Geschäftsleitung in einem regelmäßigen vertrauensvollen und konstruktiven Austausch.

Ertragslage

Nachdem sich die Verkehrszahlen nach der Pandemie bereits im Jahr 2022 deutlich auf über 500.000 und im Jahr 2023 auf über 720.000 Passagiere gesteigert hatten, konnte diese Erholung auch im Berichtsjahr 2024 auf fast 820.000 Passagiere fortgesetzt werden. Die Umsatzerlöse betrugen 32.165 TEUR. Die Erlöse im Bereich Aviation beliefen sich inklusive Treibstoffverkauf auf 24.655 TEUR. Im Geschäftsbereich Non-Aviation betrugen die Erlöse 7.510 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Berichtszeitraum 3.696 TEUR. Der Materialaufwand (ohne Treibstoffeinkauf) betrug 11.039 TEUR. Der Personalaufwand belief sich auf 5.503 TEUR. Die Abschreibungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 2.598 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 4.275 TEUR. Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betrugen 57 TEUR. Unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (Grund- und Kfz-Steuer) in Höhe von 130 TEUR ergibt sich ein positives Geschäftsjahresergebnis von 1.160 TEUR.

Vermögens- und Finanzlage

Die Rückstellungen zum 31.12.2024 belaufen sich auf 1.367 TEUR. Die Eigenkapitalquote beträgt 77,95 % (2023: 79,15 %). Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von 1.296 TEUR getätigt. Diese wurden vollständig aus den laufenden Mitteln finanziert. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 67,58 % (2023: 74,46 %) der Bilanzsumme. Im Berichtsjahr ergibt sich ein Finanzmittelbestand zum 31.12.2024 in Höhe von 9.785 TEUR.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Künftige Finanzierung der Flugsicherungskosten

Bereits im Jahr 2021 konnte ein Durchbruch bei der seit langem angestrebten Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund erreicht werden. Das Luftverkehrsgesetz wurde geändert, so dass nunmehr auch der Flughafen Paderborn/Lippstadt seit September 2021 von dieser Kostenentlastung profitiert.

Neben der Reduktion der fixen Personalkosten trägt diese Maßnahme erheblich zur Absenkung der Fixkosten bei. Ohne die Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund, würde ohne Berücksichtigung der bisher vereinnahmten Abflugentgelte und abhängig von der Intensität des Flugbetriebes eine Unterdeckung im siebenstelligen Bereich verbleiben. Aktuell gibt es im Bundesministerium für Digitales und Verkehr Pläne, den im Jahr 2021 geschaffenen 2. Gebührenkreis, der zu der o.g. Entlastung bei den Flugsicherungskosten führt, wieder abzuschaffen. Dies würde dazu führen, dass die Flugsicherungskosten an den Flughäfen, an denen die Deutsche Flugsicherung kein eigenes Personal vorhält (2. Gebührenkreis), die Flugsicherungskosten wieder selbst tragen müssten. Allein in Nordrhein-Westfalen sind davon 5 Flughäfen (Dortmund, Mönchengladbach, Paderborn/Lippstadt, Siegerland und Weeze) betroffen, bundesweit noch sehr viel mehr Flughäfen und größere Verkehrslandeplätze. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen führen die betroffenen Flughäfen derzeit zahlreiche Gespräche mit der Bundes- und Landespolitik sowie dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr und dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung mit dem Ziel des dauerhaften Erhalts des 2. Gebührenkreises und einer gesicherten Finanzierung.

Chancen und Risiken aus dem Flugverkehrsgeschäft

Bereits in den Jahren nach der Pandemie und auch im Berichtsjahr 2024 zeigte sich sehr deutlich, dass die Nachfrage im Touristikflugverkehr nach wie vor in großem Umfang vorhanden ist. Die Reiseveranstalter und touristischen Fluggesellschaften haben ihr Sitzplatzangebot nach und nach wieder stark ausgebaut, so dass die Kapazität während der Sommerferien NRW 2022 schon fast das Niveau von 2019 erreicht hatte. Im Jahr 2023 hatte die Anzahl der Fluggäste während der Sommerflugplanperiode zum Teil sogar deutlich über dem Niveau des Jahres 2019 gelegen. Dieser Trend setzte sich auch im Berichtsjahr 2024 fort. Die für den Flughafen Paderborn/Lippstadt insbesondere im Hinblick auf die Anzahl der Flugbewegungen sehr relevante sog. Allgemeine Luftfahrt erweist sich ebenfalls als robust.

Im Linienflugverkehr nach München zeigt sich hingegen ein anderes Bild. Lufthansa hat sich im Herbst 2024 dazu entschieden, neben diversen innerdeutschen Strecken auch die Strecke Paderborn-München ab dem Sommerflugplan 2025 nicht mehr zu bedienen.

Im Nachgang hat sich auf Initiative ost- und südwestfälischer Unternehmer und Privatpersonen das Unternehmen skyhub PAD GmbH & Co. KG gegründet, das die Verbindung nach München in Zusammenarbeit mit einer Regionalfluggesellschaft fortführen möchte. Dabei sollen nicht nur Punkt-zu-Punkt-Flüge nach München, sondern mit Hilfe eines sog. Interline-Abkommens zwischen der Regionalfluggesellschaft und der Lufthansa auch Weiterflüge ab München möglich gemacht werden.

Für den Touristikflugverkehr sahen wir in der ersten Hälfte des Berichtsjahres noch ein Risiko aus den Preisentwicklungen an den Energiemärkten und der seinerzeit noch relativ hohen Inflation, da die zusätzlichen Belastungen für die privaten Haushalte zu einer reduzierten Nachfrage bei Reiseprodukten hätten führen können. Im Jahresverlauf konnte ein Nachfragerückgang jedoch nicht beobachtet werden. Abgesehen davon hat sich die Lage an den Energiemärkten mittlerweile deutlich entspannt und auch die Inflation ist wieder auf ein niedrigeres Niveau gesunken.

Chancen bieten die noch nicht ausgeschöpften Potentiale bei bisher nicht bedienten touristischen und ethnischen Destinationen. So ergeben entsprechende Analysen, dass insbesondere Ziele in Südeuropa (z.B. spanisches Festland, Kanarische Inseln, Kroatien

etc.) derzeit nicht oder nicht ausreichend bedient werden, obwohl eine erhebliche Reisetätigkeit aus unserer Region zu diesen Zielen festgestellt werden kann, derzeit jedoch benachbarte Flughäfen dafür genutzt werden. Die seit Frühjahr 2023 von der Ryanair neu angebotenen Strecken nach Alicante und Málaga haben sich während der vergangenen Sommerflugplanperiode gut entwickelt.

Eine Chance für den Flughafen Paderborn/Lippstadt kann sich auch aus operativen Herausforderungen der größeren Flughäfen ergeben. Während der Pandemie haben sich viele Arbeitskräfte hin zu anderen Branchen orientiert, was dort beim Wiederaanlaufen des Verkehrs zu großen Personalengpässen führte. In Verbindung mit dem demographischen Wandel und dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge im Laufe der kommenden Jahre, ist zu erwarten, dass große Standorte ihren Personalbedarf nur schwer decken können und insofern auch aus dieser Sicht an Kapazitätsgrenzen stoßen werden. Auch Fluggesellschaften machen die Erfahrung, dass die operativen Abläufe an kleineren Standorten reibungsloser und damit verzögerungsfreier ablaufen. Vor diesem Hintergrund gewinnen kleinere Standorte sowohl für Endkunden als auch für Systempartner an Attraktivität.

Nicht zuletzt die 24-stündige Öffnungszeit des Flughafens stellt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Flughäfen dar, aus dem sich Wachstumschancen ergeben.

Künftige Entwicklung

Wie oben bereits erläutert, entwickelt sich der Luftverkehr seit der Pandemie und der Unternehmenssanierung wieder positiv. Die Luftverkehrsnachfrage der Region wird derzeit durch unseren Flughafen noch nicht vollständig bedient. Zusätzliche Verkehre sollen durch die Abschöpfung der Potentiale bisher nicht oder nicht ausreichend bedienter Ziele generiert werden.

Daher finden fortlaufend Verhandlungsgespräche auch mit Fluggesellschaften statt, mit denen der Flughafen Paderborn/Lippstadt bisher noch nicht kooperiert. Die Streckenaufnahmen nach Málaga, Alicante und Palma durch die Fluggesellschaft Ryanair mit Beginn des Sommerflugplans 2023 sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Erfolg. Für die kommenden Jahre werden bei einer weiteren Erholung der Verkehrszahlen und einem moderaten Wachstum und unter der Voraussetzung einer Fortführung der Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund sowie der Übernahme der Kosten für hoheitliche Aufgaben durch die kommunalen Gesellschafter, insbesondere für die Flughafenfeuerwehr, ausgeglichene Jahresergebnisse angestrebt. Das in den Berichten der Vorjahre angestrebte Ziel von 800.000 Passagieren im Jahr 2025 konnte bereits im Berichtsjahr 2024 erreicht bzw. übertroffen werden. In der zweiten Hälfte der 2020er Jahre sollen die Passagierzahlen auf einem Niveau zwischen 800.000 und 1 Mio. stabilisiert und möglichst auf mehr als 1 Mio. gesteigert werden.

PAD Airport Services GmbH

Die PAD Airport Services GmbH wurde 2013 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Servicedienstleistungen in Flughäfen, insbesondere Bodenabfertigung und Passagierhandling.

Die PAD Airport Services GmbH verantwortete auch im Jahr 2024 die Passagierabfertigung, das General Aviation Terminal, die Warenannahme und die Frachtabfertigung. Des Weiteren die Position Terminal Service Agent, die Besetzung der Information, weitere Dienste rund um das Terminal, das Management der Verkaufsautomaten, den Kundendialog, die Flughafenführungen und Unterstützung im Bereich Marketing. Alle Tätigkeiten konnten trotz weiterhin angespannter personeller Situation erfolgreich durchgeführt werden.

Die angespannte Situation am Arbeitsmarkt führte auch in der Saison 2024 zu personellen Engpässen. Erschwert wird die Personalsuche dadurch, dass das Arbeitsangebot der PASG fast ausschließlich Teilzeitarbeit beinhaltet, so dass der Kreis der Bewerber sich verkleinert. Ein Anstieg der Personalkosten lässt sich einerseits durch Lohnsteigerungen erklären und liegt andererseits darin begründet, dass es immer mehr Schulungsvorgaben gibt. Im Geschäftsjahr 2024 beschäftigte die PAD Airport Services GmbH 32,76 FTE bei durchschnittlich 67 Mitarbeitern (Vorjahr 30,05 FTE bei durchschnittlich 56 Mitarbeitern).

Seit Gründung der PAD Airport Services GmbH resultiert der Großteil der Umsatzerlöse aus dem Dienstleistungsvertrag mit der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Die Umsatzerlöse von T€2.332 (Vorjahr T€2.291) entfallen in erster Linie mit T€573 (Vorjahr: T€631) auf Sicherheitsleistungen sowie Leistungen im Bereich Luftfracht und Warenannahme, T€1.196 (Vorjahr: T€1.103) auf die Passagierabfertigung, mit T€142 (Vorjahr: T€150) auf die personelle Besetzung der Flughafeninformation sowie mit T€190 (Vorjahr: T€181) auf die Serviceeinrichtung Terminal Service Agent.

Die sonstigen Erlöse T€ 231 (Vorjahr: T€ 226) bestehen aus Leistungen der Besetzung der Ausweisstelle und Tätigkeiten im Non-Aviation Bereich, wie z.B. Durchführung des Kundendialogs, der Führungen, Unterstützung des Marketings, Management der Verkaufsautomaten und Schulungen.

Aufwandseitig bestimmen im Wesentlichen die Personalaufwendungen von T€ 1.695 (Vorjahr T€1.568) die Ertragslage. Des Weiteren Aufwendungen für Mieten für die Abfertigungsflächen im Terminal, die an die Muttergesellschaft gezahlt werden in Höhe von T€189 (Vorjahr T€188). Von den Kosten für Buchführung, IT-Betreuung, Rechtsberatung und Prüfungskosten sind von T€41 (Vorjahr T€45) ca. T€15 an die Muttergesellschaft für Buchführung und IT-Leistungen gezahlt worden.

Das Jahresergebnis von T€276 wurde entsprechend des Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft abgeführt.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Investitionen des Berichtsjahres betreffen im Wesentlichen die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Weitere, zur Erbringung der Dienstleistung benötigten Vermögensgegenstände werden von der Muttergesellschaft angemietet. Die Eigenkapitalquote von rund 6,5 Prozent ist vor dem Hintergrund der Geschäftstätigkeit als zufriedenstellend anzusehen.

Westphalian Ground Services GmbH

Die Gesellschaft wurde 2013 unter der Firmierung „PAD Security Services GmbH“ als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH gegründet. Am 03. Februar 2021 erfolgte die Änderung in „PAD Services GmbH“, am 01. September 2022 in „Westphalian Ground Services GmbH“, nachfolgend WGS abgekürzt.

Laut Gesellschaftsvertrag ist „Gegenstand des Unternehmens sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Flughafenbetrieb sowie dem vorgenannten Unternehmenszweck im Zusammenhang stehende Umfeldleistungen“.

Seit Februar 2022 führt die Gesellschaft im Auftrag der Flughafengesellschaft die Flugzeugabfertigung durch. Beschränkte sich die Tätigkeit zunächst nur auf die Be- und Entladung, wurden nach und nach weitere Aufgaben wie die Tätigkeiten Ramp-Agent und Vorfeldkoordination übernommen. Seit dem Jahr 2024 erweitert der Tankdienst das Portfolio und schafft neben der Flugzeugabfertigung, der Tätigkeit des Rampagenten, der personellen Besetzung der Abteilung Operations, der Enteisung und des Betreibens der Sixt Agentur und der Werkstatt eine gute Möglichkeit, das Personal ganzjährig zu beschäftigen.

Aufgrund der Tätigkeit des Unternehmens sind qualifizierte Mitarbeiter eine Voraussetzung für die sichere und qualitativ hochwertige Ausführung von Aufträgen. Bedingt durch den hohen Beschäftigungsstand in der deutschen Wirtschaft sowie im Zuge des demografischen Wandels nimmt der Wettbewerb um qualifiziertes Personal weiter zu. Daneben tragen branchenspezifische Faktoren, wie unattraktive Arbeitszeiten, saisonale Arbeit und Arbeit in Teilzeit zu einem zunehmenden Personalmangel für bestimmte Positionen bei. Zu den Personalrisiken zählen daher ein nicht ausreichendes Angebot an gut qualifizierten Personen am Arbeitsmarkt und die Steigerung der Personalkosten. Die WGS begegnet Ersterem durch Einstellung und Qualifizierung von Auszubildenden für den Beruf „Servicekauffrau/-kaufmann im Luftverkehr“.

Durchschnittliche Beschäftigung im Berichtsjahr 2024:
28 Vollzeit- und 33 Teilzeitbeschäftigte sowie 67 geringfügig Beschäftigte

Seit Gründung der Westphalian Ground Services GmbH resultiert der Großteil der Umsatzerlöse aus den Dienstleistungsverträgen mit der Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH. Die Umsatzerlöse von T3.787 € (Vorjahr: T2.997 €) entfallen in erster Linie mit T1.801 € (Vorjahr: T1.437 €) auf die Flugzeug- und Gepäckabfertigung, mit T504 € (Vorjahr: T482 €) auf die Besetzung des Operations, mit T241 € (Vorjahr: T6 €) auf den Tankdienst und mit T1.241 € (Vorjahr: T1.072 €) auf sonstige Dienstleistungen. Diese sonstigen Dienstleistungen bestehen aus Leistungen im Bereich der Werkstatt, Rampentätigkeit, des Facility Managements und der Autovermietung SIXT.

Aufwandseitig bestimmen im Wesentlichen die Personalaufwendungen von T2.560 € (Vorjahr: T2.171 €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T936 € (Vorjahr: T842 €) verteilen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Fahrzeugkosten T9 € (Vorjahr: T104 €), Fremdleistungen aufgrund von überlassendem Personal T219 € (Vorjahr: T206 €), Mietleasing in Höhe von T459 € (Vorjahr: T322 €) und Raumkosten in Höhe von T40 € (Vorjahr: T50 €).

Das Jahresergebnis von T226 € wird entsprechend des Ergebnisabführungsvertrages an die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH abgeführt.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die zur Erbringung der Dienstleistungen benötigten Vermögensgegenstände werden im Wesentlichen von der Muttergesellschaft angemietet. Nur zu einem geringen Anteil bestehen diesbezüglich Verträge mit externen Dienstleistern.

Die Eigenkapitalquote beträgt 2% und ist als zufriedenstellend einzustufen.

Beteiligungen nach Handlungsfeldern



Lörmecke-Wasserwerk GmbH (LWW)

Soester Straße 65
59597 Erwitte
Telefon 02943/ 97 12-0
E-Mail info@loermecke.de
Internet www.loermecke.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasserversorgung im Kreis Soest und Wasserlieferungen an die Mitgliedsunternehmen der Aabach-Talsperre sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Abwasserentsorgung für die gesetzlichen Abwasserbeseitigungspflichtigen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich insbesondere zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Lörmecke-Wasserwerk GmbH ist der sicheren Versorgung des östlichen Bevölkerungsteils im Kreis Soest mit Trinkwasser nachgekommen und hat somit ihre öffentliche Zwecksetzung erfüllt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser gehört zum Kernbereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 – 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafter- versammlung	KT-Abg. Olaf Reen	KT-Abg. Hubert Rickert-Schulte
Aufsichtsrat	Landrätin Eva Irrgang KT-Abg. Karin Adamczewski KT-Abg. Ulrich Häken KT-Abg. Maximilian Wulf Hans-Werner Neumann (SB) KT-Abg. Lennard Schlöffel KT-Abg. Sebastian Rasche	

2. Geschäftsführung

Holger Hellemeier

Der Fachbeirat ist kein Organ der Gesellschaft. Er fasst keine Beschlüsse, sondern dient bei wesentlichen Angelegenheiten dem Informationsfluss der Lörmecke-Wasserwerk GmbH an den Gesellschafter. Folgende Personen wurden in den Fachbeirat entsandt:

Fachbeirat (Wahlperiode 2020 - 2025)

Mitglied

KT-Abg. Angelika Cosmann
KT-Abg. Gregor Dolle
KT-Abg. Hermann-Josef Nürnberg
KT-Abg. Elisabeth Prolingheuer
KT-Abg. Hubertus Rickert-Schulte
KT-Abg. Timo Zimmermann
KT-Abg. Erwin Koch
Friedrich Hennebühl (SB)
KT-Abg. Pia Marie Fischer
Carsten Rocholl (SB)
Klaus-Peter Lange
KT-Abg. Jürgen Schulze-Nieden
Franz-Josef Dohle (SB)
Robert Helle (SB)
KT-Abg. Hubert Schnieder

Stellvertreter

KT-Abg. Stephan Dobat
KT-Abg. Rolf Meiberg
KT-Abg. Josef Hanebrink
KT-Abg. Michael Luig
KT-Abg. Oliver Pöpsel
KT-Abg. Martin Volmer
KT-Abg. Heike Kruse
Bernd Müller (SB)
KT-Abg. Willenborg, Stefanie
KT-Abg. Jan Hendrik Körner
Alfons Knop
KT-Abg. Sebastian Rasche
Horst Schlitt (SB)
KT-Abg. Julika Stephan
KT-Abg. Mirko Fischer

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 1977

Stammkapital: 3.653.000 Euro

Handelsregister Amtsgericht Paderborn HRB 5250

Gesellschafter: alleiniger Gesellschafter ist der Kreis Soest

Beteiligungen

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Wasserverband Aabachtalsperre	20,24	15.288
Wasserbeschaffungsverband Bullerteich	50,00	70.960

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	48	20	7	13
Sachanlagen	8.432	8.633	8.784	8.931
Finanzanlagen	131	131	131	131
Anlagevermögen	8.611	8.784	8.922	9.075
Vorräte	314	305	363	257
Forderungen und sonstige Verm.geg.	2.283	1.899	1.926	1.749
Kassenbestand, Bankguthaben	9	504	627	643
Umlaufvermögen	2.605	2.708	2.917	2.648
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	8
SUMME AKTIVA	11.217	11.493	11.839	11.731
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	3.653	3.653	3.653	3.653
Kapitalrücklage	1.217	1.217	1.217	1.217
Gewinnrücklage	2.460	2.336	2.008	2.008
Bilanzgewinn	346	394	598	270
Eigenkapital	7.676	7.600	7.476	7.148
Sonderposten für Zuwendungen	0	0	0	14
Rückstellungen	251	370	419	546
Verbindlichkeiten	3.290	3.524	3.945	4.025
SUMME PASSIVA	11.217	11.493	11.839	11.731

Maßgeblich für die Entwicklung des Sachanlagevermögens ist insbesondere das Verhältnis der Abschreibungen (-624 TEUR) zu den Anlagenzugängen (343 TEUR).

Unter den Finanzanlagen werden die Mitgliedschaften im Wasserbeschaffungsverband Bullerteich (Warstein) mit 50,0 % (70.960,42 Euro) und im Wasserverband Aabachtalsperre (Bad Wünnenberg) mit 20,2 % (15.287,68 Euro) ausgewiesen. Im Kalenderjahr 2021 erfolgte eine Zuführung aus einer Sonderumlage zwecks Gebäudefinanzierung in Höhe von 45.000 Euro.

Die Rückstellungen beinhalten im wesentlichen Resturlaubsverpflichtungen, Archivierungskosten und Kosten der Jahresabschlussprüfung und -erstellung sowie Gutachtenkosten und Altenteilzeitverpflichtungen. Die Differenz zu 2023 in Höhe von 119 TEUR begründet sich insbesondere durch die Tatsache, dass keine Steuerrückstellungen gebildet werden mussten (in 2023: 93 TEUR).

Der Abbau liquider Mittel resultierte aus hohen Verbands- und Steuer-Vorauszahlungen sowie geringeren Baukostenzuschüssen. Gleichzeitig kam es in diesem Zusammenhang zum Aufbau weiterer Forderungen. Diese wurden inzwischen beglichen, sodass der Kassenbestand wieder erhöht werden konnte.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	8.415	6.979	7.371	6.847
Andere aktivierte Eigenleistungen	22	55	80	69
Sonstige betriebliche Erträge	66	50	57	24
Materialaufwand	-3.823	-2.673	-2.897	-2.915
Personalaufwand	-2.418	-2.270	-2.194	-2.028
Betriebsergebnis	2.263	2.142	2.417	1.998
Abschreibungen	-255	-241	-254	-315
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.412	-1.243	-1.198	-1.191
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen	0	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-71	-77	-84	-90
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	525	583	883	401
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-170	-180	-277	-123
Sonstige Steuern	-9	-8	-9	-9
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	346	394	598	270

Die Erhöhung der Umsatzerlöse steht insbesondere im Zusammenhang mit der Anpassung der Tarife der LWW mit Wirkung zum 01.01.2024.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 1.412 TEUR um 169 TEUR über den Vorjahreswerten. Dies ist auf die im Berichtsjahr erhöhten Aufwendungen für Gutachter zurückzuführen und auf die Anpassung der Konzessionsabgaben im Zusammenhang mit der Tarifierhöhung der Wasserpreise zu sehen.

Gewinnausschüttung

Die Geschäftsführung schlägt in Übereinstimmung mit dem Gesellschafter vor, aus dem Ergebnis eine Ausschüttung in Höhe von 270 TEUR an den Gesellschafter vorzunehmen und den Restgewinn in Höhe von 76 TEUR der Gewinnrücklage zu zuführen.

Auf die Gewinnausschüttung sind vom Gesellschafter 15,0 % Kapitalertragsteuer und darauf 5,5 % Solidaritätszuschlag abzuführen – somit 42.728 Euro.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt

+ 227 TEUR
(Vorjahr: + 227 TEUR)

Weitere Informationen und Zahlen

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
<u>Vermögenslage</u>				
Anlagenintensität	76,8%	76,4%	75,4%	77,4%
Umlaufintensität	23,2%	23,6%	24,6%	22,6%

Finanzlage

Eigenkapitalquote	68,4%	66,1%	63,1%	60,9%
Fremdkapitalquote	31,6%	33,9%	36,9%	39,0%
Anlagendeckung I	89,1%	86,5%	83,8%	78,8%

Ertragslage

Umsatzrentabilität	6,2%	8,4%	12,0%	5,9%
Eigenkapitalrentabilität	6,7%	7,6%	11,7%	5,5%
Gesamtkapitalrentabilität	5,2%	5,7%	8,1%	4,1%

Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte	32	31	30	28
---------------------------------------	----	----	----	----

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Geschäftsmodell

Die Lörmecke-Wasserwerk GmbH (LWW) versorgt als 100-prozentige Tochter des Kreises Soest mittel- und unmittelbar fast 100.000 Einwohner im südlichen Soester Kreisgebiet.

Für Erwitte, Anröchte, Möhnesee, Ense und einige Ortsteile von Soest, Bad Sassendorf, Warstein und Werl garantiert das Unternehmen rund um die Uhr, zuverlässig eine qualitativ gesicherte und dabei preiswerte Trinkwasserversorgung. Außerdem profitiert die Bevölkerung in Warstein und Rüthen von dieser hochwertigen Dienstleistung, weil sich LWW als maßgeblicher Vorlieferant der dortigen Stadtwerke engagiert. Damit ist das Lörmecke-Wasserwerk im Kreis Soest der Wasserversorger mit dem größten Versorgungsgebiet. Mit permanenten Kontrollen und besonderer Sorgfalt sorgen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür, dass frisches Wasser die rund 17.600 Hausanschlüsse und die Übergabestellen zu den Großkunden verlässlich und in einem optimalen Zustand erreicht.

Die Gesellschaft ist auch im Geschäftsjahr 2024 der sicheren und preisgünstigen Versorgung der Bevölkerung im Kreis Soest mit Trinkwasser vollumfänglich nachgekommen. Die Gesellschaft hat ihre Öffentliche Zwecksetzung erfolgreich umgesetzt.

Das von LWW verteilte Trinkwasser erfüllt in vollem Umfang die Vorgaben der Trinkwasserverordnung vom 24. Juni 2023 und der DIN 2000 in der jeweils gültigen Fassung. Es ist farblos, klar, kühl, geruchlos und geschmacklich einwandfrei.

Wasserbereitstellung

Im Jahr 2024 deckte LWW den Wasserbedarf zu 73 % durch Eigengewinnung aus der Quelfassung bei Kallenhardt (Lörmecke-Quelle) ab. Durch Wasserbezug vom Wasserverband Aabach-Talsperre (26,8 %) und von der Gelsenwasser AG (0,2 %) wurde im Berichtsjahr der restliche Bedarf bereitgestellt. Das Notwasserwerk Wasserbeschaffungsverband Bullerteich förderte lediglich die Hygienemengen.

LWW verfügt mit dem verliehenen Recht zur Förderung von Grundwasser aus der Lörmecke-Quelle über eine genehmigte Gesamtentnahme von 3,3 Mio. m³/Jahr. Hierfür liegen ein unbefristetes „Preußisches Wasserrecht“ über 1,9 Mio. m³/Jahr, sowie eine bis zum 31.12.2044 befristete „Wasserrechtliche Bewilligung“ über 1,4 Mio. m³/Jahr vor. Diese Bewilligung wurde mit Datum vom 13.01.2015 erteilt.

Des Weiteren verfügt LWW durch direkte und indirekte gesellschaftsrechtliche Beteiligungen am Wasserverband Aabach-Talsperre über ein Wasserbezugskontingent von bis zu 2,3 Mio.

m³/Jahr. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Wasserentnahme der Aabach-Talsperre nicht eingeschränkt und stand im vollen Umfang zur Verfügung.

Der Kreis Soest hat dem Wasserbeschaffungsverband Bullerteich am 14.05.2021 eine bis zum 30.04.2036 befristete Erlaubnis erteilt, um die Bullerteichquelle für den Betrieb eines Notwasserwerks zu nutzen.

Nachhaltigkeit

Im Bereich Nachhaltigkeit setzte LWW auch im Geschäftsjahr 2023 weiter seinen Fokus auf die Beschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben. So konnten inzwischen drei vollelektrische Fahrzeuge und ein Hybridfahrzeug für die Fahrzeugflotte LWW's beschafft werden. Ebenfalls wurde die Ladeinfrastruktur in den Garagen geschaffen, um künftig auch weitere Fahrzeuge mit elektrischer Energie zu versorgen. Dies in Verbindung mit der im Jahre 2020 installierten Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher am Verwaltungsgebäude in Erwitte. Ziel LWW's ist es möglichst in den nächsten Jahren komplett klimaneutral zu agieren.

Geschäftsverlauf

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die gesamte berechnete Wasserabgabe leicht um 154.954 m³ auf 3.994.130 m³. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der Mehrabgabe an Weiterverteiler (+ 120 TSD m³). Die Abgabe an Tarifikunden stieg nur leicht (+ 43 TSD m³) und die Wasserabgabe an Standrohrkunden ging erneut leicht zurück (- 7 TSD m³). Ursächlich für die erneut relativ niedrige Wasserabgabe im Vergleich zu den Vorjahren sind die höheren Niederschläge im Verlauf des Geschäftsjahres.

Zum Stichtag 31.12.2024 wurden von 57.963 Einwohner von LWW unmittelbar versorgt. Die Anzahl der Hausanschlüsse stieg auf 17.590. Im Versorgungsgebiet lag der Pro-Kopf-Verbrauch mit etwa 135 Liter pro Tag um 1 Liter unter dem Vorjahreswert und damit unter dem langjährigen Mittel von 138 Litern.

Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Wasser, aus Nebengeschäften, Auflösung von empfangenen Ertragszuschüssen und den Umsatzerlösen nach § 277 HGB betrugen im Berichtsjahr 8.415.318,45 €. Einzelne Positionen veränderten sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt: Wasserverkauf +1.379 T€, Nebengeschäfte +67 T€ und Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB -10 T€. Die Erhöhung der Umsatzerlöse steht insbesondere im Zusammenhang mit der Anpassung der Tarife der LWW mit Wirkung zum 01.01.2024.

Im Vorjahresvergleich sanken die aktivierten Eigenleistungen um 32 T€ auf 22 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 16 T€ auf 66 T€.

Der Materialaufwand stieg um 838 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist besonders auf eine große Baumaßnahme am Haarweg zurückzuführen. Der Aufwand für bezogene Leistungen stieg um 312 T€ und ist ebenfalls im o. g. Kontext zu sehen.

Die Personalaufwendungen stiegen aufgrund der tariflich bedingten Anpassungen im Vergleich zum Vorjahr um 148 T€ auf 2.418 T€.

Die Abschreibungen liegen mit 255 T€ im Geschäftsjahr 2024 auf Vorjahresniveau zuzüglich der Sonderabschreibung für E Fahrzeuge.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 1.412 T€ um 169 T€ über den Vorjahreswerten. Dies ist auf die im Berichtsjahr erhöhten Aufwendungen für Gutachter zurückzuführen und auf die Anpassung der Konzessionsabgaben im Zusammenhang mit der Tarifierhöhung der Wasserpreise zu sehen.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge wurden nicht erwirtschaftet.

Der Zinsaufwand belief sich auf 71 T€. Dieser bezieht sich ausschließlich auf die langfristig angelegten Darlehen, die im Zusammenhang mit der Finanzierung der QSANlage, dem Hochbehälter Klieve und der Installation einer PV-Anlage entstehen.

Die Steuern von Einkommen und Ertrag belaufen sich auf 170 T€. Die sonstigen Steuern belaufen sich auf 9 T€.

Der Jahresüberschuss beträgt somit 346 T€.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Im Geschäftsjahr erhöhten sich die Betriebserträge um 1.419 T€ auf 8.504 T€. Die Betriebsaufwendungen erhöhten sich um 1.468 T€ auf 7.662 T€. Damit reduzierte sich das Betriebsrohergebnis um 49 T€ auf 842 T€. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen (255 T€), des negativen Finanzergebnisses (71 T€) und der Steuern von Einkommen und Ertrag (170 T€), ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein um 48 T€ vermindertes Ergebnis.

Als Jahresüberschuss weist das Unternehmen 346 T€ aus. Nach Hinzurechnung der Abschreibungen auf Gegenstände aus dem Anlagevermögen in Höhe von 255 T€ ergibt sich ein Cashflow von 601 T€.

Die Konzessionsabgaben für das Geschäftsjahr wurden voll erwirtschaftet.

Die Finanzlage ist als sehr stabil zu betrachten. Alle Rechnungen werden innerhalb der Zahlungsfrist beglichen. Das Forderungsmanagement ist darauf ausgerichtet, alle Forderungen zeitnah zu vereinnahmen.

Es existieren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (2.801 T€), sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (284 T€) und die sonstigen Verbindlichkeiten (204 T€), die in der Bilanz ausgewiesen werden. Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt 3.290 T€.

LWW investierte 386 T€ vor Abzug der vereinnahmten Baukostenzuschüsse in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände. Die Investitionen wurden aus der Innenfinanzierung gedeckt. Die Anlagenintensität liegt bei 76,8 % (im Vorjahr 76,4 %).

Im Jahr 2024 wurden einschließlich Erneuerungen 41 m Hauptrohrleitungen neu verlegt und 55 Hausanschlüsse neu hergestellt; außer Betrieb genommen bzw. abgetrennt wurden 4.791 m Rohrleitungen.

Die finanzwirtschaftliche Situation zeigt sich einerseits in der Eigenkapitalquote der Gesellschaft (68,4 %; im Vorjahr 66,1 %), andererseits in der Finanzmittelausstattung.

Das langfristige Vermögen beträgt 8.611 T€ und verminderte sich im Geschäftsjahr um 173 T€. Das kurzfristige Vermögen sank um 103 T€ auf 2.605 T€. Das langfristige Kapital nahm gegenüber dem Vorjahr um 279 T€ ab und beträgt 10.197 T€. Das kurzfristige Kapital sank um 73 T€ und beträgt 1.019 T€.

Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan 2025 weist einen Jahresüberschuss von 685 T€ aus und liegt damit über dem Vorjahresniveau. Ziel ist die bisherige Gewinnausschüttung an den Gesellschafter erneut durchzuführen und die laufenden Investitionen durch Innenfinanzierung zu gewährleisten. Darüber hinaus soll eine Aufstockung der Gewinnrücklage zur Finanzierung künftiger Investitionen erzielt werden.

Der Wirtschaftsplan 2025 wurde am 09. Dezember 2024 durch den Aufsichtsrat einstimmig genehmigt. Der Vermögensplan sieht Investitionen in das Sachanlagevermögen sowie in immaterielle Vermögensgegenstände von 602 T€ vor. Der Schwerpunkt dieser Investitionen

liegt insbesondere in der Erschließung und Erweiterung von Baugebieten. Das Investitionsvolumen soll über die Innenfinanzierung abgedeckt werden.

Bei den Wasserabgabemengen für das Geschäftsjahr 2025 wird im Vergleich zum Berichtsjahr eine annähernd gleiche Wasserabgabe erwartet.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

LWW hat ein der Unternehmensgröße entsprechendes Risikomanagementsystem implementiert, in dem sämtliche erkennbaren Unternehmensrisiken systematisiert und im Risikobericht der Gesellschaft erläuternd dokumentiert worden sind.

LWW hat sich bereits im Geschäftsjahr 2015 nach dem „Technischen Sicherheitsmanagement“ (TSM) gemäß DVGW Regelwerk W1000 zertifizieren lassen. Eine Überprüfung der Zertifizierung wurde im Jahr 2021 erfolgreich bestanden.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde eine Informationssicherheitsanalyse durch den DVGW (Service & Consult) durchgeführt. U. a. wurden Optimierungen im Bereich Organisation und Hardware vorgeschlagen, diese sind in den darauffolgenden Geschäftsjahren weiter konsequent umgesetzt und verbessert worden. Ein ständiger Prozess der Überwachung und Kontrolle der Maßnahmen sorgt für eine kontinuierliche Anpassung und Verbesserung der Situation. Gerade im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine werden zunehmend sogenannte Cyberangriffe erwartet. Auch hier hat sich LWW dementsprechend aufgestellt. Durch die ständige Sondierung von Gefahren und regelmäßige Informationsweiterleitung an die Mitarbeiter soll ein größtmöglicher Sicherheitsstandard gewährleistet sein.

Ausgelöst durch die Befürchtungen einer Energiemangellage in den Jahren 2022/2023 hat sich LWW im auch im Geschäftsjahr 2024 organisatorisch weiter aufgestellt, um für den Fall eines flächendeckenden Stromausfalls gut aufgestellt zu sein. Neben bereits angeschafften Stromerzeugern wurden u. a. auch Kraftstoffvorräte angelegt, um zunächst autark agieren zu können. Regelmäßige Probeläufe fanden auch im Geschäftsjahr dazu statt.

Wie bereits in der Vergangenheit immer wieder dargestellt, sieht die Gesellschaft ein deutliches Gefährdungspotenzial für die Trinkwassergewinnung aus dem „Warsteiner Massenkalk“ durch die geplanten Erweiterungen und Vertiefungen der ansässigen Steinabbaubetriebe sowie in den immer wieder von den im Raum Warstein tätigen Steinbruchunternehmen diskutierten Bestrebungen, im „Warsteiner Massenkalk“ den Grundwasserhorizont zu unterfahren. Würden diese Bestrebungen umgesetzt, wäre aufgrund der geologischen Situation im „Warsteiner Massenkalk“ die Trinkwassergewinnung der LWW und der Stadtwerke Warstein massiv gefährdet.

Aus Sicht der LWW wird das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster vom 18.11.2015 bei zukünftigen Genehmigungen zur Gewinnung von mineralischen Rohstoffen zu deutlichen Verbesserungen beim Schutz des Grundwassers führen. Allerdings wurde durch das Urteil auch die bestehende Wasserschutzgebietsverordnung (WSG-VO Warsteiner Massenkalk) aus materiellrechtlichen Gründen für rechtswidrig erklärt. Aus Sicht der öffentlichen Trinkwasserversorger im Warsteiner Massenkalk (Stadtwerke Warstein und LWW) ist die Ausweisung einer rechtlich korrekten WSG-VO zum Schutz der „Hillenbergs-Quelle“ und der „Lörmecke-Quelle“ zur Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung zwingend erforderlich. Zum Erlass einer entsprechenden WSG-VO Warsteiner Massenkalk wurden auch im Berichtsjahr weitere Gespräche mit der Bezirksregierung geführt. Dazu wurde ein Arbeitskreis durch die Bezirksregierung gebildet. Dieser dient der Festlegung von Rahmenbedingungen zur Erstellung eines weiteren hydrogeologischen Gutachtens, welches der Ausweisung des WSG zu Grunde gelegt werden soll. Auf Einladung der Bezirksregierung wurde auch die Steinindustrie als Hauptbetroffene in den Arbeitskreis hinzugezogen. Dadurch sollen möglichst alle Fragestellungen, die zur Ausweisung des WSG maßgeblich sind, festgelegt werden. Der Prozess ist auch im Berichtsjahr weiter fortgeschritten. Das Gutachterbüro arbeitete weiter an der Erstellung eines Entwurfes für ein

Basisgutachten zur Ausweisung einer neuen Wasserschutzgebietsverordnung. Dieser Entwurf wurde den Beteiligten im Frühjahr 2024 vorgestellt und soll als Grundlage zur Ausweisung einer neuen Wasserschutzgebietsverordnung herangezogen werden.

Die im Warsteiner Massenkalk ansässigen Steinabbaubetriebe unter Führung von Westkalk haben gegen die am 13.01.2015 von der Bezirksregierung Arnsberg erteilten „Wasserrechtlichen Bewilligung“ zur Entnahme von Grundwasser aus der Lörmecke-Quelle Klage eingereicht. Die mündliche Verhandlung hat die 12. Kammer des Verwaltungsgerichtes Arnsberg am 6. Juli 2018 durchgeführt und die Klage von sieben Unternehmen der Steinindustrie gegen die Bewilligung abgewiesen. Das erkennende Verwaltungsgericht hat in seinem Urteil keine Berufung zugelassen, jedoch haben die Unternehmen der Steinindustrie aus Warstein beim OVG Münster mit Schreiben vom 16. August 2018 einen Antrag auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des VG Arnsberg gestellt. Eine Entscheidung des OVG Münster über den Antrag wurde auch im Jahr 2019 nicht herbeigeführt. Aufgrund zusätzlicher Stellungnahmen der Steinindustrie verzögerte sich das Verfahren weiter. Am 2. Juni 2021 hat das OVG Münster den Antrag auf Zulassung der Berufung mit einer 42-seitigen Begründung abgelehnt. Damit ist der Rechtsweg für die klagende Steinindustrie vollends ausgeschöpft und die Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser aus der Lörmecke-Quelle endgültig rechtssicher bis zum Jahr 2044.

Verlängerung von Konzessionsverträgen

Nachdem für die Kommunen Anröchte, Erwitte und Möhnesee im Jahr 2022 die Konzessionsverträge nach intensiven Gesprächen in einer Nebenabrede um weitere 15 Jahre verlängert werden konnten, wurde im Berichtsjahr auch der Konzessionsvertrag mit der Stadt Warstein verlängert. Somit ist neben der Wasserbezugsseite (gesichert durch die wasserrechtliche Bewilligung) auch der Großteil der Wasserabsatzseite für die nächsten Jahre gesichert.

Notwasserwerk Bullerteich

Nach dem Umbau zum Notwasserwerk ist der Wasserbeschaffungsverband Bullerteich im Berichtsjahr seiner Aufgaben als Notwasserwerk nachgegangen. LWW fördert regelmäßig geringe Rohwassermengen, um die Hygiene und Funktionalität zu wahren. Der Anschluss der Stadtwerke Warstein an das Notwasserwerk Bullerteich ist im Berichtsjahr ebenfalls erfolgt.

Anpassung der Tarife zum 01.01.2024

In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 16.10.2023 wurde mit Wirkung zum 01.01.2024 beschlossen, den Grundpreis um 2,00 € auf 14,00 €/Monat, sowie den Mengenpreis um 0,24/m³ € auf 1,23 €/m³ zu erhöhen. Ebenfalls wurden Anpassungen bei den Hausanschlusskosten und den Baukostenzuschüssen vorgenommen.

Andere bestandsgefährdende Risiken und sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sind nicht erkennbar.

Chancenbericht

Trinkwasser aus dem Warsteiner Massenkalk

Bei dem aus dem „Warsteiner Massenkalk“ gewonnenen Trinkwasser handelt es sich um ein Wasser, das die Normen der Trinkwasserverordnung und der DIN 2000 einhält. Es ist eine Ressource für ca. 100.000 Menschen, mit der LWW im „Benchmark“ mit anderen Wasserversorgern in NRW weiterhin eine der kostengünstigsten Wasserversorgungen für ihre Kunden.

Kooperation der Landwirtschaft mit der Wasserwirtschaft

Langfristiges Ziel der Kooperation ist der Gewässerschutz, der im Rahmen der Zusammenarbeit in der Verminderung von Einträgen durch Düngemittel,

Pflanzenschutzmittel usw. in Grundwasserleiter gesehen wird. Die Kooperation der Landwirtschaft mit der Wasserwirtschaft besteht im Jahr 2024 seit 31 Jahren. Die Verträge zur Kooperation wurden im Jahr 2023 bis zum Jahr 2028 verlängert. Problematischer und bürokratisch entwickelt sich aber zunehmend die Verrechnung der Kooperationsaufwendungen mit dem Wasserentnahmeentgelt. Sollte hier keine einvernehmliche Lösung oder Vereinfachungen durch das Land NRW herbeigeführt werden steht die Kooperation in Frage.

Betrieb einer Qualitätssicherungsanlage

Die Gewinnung von Trinkwasser aus Karstgrundwasserleitern ist auf Grund der hohen Fließgeschwindigkeiten im großräumigen Kluftgefüge ohne jegliche Filterwirkung sowie der geringen Grundwasserüberdeckung und dem dadurch relativ leichten Eintrag von Schadstoffen in die Trinkwasser-Ressource grundsätzlich mit erhöhten Risiken verbunden. Deshalb ist der Betrieb von Qualitätssicherungsanlagen bei der Gewinnung von Trinkwasser aus Karstgrundwasserleitern entsprechend der DIN 2000 Stand der Technik und eine Trinkwassergewinnung aus Karstgrundwasserleitern ohne eine derartige Qualitätssicherungsanlage definitiv nicht mehr genehmigungsfähig.

Im ehemals ausgewiesenen Trinkwasserschutzgebiet „Warsteiner Massenkalk“ werden diese schwierigen Rahmenbedingungen durch den mit dem Kalksteinabbau einhergehenden Risiken - angefangen von der Einordnung des Schutzgebietes in Zone III, Abbau der Steine im Rahmen unterschiedlichster Genehmigungen bis zu nicht durchgeführten Rekultivierungen - aus Sicht von LWW weiter deutlich erhöht.

An LWW als öffentliches Trinkwasserversorgungsunternehmen stellen die Öffentlichkeit und natürlich auch unsere Kunden hohe Ansprüche an die Glaubwürdigkeit sowie an das Tun und Handeln des Unternehmens. Dabei ist die Qualität und die Güte des von uns gelieferten Trinkwassers der erste Maßstab für die Leistungsfähigkeit und die Bewertung des Unternehmens LWW.

LWW verfügt neben einem unbefristeten, alten preußischen Wasserrecht (1.892.000 m³ p.a.) zusätzlich über eine, bis zum 31.12.2044 befristete, „Wasserrechtliche Bewilligung“ (1.408.000 m³ p.a.) zur Entnahme von Wasser aus der Lörmecke-Quelle. Nur ein hoher Standard, der von LWW eingesetzten Technik wird die Existenz des Unternehmens auf Dauer sichern und war die Basis für die Verlängerung der „Wasserrechtlichen Bewilligung“.

Vor dem oben dargestellten Hintergrund hat LWW eine Qualitätssicherungsanlage in unmittelbarer Nähe zur Lörmecke-Quellfassung errichtet. Diese ist zum 1.06.2017 in Betrieb genommen worden. Der Standort der Anlage wurde ausgewählt, um die Versorgung von Rüthen und insbesondere der Ortschaft Kallenhardt zu gewährleisten. Um die bevorstehende Investition langfristig zu sichern hat LWW bereits im Januar 2014 einen Antrag auf Verlängerung der „Wasserrechtlichen Bewilligung“ bei der Bezirksregierung Arnsberg gestellt. Die Verlängerung der Bewilligung ist mit Datum vom 13.01.2015 für einen Zeitraum von 30 Jahren erteilt worden.

Gesamtaussage

Risiken in der künftigen Entwicklung sieht LWW hauptsächlich in der Trinkwassergewinnung im „Warsteiner Massenkalk“. Durch die dort herrschenden hohen Fließgeschwindigkeiten und durch die unmittelbare Nähe zu den Abbaugebieten des Kalksteines ergeben sich aus Sicht von LWW Risiken und inzwischen auch Veränderungen in der Qualität des gewonnenen Rohwassers. Durch die ständige Überwachung der gesetzlichen Anforderungen und durch die Inbetriebnahme der Qualitätssicherungsanlage sieht sich LWW aber auch künftig in der Lage, Trinkwasser in hervorragender Qualität an seine Kunden zu liefern.

Wasserverband Aabach-Talsperre

Bleiwäscher Straße 6
33181 Bad Wünnenberg
Telefon 02953/ 98 77-0
Internet www.aabachtalsperre.de

Der Verband ist als Wasser- und Bodenverband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgaben

- aus der Aabach-Talsperre seinen Mitgliedern Trink- und Brauchwasser zu beschaffen und an den Übergabeanlagen bereitzustellen,
- die hierfür erforderlichen Anlagen der Gewinnung, Förderung, Aufbereitung, Speicherung und des Transportes zu bauen, zu betreiben, instand zu halten und zu erneuern,
- mit der Talsperre zum Hochwasserschutz beizutragen und
- anfallende Wasserkraft zur Energierückgewinnung zu nutzen.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Verbandsversammlung	Birgit Dalhoff (Kreis Soest) KT-Abg. Robert Bigge KT-Abg. Manfred Weretecki	Peter Franken (Kreis Soest) KT-Abg. Olaf Reen KT-Abg. Stephanie Willenborg
Vorstand	Landrätin Eva Irrgang	
Geschäftsführung	Ralf Schmidt (ab 01.06.2024) Rainer Gutknecht (bis 18.10.2023)	

Verbandsmitglieder:

Kreis Paderborn	16,0%
Kreis Soest	11,1%
Lörmecke-Wasserwerk GmbH	19,7%
Wasserversorgung Beckum GmbH	25,0%
Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH, Rheda-Wiedenbrück	15,0%
Wasserwerke Paderborn GmbH	13,2%
Summe	100,0%

Der **Kreis Soest** hat seine Wasserbezugsrechte der Lörmecke Wasserwerk GmbH (5,75%) und der Wasserwerke Paderborn GmbH (5,38%) zur Ausübung überlassen und **zahlt** daher **keinen Verbandsbeitrag**.

Der Wasserverband Aabach-Talsperre arbeitet nach dem Umlageverfahren und erzielt satzungsgemäß keine Gewinne.

Im Berichtsjahr wurden mit dem Geschäftsführer durchschnittlich 27 Mitarbeiter beschäftigt.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	65	88	71	86
Sachanlagen	12.350	12.295	12.074	12.042
Anlagevermögen	12.414	12.384	12.145	12.128
Vorräte	230	214	163	43
Forderungen und sonst. Vermögensgeg.	379	498	351	454
Kassenbestand, Bankguthaben	3.745	3.238	3.707	3.364
Umlaufvermögen	4.354	3.949	4.220	3.861
Rechnungsabgrenzungsposten	39	33	34	36
SUMME AKTIVA	16.807	16.366	16.399	16.025
PASSIVA				
Eigenkapital	14.316	14.316	14.316	14.316
Rückstellungen	665	782	335	405
Verbindlichkeiten	1.827	1.268	1.748	1.304
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	16.807	16.366	16.399	16.025

Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	6.448	6.601	6.129	5.678
Andere aktivierte Eigenleistungen	65	49	35	19
Sonstige betriebliche Erträge	25	101	141	29
Materialaufwand	-2.972	-3.231	-2.997	-2.557
Personalaufwand	-2.019	-1.965	-1.923	-1.607
Betriebsergebnis	1.547	1.556	1.386	1.562
Abschreibungen	-1.249	-1.174	-1.129	-1.328
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-377	-434	-251	-223
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	89	59	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	0	0	-3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7	7	7	7
Sonstige Steuern	-7	-7	-7	-7
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	0	0	0	0

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Der Wasserverband Aabach-Talsperre stellt als Versorger aufbereitetes Trinkwasser für seine Mitglieder und Ausübungsberechtigten bereit. Eine direkte Versorgung und Endverbrauchern erfolgt nicht. Das Rohwasser wird aus der Aabach-Talsperre im Stadtgebiet Bad Wünnenberg (Kreis Paderborn) entnommen, im verbandseigenen Wasserwerk aufbereitet und über ein großräumiges Leitungsnetz zu den Übergabepunkten transportiert.

Ziele und Strategien

Das übergeordnete Ziel des Verbandes ist die langfristige, sichere und qualitativ hochwertige Versorgung seiner Mitglieder. Grundlage dafür sind unter anderem die folgenden Handlungsfelder: Versorgungssicherheit, Wasserqualität, Wirtschaftlichkeit sowie Nachhaltigkeit und Klimaanpassung. Diese wesentlichen Ziele bilden den Rahmen der mittelfristigen Planung bis 2030 und werden regelmäßig überprüft. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Erhalt, der Ertüchtigung und – wo erforderlich – der umfassenden Erneuerung der technischen Infrastruktur. Infolge zeitweise zurückgestellter Investitionen besteht ein erhöhter Modernisierungsbedarf, insbesondere im Bereich des Wasserwerks. Die bestehenden Anlagen werden kontinuierlich gewartet, modernisiert und bedarfsgerecht erneuert.

Ein zentrales Infrastrukturprojekt ist die vollständige Sanierung und Erweiterung des Wasserwerks im Rahmen des Projekts „Weitergehende Aufbereitungsanlage“. Diese Maßnahmen dienen der Anpassung an sich verändernde Rohwasserqualitäten und werden seit 2014 fokussiert. Seitdem wurden umfangreiche Pilotversuche unter Realbedingungen durchgeführt. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse flossen in eine Konzeptstudie ein, die gemeinsam mit externen Fachbüros erstellt wurde. Auf dieser Grundlage wurde 2024 die EU-weite Ausschreibung vorbereitet. Die Freigabe durch die Verbandsversammlung steht noch aus. Nach einem möglichen Beschluss im Jahr 2025 soll die Generalplanung beginnen; der Baustart ist derzeit für 2030 vorgesehen.

Parallel dazu wird das interne Energiemanagement weiterentwickelt. Die bestehende ISO-50001-Zertifizierung dient als Instrument zur systematischen Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und Ressourcenschonung – sowohl aus ökologischer als auch wirtschaftlicher Perspektive.

Die Trinkwasserversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss auch unter den Bedingungen des Klimawandels sowie sich wandelnder regulatorischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen langfristig gesichert bleiben. Der Verband berücksichtigt deshalb in allen Projekten und Maßnahmen Aspekte der Klimaanpassung – beispielsweise durch Untersuchungen zur Ressourcensicherung, die Weiterentwicklung der Talsperrenbewirtschaftung sowie gezielte Investitionen in robuste, resiliente Versorgungssysteme.

Wasserdargebot

Im Berichtsjahr zeigte sich die Niederschlags- und Zuflussentwicklung als Grundlage für die Speicherbewirtschaftung insgesamt positiv. Sowohl im Vergleich zu den Vorjahren als auch im Vergleich zu den langjährigen Mittelwerten wurde ein Anstieg der Niederschlagssumme von +4 % verzeichnet. Der Mittelwert der Jahresreihe 1991 bis 2020 liegt bei 934 mm/a.

Die Zuflüsse in die Aabach-Talsperre waren mit 15,46 Mio. m³ im Berichtsjahr ebenfalls höher als der langjährige Durchschnitt. Im Vergleich zum Vorjahr (19,81 Mio. m³)

verzeichnete man einen Rückgang, jedoch übertraf der Zufluss den Mittelwert der Beobachtungsreihe 1991 bis 2020 (12,26 Mio. m³) um 3,2 Mio. m³ bzw. 26 %.

Zum Jahresbeginn 2024 war der Speichereinhalt der Talsperre mit 18,12 Mio. m³ am höchsten und lag im Hochwasserschutzraum. Ende des Jahres 2024 hatte die Talsperre einen Füllstand von 16,75 Mio. m³.

Trinkwasserabgabe

Aufgrund der überdurchschnittlichen Niederschläge in 2023 und des hohen Füllstandes der Talsperre war eine Reduzierung der Vorhaltemenge nicht notwendig und lag somit uneingeschränkt bei 11,4 Mio. m³.

Die Trinkwasserabgabe an die Mitglieder und Ausübungsberechtigten des Wasserverbandes betrug im Berichtsjahr 8.696.076 m³ (Vorjahreswert 7.915.152 m³; +10 %). Sie liegt somit weiterhin unter dem angestrebten Bereich.

Trinkwasserqualität

Die Qualität des vom Wasserverband Aabach-Talsperre abgegebenen Trinkwassers steht auf hohem Niveau und wies auch im Berichtsjahr eine über den Jahresgang gleichmäßige gute Beschaffenheit auf. In diesem Jahr wurde das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn pflichtgemäß über folgende mikrobiologische Auffälligkeiten in verschiedenen Bereichen (Rohrnetz, Hochbehälter und Wasserwerk) unterrichtet:

- Am 03.01.2024 wurde im Wasserwerk am Zapfhahn IV eine Grenzwertverletzung des Parameters Enterokokken mit 1 KBE / ml festgestellt.
- Am 17.07.2024 wurde im Wasserwerk am Zapfhahn VI eine Grenzwertverletzung des Parameters coliforme Keime mit einem Umfang von jeweils 1 KBE / 100 ml festgestellt.
- Am 31.07.2024 wurden drei Grenzwertverletzungen an den Übergabeanlagen Hegensdorf II (a.), Übergabe Eickhoff (b.) und Übergabe Dörnhagener Str. (c.) mit dem Parameter koloniebildende Einheiten bei 22 °C mit folgenden Werten festgestellt: (a.): 149 KBE/ml, (b.) 252 KBE/ml und (c.) 227 KBE/ml.
- Am 08.08.2024 wurden im Wasserwerk im Behälter Aabach II Kammer IV coliforme Keime 3 KBE/ml festgestellt.
- Am 05.09.2024 wurde an der Übergabeanlage Dörnhagener Str. eine Grenzwertverletzung des Parameters Enterokokken mit 1 KBE/ml festgestellt. Die nachfolgende Keimdifferenzierung ergab, dass es sich nicht um einen Enterokokkus handelt.

Bei allen oben aufgeführten Grenzwertverletzungen waren die Nachbeprobungen durch das akkreditierte Labor CVUA OWL negativ. Die Befunde konnten keiner definierten Ursache zugewiesen werden. Im Berichtsjahr 2024 informierte die Geschäftsführung des Wasserverbandes Aabach-Talsperre die Mitglieder und Ausübungsberechtigten regelmäßig über den aktuellen Stand der Biofilmbildung im Rohrnetz. Ein vom IWW erstellter zusammenfassender Bericht konnte trotz fünfjähriger Forschung kein einzelnes auslösendes Ereignis identifizieren. Vielmehr deuten die Ergebnisse darauf hin, dass klimabedingte Veränderungen die Zusammensetzung des Rohwassers beeinflusst haben, was trotz ordnungsgemäßer Aufbereitung zur Bildung von Biofilmen führte.

Zur kontinuierlichen Überwachung wird das Monitoring im Jahr 2025 teils fortgeführt. Der Wasserverband erwartet von der geplanten „Weitergehenden Aufbereitungsanlage“ eine signifikante Reduzierung des Biofilmbildungspotenzials. Durch den Einsatz moderner Aufbereitungstechniken wie Ozonierung und Ultrafiltration (UF) sollen sowohl

mikrobiologische Belastungen als auch Nährstoffgehalte im Trinkwasser verringert werden. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die biologische Stabilität des Trinkwassers zu verbessern und das Risiko von Biofilmbildung im Verteilnetz zu minimieren. Bis zur voraussichtlichen Inbetriebnahme der neuen Anlage im Jahr 2032 wird der Verband gemeinsam mit seinen Mitgliedern weiterhin an der Optimierung der bestehenden Anlagen arbeiten, um die Trinkwasserqualität stetig auf hohem Niveau zu halten.

Weiterhin gilt das Wasser als biologisch stabil und erfüllt in allen Maßen die Vorgaben der Trinkwasserverordnung. Weitere Informationen ergeben sich aus den „zusätzlichen Informationen“ im Anschluss zu diesem Lagebericht.

Verbandsbeiträge und spezifische Wasserpreise

Der Wasserverband Aabach-Talsperre arbeitet nach dem Umlageverfahren und erzielt satzungsgemäß keine Gewinne. Die aus dem Jahresabschluss für das Berichtsjahr ermittelten Verbandsbeiträge und spezifischen Wasserpreise spiegeln somit unmittelbar die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wider.

Im Jahr 2024 verringerten sich die Mitgliedsbeiträge von rund 6.521 T€ im Jahr 2023 um etwa 153 T€ auf rund 6.368 T€. Die Aufwendungen waren gemäß Wirtschaftsplan 2024 zunächst mit 7,192 Mio. € geplant, inklusive des Wasserentnahmeentgelts für Nordrhein-Westfalen.

Die endgültige Abrechnung erfolgt auf Basis des festgestellten Jahresabschlusses, wobei die Beiträge genau nach Abnahme und Anteil abgerechnet werden. Die Umlage aller Aufwendungen auf die im Berichtsjahr erzielte Wasserabgabe ergibt unter Berücksichtigung der Erlöse aus Stromerzeugung und sonstiger betrieblicher Erträge einen mittleren spezifischen Wasserpreis von 73 ct/m³. Dieser Betrag liegt 10 ct/m³ bzw. 12 % unter dem Vorjahreswert.

Der mittlere spezifische Wasserpreis setzt sich wie folgt zusammen:

- 52 ct/m³ entfallen auf fixe Kosten (Festbeitrag),
- 16 ct/m³ auf variable Kosten (Mengenbeitrag),
- 5 ct/m³ werden für das Wasserentnahmeentgelt berechnet.

Die Verteilung der Beiträge und Wasserabgabe an die Mitglieder und Ausübungsberechtigten ist der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 konnte der Wasserverband Aabach-Talsperre seine Bilanzsumme um rund 441 T€ auf insgesamt 16.807 T€ steigern. Diese Entwicklung resultiert insbesondere aus der Erhöhung des Anlage- und Umlaufvermögens. Die Eigenkapitalquote blieb mit 85,2 % nahezu stabil, was auf eine solide Eigenkapitalbasis hinweist.

Die Investitionen wurden vollständig aus vorhandenen liquiden Mitteln finanziert. Die Substanzerhöhung des Anlagevermögens betrug netto 30 T€. Die vorläufige mengenunabhängige Umlage belief sich auf 4.678 T€. Zusätzlich wurden mengenabhängige Beiträge von 23 ct/ m³ festgesetzt, basierend auf einer budgetierten Trinkwasserabgabe von 9,0 Mio. m³. Da die tatsächliche Abgabe bei rund 8,7 Mio. m³ lag, ergab sich eine Beitragsüberzahlung von 984 T€ netto. Diese wird nach Prüfung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer gemäß Verbandsversammlungsbeschluss ausgezahlt.

Risikobericht

Der Wasserverband Aabach-Talsperre verfügt über ein risikoorientiertes Steuerungssystem, das der Größe und Aufgabenstellung des Verbandes angemessen ist. Sämtliche erkennbaren Risiken im Zusammenhang mit der Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung, dem Betrieb technischer Anlagen sowie den Auswirkungen klimatischer, rechtlicher und geopolitischer Entwicklungen werden strukturiert erfasst, bewertet und dokumentiert.

Bereits im Rahmen des „Technischen Sicherheitsmanagements (TSM)“ gemäß DVGW-Regelwerk wurden Prozesse zur Risikofrüherkennung und Störfallprävention institutionalisiert. Diese Strukturen wurden in den letzten Jahren weiterentwickelt – insbesondere im Hinblick auf zunehmende Wetterextreme, Cyberbedrohungen sowie mögliche Auswirkungen internationaler Krisen auf die Energie- und Rohstoffversorgung.

Im Zuge der geopolitischen Entwicklungen seit 2022 wurde die Risikoanalyse mit Blick auf Energiesicherheit deutlich vertieft. Für den Fall von Stromausfällen wurden vorausschauende Maßnahmen zur Sicherstellung der Anlagenfunktionen getroffen. Dazu zählen unter anderem die Vorhaltung von neuen Notstromaggregaten mit regelmäßigen Testläufen.

Angesichts der zunehmenden Cyberrisiken hat der Verband im Jahr 2024 damit begonnen, seine digitalen Schutzmaßnahmen erheblich zu erweitern. Dies umfasst unter anderem die Aufrüstung der wichtigsten Server und eigenen Anlagen sowie die strikte Trennung der OT- (Operational Technology) und IT-Netzwerke. Zudem werden die Sicherheitsvorgaben, unter die der Verband derzeit noch nicht fällt, angegangen, um diese möglichst weitgehend erfüllen zu können. Der Verband arbeitet eng mit externen IT-Spezialisten zusammen und reagiert damit auf die steigende Zahl gezielter Angriffe auf kritische Infrastrukturen, um künftig den Anforderungen des B3S (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) sowie der kommenden NIS2-Richtlinie weitestgehend gerecht zu werden.

Ein weiteres zentrales Risikofeld stellt die Ressourcensicherung dar. Aufgrund klimatischer Veränderungen kommt es vermehrt zu Trockenphasen, die das Zuflussverhalten der Aabach-Talsperre beeinträchtigen können. In extremen Fällen kann dies Auswirkungen auf die Rohwasserverfügbarkeit sowie auf die -güte haben. Aus diesem Grund wurden Verfahren zur verbesserten Steuerung der Talsperrenbewirtschaftung eingeführt, die durch enge Abstimmungen mit meteorologischen Diensten und hydrologischen Fachgutachtern unterstützt werden. Kontinuierlich wird an der Optimierung dieser Prozesse gearbeitet. Die Rohwassergüte spielt im Rahmen der klimatischen Anpassung eine elementare Rolle, weshalb das Projekt „Weitergehende Aufbereitungsanlage“ implementiert wurde.

Der Verband beobachtet mit besonderer Aufmerksamkeit potenzielle externe Nutzungskonflikte in der Region. Die Entwicklung von Industrie-, Verkehrs- oder Landwirtschaftsprojekten im Einzugsgebiet kann Auswirkungen auf die Wasserressourcen haben. Zur Risikovorsorge wurden bereits Gespräche mit der Bezirksregierung sowie den zuständigen Genehmigungsbehörden aufgenommen, um bei Bedarf wasserrechtliche Schutzmaßnahmen einleiten zu können.

Der Verband ist Mitglied in zwei Kooperationen von Landwirtschaft und Wasserwirtschaft und intensiviert derzeit auch den Dialog mit der Forstwirtschaft. Da etwa 85 % der Flächen im Einzugsgebiet bewaldet sind, hat die forstliche Bewirtschaftung einen direkten Einfluss auf die Rohwassergüte – ebenso wie die landwirtschaftliche Nutzung. Ziel ist es, gemeinsam praktikable und nachhaltige Lösungen zum Schutz der Wasserressourcen zu entwickeln.

Darüber hinaus bestehen branchenübliche Risiken in Bezug auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Preissteigerungen im Energiesektor sowie bei Betriebsmitteln, Lieferverzögerungen bei Bauteilen und ein angespannter Fachkräftemarkt können sich auf geplante Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen auswirken. Die langfristige Personal- und Ressourcenplanung wurde entsprechend angepasst.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass keine Risiken erkennbar sind, die den Bestand des Wasserverbands Aabach-Talsperre gefährden. Durch kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der bestehenden Vorsorgesysteme ist sichergestellt, dass auf neue Herausforderungen jederzeit angemessen reagiert werden kann.

Schlussbemerkung

Der Wasserverband Aabach-Talsperre blickt auf ein erfolgreiches und zukunftsweisendes Geschäftsjahr 2024 zurück. Eine stabile finanzielle Grundlage, vorausschauende Investitionen und ein engagiertes Risikomanagement haben nicht nur die Versorgungssicherheit gestärkt, sondern auch die Wasserqualität auf konstant hohem Niveau gesichert.

Mit dem Wirtschaftsplan 2025 ff. und einer Reihe strategisch vorbereiteter Projekte ist der Verband bestens aufgestellt, umkommende Herausforderungen nicht nur zu bewältigen, sondern aktiv zu gestalten. Besonders das Projekt „Weitergehende Aufbereitungsanlage“ markiert einen zentralen Meilenstein auf dem Weg zu einer verbesserten Trinkwasserversorgung. Der Verband schaut mit großem Vertrauen und Zuversicht in die Zukunft. Durch den entschlossenen Ausbau seiner Infrastruktur, die enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedern sowie den festen Willen zur kontinuierlichen Verbesserung wird er auch künftig eine tragende Rolle bei der sicheren, nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Trinkwasserversorgung der Region spielen.

Wasserverband Obere Lippe

Königstraße 16
33142 Büren
Telefon 02951/933 90-0, Telefax 02951/933 90-10
E-Mail mail@wol-nrw.de
Internet www.wol-nrw.de

Der Wasserverband Obere Lippe (WOL) wurde 1971 von den damaligen Kreisen Büren, Paderborn und Lippstadt als Reaktion auf die Heinrichsflut vom 16.-17. Juli 1965 gegründet. Seine heutigen Mitglieder sind die Kreise Paderborn (75%) und Soest (25%).

Das extreme Hochwasser verdeutlichte die Notwendigkeit den zukünftigen Schutz vor solchen Ereignissen als überregionale Aufgabe zu sehen. Das Verbandsgebiet hat eine Größe von 1890 km² und umfasst die oberen Einzugsgebiete von Lippe und Ems.

Die satzungsgemäßen Aufgaben des WOL sind der Hochwasserschutz und die Gewässerunterhaltung. Der Hochwasserschutz wird durch den Betrieb von 27 im Verbund gesteuerten Hochwasserrückhaltebecken und durch lokale Hochwasserschutzmaßnahmen gewährleistet. Zusätzlich betreibt der WOL noch 59 Messstationen und arbeitet im Hochwasserfall eng mit den Leitstellen der Kreise und der Bezirksregierungen zusammen.

Im Rahmen des Aufgabenbereichs der Gewässerunterhaltung ist der WOL für 480 km Fließgewässer zuständig. Der Umfang der Unterhaltungsarbeiten wird mit den Unteren Wasserbehörden der Kreise abgestimmt. Dabei ist neben der Aufrechterhaltung der Abflussleistung der Gewässer, insbesondere in den Ortslagen, auch die gesetzlich vorgegebene naturnahe Entwicklung zu beachten. Darüber hinaus hat der WOL die gesetzliche Verpflichtung den gemäß EG Wasserrahmenrichtlinie geforderten „guten ökologischen Zustand“ der Fließgewässer herzustellen. Neben der Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit sind dazu auch umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen notwendig.

Die Kreise Paderborn und Soest haben durch den WOL hohe Investitionen für den Hochwasser- und Gewässerschutz getätigt. Das Land NRW hat durch verschiedene Förderprogramme zahlreiche Projekte erheblich gefördert.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Verbandsversammlung	Birgit Dalhoff (Kreis Soest) KT-Abg. Hubertus Rickert-Schulte KT-Abg. Dr. Günter Fiedler KT-Abg. Jan Hülsemann	Dezernent Peter Franken KT-Abg. Elisabeth Prolingheuer KT-Abg. Jonas Kayser KT-Abg. Thomas Reimann
Vorstand	Landrätin Eva Irrgang, stellv. Verbandsvorsteherin	Birgit Dalhoff, Kr. Soest
Geschäftsführung	Dipl.-Ing. (FH) Volker Karthaus	

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	246	171	135	145
Sachanlagen	43.695	43.996	43.546	43.013
Anlagevermögen	43.941	44.167	43.681	43.158
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgeg.	1	38	25	20
Bankguthaben	339	374	535	1.354
Umlaufvermögen	340	413	560	1.374
SUMME AKTIVA	44.281	44.579	44.241	44.531
PASSIVA				
Eigenkapital (Allgemeine Rücklage)	6.178	6.095	5.894	5.631
Sonderposten für				
Investitionszuschüsse	31.391	31.511	31.074	31.391
Rückstellungen	201	185	140	157
Verbindlichkeiten	6.511	6.789	7.133	7.352
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	44.281	44.579	44.241	44.531

Gewinn- und Verlustrechnung des Unternehmens (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	2.092,9	2.096,0	2.003,0	1.942,5
Sonstige betriebliche Erträge	639,2	684,9	575,9	590,1
Materialaufwand	-378,7	-368,1	-406,2	-313,8
Personalaufwand	-1.292,9	-1.122,9	-924,9	-924,4
Betriebsergebnis	1.060,4	1.289,9	1.247,7	1.294,4
Abschreibungen	-851,2	-841,0	-810,6	-905,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-206,3	-288,9	-179,5	-180,7
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,1	1,6	0,0	0,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-145,3	-158,4	-167,0	-179,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-139,2	3,2	90,7	28,5
Sonstige Steuern	-2,6	-2,6	-2,1	-2,2
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	-141,8	0,6	88,5	26,4

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres beträgt € 141.824,18. Dieser Verlust konnte sowohl durch das bilanzielle Eigenkapital abgedeckt, als auch durch ausreichend zur Verfügung gestellte Finanzmittel bedient werden.

Der Wasserverband beschäftigte 15 Mitarbeiter (Vorjahr: 15).

Die Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft ist strukturell bedingt als unkritisch zu bezeichnen.

Die Vermögensstruktur zeichnet sich durch einen hohen Anteil an wasserwirtschaftlichen Anlagen und Grundstücken aus. Das Anlagevermögen ist überwiegend durch Eigenkapital bzw. den Sonderposten mit Rücklageanteil langfristig finanziert.

Die Liquidität des Wasserverbandes ist dahingehend gesichert, dass der WOL seine Aufgabenerfüllung durch Mitgliederbeiträge und Zuwendungsmittel des Landes NRW finanziert.

Der Wirtschaftsplan sieht unverändert ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Der Mitgliedsbeitrag zur Deckung der entstehenden Aufwendungen abzüglich der erzielten Erträge wird vom Wasserverband jährlich festgesetzt und gemäß § 30 der Verbandssatzung zu 75% auf den Kreis Paderborn und 25% auf den Kreis Soest verteilt.

Zur Entschuldung des WOL wurde neben einer Reduzierung und Deckelung des Investitionsprogramms auch eine zusätzliche Einzahlung der Kreise Paderborn und Soest in die Kapitalrücklage beschlossen: 100 TEUR ab 2019 mit jährlicher Steigerung um 25 TEUR bis 2026.

Die Bewirtschaftung des Produktes „Wasserwirtschaftliche Maßnahmen“ im Haushalt des Kreises Soest liegt in der Verantwortung des Dezernats 06, in der Abteilung 70 (Umwelt).

Der Mitgliedsbeitrag 2024 des Kreises Soest beträgt 480.000 EUR, die anteilige Einzahlung in die Kapitalrücklage 56.250 EUR, insgesamt also 536.250 EUR.

Darüber hinaus leistet der Kreis Soest Kostenerstattungen an den WOL für den Betrieb und die Unterhaltung von Hochwasserrückhaltebecken (im Berichtsjahr: 150.935 EUR).

Für das Jahr 2025 sind gemäß Wirtschaftsplan WOL 698.000 EUR inklusive Vergrößerung Verbandsgebiet und Übernahme Betrieb der Hochwasserrückhaltebecken eingeplant.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Wirtschaftsbericht - Geschäftsverlauf und Lage des Verbandes

Gemäß seinen satzungsgemäßen Aufgaben strebt der Verband langfristig an, für sein gesamtes Verbandsgebiet einen möglichst einheitlichen Hochwasserschutzgrad für die gefährdeten sensiblen Überflutungsgebiete zu erreichen.

Darüber hinaus sind die Verbandsgewässer gemäß der EU-WRRL bis spätestens 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu führen. Zur Erlangung dieser Ziele hat der Wasserverband mit mehreren Städten und Gemeinden wo nötig Kooperationsverträge geschlossen, die das Zusammenwirken - Hochwasserschutz für die Gemeinde - Erlangung des guten Gewässerzustands - regeln.

Wegen seiner großen Erfahrung auf den Gebieten des Hochwasserschutzes und der Gewässerrenaturierung übernimmt der Verband in der Regel die Federführung für die Projekte und wickelt auch die gemeinsame Landesfinanzierung ab.

Der Verband kann auf ein Geschäftsjahr 2024 zurückblicken, welches im Ergebnis letztlich durch die Nachwirkungen des Hochwassers von Dezember 2023 geprägt worden ist. Der Verband erzielte folglich keinen ausgeglichenen Haushalt. Der Jahresfehlbetrag beträgt EUR 141.824,18.

Der vorliegende Jahresabschluss des Wasserverbandes Obere Lippe zeigt im ordentlichen Betrieb in jeder Hinsicht geordnete Verhältnisse auf sicherer finanzieller Basis.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2024 beträgt TEUR 44.327,2 und weist damit eine Verringerung in Höhe von TEUR 252,3 (0,5 %) gegenüber der Bilanz zum 31.12.2023 auf. Die Vermögensstruktur zum 31.12.2024 ist durch einen Anteil vom Anlagevermögen an der Bilanzsumme von TEUR 43.987,1 (99,2 %) gekennzeichnet. Das Anlagevermögen besteht überwiegend aus wasserwirtschaftlichen Anlagen und Grundstücken mit TEUR 38.745,6 (88,1 %). Der Bestand des Anlagevermögens hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 2024 durch Zugänge vermindert um Abschreibungen um TEUR 179,8 auf TEUR 43.987,1 verringert.

Das Umlaufvermögen verringerte sich um TEUR 72,5 und umfasst einen Gesamtbetrag in Höhe von TEUR 340,1.

Die Kapitalstruktur zum 31.12.2024 ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von TEUR 6.177,9 (13,8 %) gekennzeichnet.

Die ausgewiesenen Sonderposten bilden mit TEUR 31.391,4 (70,8 %) einen weiteren Anteil am wirtschaftlichen Eigenkapital. Die Rückstellungen betragen zum 31.12.2024 TEUR 201,3 (0,5 %).

Auf die Verbindlichkeiten entfallen TEUR 6.556,6 (14,8 %). Bei Berücksichtigung der Sonderposten im Eigenkapital beträgt die Anlagendeckung 84,8 %; diese Kapitalausstattung bietet eine solide Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Verbandes.

Die Liquidität war im Berichtsjahr gegeben und das ganze Jahr über gewährleistet. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten waren in vollem Umfang durch liquide Mittel abgesichert.

Im Investitionsbereich wurden folgende wesentliche Maßnahmen durchgeführt: Die Förderprojekte „Renaturierung des Krollbachs auf einer Kreisfläche“, sowie die „Flurbereinigung Altenau Teil I“ wurden fertiggestellt. Für das Hochwassermanagement-Portal wurden funktionelle Erweiterungen (u.a. Import-Schnittstelle für CSV und Terratransfer) sowie die Zuordnung von Jährlichkeiten für prognostizierte

Niederschlagssummen fertiggestellt. Der WOL ist in einem laufenden Prozess damit beschäftigt, sein Pegelnetz zu verdichten. Hierzu erfolgten nach verschiedenen Ortsbegehungen die Festlegungen der potenziellen Pegelstandorte. Neue Pegelstationen werden nach und nach mit Hilfe des Betriebselektrikers des WOL in Betrieb genommen und in das Daten- und Warnsystem integriert. Die Softwareentwicklungen sind nicht abschließend, sondern zeigen sich als fortwährendes Projekt mit ständiger Weiterentwicklung und Pflege. In Kooperation mit der Stadt Paderborn (Federführung) wurde die bauliche Umsetzung zur Umgestaltung der Beke in Neuenbeken weiter fertiggestellt. Ziel der Maßnahme ist die ökologische Verbesserung des Gewässers und die Verbesserung des Hochwasserschutzes für die Ortslage. Der WOL betreut die Maßnahme fachtechnisch und beteiligt sich zu 50% an den nicht geförderten Kosten. Im Bereich der Ortslage Brenken wurden die Restarbeiten für die Baumaßnahme zum Hochwasserschutz und zur Renaturierung des Almeabschnitts fertiggestellt. Größere Renaturierungsmaßnahmen wurden in Kooperation mit dem Kreis Paderborn, der Stadt Paderborn und der Ahorn Sportpark GmbH an der Alme fertiggestellt. Am Krollbach wurde auf einer Fläche des Kreises PB die ökologische Durchgängigkeit kombiniert mit einem Renaturierungsabschnitt hergestellt. Ermöglicht durch die Bereitstellung von Ersatzgeldern des Kreises Paderborn wurden an Ältenau, Alme und Afte kleinere Renaturierungs- und Wiedervernässungsmaßnahmen umgesetzt.

Insgesamt hat sich die Verbandsstrategie bewährt zahlreiche (>35) Projekte in unterschiedlicher Projekttiefe parallel zu bearbeiten. Erst dadurch ist gewährleistet, dass trotz der zahlreichen projektspezifischen Probleme jährlich die bauliche Umsetzung von Einzelprojekten erfolgen kann. Dabei ist festzustellen, dass die Planung und der Bau von Renaturierungsmaßnahmen zeitlich deutlich schneller als lokale Hochwasserschutz-Projekte (s.o.) durchzuführen sind. Neben der Komplexität der Planungen innerhalb der Ortslagen, der i.d.R. längeren Genehmigungsphasen und intensiver Bürgerbeteiligung behindern z.B. auch Klageverfahren die Umsetzung. Der Verband bearbeitet z.Z. 6 derartige lokale Hochwasserschutzprojekte in unterschiedlicher Projekttiefe. Diese und weitere 2024 durchgeführte Maßnahmen wurden den Mitgliedern der Verbandsversammlung in einer ausführlichen Präsentation mitgeteilt und erläutert. Die Finanzierung des Verbandes ist im Übrigen wie folgt geregelt: Der durch den Vorstand aufzustellende und durch die Verbandsversammlung festzusetzende Wirtschaftsplan enthält alle für die Erfüllung der Verbandsaufgaben erforderlichen Erträge und Aufwendungen des kommenden Haushaltsjahres. Er bildet die Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Verbandes. Die zur Deckung der Aufwendungen benötigten Mittel werden im Wesentlichen in Form von Beiträgen von den Verbandsmitgliedern erhoben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Durch die EU-Hochwasserrisiko-Management-Richtlinie und die EU-Wasserrahmenrichtlinie in Verbindung mit den entsprechenden Bundes- und Landesgesetzen, sind die Aufgaben des Verbandes konform mit dem Landesinteresse. Zusätzlich gewinnt der Aspekt der Klimaresilienz im Bereich Hochwasser aber auch im Bereich Niedrigwasser (Dürre) immer mehr an Bedeutung. Der politische Wille in dem Arbeitsfeld zukünftig verstärkt Maßnahmen umzusetzen, wird im Aktionsprogramm „natürlicher Klimaschutz“ und der nationalen Wasserstrategie des Bundes deutlich. Im Ausblick auf die kommenden Jahre kann deshalb weiterhin mit der starken Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Projekte und mit der Gewährung von Landeszuwendungen für die Maßnahmen des Hochwasserschutzes und der Gewässerentwicklung ausgegangen werden.

Der WOL ist zur ordnungsgemäßen Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben auch in der Zukunft auf ein auskömmliches Budget aus Beiträgen seiner Mitglieder und

Zuwendungsmitteln des Landes angewiesen. Solange dies gewährleistet ist, bestehen in finanzieller Hinsicht keine Risiken, die die Umsetzung der durchzuführenden Maßnahmen und den Bestand des WOL gefährden könnten.

Durch das stark fortgeschrittene Alter der ersten Hochwasserrückhaltebecken des WOL entstehen zwangsläufig Sanierungsaufgaben, die sowohl den Betonbau, den Stahlwasserbau sowie die Messtechnik betreffen. Hier werden fortlaufend verstärkte, unvermeidbare Investitionen nötig sein.

Die Kompetenz des WOL begründet sich auf langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Planung und Umsetzung von Maßnahmen des überörtlich wirksamen Gewässer- und Hochwasserschutzes im Einvernehmen mit allen Beteiligten. Die Forderung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie, die Belange des Hochwasserschutzes und des Gewässerschutzes auf einander abzustimmen passt exakt in die bisherige Projektphilosophie des Verbandes und wird als Chance angesehen, mit den zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln im Rahmen der Daseinsvorsorge und der nachhaltigen Gewässerentwicklung in Erfüllung der zwingenden rechtlichen Vorgaben und Verpflichtungen einen guten Wirkungsgrad zu erreichen und das zwingend erforderliche flussgebietsbezogene Handeln auf dem Sektor des Hochwasser- und Gewässerschutzes auch weiterhin erfolgreich in die Tat umsetzen zu können.

Eissport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH (EVB)

Aldegrevewall 24
59494 Soest
Telefon 02921/ 353-0
Internet www.eissportzentrum.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Eissporthalle, die Verwaltung von Vermögensgegenständen des Kreises Soest, insbesondere die Beteiligungen an Verkehrs-, Energie-, Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Abfallentsorgung im Umfang der vom Kreis Soest übertragenen Aufgaben. Hierzu zählt auch die Übernahme von Entsorgungspflichten des Kreises Soest sowie die Wahrnehmung von Aufgaben der Entsorgung und des Umweltschutzes und das Einbringen damit zusammenhängender Dienstleistungen. Die Aufgaben der Gesellschaft umfassen auch alle mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäften. Die Gesellschaft kann zur Erfüllung dieser Aufgaben andere Unternehmen betreiben, sich ihrer bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten, soweit dies dem Unternehmenszweck förderlich ist.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Betrieb der Gesellschaft dient der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung und für Vereine im Bereich des Sports und der Erholung mit dem Ziel, den Betrieb dieser Einrichtung auf Dauer und kostengünstig zu gewährleisten und um Synergieeffekte im Rahmen der Vermögensverwaltung des Kreises und seiner Beteiligungen zu erreichen.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Dezernent Peter Franken (ab 01.08.2024) Dr. Jürgen Wutschka (bis 31.07.2024)	Philipp Büngeler (Kreis Soest)
Aufsichtsrat	Landrätin Eva Irrgang KT-Abg. Ulrich Häken KT-Abg. Olaf Reen Prof. Dr. Klaus Wollhöver Ulrich Vennemann	

2. Geschäftsführung

Holger Hellemeier (ab 01.07.2025)
Dirk Lönnecke (bis 30.06.2025)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 1996

Stammkapital: 102.300 Euro

Handelsregister: Amtsgericht Arnsberg HRB 5873

Gesellschafter: alleiniger Gesellschafter ist der Kreis Soest

Beteiligung:

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Entsorgungswirtschaft Soest GmbH	58,00	2.372.400
MHB Hamm	5,05	25.820
Interargem GmbH	0,50	11.000

In 2018 betrug der Kaufpreis für die strategische Beteiligung an der Interargem GmbH in Höhe von 0,5 Prozent 1.200 TEUR.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
AKTIVA				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	1.405	1.300	1.326	1.369
Finanzanlagen	4.611	4.611	4.611	4.611
Anlagevermögen	6.016	5.911	5.938	5.981
Vorräte	24	23	20	16
Forderungen u. sonst. Vermögensg.	606	438	381	354
Kassenbestand, Bankguthaben	3.102	2.044	1.316	1.035
Umlaufvermögen	3.731	2.505	1.717	1.405
Rechnungsabgrenzungsposten	5	6	3	2
SUMME AKTIVA	9.752	8.422	7.658	7.387
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	102	102	102	102
Kapitalrücklage	3.417	3.417	3.417	3.417
Gewinnrücklage	18	18	18	18
Gewinnvortrag	2.550	1.940	1.571	1.182
Jahresüberschuss	801	610	369	389
Eigenkapital	6.888	6.087	5.478	5.109
Rückstellungen	199	242	214	80
Verbindlichkeiten	2.665	2.093	1.966	2.198
SUMME PASSIVA	9.752	8.422	7.658	7.387

Das Finanzanlagevermögen weist aus die ESG-Beteiligung (2.782 TEUR) und das ESG-Gesellschafterdarlehen (450 TEUR) sowie die MVA-Beteiligungen an der MHB Hamm (173 TEUR) und Interargem (1.206 TEUR).

Der Erwerb der Kompostierungsanlage Soest, die Beteiligung an der MVA Bielefeld sowie der Bau der Photovoltaikanlage Kompostierungswerk Soest wurden langfristig über ESG-Darlehen finanziert (Stand Verbindlichkeiten per 31.12.: 1.450 TEUR).

Das Umlaufvermögen hat sich um 1.226 TEUR auf 3.731 TEUR erhöht. Maßgeblich hierfür war die Zunahme der liquiden Mittel um 1.058 TEUR (der Mittelzufluss erfolgte aus laufender Geschäftstätigkeit) und die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen um 171 TEUR.

Die Veränderung des Eigenkapitals (Erhöhung um 800 TEUR) basiert auf dem Jahresüberschuss 2024.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten beruht auf der Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Erhöhung der Warenschulden um 682 TEUR).

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	7.153	5.754	4.040	3.857
Sonstige betriebliche Erträge	4	3	1	1
Materialaufwand	-6.399	-5.051	-3.519	-3.348
Personalaufwand	-312	-322	-291	-281
Betriebsergebnis	445	384	231	229
Abschreibungen	-54	-56	-77	-86
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-183	-179	-176	-173
Erträge aus Beteiligungen	960	735	574	615
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	33	33	33	33
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	3	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-42	-46	-50	-54
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.171	874	533	564
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-361	-258	-158	-168
Sonstige Steuern	-9	-6	-6	-6
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	801	610	369	389

Die Steigerung der Umsatzerlöse ist insbesondere auf die Erlöse der Lieferungen an die MVA Bielefeld (Interargem; + 311 TEUR) sowie der Einnahmen aus der CO₂ Bepreisung in Höhe von 867 TEUR zurückzuführen.

Die Erhöhung beim Materialaufwand entspricht nahezu der Steigerung der Umsatzerlöse.

Der Zuwachs bei den Erträgen aus Beteiligungen ergibt sich aus der Erhöhung bei der MHB Hamm um 225 TEUR auf 707 TEUR. Die Beteiligungserträge Interargem und ESG blieben unverändert (60 TEUR bzw. 193 TEUR).

Der Gesellschafter beschließt, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt: 0 TEUR.
(Vorjahr: 0 TEUR)

Weitere Informationen und Zahlen

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
<u>Vermögenslage</u>				
Anlagenintensität	61,7%	70,2%	77,5%	81,0%
Umlaufintensität	38,3%	29,7%	22,4%	19,0%
<u>Finanzlage</u>				
Eigenkapitalquote	70,6%	72,3%	71,5%	69,2%
Fremdkapitalquote	29,4%	27,7%	28,5%	30,8%
Anlagendeckung I	114,5%	103,0%	92,3%	85,4%
<u>Ertragslage</u>				
Umsatzrentabilität	16,4%	15,2%	13,2%	14,6%
Eigenkapitalrentabilität	16,9%	14,2%	9,6%	10,9%
Gesamtkapitalrentabilität	12,4%	10,9%	7,5%	8,3%
durchschnittliche Anzahl Beschäftigter zzgl. 1 Geschäftsführer	9	9,5	10	10

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Grundlagen des Unternehmens

Zu den Aufgabenbereichen der EVB gehören:

- der Betrieb des Eissportzentrums Möhnesee
- der Betrieb des Abfallservicetelefons für die ESG
- die Beteiligung an der Gesellschaft ESG
- weitere abfallwirtschaftliche Aufgaben
 - der Betrieb der Kompostierungsanlage Soest
 - die Beteiligung an der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH
 - die Beteiligung an der Interargem GmbH
 - der Erwerb von Lieferkontingenten in der MVA Bielefeld-Herford ab 2018
 - Gebührenkalkulation für den Kreis Soest

Der Betrieb der Eissporthalle wurde nach Gründung der EVB in 1996 zunächst durch diese selbst durchgeführt. Auf Grund der von EVB für den Gesellschafter Kreis Soest erstellten Handlungsoption 2008 über die Zukunft der Eissporthalle in Möhnesee hat der Kreistag am 14.06.2007 die EVB mit der Ausschreibung des Betriebs durch einen privaten Pächter beauftragt.

Die Eissporthalle wurde nach Instandhaltungsarbeiten zum 01.07.2008 an die Pächterin und Betreiberin Deutsche Sportstättenbetriebs- und Planungsgesellschaft mbH & Co. KG

(DSBG), Herne übergeben. Die Laufzeit des Dienstleistungsvertrages begann am 01.07.2008 und endete am 30.04.2018. Der Vertrag wurde mit Datum 10.11.2016 fristgerecht gekündigt. Über einen weiteren Betrieb wurde durch den Gesellschafter Kreis Soest in 2017 positiv entschieden.

Der neue Vertrag mit der Betreiberin DSBG hat zunächst eine Laufzeit vom 01.05.18 bis 30.04.2023. Im Vorfeld hierzu wurden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen umgesetzt. Eine Entscheidung zur weiteren Vertragsverlängerung sowie damit verbundene Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Umkleiden, sanitären Anlagen sowie der Beleuchtung wurde in 2023 getroffen. Am 20.06.2023 entschied der Kreistag nach vorheriger Entscheidung des Aufsichtsrates am 12.06.2023 eine Verlängerung des Pachtvertrags mit der DSBG bis zum 31.07.2026 vorzunehmen. Einer nochmaligen Verlängerung um ein Jahr bis zum 31.07.2027 wurde durch den Aufsichtsrat am 18.02.2025 und dem Kreistag am 03.04.2025 zugestimmt, nachdem die Besucherzahlen wieder das Niveau vor der Coronapandemie mit 45.568 erreicht hatten.

Die ESG hat ab dem 01.04.2008 für die Abfallwirtschaft im Kreis Soest ein Abfallservicetelefon eingerichtet. Das Abfallservicetelefon ist für Bürgerinnen und Bürger sowie für sonstige Nutzer der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen die zentrale Anlaufstelle für die von der Abfallwirtschaft des Kreises Soest erbrachten Dienstleistungen. Mit der Bündelung der bisher an den unterschiedlichen Standorten eingehenden telefonischen Anfragen wird durch die Vereinheitlichung der Rufnummern eine deutliche Verbesserung des Service erzielt. Das Konzept wurde gemeinsam von der EVB und der ESG (Entsorgungswirtschaft Soest GmbH) erstellt. Für die Leistungserbringung hat die ESG die EVB beauftragt. Das Personal wird von der EVB gestellt. Die ESG stellt die erforderlichen technischen Einrichtungen und leistet zur Erfüllung der Dienstleistungen ein entsprechendes Entgelt an die EVB.

Die EVB ist eine 100%ige Tochter des Kreises Soest und mit 58% an der Entsorgungswirtschaft Soest GmbH (ESG) mehrheitlich beteiligt. Die ESG betreibt das Abfallwirtschaftszentrum Erwitte auf einem gepachteten Grundstück. Dieser Vertrag hatte eine Laufzeit bis zum 31.12.2017.

Um den Standort für die Abfallwirtschaft des Kreises Soest langfristig, auch über die Laufzeit des bisherigen Entsorgungsvertrages ESG/ Kreis Soest zu sichern, hat die EVB in 2012 einen Erbbaurechtsvertrag mit dem Eigentümer des o. g. Grundstücks mit Wirkung vom 01.01.2018 für die Dauer von 24 Jahren geschlossen.

Durch Kreistagsbeschluss vom 03.06.2015 und Anpassung des Gesellschaftsvertrages der EVB ist diese ab dem 01.01.2016 berechtigt, weitergehende Aufgaben aus dem Abfallwirtschaftskonzept des Kreises Soest zu übernehmen.

Basis dieser Tätigkeiten ist der Entsorgungsvertrag zwischen dem Kreis Soest und der EVB vom 19.01.2016.

Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2025.

Auf Grundlage dieses Entsorgungsvertrages wurde die EVB vom Kreis Soest beauftragt, die Kompostierungsanlage Soest ab dem 01.01.2016 zu betreiben und die entsprechende Gebührenerhebung für den Kreis Soest vorzunehmen.

Ferner erhielt die EVB den Auftrag, die gesamte Gebührenkalkulation für die Abfallentsorgung des Kreises Soest durchzuführen.

Die EVB hatte im Jahr 2022 durchschnittlich vier Mitarbeiter am Standort der Kompostierungsanlage Soest beschäftigt.

Im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Teilbereich Restabfallbehandlung hat der Kreistag mit Beschluss vom 18.12.2014 die EVB beauftragt, eine Beteiligung am kommunalen MVA-Hamm-Verbund ab 2018 vorzubereiten.

Die entsprechenden Verträge wurden im Kreistag am 27.10.2016 und im Aufsichtsrat der EVB am 10.11.2016 genehmigt und seitens der EVB am 14.11.2016 mit den kommunalen Gesellschaften der Verbundpartner unterzeichnet.

Die EVB hat mit Anteilskaufvertrag vom 14.11.2016 zunächst 1% an der Gesellschaft MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH erworben. Mit Anteilskaufvertrag vom 27.11.2017 wurden weitere 4,05 % erworben, so dass der Anteil nunmehr 5,05 % beträgt.

Die EVB wurde mit dem Aufsichtsratsbeschluss der ESG vom 05.09.2016 beauftragt, die ab 2018 noch offenen Mengen zur thermischen Behandlung auszuschreiben und zu vergeben.

Der Auftrag wurde mit Vertragsunterzeichnung vom 08.12.2016 an die MVA Bielefeld-Herford GmbH vergeben. Die Belieferung erfolgt ab Beginn 2018.

Somit werden ab dem 01.01.2018 die kompletten kommunalen Abfallmengen zur thermischen Behandlung durch die EVB gesteuert bzw. gehalten.

Der Ende 2022 auslaufende aktuelle Konsortialvertrag des MVA-Verbundes ist von den Gesellschaftern bereits bis zum 31.12.2032 verlängert worden und bietet so gesicherte Entsorgungswege. Der Vertrag zur thermischen Behandlung von Abfall in der MVA Bielefeld hat nach erfolgter Verlängerung eine Laufzeit bis zum 31.12.2027 und wurde mengenmäßig aufgestockt, um den technisch bedingten Wegfall des Entsorgungsweges in die BRAM aufzufangen.

Mit Datum vom 10.07.2018 hat die EVB Anteile an der Interargem GmbH in Höhe von 0,5 % erworben. Die Interargem GmbH ist Eigentümerin der MVA Bielefeld-Herford und der MVA Hameln. Neben der zu erwartenden wirtschaftlichen Verzinsung des Kaufpreises in Form der zukünftigen Gewinnausschüttungen der Interargem GmbH ist dies auch eine strategische Beteiligung.

Nach 17 Jahren Gebührenstabilität hatte die EVB in 2022 die Aufgabe, eine umfassende Abfallgebührenkalkulation für den Kreis Soest durchzuführen. Dabei bediente sich die EVB auch bei Mitarbeitern der ESG. Der Kreis Soest beschloss daraufhin in seiner Sitzung am 15.12.2022 eine Abfallgebühren- und Tarifierhöhung, die zum 01.01.2023 Wirkung erlangte. Die dort beschlossenen Gebühren konnten bis zum jetzigen Geschäftsjahr 2025 stabil gehalten werden, trotz seit 2024 zusätzlich anfallender CO₂-Kosten nach dem BEHG.

Wirtschaftsbericht

Die Erhöhung der Umsatzerlöse im Bereich Abfallwirtschaft ist den CO₂-Kosten ab 2024 geschuldet. Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 800,8 TEUR aus.

Die Vermögenslage weist bei einer Bilanzsumme von 9.752,3 TEUR Eigenmittel in Höhe von 6.888,1 TEUR bzw. 70,6 % aus. Die langfristigen Eigen- und Fremdmittel decken das gesamte Anlagevermögen ab.

Unter der Sparte Abfallwirtschaft werden die Bereiche Abfallservicetelefon, Kompostierungsanlage Soest, Müllverbrennungsanlagen und Pachtvertrag S+U Erwitte zusammengefasst. Der Wirtschaftsplan der EVB wurde ab dem Jahr 2016 entsprechend erweitert.

Die EVB hat den Kaufpreis für die Kompostierungsanlage incl. der Grundstücke am 05.01.2016 an die Stadt Soest überwiesen. Zur Finanzierung hat die ESG der EVB Anfang 2016 ein verzinsliches Darlehen gewährt. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 10 Jahren. Die kaufmännische Abwicklung erfolgt im Zuge eines Leistungsverrechnungsvertrages durch die ESG.

Im Zuge Neuordnung des kommunalen MVA-Hamm-Verbundes wurde der Kauf von zunächst 1% an der Gesellschaft MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH notwendig. Die Zahlung des Kaufpreises in Höhe von 35.452,50 € erfolgte am 03.01.2017. Die Zahlung des Kaufpreises der restlichen Anteile von 4,05% in Höhe von 138.803,00 € erfolgte am 10.01.2018. Die Finanzierung erfolgte durch Eigenmittel.

Im Jahr 2018 erwarb die EVB einen Anteil von 0,5 % an der Interargem GmbH, die ihrerseits die MVA Bielefeld-Herford und MVA Hameln betreibt. Die Höhe des Kaufpreises betrug 1.200 TEUR. Zur Finanzierung hat die ESG der EVB ein verzinsliches Darlehen über eine Laufzeit von 20 Jahren gewährt.

Dass die Entscheidung aus strategischer Sicht richtig war, zeigt sich durch die Kooperationsbereitschaft gerade bei Absatzschwierigkeiten von Abfallmengen. Aber auch die Entscheidung zur Beteiligung auf Grund wirtschaftlicher Erwägungen bestätigte sich. So betrug die Ausschüttung in 2024 für das Jahr 2023 60 TEUR. Dies entspricht einer Eigenkapitalrendite von 5,0 %.

Im Jahr 2018 erfolgte eine Investition in eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Kompostierungsanlage Soest mit einer Leistung von 750 KWpeak. Der Invest beläuft sich auf rd. 628 TEUR. Die Finanzierung wurde durch ein verzinsliches Darlehen seitens der ESG über eine Laufzeit von 20 Jahren dargestellt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prinzipiell ergeben sich durch den Dienstleistungsvertrag mit der DSBG aus der Besucherentwicklung des Eissportzentrums Möhnesee mittelfristig keine Risiken mehr für die EVB. Aufgrund vertraglicher Regelungen im Betreibervertrag vom 01.07.2008 bzw. 17.07.2017 zwischen der DSBG und der EVB besteht für den operativen Betrieb der Eissporthalle ein jährlicher Betriebskostenzuschuss von zurzeit 127,5 TEUR netto.

Der Folgevertrag über den Betrieb des Eissportzentrums über den 30.04.2023 hinaus mit dem Betreiber DSBG wurde von diesem gewünscht. Nach einer durchgeführten Vertragsverlängerung wird das Eissportzentrum nunmehr bis zum 31.07.2026 von der DSBG betrieben. Eine weitere Verlängerung um ein Jahr bis zum 31.07.2027 ist bereits erfolgt. In 2024 sind notwendige Investitionen in die Lichanlage sowie dem Sanitärbereich getätigt worden. Eine neue Heizungsanlage wurde bereits Ende 2023 bestellt und eingebaut, nachdem diese vorher aus Altersgründen ausgefallen war.

Aus den MVA-Kontingenten ergeben sich keine Risiken. Die Kostensteigerungen in den folgenden Jahren sind an den Verbraucherindex angelehnt und unterliegen keinen Marktschwankungen.

Die Chancen liegen vielmehr in der Möglichkeit, die verschiedenen Kontingente auch nach wirtschaftlichen Kriterien optimal zu beschicken. Vor allem die Redundanz in Stillstandszeiten ist ein Gewinn in der Wahl der Entsorgungswege.

Sowohl die Beteiligung an der MVA Hamm durch die MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH als auch an der Interargem GmbH bieten ab 2018 Chancen in Bezug auf die Einflussnahme auf den Betrieb und langfristig auf die Kostenstruktur. Aufgrund nationaler sowie internationaler Entwicklungen ist es notwendig, die Durchsatzkapazitäten der MVA Hamm sicherzustellen bzw. zu erweitern.

Altersbedingt stehen bei der MVA Hamm Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an. Die Müllverbrennungsanlage sollte um eine Kapazitätserhaltungslinie ergänzt werden, um weiterhin die Verfügbarkeit der Anlage sicherzustellen und die Entsorgungssicherheit der Partner im MVA-Hamm-Verbund zu gewährleisten. Aufgrund der inzwischen vorliegenden,

unerwartet hohen Ausschreibungsergebnisse, wird von dem Bau der zunächst geplanten KEL (Kapazitätserhaltungslinie) Abstand genommen. Die eingeplanten Kostensteigerungen auf die bei Ausschreibung geschätzte Investitionssumme von 73 Mio. € wurden bei weitem übertroffen. An den Bestandslinien werden nunmehr nacheinander Reparaturen und Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt werden. Es ist angedacht, die benötigte Rauchgasreinigung zu erstellen und der jeweiligen Linie als Modul zuzuführen. So werden die jeweiligen Ausfallzeiten der Bestandslinien minimiert und die Entsorgungssicherheit gewährleistet. Für die Rauchgasreinigung der vier Linien fallen Investitionskosten in Höhe von 65 Mio. € an, die mit einem Darlehen von 60 Mio. € finanziert sind. Die Laufzeit ist dabei bis auf 2037 festgelegt.

Für den Betrieb der Kompostierungsanlage Soest ergeben sich auf Grund des anzupassenden Abfallwirtschaftskonzeptes für die Behandlung von Bioabfällen neue Chancen für einen weiteren Betrieb. Auch wenn die Bioabfälle seit dem 2. Quartal 2020 nicht mehr am Standort behandelt werden, so ist dieser doch optimal geeignet, langfristig ohne zusätzliche Investitionen Grün- und Strauchschnitt zu behandeln. Kleinere Umstrukturierungsmaßnahmen für die alleinige Behandlung ohne Bioabfälle wurden umgesetzt. Die Anlage erfüllt die wesentlichen Vorgaben der zum 01.12.2021 in Kraft getretenen TA Luft und setzt einige der noch durch die Bioabfallverordnung (BioAbfV) zu erwartenden schon jetzt um.

Der Umsatz wird im Wesentlichen durch die Aktivitäten im Bereich der Entsorgung innerhalb der MVA Hamm und Bielefeld geprägt. Durch die Umstellung der Aktivitäten auf der Kompostierungsanlage Soest, sind hier die Betriebsaufwendungen deutlich reduziert. Seit dem 2. Quartal 2020 wird hier kein Bioabfall mehr behandelt. Die Behandlung von Grün- und Strauchschnitt ist deutlich günstiger darstellbar.

Das prognostizierte Ergebnis des Wirtschaftsplans 2025 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von rd. 550 T€ aus. Er wurde in den entsprechenden Gremien der Gesellschaft am 11.11.2024 genehmigt.

Zurzeit ist die Erweiterung der PV-Anlage am Deponiestandort Geseke in Planung. Die Genehmigungen für eine 4,5 MW-Anlage liegen seit Mai 2025 vor. Die Investition beläuft sich auf ca. 3 Mio. Euro. Zum Ende des Jahres 2025 bzw. Anfang 2026 können die notwendigen Vergaben hierzu getätigt werden. Zurzeit wird jedoch geprüft, ob dies mit einem Speichermodule erfolgen kann und ob dies noch wirtschaftlich ist. Weiterhin war die Errichtung eines Windrades auf dem Standort des Abfallwirtschaftszentrums Werl in Planung. Der Antrag für ein 6 MW-Windrad belief sich auf rd. 8 Mio. Euro ohne Peripherie. In 2024 kam es zu dem, in 2025 vom Kreis Soest noch zu bestätigenden, Beitritt zur Werler Wind GmbH & Co. KG mit fünf 6 MW-Windrädern, bei denen die EVB 20% der Gesellschaftsanteile, dies entspricht den Anteil eines Windrades, erhalten soll. Im Gegenzug hierzu soll das auf dem Gelände des AWZ Werl geplant und im Oktober 2024 genehmigte Windrad von der ESG zurückgezogen werden. Nach Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist der Beitritt zur Windpark-Gesellschaft erheblich wirtschaftlicher für die EVB. Nach dem Gesellschaftszweck der EVB: „Beteiligung an Energieunternehmen“ kann diese sich bei erneuerbaren Energien rechtlich an der Windpark-Gesellschaft beteiligen.

Mitte Februar 2022 ist es zum völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine gekommen, der u.a. zu einem massiven Anstieg der Energiekosten geführt hat. Diese haben sich im Jahr 2024 stabilisiert. Ferner kam es aufgrund der durch wirtschaftliche Sanktionen gegen russische Produkte und Dienstleistungen eingetretene Verknappung von Agrargütern, Rohstoffen und Waren zu Kostensteigerungen, die aber nur geringe Auswirkungen auf die MVA's in Hamm und Bielefeld hatten. Zu Einschränkungen der Verfügbarkeit der MVA's ist es nicht gekommen. Aus heutiger Sicht wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sich für unser Unternehmen nicht bestandsgefährdend auswirken werden.

MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH

Am Lausbach 2
59075 Hamm
Telefon 02381 / 97700
www.mva-hamm.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB) ist die Betriebsführung der Müllverbrennungsanlage in Hamm. Die MHB ist grundsätzlich für alle Geschäfts- und Betriebsführungsaufgaben zuständig, die der Betrieb der MVA Hamm mit sich bringt.

Durch den Abschluss entsprechender Verbrennungsverträge mit Ihren Gesellschaftern gewährleistet die MHB die Auslastung der Anlage. Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass der angelieferte Abfall so effizient wie thermisch möglich - unter Berücksichtigung einer gewissenhaften und vorausschauenden Betriebsführung bei gleichzeitiger Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Vorschriften - entsorgt wird und die aus dem Verbrennungsprozess gewonnene Energie einer optimalen Nutzung zugeführt wird.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Öffentlicher Zweck der GmbH ist die Gewährleistung der dauerhaften Entsorgungssicherheit der angeschlossenen Kommunen und Kreise. Durch die thermische Behandlung von 274.850 Tonnen Abfall im Geschäftsjahr wurde der öffentliche Zweck erreicht.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine – mittelbare Beteiligung des Kreises Soest
Die Gremien der EVB haben KT-Abg. Olaf Reen, den Kreis-AL Umwelt und den AL ESG Betrieb und Planung in die Gremien des MVA-Verbundes entsandt.
2. Geschäftsführung: Reinhard Bartsch (GF der Stadtwerke Hamm GmbH)
Dr. Matthias Funke (GF MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft) – ab 01.07.2024
Jürgen Kunze (GF MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft)
– bis 31.08.2024

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1997
Stammkapital:	511.291,88 Euro
Handelsregister:	Amtsgericht Hamm HRB 2293

Gesellschafter

	Anteil in %	Anteil in Euro
EDG Holding GmbH Dortmund	42,864	219.160,15
Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH	31,954	163.378,21
Hamcom GmbH	15,080	77.102,82
Kommunale Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (AWG)	5,051	25.825,35
Eissport-, Verwaltungs- u. Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH (EVB)	5,051	25.825,35
Summe	100,000	511.291,88

Hintergründe

Zentraler Bestandteil des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Kreis Soest ist die Belieferung der kommunalen Müllverbrennungsanlagen (MVA) in Hamm und Bielefeld inklusive gesellschaftsrechtlicher Beteiligung (siehe hierzu im Einzelnen die Kreistags-Beschlüsse zur „Weiterentwicklung des MVA-Hamm-Verbundes ab 01.01.2018“ mit Vorlage 94/2016 am 27.10.2016 und zum „Kauf von Geschäftsanteilen an der Interargem GmbH“ mit Vorlage 247/2017 am 19.12.2017).

Mit Beschluss vom 18.12.2014 hat der Kreistag die EVB beauftragt, eine Beteiligung am kommunalen MVA-Hamm-Verbund ab 2018 vorzubereiten. Die entsprechenden Verträge wurden im Kreistag am 27.10.2016 und im Aufsichtsrat der EVB am 10.11.2016 genehmigt und seitens der EVB am 14.11.2016 mit den kommunalen Gesellschaften der Verbundpartner unterzeichnet. Die EVB hat mit Anteilskaufvertrag vom 14.11.2016 zunächst 1 % an der Gesellschaft MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH erworben. Mit Anteilskaufvertrag vom 27.11.2017 wurden weitere 4,05 % erworben, so dass der Anteil nunmehr 5,05 % beträgt.

Im Rahmen der Umstrukturierung des MVA-Hamm-Verbundes wurde weiterhin zwischen der MVA Hamm Eigentümer-GmbH (MVA E) und der MHB mit Wirkung zum 01.01.2018 ein Pachtvertrag geschlossen. Dieser läuft aktuell bis zum 31.12.2032.

Die EVB wurde mit dem Aufsichtsratsbeschluss der ESG vom 05.09.2016 beauftragt, die ab 2018 noch offenen Mengen zur thermischen Behandlung auszuschreiben und zu vergeben. Der Auftrag wurde mit Vertragsunterzeichnung vom 08.12.2016 an die MVA Bielefeld-Herford GmbH vergeben. Die Belieferung erfolgt ab Beginn 2018.

Somit werden ab dem 01.01.2018 die kompletten kommunalen Restabfallmengen zur thermischen Behandlung durch die EVB gesteuert bzw. gehalten.

Der Verbrennungsvertrag mit der MVA Hamm hat eine Laufzeit bis mindestens 31.12.2032.

Aufgrund der Neustrukturierung des MVA Hamm – Verbundes zum 01.01.2018 wird nachfolgend der aktuelle Jahresabschluss dargestellt und für Erläuterungen auf den Lagebericht verwiesen.

Auf eine separate Darstellung der MVA Eigentümer-GmbH (MVA E) – die zum Gegenstand hat, die MVA an die MHB zu verpachten – wird im Beteiligungsbericht verzichtet.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	76	140
Sachanlagen	2.755	3.046	3.044	3.224
Finanzanlagen	161	161	171	176
Anlagevermögen	2.915	3.212	3.291	3.540
Vorräte	0	0	3.013	2.752
Forderungen u. sonst. Vermögensg.	6.387	3.516	2.029	2.980
Kassenbestand, Bankguthaben	8.312	15.554	8.352	2.232
Umlaufvermögen	14.699	19.070	13.394	7.964
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Aktiver Unterschiedsbetrag	0	57	12	15
SUMME AKTIVA	17.615	22.339	16.698	11.519
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	511	511	511	511
Gewinnrücklagen	1.719	30	30	30
Gewinnvortrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss	10.660	15.695	9.546	6.349
Eigenkapital	12.891	16.236	10.087	6.890
Rückstellungen	2.594	3.931	4.176	1.981
Verbindlichkeiten	2.091	2.116	2.361	2.555
Rechnungsabgrenzungsposten	39	57	75	93
SUMME PASSIVA	17.615	22.339	16.698	11.519

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	56.068	57.077	43.148	37.417
Sonstige betriebliche Erträge	33	186	573	1.894
Materialaufwand	-30.599	-23.970	-19.609	-19.821
Personalaufwand	-7.881	-7.128	-6.874	-6.763
Betriebsergebnis	17.621	26.164	17.239	12.726
Abschreibungen	-407	-455	-491	-476
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.367	-2.214	-1.985	-2.022
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen	0	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	472	220	26	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6	-6	-6	-7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16.314	23.709	14.783	10.228
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.321	-7.671	-4.619	-3.107
Sonstige Steuern	-333	-343	-618	-772
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	10.660	15.695	9.546	6.349

Die Gesellschaft hat 94 Mitarbeiter (Vorjahr: 93).

Der Jahresüberschuss soll in Höhe von 9.192 TEUR an die Gesellschafter ausgeschüttet und die Restsumme (1.468 TEUR) in die Gewinnrücklage eingestellt werden.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Grundlagen der Gesellschaft

Grundlage der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB) ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 14. November 2016. Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der Müllverbrennungsanlage in Hamm. Die MHB ist grundsätzlich für alle Geschäfts- und Betriebsführungsaufgaben zuständig, die der Betrieb der Müllverbrennungsanlage (MVA Hamm) mit sich bringt.

Durch den Abschluss entsprechender Verbrennungsverträge mit Ihren Gesellschaftern gewährleistet die MHB die Auslastung der Anlage. Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass der angelieferte Abfall so effizient wie thermisch möglich - unter Berücksichtigung einer gewissenhaften und vorausschauenden Betriebsführung bei gleichzeitiger Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Vorschriften - entsorgt wird und die aus dem Verbrennungsprozess gewonnene Energie einer optimalen Nutzung zugeführt wird.

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Gewährleistung der dauerhaften Entsorgungssicherheit der angeschlossenen Kommunen und Kreise. Durch die thermische Behandlung von 274.850 Tonnen Abfall im Geschäftsjahr 2024 wurde der öffentliche Zweck erreicht.

Die Verbrennungskapazität der 1985 errichteten MVA Hamm wurde während der Umbau- und Erweiterungsarbeiten zum thermischen Volllastbetrieb stufenweise erhöht und beträgt derzeit 295.000 Jahrestonnen bei einem durchschnittlichen Heizwert von 9.300 kJ/kg.

Gesteuert wird der Verbrennungsprozess über eine Feuerleistungsregelung, bei der die Luftzufuhr, die aufgegebene Müllmenge und die Geschwindigkeit, mit der der Rost den Müll vorwärtsbewegt, geregelt werden können. Die Rauchgase durchlaufen nach dem Abhitzekegel mehrere Reinigungsstufen. Anfallende Reststoffe aus der Verbrennung und der Rauchgasreinigung werden zur weiteren Verwertung an externe Unternehmen übergeben.

Geschäftsverlauf

Im Berichtszeitraum lief der Verbrennungsbetrieb der Anlage im Wesentlichen störungsfrei, so dass eine Verbrennungsmenge von 274.850 Jahrestonnen bei einem durchschnittlichen Heizwert des Abfalls von 9.884 kJ/kg durchgesetzt werden konnte. Der Heizwert lag 6,3 % über dem Planwert von 9.300 kJ/kg.

Die thermische Leistung betrug 2.716.572 GJ und lag damit um 1,1 % über Plan. Die kontinuierlich und diskontinuierlich gemessenen Emissionswerte lagen in 2024 unterhalb der vorgeschriebenen Grenzwerte der 17. BImSchV.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 konnte mit 92,6 % eine hohe Anlagenverfügbarkeit sichergestellt werden, die allerdings um 2,1 % unter Plan lag. Bei einem um 0,3 % niedrigeren Mengendurchsatz und einem um 1,2 % höheren kumulierten Heizwert im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023 lag die thermische Gesamtleistung 0,9 % über Vorjahresniveau. Die Dampferzeugung (brutto) lag mit 799.226 t im Jahr 2024 auf Vorjahresniveau. Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag die Stromerzeugung mit -2,0 % und die Stromabgabe mit -2,6 % unter den Vorjahreswerten. Die Fernwärmeproduktion lag in 2024 mit +13,8 % über Vorjahresniveau. Ursächlich für die Differenz waren Schäden an den Wärmetauschern in 2023 sowie ein geringerer Wärmebedarf in der entsprechenden Heizperiode.

Der Heizölverbrauch lag im Berichtszeitraum bei 592.185 l und damit 27,8 % über dem Vorjahresniveau. Die Verbrauchsentwicklung anderer, wesentlicher Betriebsmittel verlief unterschiedlich. So stieg der Verbrauch von Weißfeinkalk um 5,6 % und der von Sorbocal um 8,0 % gegenüber dem Vorjahr. Ein niedrigerer Verbrauch (- 3,7 % gegenüber 2023) war beim Harnstoffeinsatz zu verzeichnen.

Ertrags- Finanz- und Vermögenslage

Die Ertragslage ist durch gesicherte Erlöse aus den Verbrennungsverträgen (39.037 TEUR) sowie durch die Energieerlöse aus der Strom- und Fernwärmeabgabe (16.922 TEUR) gekennzeichnet, die insgesamt zu Umsatzerlösen von 56.068 TEUR (Vorjahr 57.077 TEUR) führen. Während sich die Erlöse aus den Verbrennungsverträgen aufgrund der Weiterbelastung der BEHG-Kosten um 5.466 TEUR erhöht haben, sind die Energieerlöse um 6.553 TEUR gesunken, was auf die Erholung der Energiepreise am Beschaffungsmarkt zurückzuführen ist.

Die Hauptaufwandspositionen stellen die Materialaufwendungen i. H. v. 30.598 TEUR, die Personalaufwendungen mit 7.881 TEUR und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 1.367 TEUR dar.

Der Materialaufwand ist um 6.628 TEUR auf 30.598 TEUR gestiegen und hauptsächlich von den erstmaligen Aufwendungen für den Erwerb von Emissionszertifikaten im Zusammenhang mit dem BEHG i. H. v. 5.210 TEUR geprägt. Die Pacht wurde entsprechend der vertraglich vereinbarten Preisgleitklauseln erhöht. Daraus resultierend haben sich die Pachtaufwendungen auf 17.633 TEUR (Vorjahr: 16.752 TEUR) erhöht. Demgegenüber sind die Aufwendungen für Instandhaltungen und Reparaturen auf 129 TEUR (Vorjahr: 262 TEUR) sowie der Aufwand für Ersatzteile auf 15 TEUR (Vorjahr: 89 TEUR) gesunken. Die

Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe lagen aufgrund von Preiserhöhungen mit 2.085 TEUR um 270 TEUR über dem Vorjahreswert.

Die Personalaufwendungen lagen mit 7.881 TEUR über dem Vorjahr (7.128 TEUR). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die tariflichen Entgelterhöhungen zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit 1.367 TEUR im Vergleich zu 2.214 TEUR im Vorjahr um ca. 38 % zurückgegangen. Ursächlich hierfür sind insbesondere die im Vorjahr ausgewiesenen Aufwendungen aus der Abschöpfung von Zufallsgewinnen (Überschusserlöse) im Zusammenhang mit dem Strompreisbremsegesetz i.H.v. 814 TEUR. Weitere wesentliche Positionen sind die Versicherungsaufwendungen (365 TEUR) sowie Aufwendungen aus Dienstleistungsverträgen in Höhe von 321 TEUR.

Der finanzielle Leistungsindikator Jahresüberschuss liegt im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 bei 10.660 TEUR und weicht somit um 5.035 TEUR negativ vom Vorjahresergebnis ab. Die Stagnierung ist im Wesentlichen auf den erwarteten Rückgang der Energieerlöse zurückzuführen. Das Planergebnis von rund 9 Mio. EUR konnte sogar übertröffen werden.

Die MHB erzielte einen Finanzmittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 6.340 TEUR. Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit enthält Ausschüttungen an Gesellschafter und beträgt 14.006 TEUR. Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode beträgt 8.312 TEUR und ist damit um 7.242 TEUR niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang ist vor allem in dem rückläufigen Jahresergebnis des Geschäftsjahres begründet. Die Finanzlage der MHB ist geordnet. Die Gesellschaft war in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2024 zeigt sich das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um 297 TEUR auf 2.915 TEUR (Vorjahr: 3.212 TEUR) reduziert. Das Sachanlagenvermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände nahmen abschreibungsbedingt (407 TEUR) unter Berücksichtigung der im Geschäftsjahr erfolgten Investitionen (143 TEUR) insgesamt um 291 TEUR ab. Die Investitionen erfolgten im Wesentlichen für technische Anlagen, neue Fahrzeuge und Büroeinrichtung.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (3.605 TEUR) sowie gegenüber Gesellschafter (375 TEUR) haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 628 TEUR erhöht. Sie betreffen die Leistungsabrechnungen aus den bestehenden Verbrennungskapazitäten der Müllverbrennungsanlage und der Stromeinspeisung. Die sonstigen Vermögensgegenstände sind um 2.244 TEUR auf 2.407 TEUR gestiegen. Dies ist größtenteils auf die zu erwartenden Rückzahlungen der vorausbezahlten Ertragssteuern zurückzuführen.

Das Eigenkapital hat sich zum Bilanzstichtag um 3.345 TEUR auf 12.891 TEUR gegenüber dem Vorjahresstichtag 2023 verringert. Dies ist auf das im Vorjahresvergleich rückläufige Jahresergebnis zurückzuführen.

Im Bereich der Rückstellungen liegt der Gesamtsaldo des abgelaufenen Geschäftsjahres um 1.337 TEUR unter dem Vorjahreswert. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 wurden die Steuerrückstellungen für die Gewerbeertragssteuer aus 2023 in Höhe von 1.569 TEUR (Vorjahr: 2.991 TEUR) ausgewiesen. Die sonstigen Rückstellungen betragen 730 TEUR (Vorjahr 660 TEUR). Während die Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen gesunken sind (-238 TEUR), werden zum Bilanzstichtag erstmalig Rückstellungen für Emissionszertifikate i. H. v. 260 TEUR ausgewiesen.

Die gesamten Verbindlichkeiten liegen um 25 TEUR leicht unter dem Vorjahreswert. Entscheidend hierfür sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 um 150 TEUR höher als zum Vorjahresstichtag ausfallen und 1.426 TEUR betragen. Entgegenwirkend ist die Summe der sonstigen Verbindlichkeiten um 178 TEUR auf 581 TEUR gesunken. Ausschlaggebend hierfür ist der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber der Finanzbehörde aus Umsatzsteuer um 182 TEUR auf 517 TEUR.

Bei einer Bilanzsumme von 17.615 TEUR ist das langfristig gebundene Anlagevermögen der Gesellschaft durch das Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag rd. 73,2 %.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für das Betriebsjahr 2024 hat sich ein R1-Wert von 0,71 ergeben. Die MHB konnte damit gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg nachweisen, dass die Müllverbrennungsanlage Hamm die Voraussetzungen der R1-Energieeffizienz-Formel erfüllt. Der R1-Wert liegt seit der Inbetriebnahme der Fernwärmeauskopplungsstation im Jahr 2012 gesichert über dem erforderlichen Wert von 0,60. Die Energieeffizienzanforderungen gem. der AbfRR werden auch in den nächsten Jahren eingehalten, so dass die thermische Verwertung in der Müllverbrennungsanlage Hamm auch zukünftig sichergestellt werden kann.

Als Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 56 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wurde die Gesellschaft am 11. September 2024 durch ZER.QMS geprüft. Mit Ausstellungsdatum 10. Oktober 2024 wurde die Zertifizierung bestätigt. Das Zertifikat ist gültig bis zum 10. März 2026. Gleichzeitig erfolgte erstmalig die Zertifizierung im Bereich Umweltmanagement nach DIN EN ISO 14001:2015. Dieses Zertifikat ist gültig bis zum 27. Oktober 2025.

Der Personalbestand der MHB lag im Jahresdurchschnitt bei 94 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (inkl. der Auszubildenden). Die MHB ist Mitglied im kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen KAV NW.

Prognoseberichterstattung

Die Geschäftsführung plant den Bau einer fünften Verbrennungslinie, die Kapazitätserhaltungslinie (KEL) und neue Rauchgasreinigungen für die Bestandslinien 1 bis 4 und hat hierzu eine erste Teilgenehmigung erwirkt. Die KEL sollte die Kapazitätsausfälle während der Errichtung der neuen Rauchgasreinigungen (RGR) ausgleichen und die Verfügbarkeit der Anlage insgesamt erhöhen. Aufgrund der sehr hohen Investitionskosten und der geringen Wirtschaftlichkeit der KEL wurde diese zunächst zurückgestellt und nur die neuen Rauchgasreinigungen weiter verfolgt, da diese aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Einhaltung der neuen Grenzwerte (insbesondere NOx) und für den Funktionserhalt der RGR Linien 1 bis 4 erforderlich sind.

Entsprechend wurde die Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung ermächtigt und beauftragt, die Aufhebung der Ausschreibung der KEL herbeizuführen und die Ausschreibung für die Erneuerung der Rauchgasreinigung sowie den Generalplanervertrag mit RSP an diese Entwicklung (ausschließliche Durchführung der Erneuerung der RGR für die Bestandslinien 1 bis 4) anzupassen. Die Geschäftsführung hat den Beschluss umgesetzt und hat nach Durchführung des Vergabeverfahrens am 9. Februar 2024 den rechtsgültigen Zuschlag an die Andritz AG aus Graz in Österreich für die Erneuerung der RGR zu einem Angebotspreis in Höhe von 58.600.000 EUR erteilt.

Die zweite Teilgenehmigung wurde am 24. Juni 2024 nur für die Rauchgasreinigung beantragt und der vorzeitige Baubeginn am 31. Oktober 2024 angezeigt. Die Genehmigung für den Bau der Rauchgasreinigung wurde dann abschließend am 17. Dezember 2024 erteilt.

Die Fertigstellung der ersten Rauchgasreinigung (Linie 4) ist im September 2025 vorgesehen und die letzten Rauchgasreinigung (Linie 1) in 2028 geplant.

Wie bereits im Jahresabschlussbericht für 2023 berichtet, unterliegt die Gesellschaft dem BEHG. Bei einem Zertifikatspreis von 45 EUR beliefen sich die Kosten für 2024 auf ca. 5,2 Mio. EUR. Die Zertifikatskosten steigen für 2025 auf 55 EUR, für 2026 auf 65 EUR je Zertifikat. Das bedeutet Zusatzkosten von ca. 1,2 Mio. EUR pro Jahr. Mit diesen Zertifikatspreisen können die Anlieferer verbindlich planen, nachdem sich die Bundesregierung am 31. Januar 2025 gegen das Opt-in von thermischen Abfallbehandlungsanlagen (TAB) in das TEHG (Treibhausgasemissionshandelsgesetz) entschieden hat. Damit werden vorerst enorme

Mehrkosten vermieden, und es ist, wenn überhaupt, frühestens in 2028 mit der Teilnahme von TAB im EU-ETS I zu rechnen.

Laut Gesellschafterbeschluss werden in 2025 insgesamt 90 % der Zertifikatskosten an die Kontingentinhaber weiterberechnet. Ab 2026 werden die Kosten zu 100 % weiterberechnet und sind damit für die Gesellschaft ein durchlaufender Posten.

In Bezug auf die von MHB unterstützte Musterklage der GML Ludwigshafen gegen die Einbeziehung von TAB in den nationalen Emissionshandel hat die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) kurz vor Ablauf der Frist erneut eine Fristverlängerung beim Verwaltungsgericht Berlin beantragt und auch genehmigt bekommen.

Gem. mittelfristiger Wirtschaftsplanung der MHB ist auch in den folgenden Geschäftsjahren von einer gesicherten Ertragslage auszugehen. Der geplante Jahresüberschuss für 2025 liegt deutlich unter dem Vorjahresniveau, da im Vergleich zum Vorjahr mit einem moderaten Rückgang der Umsatzerlöse gerechnet wird - vor allem infolge deutlich gesunkener Energieerlöse. Die Gesellschaft plant für 2025 mit einem konstanten Personalbestand.

Risiko- und Chancenberichterstattung

Zwischen MHB und MVA-E besteht derzeit ein bis zum 31. Dezember 2032 laufender Pachtvertrag, durch den die Umsatzerlöse der MVA-E grundsätzlich dauerhaft gesichert sind. Aufgrund der zusätzlichen Investition in die neue Rauchgasreinigung wird auch eine Pachtanpassung in 2025 angestrebt, damit die entsprechenden Abschreibungen berücksichtigt werden und eine ausreichende Verzinsung des Eigenkapitals erreicht wird.

Die Finanzierung der Pachtverpflichtung der MHB gegenüber dem MVA-E ist ebenfalls dauerhaft sichergestellt, weil auch die bring-or-pay-Verpflichtungen der MVA-Hamm-Kontingentinhaber durch die Verbrennungsverträge aller MVA-Partner bis 31. Dezember 2032 vertraglich gesichert sind und damit die Vollaustattung der MVA garantiert ist. Eine vorzeitige Verlängerung der Verbrennungsverträge mit angepassten Verbrennungspreisen soll einen noch längeren Planungshorizont ermöglichen.

Damit sind die Ertragslagen beider Gesellschaften langfristig gesichert, so dass die Gesellschaften keine bestandsgefährdenden oder beeinträchtigenden Risiken aufweisen.

Auf der Erlösseite bestehen im Bereich der Einspeisevergütungen grundsätzlich Risiken für die Mittelfristplanung durch die an der Strombörse EEX gehandelten Strompreise für den Phelix Future Base, der die Abrechnungsbasis für die Strom- und Fernwärmelieferungen mit den Stadtwerken Hamm bildet. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Strompreis des Geschäftsjahres 2024 auf Basis des Phelix Future Base bereits um ca. 27 % gefallen. Für 2025 wird mit einem weiteren Rückgang der Erlöse um nochmals rund 46 % gerechnet. Da der Fernwärmepreis vertragsgemäß an den Strompreis gekoppelt ist, entwickelten sich die Fernwärmeerlöse entsprechend.

Die Versorgung mit notwendigen Betriebsstoffen und die zeitnahe Entsorgung der Reststoffe ist für den reibungslosen Betrieb der Anlage essentiell. Für die Entsorgung der Stäube und Reaktionssalze steht eine Neuausschreibung des Vertrages an. Aufgrund eines Oligopols von nur wenigen Anbietern und eingeschränkten Kapazitäten wird für die Entsorgung der Reststoffe zukünftig mit steigenden Preisen gerechnet.

Für die MVA Hamm besteht bei einem Konsortium eine Feuerversicherung (Extended-Coverage-Sachversicherung) und eine Betriebsunterbrechungsversicherung (Extended-Coverage-Betriebsunterbrechungsversicherung) mit angemessenen Deckungssummen. Des Weiteren ist die MVA Hamm bei einem anderen Konsortium gegen Maschinenschäden und Maschinenbetriebsunterbrechungen versichert.

Diese konnten in 2024 ohne Prämienanpassung fortgeführt bzw. um ein Jahr verlängert werden. Zum Renewal zu Jahresbeginn 2026 wird mit steigenden Prämien für die Versicherungen gerechnet.

Um die Finanzierungsbedarfe zu decken, hat die MVA-E am 27. Februar 2025, nach entsprechender Anfrage mehrerer Kreditinstitute, eine Angebotszusage für ein Bankendarlehen über 60 Mio. EUR (Auszahlung in 3 Tranchen, am 2. Mai 2025 Tranche 1

über 30 Mio. EUR, am 1. Juni 2026 Tranche 2 über 15 Mio. EUR, am 1. Juni 2027 Tranche 3 über 15 Mio. EUR) gemacht. Das Darlehen wird besichert durch kommunale Bürgschaften in Höhe von 71,92 % der Darlehenssumme sowie durch eine gesamtschuldnerische Haftung der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre, und das Darlehen wird mit 2,9 % bis 3,09 % verzinst.

Im Sommer 2024 wurde die Studie „Zukunftsgerichtete Energieerzeugung der MVA Hamm - Erarbeitung eines Transformationskonzeptes inklusive des Maßnahmenplans“ abgeschlossen.

Das Hauptziel des Transformationskonzeptes besteht darin, einen detaillierten Maßnahmenplan zur Erreichung einer mindestens 40%igen Reduzierung der Treibhausgasemissionen (THG) innerhalb der nächsten 40 Jahre zu entwickeln und letztendlich bis 2045 die Klimaneutralität zu erreichen. Wichtige Erkenntnisse sind die zunehmende Bedeutung der Wärmenutzung aus thermischen Abfallbehandlungsanlagen und die steigenden Kosten für die thermische Abfallbehandlung aufgrund des Emissionshandels. Die Abwärmenutzung und die Reduktion der Treibhausgase werden deshalb die grobe Richtung für zukünftige Investitionen vorgeben. In der Studie werden zudem Optimierungspotenziale im Bereich des thermischen Hauptverfahrens und der Abgasreinigung aufgezeigt, die zur besseren Wärmenutzung beitragen können. Diese Optimierungen stellen ein mittelfristiges Ziel dar, um die Effizienz der Anlage zu steigern. Auch Optimierungen im Bereich der Energieumwandlung werden vorgeschlagen, die der Erhöhung der Wärmenutzung dienen, speziell für die Fernwärmeerzeugung. Um die Nutzung der Fernwärme weiter ausbauen zu können, sind größere Investitionen in neue Turbinen erforderlich, deren Wirtschaftlichkeit stark von den Erlösen des Wärmeliefervertrages und der garantierten Abnahme über einen langen Zeitraum abhängen. Eine genaue Bewertung kann erst erfolgen, wenn die Fernwärmelieferverträge mit der MHB neu verhandelt wurden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Erlöse bei der MHB anfallen. Deshalb müssten die Pacht und die Verbrennungsentgelte bei einer großen Investition entsprechend angepasst werden, um die Ergebnisse der MVA Hamm Gesellschaften konstant zu halten. Schließlich wird in der Studie ein Zeitplan zur CO₂-Reduzierung unter Betrachtung der zukünftigen Abfallentwicklung aufgezeigt. Dabei konzentriert sich die Studie auf die Post- Combustion-CO₂-Abscheidung mittels Aminwäsche und ermittelt den energetischen Aufwand für verschiedene Szenarien. Ein 40%iges Reduktionsziel an fossilem CO₂ ließe sich mit der Abscheidung aus einer Linie realisieren, wenn ein biogener CO₂-Anteil von 50 % unterstellt wird.

Eine technische und wirtschaftliche Basis für eine entsprechende Investition liegt aktuell nicht vor, da sowohl der technologische Reifegrad nicht ausreicht und die entsprechenden Rahmenbedingungen (Infrastruktur, Weiterverwendung) nicht geklärt sind. Andererseits wird sowohl der gesellschaftliche Druck durch den Klimawandel weiter ansteigen als auch der ökonomische Druck durch die steigenden CO₂-Kosten.

Eine Herausforderung wäre für die Gesellschaft auch die Finanzierung und die technische Realisierung aufgrund des enormen Platzbedarfes. In diesem Zusammenhang müssten die Möglichkeiten einer Flächenerweiterung eruiert werden.

Wie bereits im Vorjahr berichtet, hat MHB mit Hinweis auf die anhängigen Musterklageverfahren Einspruch gegen die Stromsteuerbescheide 2019 bis 2023 eingelegt. MHB unterstützt das Stromsteuerklageverfahren AEZ Asdonkshof. Zum besagten Verfahren „Steuerbefreiung auf Strom zur Stromerzeugung“ hat es mit der mündlichen Verhandlung vom 29. Mai 2024 vor dem 4. Senat des Finanzgerichts Düsseldorf sowie mit der Urteilsverkündung große Entwicklungen gegeben.

Es ist gelungen, einen vollständigen Verlust der Stromsteuerbefreiung aus § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Stromsteuergesetzes bei TAB abzuwehren. Eine Einschränkung der Steuerbefreiung auf Strom zur Stromerzeugung über den Anlagenzweck ist laut dem Urteil des Gerichts „vom Tisch“. Allerdings nimmt das Gericht eine quotale Aufteilung der unter § 9 Abs. 1 Nr. 2 des Stromsteuergesetzes beantragten Strommenge nach Fernwärmeerzeugung und Stromerzeugung vor. Die Folge dürfte eine zumindest teilweise Einschränkung des Befreiungsanspruchs sein. Eine abschließende Klärung in einem Revisionsverfahren vor dem Bundesfinanzhof in München erscheint derzeit wahrscheinlich.

Beide Seiten haben Revision gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegt (Asdonkshof: gegen die Begrenzung der Stromsteuerbefreiung der Höhe nach / das HZA: gegen die Gewährung der Stromsteuerbefreiung dem Grunde nach) Beide Revisionsbegründungen liegen dem Gericht seit dem 5. September 2024 vor. Aktueller Status: Revision läuft.

Interargem GmbH

Schelpmilser Weg 30
33609 Bielefeld
Telefon 0521 / 3398-0
www.interargem.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Interargem GmbH sind Entsorgungsgeschäfte aller Art, insbesondere die Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen, Klärschlamm und sonstigen Reststoffen durch thermische Behandlung, Deponierung und Kompostierung sowie das gesamte Stoffstrommanagement. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Gesellschaft anderer Unternehmen bedienen, insbesondere kann sie sich zur Erreichung des Gesellschaftszwecks an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder Tochterunternehmen gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit dem Unternehmensgegenstand verfolgt die Gesellschaft gleichzeitig einen öffentlichen Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine - mittelbare Beteiligung des Kreises Soest
Die Gremien der EVB haben den GF in die Gremien der Interargem entsandt.
2. Geschäftsführung: Thomas Pörtner (ab 01.04.2024)
Stefan Pöschel (bis 31.03.2024)
Rainer Müller
Sarah Greinert

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

- | | |
|------------------|--|
| Rechtsform: | GmbH |
| Stammkapital: | 2.200.000 Euro |
| Handelsregister: | Amtsgericht Bielefeld HRB 39688 |
| Gesellschafter: | Am 30. November 2016 haben die Gesellschafter der Interargem einen Konsortialvertrag abgeschlossen, in dem die Grundsätze der zukünftigen Zusammenarbeit geregelt sind. Wesentliche Zielsetzungen sind es, die Interargem als rein kommunales Unternehmen weiter zu entwickeln und die interkommunale Zusammenarbeit in der regionalen Abfallwirtschaft weiter auszubauen. Darüber hinaus soll eine dauerhafte Beibehaltung der kommunalen Struktur der Interargem gewährleistet werden. Die neuen Gesellschafter sind diesem Konsortialvertrag beigetreten. |

	Anteil in %	Anteil in Euro
Stadtwerke Bielefeld GmbH	75,84	1.668.500
Kreis Herford	5,25	115.500
Kreis Lippe	4,53	99.700
Kreis Höxter	3,23	71.000
Kreis Paderborn	3,00	66.000
GWS Stadtwerke Hameln GmbH	1,27	28.000
Samtgemeinde Nienstädt	1,05	23.000
HVV Herforder Versorgungs- und Verkehrs-Beteiligungs-GmbH	1,00	22.000
AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH	1,00	22.000
Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke	1,00	22.000
Gemeinde Hiddenhausen	0,62	13.600
GEG Ges. zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH	0,50	11.000
Eisport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH	0,50	11.000
Abfallwirtschaftsgesellschaft Landkreis Schaumburg GmbH	0,43	9.400
Landkreis Hameln-Pyrmont	0,27	6.000
Abwasserverband Auetal	0,16	3.600
Gemeinde Kirch Lengern	0,15	3.300
Stadt Löhne	0,10	2.200
Entwicklungsgesellschaft SG Sachsenhagen mbH	0,10	2.200
Summe	100,00	2.200.000

Beteiligungen

	Anteil in %	Anteil in TEUR
MVA Bielefeld-Herford GmbH	100,0	2.557
Enertec Hameln GmbH	100,0	12.834

Die Interargem GmbH betreibt über ihre beiden 100%-igen Tochtergesellschaften MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH die Müllverbrennungsanlagen an den Standorten Bielefeld-Heepen und Hameln-Afferde.

Auf eine gesonderte Darstellung der beiden Interargem-Tochtergesellschaften wird im Beteiligungsbericht unter Bezug auf den nachfolgenden Interargem-Lagebericht verzichtet.

Hintergründe

Zentraler Bestandteil des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Kreis Soest ist die Belieferung der kommunalen Müllverbrennungsanlagen (MVA) in Hamm und Bielefeld inklusive gesellschaftsrechtlicher Beteiligung (siehe hierzu im Einzelnen die Kreistags-Beschlüsse zur „Weiterentwicklung des MVA-Hamm-Verbundes ab 01.01.2018“ mit Vorlage 94/2016 am 27.10.2016 und zum „Kauf von Geschäftsanteilen an der Interargem GmbH“ mit Vorlage 247/2017 am 19.12.2017).

Die EVB wurde mit dem Aufsichtsratsbeschluss der ESG vom 05.09.2016 beauftragt, die ab 2018 noch offenen Mengen zur thermischen Behandlung auszuschreiben und zu vergeben. Der Auftrag wurde mit Vertragsunterzeichnung vom 08.12.2016 an die MVA Bielefeld-Herford GmbH vergeben. Die Belieferung erfolgt ab Beginn 2018.

Somit werden ab dem 01.01.2018 die kompletten kommunalen Restabfallmengen zur thermischen Behandlung durch die EVB gesteuert bzw. gehalten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	7	20	39
Sachanlagen	2	3	4	5
Finanzanlagen	190.453	190.453	150.453	150.453
Anlagevermögen	190.459	190.463	150.477	150.497
Vorräte	0	0	0	0
Forderungen u. sonst. Vermögensg.	57.292	62.224	56.152	34.315
Kassenbestand, Bankguthaben	25.225	35.455	26.046	18.279
Umlaufvermögen	82.517	97.679	82.198	52.594
Rechnungsabgrenzungsposten	298	320	0	0
SUMME AKTIVA	273.274	288.462	232.675	203.091
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	2.200	2.200	2.200	2.200
Kapitalrücklage	111.696	111.696	111.696	111.696
Gewinnrücklage	88.508	61.800	39.992	30.877
Jahresüberschuss	30.687	38.709	33.808	21.115
Eigenkapital	233.091	214.405	187.696	165.888
Rückstellungen	2.784	4.632	5.852	4.713
Verbindlichkeiten	37.399	69.425	39.127	32.490
SUMME PASSIVA	273.274	288.462	232.675	203.091

Unter den Finanzanlagen werden die 100 %-Beteiligungen an der MVA (126.395 TEUR) und der Enertec (33.396 TEUR) ausgewiesen. Daneben besteht eine 50 %-Beteiligung an der GAL - Gesellschaft für Abfallentsorgung Lippe Beteiligungs-GmbH (12 TEUR) – sowie eine Ausleihung an die GAL von 2.600 TEUR, welche unverändert auf 650 TEUR wertberichtigt ist.

Die Minderung bei den Forderungen und sonst. Vermögensgegenständen ergibt sich aus der Reduzierung der Forderung gegenüber verbundenen Unternehmen (von 61.305 TEUR in 2023 auf 54.763 TEUR in 2024).

Ebenso reduziert haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 68.321 TEUR auf 37.158 TEUR.

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 12.06.2024 sind 26.709 TEUR vom Jahresüberschuss 2023 in die Gewinnrücklage eingestellt und die übrigen 12.000 TEUR an die Gesellschafter ausgeschüttet worden.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	9.508	9.218	8.838	8.079
Sonstige betriebliche Erträge	381	281	17	80
Materialaufwand	-7.260	-7.304	-7.032	-6.390
Personalaufwand	-1.624	-967	-967	-1.032
Betriebsergebnis	1.005	1.228	856	737
Abschreibungen	-4	-14	-20	-21
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-169	-176	-152	-110
Erträge aus Beteiligungen	43.033	56.394	50.612	33.025
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.630	456	26	27
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-269	-232
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	45.494	57.888	51.053	33.427
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14.808	-19.179	-17.235	-12.300
Sonstige Steuern	0	0	-10	-12
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	30.687	38.709	33.808	21.115

Wesentlicher Anteil an den sonstigen betrieblichen Erträgen resultieren aus Versicherungsentschädigungen (203 TEUR) und periodenfremden Erträgen (132 TEUR).

Der Materialaufwand betrifft im Wesentlichen Personalgestellungen (1.850 TEUR), Versicherungen (2.255 TEUR), IT-Aufwendungen (1.071 TEUR) sowie Dienstleistungen im Rahmen der Personalwirtschaft (534 TEUR).

Der Personalaufwand setzt sich aus Löhnen und Gehältern in Höhe von 1.291 TEUR (Vorjahr: 856 TEUR) sowie aus sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von 333 TEUR (Vorjahr: 111 TEUR).

Zwischen der Interargem GmbH und ihren Tochtergesellschaften MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH bestehen Ergebnisabführungsverträge:

Das Beteiligungsergebnis (inklusive Steuerumlage) in Höhe von 43.033 TEUR (Vorjahr: 56.394 TEUR) entfällt mit 35.969 TEUR auf die MVA und mit 7.064 TEUR auf die Enertec. Der geringere Jahresüberschuss begründet sich in den gesunkenen Strompreisen.

Das positive Zinsergebnis ist geprägt durch Zinserträge auf Tagesgeldkonten in Höhe von 1.338 TEUR (Vorjahr: 361 TEUR).

Die Gesellschaft hat 10 Mitarbeiter zuzüglich Geschäftsführer.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Grundlagen

Die Interargem GmbH wurde 1996 mit dem Aufgabenschwerpunkt der thermischen Behandlung und energetischen Verwertung von Abfällen gegründet. Sie ist in ihrer heutigen Struktur alleinige Gesellschafterin der anlagenbetreibenden MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH. Alle drei Gesellschaften zusammen bilden auf Basis bestehender Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge sowohl eine ertragsteuerliche als auch eine umsatzsteuerliche Organschaft mit der Interargem GmbH als Organträgerin. Mit dem Unternehmensgegenstand der thermischen Abfallbehandlung sowie der Bereitstellung von Strom und Fernwärme an den beiden Anlagenstandorten wird der öffentliche Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge erfüllt.

Für ihre beiden Tochterunternehmen erbringt die Interargem GmbH auf Grundlage entsprechender Dienstleistungsverträge vor allem die Vertriebsaktivitäten einschließlich eines anlagenübergreifenden Stoffstrommanagements sowie den Einkauf. Bei weiteren Funktionen arbeitet die Interargem GmbH eng mit ihrer Hauptgesellschafterin, der Stadtwerke Bielefeld GmbH, zusammen. Dies umfasst vor allem Rechtsberatung, Unternehmenskommunikation sowie Personal-, Abrechnungs- und IT-Dienstleistungen. Darüber hinaus hat die Stadtwerke Bielefeld GmbH die Aufgaben der Arbeitssicherheit, des Umweltschutzes, des Rechnungswesens und des Controllings übernommen.

Die Gesellschafterstruktur der Interargem GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2024 gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. An der Interargem GmbH sind nach wie vor insgesamt 19 ausschließlich kommunale Gesellschafter beteiligt, wobei die Stadtwerke Bielefeld GmbH mit einem Anteil von 75,8 % Hauptgesellschafterin ist.

Geschäftsverlauf

In einem insgesamt schwierigen Marktumfeld konnte eine gute Auslastung der verfügbaren Behandlungskapazitäten in Bielefeld und Hameln erzielt werden. Der Geschäftsverlauf der Interargem GmbH ist im Jahr 2024 aus Sicht der Geschäftsführung insgesamt positiv zu bewerten.

Geprägt war das Geschäftsjahr maßgeblich durch die sinkenden Strompreise und durch die Einbeziehung der Müllverbrennung in das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG). Den damit verbundenen höheren Umsatzerlösen stehen entsprechend höhere Materialaufwendungen gegenüber.

Hinsichtlich der in Kraft-Wärme-Kopplung produzierten Energiemengen erhöhte sich der Fernwärmeabsatz bei der MVA Bielefeld-Herford und der Enertec Hameln GmbH im Vergleich zum Vorjahr. Aufgrund des moderat höheren Fernwärmeabsatzes ist die Stromabsatzmenge gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Mit den erbrachten Leistungen sowohl bei der Abfallentsorgung als auch der Bereitstellung von Strom und Fernwärme wurde die öffentliche Zwecksetzung auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge vollumfänglich erfüllt.

Im technischen Bereich stand vor allem die Gewährleistung eines möglichst störungsfreien Anlagenbetriebs im Mittelpunkt der Aktivitäten. Besonders herausfordernd war 2024 der Beginn der Errichtung der Klärschlammverbrennungsanlage in Bielefeld und der Beginn des Baus einer neuen Rauchgasreinigungsanlage für die Verbrennungslinie 1 in Hameln.

Aufgrund der anhaltend hohen Bedrohungspotentiale wurden die Anstrengungen für Informations- und Cybersicherheit zur Sicherstellung des Anlagenbetriebes an beiden Standorten weiter deutlich erhöht.

Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsprozesse und der hohe Standard der erbrachten Dienstleistungen wurden im Rahmen der bestehenden Zertifizierungen als Entsorgungsfachbetrieb und den DIN-ISO-Normen Qualitätsmanagement, Umweltmanagement, Energiemanagement sowie Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagement erneut unter Beweis gestellt.

Insgesamt waren im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Geschäftsführerin und ein Geschäftsführer sowie durchschnittlich acht Mitarbeiter direkt bei der Interargem GmbH beschäftigt. Darüber hinaus erfolgte eine zusätzliche Personalausstattung im Rahmen einer Personalgestellung von Mitarbeiter:innen der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH.

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Die Ertragslage der Interargem GmbH ist im abgelaufenen Geschäftsjahr maßgeblich durch die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften bestimmt worden. Die entsprechenden Erträge resultieren im Wesentlichen aus den Gewinnabführungen der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH in Höhe von 43,0 Mio. Euro (Vorjahr 56,4 Mio. Euro). Eigene Umsatzerlöse von 9,5 Mio. Euro (Vorjahr 9,2 Mio. Euro) wurden insbesondere aus den für die Tochterunternehmen erbrachten Dienstleistungen erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung der Betriebsaufwendungen konnte auf dieser Basis ein Vorsteuerergebnis in Höhe von 45,5 Mio. Euro (Vorjahr 57,9 Mio. Euro) erzielt werden. Nach Abzug der Ertragsteuern und sonstigen Steuern verbleibt im Geschäftsjahr 2024 ein um 8,0 Mio. Euro geringerer Jahresüberschuss in Höhe von 30,7 Mio. Euro.

Den Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen stehen als Mittelabfluss insbesondere Ausschüttungen an die Gesellschafter gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war während des Geschäftsjahres und danach jederzeit gegeben.

Die Vermögenslage ist gekennzeichnet durch eine Eigenkapitalausstattung von 233,1 Mio. Euro. Bei einer Bilanzsumme von 273,3 Mio. Euro entspricht dies einer Eigenkapitalquote von 85,3 %.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der Interargem GmbH stellt das Beteiligungsergebnis aus den Tochtergesellschaften dar. Unter Berücksichtigung der Ertragsteuerbelastung beträgt das Beteiligungsergebnis 29,6 Mio. Euro und liegt damit unter dem Vorjahreswert von 37,6 Mio. Euro, jedoch über dem Planwert von 26,6 Mio. Euro. Ursächlich für das geringere Beteiligungsergebnis gegenüber dem Vorjahr ist der stark gesunkene Strompreis. Das bessere Beteiligungsergebnis gegenüber dem Plan resultiert aus einer hohen Auflösung von Rückstellungen.

Bei der operativen Steuerung gilt es vor allem, im Rahmen der Vertriebsaktivitäten für die Tochtergesellschaften eine optimale Auslastung der verfügbaren Behandlungskapazität zu erzielen. Wesentliche Kennzahl hierfür ist die insgesamt zur Verbrennung angenommene Abfallmenge; diese lag mit rund 807 Tsd. Tonnen (Vorjahr 810 Tsd. to) aufgrund eines guten Abfallaufkommens über dem Planwert von 785 Tsd. Tonnen.

Prognosebericht

Die angespannte wirtschaftliche Lage in Deutschland birgt auch für die Abfallentsorgung erhebliche konjunkturelle Risiken mit möglichen Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Abfallmengen. Neben Mengen- und Preiseffekten im Segment der Abfallbehandlung sind auch Energiemengen und -preise von dieser Unsicherheit erfasst.

Zur Sicherstellung einer hohen Auslastung der Verbrennungsanlagen gilt es daher, die langjährigen und verlässlichen Kundenbeziehungen sowohl mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften als auch mit den privaten Entsorgungsunternehmen in der Region weiter fortzusetzen bzw. auszubauen. Damit soll die Rolle der Interargem GmbH als zentrale Partnerin für die thermische Abfallbehandlung in der Region weiter gestärkt werden.

Die Aufrechterhaltung eines möglichst kontinuierlichen und störungsfreien Anlagenbetriebs bei gleichzeitiger Sicherstellung von wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen ist ein zentrales Element für den Unternehmenserfolg.

Aufgrund der Entwicklung der Beteiligungsergebnisse liegt das Jahresergebnis 2024 leicht über den Erwartungen. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der bereits angesprochenen Unsicherheiten rechnen wir für das Jahr 2025 mit einer Ergebnisentwicklung, die das Vorjahresniveau deutlich unterschreiten wird. Das Beteiligungsergebnis unter Berücksichtigung der Ertragsteuerbelastung wird damit ebenfalls nennenswert unter dem Vorjahreswert erwartet.

Bei der zur Verbrennung angenommenen Abfallmenge wird eine leichte Unterschreitung der Vorjahresmenge von 807 Tsd. Tonnen erwartet.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagementsystem der Interargem GmbH ist in die Organisations- und Kommunikationsstruktur des Konzerns Stadtwerke Bielefeld integriert. Die Risiken der Tochtergesellschaften MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH werden konsolidiert. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Die interne Revision überprüft das Risikomanagementsystem prozessunabhängig in unregelmäßigen Abständen.

Die kontinuierliche Risikofrüherkennung sowie die Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken erfolgen dezentral in den Unternehmensbereichen durch eine einheitliche und systematische Methodik. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden regelmäßig alle relevanten Risikopotenziale identifiziert und ihre mögliche Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Darüber hinaus besteht eine sofortige Berichtspflicht für wesentliche Risiken als ad-hoc Meldung, die außerhalb des turnusmäßigen Risikomanagementprozesses identifiziert werden, um frühzeitig mit gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikovermeidung, -reduzierung und -absicherung gegenzusteuern. Die Risikolage der Interargem GmbH ist somit jederzeit transparent und bedarfsgerecht darstellbar.

Wesentliche Risiken für die Interargem GmbH, die über die Tochterunternehmen zu einer Ergebnisverschlechterung führen können, sind:

- Reduzierte Anlagenverfügbarkeit und Anlagenstillstand durch Brand, Störungen oder Schäden.

- Lieferantenrisiko aufgrund Nichteinhaltung des abgeschlossenen Vertrages oder Ausfall und somit Wechsel des Lieferanten zu höheren Preisen. Der höhere Aufwand und die Zeitverzögerung aufgrund der konjunkturellen Lage, mangelnde Angebotsabgabe der Lieferungen bis u.U. Anlagenausfall, Erlösausfall.
- Absatz- und Preisrisiken bei der Energie- und Fernwärmevermarktung.
- Kostenrisiken bei der Entsorgung und Verwertung insbesondere bei Stäuben und Schlacke.
- IT-Risiken, die u. a. zu falschen Daten oder sogar Datenverlusten insbesondere in den SAP-Systemen oder zu Cyber-Angriffen führen können, welche jedoch mit gezielten Sicherheitsmaßnahmen weitestgehend reduziert werden.

Weitere Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Interargem GmbH wesentlich beeinträchtigen, waren für 2024 und sind auch für 2025 nach unserer Einschätzung nicht zu erkennen. Bestehende Risiken werden durch Gegen- und Vorsorgemaßnahmen begrenzt und gesteuert.

Insgesamt haben sich aus der Risikoinventur des Jahres 2024 ausschließlich Risiken ergeben, die gemäß der Risikoportfoliomatrix als gering einzuschätzen sind. Weitere schwerwiegende Risiken wurden im Geschäftsjahr nicht identifiziert.

Sowohl die eigenkapital- als auch die liquiditätsbasierte Risikotragfähigkeit sind im Stadtwerke Bielefeld-Konzern gewährleistet.

Für die Interargem GmbH können sich Chancen aus einer höheren Auslastung und höheren Strom- und Fernwärmeerlösen bei den Tochterunternehmen aufgrund positiver Preisentwicklungen ergeben.

Entsorgungswirtschaft Soest GmbH (ESG)

Aldegrevewall 24
59494 Soest
Telefon 02921/ 353-0
E-Mail info@esg-soest.de
Internet www.esg-soest.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von Entsorgungspflichten des Kreises Soest sowie die Wahrnehmung von Aufgaben der Entsorgung und des Umweltschutzes und das Erbringen damit zusammenhängender Dienstleistungen. Die Gesellschaft entwickelt und realisiert Strategien zur Abfallbeseitigung und -vermeidung. Sie fördert innovative Entwicklungen im Bereich der Abfallentsorgung, sofern diese für die Entsorgung im Kreis Soest von Nutzen sein können.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft stellt die Durchführung der Aufgaben Abfallwirtschaft und –entsorgung des Kreises Soest unter anderem sicher, indem sie dezentral Abfallbehandlungsanlagen vorhält, die die Umweltschutzaufgaben erfüllen. Die Entsorgung der Abfälle im Sinne der Vorschriften des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen sowie des Kreislaufwirtschaftsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in seinem Gebiet ist eine Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung des Kreises Soest. Die Gesellschaft dient somit der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung des Kreises Soest.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Dezernent Peter Franken (ab 01.08.2024) Dr. Jürgen Wutschka (bis 31.07.2024)	Philipp Büngeler (Kreis Soest)
Aufsichtsrat	Landrätin Eva Irrgang KT-Abg. Ulrich Häken KT-Abg. Olaf Reen Prof. Dr. Klaus Wollhöver Ulrich Vennemann	

2. Geschäftsführung	Holger Hellemeier (ab 01.07.2025) Dirk Lönnecke (bis 30.06.2025)
---------------------	---

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsjahr: 1992
Stammkapital: 4.090.400 Euro
Handelsregister: Amtsgericht Arnsberg HRB 5716
Gesellschafter:

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Eissport-, Verwaltungs- u. Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH (EVB)	58,00	2.372.400
Remondis GmbH & Co. KG	42,00	1.718.000
Summe	100,00	4.090.400

Beteiligungen:

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Beteiligungsgesellschaft Soest mbH (BGS)	100,00	130.000,00
Börde Recycling GmbH (BRG)	49,00	49.000,00

BIOWEST

Im Rahmen eines Treuhandvertrages hat die ESG ihre gesellschaftsrechtlichen Rechte und Pflichten bei der BIOWEST GmbH ab dem 01.07.2014 auf den Mitgesellschafter ECOWEST übertragen. Nach Beendigung des Treuhandvertrages zum 31.12.2022 erfolgte auch der zivilrechtliche Übergang des Geschäftsanteils der ESG auf die ECOWEST. Die BIOWEST-Beteiligung wurde 2015 komplett abgeschrieben mit Übergang des wirtschaftlichen Eigentums am Geschäftsanteil vom Treuhänder ESG an den Treugeber ECOWEST.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	118	114	69	93
Sachanlagen	23.973	22.854	24.241	24.118
Finanzanlagen	2.783	2.970	3.153	3.355
Anlagevermögen	26.873	25.938	27.463	27.566
Vorräte	309	295	287	246
Forderungen und sonstige Vermögensgeg.	1.842	1.332	1.744	2.002
Kassenbestand, Bankguthaben	13.394	12.256	10.989	10.544
Umlaufvermögen	15.545	13.883	13.019	12.792
Rechnungsabgrenzungsposten	140	153	66	95
SUMME AKTIVA	42.558	39.974	40.549	40.453
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	4.090	4.090	4.090	4.090
Gewinnrücklage	239	239	239	239
Gewinn-/ Verlustvortrag	4.390	4.122	3.719	3.403
Jahresüberschuss	442	601	736	650
Eigenkapital	9.162	9.053	8.785	8.382
Rückstellungen	18.499	17.708	16.459	15.910
Verbindlichkeiten	14.897	13.213	15.304	16.161
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	42.558	39.974	40.549	40.453

Die Sachanlagen umfassen vor allem die Grundstücke, Gebäude und Außenanlagen an den Standorten Werl, Erwitte, Geseke und Anröchte, die planmäßig abgeschrieben werden. Die Steigerung resultiert insbesondere aus der Erweiterung der DK1 Dep. Geseke.

Als Finanzanlagen werden die Anteile an der BGS (130 TEUR am Stammkapital und 998 TEUR an den Kapitalrücklagen) sowie BRG (49 TEUR) ausgewiesen.

Darüber hinaus gibt es Ausleihungen in Form von Darlehen an die EVB von 1.409 TEUR (zur Finanzierung des Kaufs der Kompostierungsanlage Soest, Errichtung einer PV-Anlage und Kauf der Beteiligung an der MVA Bielefeld) und der BRG in Höhe von 197 TEUR (zur Finanzierung der Anlagenerweiterung der Gewerbeabfallsortieranlage und PV-Anlage am Standort Soest). Durch die Rückzahlung dieser Kredite ergibt sich die Differenz zum Vorjahr bei den Finanzanlagen (187 TEUR).

Liquide Mittel in Höhe von 13.394 TEUR sind überwiegend als Termingeld sicher angelegt.

Die Rückstellungen resultieren im Wesentlichen aus Rekultivierungsverpflichtungen für die Deponien (11.661 TEUR) und Pensionsrückstellungen (2.427 TEUR).

Gegenüber Banken besteht eine Verbindlichkeit in Höhe von 8.287 TEUR (Kompostwerk Anröchte). Die restlichen Verbindlichkeiten resultieren aus Lieferungen und Leistungen (4.118 TEUR), die um im Vergleich zu 2023 um 3.091 TEUR zugenommen haben.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	29.719	27.267	25.535	24.681
Sonstige betriebliche Erträge	178	128	274	248
Materialaufwand	-20.082	-17.404	-16.281	-15.288
Personalaufwand	-5.059	-4.722	-4.162	-4.636
Betriebsergebnis	4.756	5.269	5.366	5.005
Abschreibungen	-2.388	-2.284	-2.260	-2.075
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.770	-1.794	-1.635	-1.444
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	362	103	59	61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-294	-350	-358	-407
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	666	944	1.172	1.140
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-211	-333	-425	-479
Sonstige Steuern	-13	-11	-11	-11
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	442	601	736	650

Mit Konsortialvertrag aus dem Jahr 1992 wird der Entsorgungsvertrag zwischen ESG und Kreis Soest grundsätzlich geregelt in Bezug auf eine Deckung der anfallenden ESG-Kosten und angemessenen Eigenkapitalverzinsung.

Bei den Umsatzerlösen handelt es sich ganz überwiegend um die Zahlungen des Kreises Soest im Zusammenhang mit der Erfüllung der Entsorgungsverpflichtungen gegenüber den kreisangehörigen Kommunen. Die Zahlungen des Kreises Soest belief sich in 2024 auf 18.773 TEUR (Vorjahr: 15.832 TEUR).

Die sonstigen Erträge erhöhten sich bedingt durch Schadensersatzforderungen.

Der gestiegene Materialaufwand ergibt sich vornehmlich aus der CO₂ Bepreisung in Höhe von 1.493 TEUR sowie gesteigerten Verwertungs- und Entsorgungskosten.

Aus dem Jahresergebnis wird regelmäßig ein Betrag in Höhe von 333 TEUR an die Gesellschafter ausgeschüttet. Dies entspricht einer Verzinsung des Stammkapitals in Höhe von 8,14 % gemäß § 9 Abs. 2 des Konsortialvertrages. Der verbleibende Betrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Kreis Soest hat der ESG in 2003 ein Darlehen in Höhe von 1.442 TEUR gewährt und erhält hieraus jährlich wiederkehrend Zinserträge.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt **+ 98 TEUR**
(Vorjahr: + 98 TEUR)

Weitere Informationen und Zahlen

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
<u>Vermögenslage</u>				
Anlagenintensität	63,1%	64,9%	67,7%	68,1%
Umlaufintensität	36,5%	34,7%	32,1%	31,6%
<u>Finanzlage</u>				
Eigenkapitalquote	21,5%	22,6%	21,7%	20,7%
Fremdkapitalquote	78,5%	77,4%	78,3%	79,3%
Anlagendeckung I	34,1%	34,9%	32,0%	30,4%
<u>Ertragslage</u>				
Umsatzrentabilität	2,2%	3,5%	4,6%	4,6%
Eigenkapitalrentabilität	7,3%	10,4%	13,3%	13,6%
Gesamtkapitalrentabilität	2,3%	3,2%	3,8%	3,8%

Die ESG beschäftigte neben der Geschäftsführung 66,0 Mitarbeiter (Vorjahr: 66,3).

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Grundlagen des Unternehmens

Die zum 01.01.1993 gegründete Entsorgungswirtschaft Soest GmbH (ESG) ist zu 58 % eine Tochtergesellschaft der Eissport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (EVB) und zu 42 % des Unternehmens Remondis GmbH & Co KG.

Die ESG erfüllt die gesetzlichen Aufgaben des Kreises Soest im Bereich der Abfallwirtschaft als beauftragter Dritte gemäß § 22 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG). Grundlage ist der Entsorgungsvertrag mit dem Kreis Soest und das jeweils gültige Abfallwirtschaftskonzept.

Außerdem ist die ESG im Rahmen einer Pflichtenübertragung gemäß § 16 Abs. 2 KrW-/AbfG mit der öffentlich-rechtlichen Pflicht zur Beseitigung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen (Gewerbeabfälle) beliehen.

Neben dem Leistungsspektrum im Bereich der kommunalen Abfallwirtschaft bietet die ESG auch Verwertungsleistungen im freien regionalen Entsorgungsmarkt an, die sich mit dem öffentlich-rechtlichen Kerngeschäft sinnvoll verbinden lassen.

Marktentwicklung / Rechtliche Rahmenbedingungen

Am 14./15.07.2021 kam es in Teilen Nordrhein-Westfalens und Rheinland-Pfalz zu extremen Unwettern, die zu einer Hochwasserkatastrophe führten. Nach erfolgten Aufräumarbeiten fielen Unmengen von Sperrmüll an, die zusätzlich in MVAs zu entsorgen waren. Die ESG unterstützte dabei mit der Bereitstellung eines 1000t Kontingents bei der MVA Hamm das benachbarte Entsorgungsunternehmen des Kreises Unna, die Gesellschaft für Wertstoff und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA,), bei der Entsorgung von Sperrmüll aus einem Hochwassergebiet. Eine Rücklieferung der Mengen durch die ESG auf das Kontingent der GWA erfolgte im Jahr 2023.

Die Inflationsrate reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr 2023, ist aber weiterhin auf einem hohen Stand.

Ende des Jahres 2022 wurde das Bundesemissionshandelsgesetz (BEHG) auf Bundesebene erlassen, mit dem auch die thermische Entsorgung von Siedlungsabfällen mit einer CO₂-Bepreisung versehen wurde. Ab 2024 erfolgt eine Bepreisung von 45 Euro/t CO₂. Der Standardemissionsfaktor liegt bei Siedlungsabfällen ca. bei 50 % des v.g. Preises, also 22,50 Euro /t, die ab diesem Zeitpunkt die Gebührenzahler zusätzlich belasten. Im Jahr 2025 wird der CO₂-Preis bei 55 Euro/t liegen, was zu einer weiteren Erhöhung der Kosten führt.

In 2022 lag der Arbeitsschwerpunkt der Arbeit bei der ESG nach 17 Jahren Gebührenstabilität eine umfassende Abfallgebühren - und Tarifierhöhung vorzunehmen. Die EVB bediente sich sowohl für die Gebührenkalkulation als auch Erstellung einer Vorlage für den Kreis Soest der Mitarbeiter der ESG.

Der Kreis Soest beschloss daraufhin in seiner Sitzung am 12.12.2022 eine Abfallgebühren- und Tarifierhöhung, die zum 1.01.2023 wirksam wurde. Die Gebühren sind in 2024 und 2025 unverändert.

Mengenentwicklung / Geschäftsverlauf

Durch eine etwas verbesserte Konjunkturlage in 2024 im Vergleich zu 2023 sind die Abfälle aus kommunaler Sammlung gestiegen. In 2024 erreichten sie 122.400 Tonnen (2023: 121.700 Tonnen).

Die Bioabfälle lagen auch aufgrund eines feuchten Sommers auf dem Vorjahresniveau von 2023. In 2024 stiegen diese nur um 100 Tonnen auf insgesamt 38.100 Tonnen (2023: 38.000 Tonnen).

Beim Gesamtaufkommen der Siedlungsabfälle ist wieder eine Steigerung auf 182.650 Tonnen in 2024 im Vergleich zu 2023 (173.400 Tonnen) festzustellen. Dabei gibt es in 2024 besonders Steigerungen bei den Garten- und Parkabfällen 26.200 Tonnen zu 2023 (21.400 Tonnen), den gemischten Siedlungsabfällen 17.700 Tonnen zu 2023 (14.200 Tonnen).

Es bleibt abzuwarten, ob es in 2025 zu einer Beruhigung und Anstieg der Konjunktur kommt und welche Auswirkung dies auf das Abfallaufkommen hat.

Aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen sowie veränderter Marktbedingungen und nicht zuletzt der seit Jahren im Abfallbereich auf EU- und Bundesebene verfolgten Abfallpolitik konnte der Entsorgungsvertrag mit dem Zementwerk Wittekind zur thermischen Verwertung von 20.000 t BRAM (Brennstoff aus Müll) nicht fortgesetzt werden. Dieser Vertrag wurde mit Wirkung ab 2023 bis Ende 2027 ruhend gestellt.

Es ist durch den im Vertrag vom 08.12.2016 der MVA-Bielefeld zusätzlich geregelten Ausfallplan für Zusatzmengen gelungen, die v. g. 20.000 t Abfall ab 2023 für 5 Jahre zu entsorgen.

Im Jahr 2024 standen die Abfallentsorgungsunternehmen und somit auch die ESG vor einer besonderen Herausforderung im Bereich der thermischen Abfallentsorgung. Die vorhandenen Kapazitäten der vertraglich gebundenen MVA's und die anderer in Deutschland standen nicht ausreichend zur Verfügung, sodass die ESG schon ab März 2024 auf dem Gelände des AWZ Werl ein Zwischenlager für den Abfall einrichten musste. 3.600 Tonnen Abfall mussten dort zwischengelagert werden.

Am 11./12.8.2024 kam es zu einem verheerenden Brand aufgrund eines oder mehrerer Lithium-Akkus. Das Glutnest hielt mehrere Wochen, sodass ständig der Abfall gewässert werden musste, um einen erneuten Brand zu verhindern.

Erst jetzt, im März 2025, konnte der im Zwischenlager gelagerte Abfall erfolgreich abtransportiert werden. Höhere Kosten hierfür wirken sich negativ auf das Jahresergebnis der Gesellschaft in 2024 aus.

Am 31.10.2024 wurde das Vorhaben, ein Windrad auf dem Gelände des AWZ Werl zu errichten, genehmigt. Dies stand in Konkurrenz zu einem Windparkvorhaben mit 4 Windrädern östlich der Scheidinger Straße.

Nach intensiven Verhandlungen mit den Betreibern des Windparkvorhabens und der Stadt Werl ist es gelungen, ein Vorhaben mit 5 Windrädern zu konzipieren. Die ESG kann durch Genehmigungsverzicht der Anlage auf dem AWZ Werl einen 20% Anteil durch die EVB an der neu zu gründenden Werler Wind GmbH & Co. KG erwerben, der sich nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen eindeutig wirtschaftlicher darstellt. In 2025 müssen nur noch die Aufsichtsgremien der ESG/EVB und des Kreises Soest sowie der Stadt Werl hierzu ihr Plazet geben. Mit den Einnahmen aus dieser Beteiligung können dann auch für die Zukunft anfallende Gebührenerhöhungen abgemildert werden.

Die ESG hat bereits Anfang März 2023 ein aktuelles, neues und nachhaltiges Abfallwirtschaftskonzept (AWK) bei der für die Erstellung solcher Konzepte in Deutschland führenden Gesellschaft INFA, Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management GmbH in Ahlen, in Auftrag gegeben. Dieser Entwurf wurde nach Einbringung im Oktober 2023 im Workshop mit Gesellschaftsvertretern, Aufsichtsratsmitgliedern und der INFA am 8.10.2024 überarbeitet; insbesondere im Hinblick auf Nachhaltigkeit sowie Klima- und Umweltschutz. Das Konzept liegt nunmehr dem Kreis Soest zur Entscheidung unter Beteiligung der Städte und Gemeinden in 2025 vor. Die abschließende Entscheidung soll Mitte 2025 getroffen werden.

Lage

Auf Grundlage des beschriebenen Geschäftsverlaufs erreichte die Gesellschaft einen Umsatz von 29.719,0 TEUR. Dabei wurde ein Jahresüberschuss von 442,2 TEUR vor Steuern erzielt. Die Vermögenslage weist bei einer Bilanzsumme von 42.558,0 TEUR Eigenmittel in Höhe von 9.162,0 TEUR bzw. 21,5 Prozent aus. Der operative Cashflow beträgt TEUR 6.376,1.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Das im Zuge der Corona-Pandemie forcierte Mobile Arbeiten wird seitdem von der ESG erfolgreich in den Arbeitsprozess einbezogen.

Mitte Februar 2022 ist es zum völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine gekommen, der u. a. zu einem massiven Anstieg der Energiekosten geführt hat. Anfang des Jahres 2022 kam es zu gestiegenen Transportkosten (Erhöhung des Dieselpreises) bei den Transportunternehmen. Aufgrund dieser gestiegenen Energiekosten musste die ESG die zugrundeliegenden Verträge zum 01.04.2022 mit einer durchschnittlichen Preiserhöhung von 10 - 13 % anpassen. Ende 2022 wirkten bereits die sog. Strom- und Gaspreisbremse, sodass erfolgreich der weitere Preisanstieg gestoppt werden konnte. Die Transportkosten haben sich in 2023 für die ESG nur moderat erhöht, da der starke Anstieg in 2022 schon unterjährig bei der Transportpreisanpassung berücksichtigt wurde.

Weitere Auswirkungen des Ukraine-Krieges:

Bei der eingetretenen Einstellung von Gaslieferungen aus Russland, ist die ESG vom Krisenmanagement vorbereitet gewesen. Notwendige zusätzliche Dieselmengen für den Fahrzeugbestand waren bevorratet. Vom Energiebedarf ist die ESG dank der in den letztgenannten Jahren vorgenommenen Schaffung regenerativer Energien (PV-Anlagen und BHKWs beim Kompostwerk) nicht oder nur sehr gering betroffen.

Die Erhöhung der Gas- und Strompreise hat sich in 2024 im Vergleich zum Vorjahr entspannt.

Der Gesellschafter EVB ist mit 5,05 % an der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB) beteiligt und hat mit Wirkung zum 01.01.2018 einen entsprechenden Verbrennungsvertrag abgeschlossen. Die Belieferung dieses Vertrages erfolgt über die ESG. Der am 31.12.2022 auslaufende aktuelle Konsortialvertrag des MVA-Hamm-Verbundes ist von den kommunalen Gesellschaftern bis zum 31.12.2032 verlängert worden und bietet so gesicherte Entsorgungswege.

Die bei der MVA Hamm geplanten Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen haben sehr hohe Ausschreibungsergebnisse hervorgebracht. Aus diesem Grund und der Mengenprognose für die nächsten Jahre wird die Kapazitätserhaltungslinie (KEL) zunächst nicht umgesetzt werden. Die Modernisierung der Abgasreinigung der bestehenden Linien ist weiterhin in Planung und wird realisiert werden.

Die im Abfallbereich in den letzten Jahren gestiegenen gesetzlichen Auflagen und der zu erfüllende höhere technische Standard haben zu einer zunehmenden Kostenbelastung geführt. Die Entsorgungskostenentwicklung in den letzten Jahren und die reduzierten Rücklagen des Kreises Soest werden nicht unerhebliche Gebührenanpassungen in den Folgejahren erforderlich machen.

Die neuen gesetzlichen Vorgaben im Abfallbereich u. a. auch zur nachhaltigen CO₂-Reduzierung bewirken einen höheren Stellenwert des Klimaschutzes und stellen neue Anforderungen an die kommunale Abfallwirtschaft, welchen die ESG sich erfolgreich stellen wird.

Die ESG hat schon in der Vergangenheit mit intensiver, enger Kooperation mit den Kommunen des Kreises Soest erreicht, die Abfallwirtschaft modern und wirtschaftlich aufzustellen. Sie hat sich seit 2018 klimaneutral aufgestellt und liefert durch auf ihren Anlagen installierte PV-Anlagen über 2,6 Mio. KW/h Strom.

Das Kompostwerk in Anröchte produziert mit seinen BHKW's über 4,0 Mio. KW/h Strom, wovon ca. ein Viertel für den Eigenverbrauch verwendet wird, somit ist der Betrieb komplett energieautark.

Die ESG sollte zukünftig ihre Unterstützungsrolle bei innovativen Projekten etwa zur Schaffung von sogenannten Grünem Wasserstoff stärken, aber immer den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit beachten.

Zurzeit ist die Erweiterung der PV-Anlage am Deponiestandort Geseke in Planung. Die Anträge für eine 4,5 MW-Anlage liegen der Genehmigungsbehörde im Entwurf vor. Die Investition beläuft sich auf ca. 3 Mio. Euro.

Die gute Zusammenarbeit mit den Entsorgungspartnern und Gesellschaftern unterstützt die Arbeit der ESG und ist ein Garant dafür, dass die notwendige Entsorgungssicherheit im Kreis Soest gewährleistet werden kann.

Beteiligungsgesellschaft Soest mbH (BGS)

Aldegrevewall 24
59494 Soest
Telefon 02921/ 353 - 154

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist das Halten der Beteiligung an der MVA Hamm Eigentümer GmbH.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine – mittelbare Beteiligung des Kreises Soest
2. Geschäftsführung: Dirk Lönnecke

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsjahr: 2009¹
Stammkapital: 130.000 Euro
Handelsregister Amtsgericht Arnsberg HRB 8651

¹ Die BGS ist aus der Aufspaltung der BEA (BEA Beteiligungsgesellschaft der ESG und der AWG GmbH) hervorgegangen, an der die ESG zu 50,0 % beteiligt war. Die Vermögensgegenstände sowie das Eigenkapital und die Schulden der BEA übernimmt die BGS entsprechend zu 50,0 % aus der Vorgesellschaft.

<u>Gesellschafter</u>	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Entsorgungswirtschaft Soest GmbH, Soest (ESG)	100,0	130.000

<u>Beteiligung</u>	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
MVA Hamm Eigentümer GmbH, Hamm (MVA HE)	5,05	260.075

Mit Beginn des Jahres 2018 erfolgte eine neue Ausrichtung des MVA-Hamm-Verbundes. Betrieb und Belieferung der Anlage erfolgen ausschließlich über die kommunalen Gesellschaften der beteiligten Kreise und kreisfreien Städte. Die entsprechenden Verträge wurden im November 2016 unterzeichnet.

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor.

Die Tätigkeit der in 2009 gegründeten Gesellschaft beschränkt sich ausschließlich auf das Halten und Verwalten ihrer Beteiligung an der MVA Hamm Eigentümer GmbH.

Dementsprechend werden in der Gesellschaft im Wesentlichen nur Beteiligungs- und Zinserträge erzielt. Die Beteiligungserträge resultieren aus der Gewinnausschüttung der MVA Hamm Eigentümer GmbH für das Vor-Geschäftsjahr.

Bis auf den Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft kein weiteres Personal.

Börde Recycling GmbH (BRG)

Aldegrewerwall 24
59494 Soest
Telefon 02921/ 353-0, Telefax 02921/ 353-160

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Behandlung, Sortierung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und hierzu gehörende Tätigkeiten. Dazu gehört auch die Vermarktung etwaig daraus entstehender Wertstoffe. Die Gesellschaft nimmt die Aufgaben nach abfallrechtlichen Bestimmungen wahr.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine – mittelbare Beteiligung des Kreises Soest
2. Geschäftsführung Dirk Lönnecke
Dr. Timon Immanuel Haasis

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsjahr: 2004
Stammkapital: 100.000 Euro
Handelsregister Amtsgericht Arnsberg HRB 6965

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in Euro
Entsorgungswirtschaft Soest GmbH (ESG)	49,0	49.000
Remondis GmbH & Co. KG	51,0	51.000
Summe	100,0	100.000

Der Kreistag des Kreises Soest hat dem Verkauf der Geschäftsanteile der Veolia Umweltservice GmbH an der Börde Recycling GmbH an die Remondis GmbH & Co. KG unter Verzicht auf die Geltendmachung von Vorkaufsrechten durch die ESG am 25.03.2021 zugestimmt. Der Vollzug erfolgte zum 24.04.2021.

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor.

Die Börde Recycling GmbH (BRG) wurde von Ihren Gesellschaftern am 17.08.2004 gegründet, um in dem sich stark entwickelnden Marktsegment „Verwertung von Abfällen“ tätig zu werden.

Aus Sicht der BRG gilt dies insbesondere für die von Handel und Gewerbe erzeugten Abfälle mit ihrem hohen Potenzial an stofflich und thermisch verwertbaren Abfällen.

Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft im August 2004 den Bau einer Gewerbeabfallsortierungsanlage am Standort Soest, Sälzerweg, in Auftrag gegeben. Die Aufnahme des Normalbetriebes der Gewerbeabfallsortierung erfolgte zum 01.06.2005.

Die Gewerbeabfallsortierungsanlage wird auf einem gepachteten Grundstück betrieben, welches sich im Eigentum der REMONDIS Südwestfalen GmbH befindet (einer 100% Tochtergesellschaft des Gesellschafters REMONDIS).

Darüber hinaus hat die Gesellschaft Dienstleistungsverträge für die Umladung von Papier, Pappe und Kartonagen sowie Verpackungsmaterial abgeschlossen.

Kreis- Wohnungs- und Siedlungs- genossenschaft Soest eG (KWS)

Windmühlenweg 19
59494 Soest
Telefon 02921/ 3587-0
E-Mail info@kws-soest.de
Internet www.kws-soest.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bereitstellung von Wohnraum ist ein lebenswichtiges Bedürfnis der Gesellschaft und gehört somit zur Daseinsvorsorge. Der öffentliche Zweck wird im Berichtsjahr unter anderem durch die Bestandsbewirtschaftung von 1.117 Wohnungen (Vorjahr: 1.117) und 188 Häusern (Vorjahr: 188) erfüllt. Bei einer Gesamtwohnfläche von rund 77.787 m² (Vorjahr: 77.722 m²; der Anstieg resultiert aus dem Anbau neuer Balkone) betrug die Netto-Kaltmiete durchschnittlich 6,37 Euro/m² (Vorjahr: 6,17 Euro/m²).

Die durchschnittliche Fluktuationsquote liegt bei 10,2 % (Vorjahr: 9,1 %).

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannter Vertreter

Mitgliederversammlung	Julian Schmidt (Kreis Soest) ab 01.08.2024 Dr. Jürgen Wutschka (Kreis Soest) bis 31.07.2024
-----------------------	--

2. Vorstand

Kai Schwendrat, Betriebswirt	hauptamtlich
Ulrich Kleinetigges, Sparkassendirektor	nebenamtlich
Dr. Andreas Sommer, Bankdirektor	nebenamtlich

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: eingetragene Genossenschaft

Gründungsjahr: 1936

Geschäftsguthaben: 1.231.360,00 Euro

Genossenschaftsregister: Nr. 181 Amtsgericht Arnsberg

<u>Mitglieder und Anteile</u> <u>(zum Jahresende)</u>	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Mitglieder	1.370	1.375	1.370	1.390
Anteile	4.530	4.535	4.517	4.552
Anteile Kreis Soest	375	375	375	375
Wert pro Anteil in €	260	260	260	260
Summe Anteil in €	97.500	97.500	97.500	97.500

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug 12.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	8	7	6
Sachanlagen	45.394	45.614	43.136	41.823
Finanzanlagen	12	12	12	12
Anlagevermögen	45.409	45.634	43.155	41.841
Unfertige Leistungen und Vorräte	2.043	2.326	1.867	1.930
Forderungen und sonstige Vermögensgeg.	617	190	170	79
Kassenbestand, Bankguthaben	1.494	410	619	1.793
Umlaufvermögen	4.154	2.925	2.656	3.803
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Aktiver Unterschiedsbetrag	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	49.564	48.560	45.810	45.644
PASSIVA				
Geschäftsguthaben	1.231	1.237	1.235	1.243
Ergebnisrücklagen	29.403	28.461	27.538	26.624
Unverteilter Bilanzgewinn Vorjahr	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	986	989	968	961
Einstellung (-) / Entnahmen (+)				
Ergebnisrücklagen	-99	-99	-97	-97
Eigenkapital	31.522	30.589	29.645	28.731
Rückstellungen	860	737	736	659
Verbindlichkeiten	17.182	17.234	15.430	16.254
SUMME PASSIVA	49.564	48.560	45.810	45.644

Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich maßgeblich aus rückständigen Kostenerstattungen für Betriebskosten (519 TEUR) und Schadensersatzansprüchen (84 TEUR) zusammen.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	8.453	7.782	7.587	7.221
Veränderungen des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	-283	459	-64	139
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	12	11	11
Sonstige betriebliche Erträge	179	130	101	115
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-3.860	-4.023	-3.496	-3.474
Personalaufwand	-994	-1.010	-932	-916
Betriebsergebnis	3.495	3.349	3.208	3.096
Abschreibungen	-1.613	-1.575	-1.480	-1.376
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-404	-347	-320	-302
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2	1	1	2
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-237	-231	-235	-254
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.244	1.197	1.175	1.165
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-258	-208	-206	-204
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	986	989	968	961

Das Ergebnis wird wie folgt verwendet (in TEUR):

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Jahresüberschuss	985,9	989,2	968,3	961,4
Einstellung aus dem JÜ in Ergebnismrücklagen	-98,6	-99,0	-97,0	-97,0
Bilanzgewinn	887,3	890,2	871,3	864,4
dv. 4 % Dividendenausschüttung auf Geschäftsguthaben	47,2	47,0	47,3	46,9
dv. Einstellung in andere Ergebnismrücklagen	840,2	843,2	823,9	817,4

Die Dividendenausschüttung der Genossenschaft beträgt wie in den Vorjahren 4 % auf den Genossenschaftsanteil.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt:

+ 4 TEUR
(Vorjahr: + 4 TEUR)

Auszug aus dem Bericht des Vorstandes 2024

Bestandsbewirtschaftung

Der Wohnungsbestand der Genossenschaft umfasste am 31.12.2024:

Wohnungen	1.117	(Vorjahr 1.117)
Gewerberäume	2	(Vorjahr 2)
Häuser	188	(Vorjahr 188)
Garagen	180	(Vorjahr 180)

Instandhaltung

Die Instandhaltungskosten betrugen im Geschäftsjahr auf insgesamt rund 1,9 Mio. €. Unter anderem wurden folgende Arbeiten ausgeführt:

- Barrierereduzierender Umbau von Wohnungen.
- Austausch von Heizungsanlagen.
- Treppenhaus- und Kelleranstriche.

Die Genossenschaft wird auch in Zukunft ein umfangreiches Instandhaltungsprogramm umsetzen, um so die Vermietbarkeit des Bestandes nachhaltig zu sichern.

Modernisierungstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2024 wurde die energetische Modernisierung der Häuser Bresinaweg 1, 3, 5 (Baujahr 1972/73, 72 Wohnungen) in Soest abgeschlossen und mit der energetischen Modernisierung der Häuser Schillerstraße 6, 8, 10 (Baujahr 1963, 33 Wohnungen) in Bad Sassendorf begonnen. Für die Maßnahmen am Bresinaweg wurde ein BEG Zuschuss beantragt. Für die Maßnahmen an der Schillerstraße wurde ein zinsverbilligter KfW Kredit abgeschlossen. Nach Abschluss der Modernisierungsarbeiten erreichen alle Gebäude jeweils die Effizienzhaus-Stufe 55.

Um die fristgerechte Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten, wird die Genossenschaft auch in den nächsten Jahren umfangreiche energetische Modernisierungen der Wohnungsbestände durchführen.

Wirtschaftliche Lage

Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Aus der Bilanz zum 31.12.2024 ergeben sich flüssige Mittel von rd. 1.490 T€. Die Zahlungsfähigkeit der Genossenschaft war zu jeder Zeit gegeben.

Die Ertragslage hat sich besser als geplant entwickelt.

Bau- und Wohnungsgenossenschaft Lippstadt eG

Dusternweg 17
59557 Lippstadt
Telefon 02941/ 28 11-0
E-Mail info@bwg-lippstadt.de
Internet www.bwg-lippstadt.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft errichtet, erwirbt, veräußert und bewirtschaftet vorrangig für ihre Mitglieder Wohn- und Gewerberaum in allen Rechts- und Nutzungsformen. Dazu zählt auch die Gestaltung des wohnlichen Umfeldes, die Anpassung des vorhandenen Hausbesitzes an moderne Wohn- und Lebensformen sowie Stadt- und Dorferneuerung. Zur Erfüllung des Unternehmenszweckes kann sich die Genossenschaft an anderen Unternehmen beteiligen oder solche selbst gründen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bereitstellung von Wohnraum ist ein lebenswichtiges Bedürfnis der Gemeinschaft und gehört somit zur sogenannten Daseinsvorsorge. Der öffentliche Zweck wird u. a. durch die Bestandsbewirtschaftung von 1.340 Mietwohnungen erfüllt.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannter Vertreter

Mitgliederversammlung	Julian Schmidt (Kreis Soest) ab 01.08.2024 Dr. Jürgen Wutschka (Kreis Soest) bis 31.07.2024
-----------------------	--

2. Vorstand

Alexander Loyal (hauptamtlich)
Ulrike Bußmann (nebenamtlich)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Genossenschaft
Gründungsjahr:	1900
Geschäftsguthaben:	616.734,34 Euro
Genossenschaftsregister:	Nr. 304 Amtsgericht Paderborn

Mitglieder und Anteile (zum Jahresende)	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Mitglieder	1.503	1.497	1.486	1.479
Anteile	1.961	1.955	1.944	1.937
Anteile Kreis Soest	60	60	60	60
Wert pro Anteil in €	300	300	300	300
Summe Anteil in €	18.000	18.000	18.000	18.000

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	26.664	23.355	20.797	18.661
Finanzanlagen	228	201	198	194
Anlagevermögen	26.892	23.557	20.996	18.855
zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	1.830	1.955	1.684	1.616
Forderungen und sonst. Vermögensgegenst.	232	152	212	85
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.629	4.027	4.301	4.090
Umlaufvermögen	7.691	6.134	6.196	5.791
SUMME AKTIVA	34.583	29.690	27.192	24.646
PASSIVA				
Geschäftsguthaben	617	617	613	608
Gesetzliche Rücklage	1.894	1.844	1.754	1.694
Bauerneuerungsrücklage	2.352	2.352	2.352	2.352
Andere Ergebnismrücklagen	14.019	13.306	12.876	12.438
Jahresüberschuss	410	826	513	521
Einstellung in Ergebnismrücklagen	-50	-90	-60	-60
Eigenkapital	19.242	18.855	18.048	17.553
Rückstellungen	548	517	512	512
Verbindlichkeiten	14.793	10.319	8.632	6.581
SUMME PASSIVA	34.583	29.690	27.192	24.646

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	7.131	6.695	6.426	6.178
Bestandsveränderungen unfertige Leistungen	-127	274	53	167
Andere aktivierte Eigenleistungen	51	71	50	39
Sonstige betriebliche Erträge	164	337	149	164
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-4.098	-3.871	-3.625	-3.653
Personalaufwand	-1.206	-1.137	-1.071	-987
Betriebsergebnis	1.915	2.369	1.982	1.908
Abschreibungen	-827	-794	-740	-693
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-450	-499	-507	-503
Erträge aus Wertpapieren	5	4	5	5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	69	38	4	3
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-4	-3	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-162	-156	-100	-69
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	545	960	644	652
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	-4	-4	-4
Sonstige Steuern	-131	-129	-128	-127
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	410	826	513	521

Der Bilanzgewinn wird wie folgt verwendet (in T€):

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Jahresüberschuss	410,3	826,5	512,7	521,0
Einstellung in Ergebnismrücklagen	-50,0	-90,0	-60,0	-60,0
Bilanzgewinn	360,3	736,5	452,7	461,0
davon Ausschüttung einer Dividende von 4,0%	23,4	23,2	23,2	23,0
davon Einstellung in andere Ergebnismrücklagen	336,9	713,3	429,5	438,0

Die Dividendenausschüttung der Genossenschaft beträgt wie in den Vorjahren 4 % auf den Genossenschaftsanteil.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt:

+ 1 TEUR
(Vorjahr: + 1 TEUR)

Auszug aus dem Lagebericht des Vorstands 2024

Die Anzahl der Wohnungen hat sich im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Im Einzelnen setzt sich der Bestand am 31.12.2024 aus 1.340 Wohnungen, 216 Garagen/Einstellplätzen, 3 gewerblich genutzten Einheiten und 270 Häusern zusammen.

Die Anzahl der am 31.12.2024 leerstehenden Wohnungen belief sich auf 57 Wohnungen. Er resultierte auch im Jahr 2024 größtenteils aus dem strategischen Leerstand im Zuge der umfangreichen Modernisierung der Häuser Oststraße 23-23c und Rixbecker Str. 47-47c in Lippstadt und dem maßnahmebedingten Leerstand aufgrund von umfangreichen Wohnungsmodernisierungen.

Für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2024 erfolgten insgesamt 112 Wohnungskündigungen. Die Kündigungen der Wohnungen erfolgten nahezu ausschließlich durch die Mietparteien. Sie hatten verschiedenen Gründe, u.a. wegen Umzug in ein Pflegeheim, Tod des Mieters, Wechsel der Arbeitsstelle und Zusammenzug. Die Erlösschmälerungen lagen im Jahr 2024 bei 226,9 T€ gegenüber 191,6 T€ im Vorjahr. Je Quadratmeter Wohnfläche lagen die Nettokaltmieten zum Jahresende 2024 durchschnittlich bei 5,61 €/m². Die kalten Betriebskosten beliefen sich durchschnittlich auf 1,49 €/m².

Der im Sommer 2023 begonnene Neubau eines öffentlich-geförderten Mehrfamilienhauses an der Breitenbachstr. 8 in Lippstadt wurde im Jahr 2024 fortgesetzt. Für den Bau sind Baukosten in Höhe von 2.700,0 T€ veranschlagt. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen durch eine öffentliches Förderdarlehn der NRW Bank in Höhe von 1.871,2 T€ sowie ein KfW-Darlehn in Höhe von 300,0 T€. Die Zweckbindung aufgrund der öffentlichen Förderung beträgt 25 Jahre. Die Fertigstellung des Neubaus erfolgt Anfang 2025.

Darüber hinaus wurde auch der im Herbst 2023 begonnene Bau eines weiteren öffentlich-geförderten Mehrfamilienhauses auf dem Grundstück Unterm Haane 42a in Warstein-Belecke fortgesetzt. Die geschätzten Baukosten für das Haus mit 8 Wohneinheiten belaufen sich auf 2.500,0 T€. Es besteht eine Förderzusage durch die NRW Bank in Höhe von 2.175,5 T€. Im Übrigen wird der Neubau durch Eigenmittel finanziert. Die Zweckbindung beträgt ebenfalls 25 Jahre. Die Fertigstellung des Objekts ist für Ende 2025 vorgesehen.

Für Modernisierung und Instandhaltungen sind im Jahr 2024 insgesamt 4.121,7 T€ investiert worden. Die Investitionen erhöhten sich damit gegenüber dem Vorjahr um 481,8 T€. Die Maßnahmen umfassten insbesondere Arbeiten an den Objekten „Rixbecker Str. 47-47b“ und „Oststraße 23-23b“ in Lippstadt sowie Modernisierungen von gekündigten Wohnungen.

Der Jahresüberschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr um 416,2 T€ auf 410,3 T€ vermindert. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus höheren Instandhaltungskosten und geringeren sonstigen betrieblichen Erträgen.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4.893,0 T€ auf 34.583,5 T€ erhöht. Bei den Sachanlagen standen den Zugängen in Höhe von 4.387,1 T€ planmäßige Abschreibungen in Höhe von 826,9 T€ sowie Versicherungserstattungen und Investitionszuschüsse von 247,3 T€ gegenüber.

Die Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung liegen bei 11.901,4 T€. Sie erhöhten sich damit um 4.164,6 T€ gegenüber dem Vorjahr. Die Veränderung ist durch Valutierung von Darlehen in Höhe von 4.404,1 T€ gemindert um die planmäßigen Tilgungen in Höhe von 239,5 T€ bedingt. Bei den kurzfristigen übrigen Verbindlichkeiten handelt es sich mit 807,2 T€ um Verbindlichkeiten aus anderen Lieferungen und Leistungen.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von rd. 775,0 T€ erwartet.

Hellweg Radio Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Königstraße 39
59065 Hamm
Telefon 02381/ 105-129
Internet www.hellwegradio.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesmediengesetz (ehemals Landesrundfunkgesetz) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

- Die zur Produktion und Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen.
- Dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen.
- Für den Vertragspartner Gruppenproduktionshilfen zur Verfügung zu stellen.
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Vertragspartner in diesem Zusammenhang sind nach der Präambel des Gesellschaftsvertrages Veranstalter, die sich nach dem Landesmediengesetz NRW zur Ausstrahlung lokaler Hörfunkprogramme zusammenschließen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Zulassung einer Veranstaltergemeinschaft zur Ausstrahlung lokaler Hörfunkprogramme setzt eine vertragliche Vereinbarung mit einer Betriebsgesellschaft voraus. Die Hellweg Radio Betriebsgesellschaft mbH & Co KG nimmt diese Aufgaben wahr. Dadurch erhalten Bürgerinnen und Bürger Zugang zu lokalen Informationsquellen und werden mit relevanten Nachrichten, Informationen und Unterhaltung versorgt.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 – 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	KT-Abg. Elisabeth Prolingheuer	KT-Abg. Timo Zimmermann

2. Geschäftsführung

Lars Gerdau

Zwischen der Hellweg Radio Betriebsgesellschaft mbH & Co KG und dem Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk im Kreis Soest e.V. wurde eine auf das Landesrundfunkgesetz NRW bezugnehmende Betriebsvereinbarung getroffen. Danach ist der Verein Betreiber des lokalen Hörfunks.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Kommanditgesellschaft

Gründungsjahr: 1989

Kapital
Kommanditisten: 255.645,95 Euro

Handelsregister Amtsgericht Hamm HRA 2966

Gesellschafter:

	Anteil in %	Anteil in Euro
<u>Komplementärin:</u>		
Hellweg Radio Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	0,0	0,00
<u>Kommanditisten:</u>		
Hellweg Presseholding GmbH & Co KG	75,0	191.734,46
Kreis Soest	20,0	51.129,19
Stadt Warstein	5,0	12.782,30
Summe	100,0	255.645,95

Die Gesellschaft ist als Betriebsgesellschaft für das „Hellweg Radio“ tätig. Entsprechend den landesmedienrechtlichen Vorgaben stellt die Gesellschaft die logistischen und technischen Einrichtungen für den Sendebetrieb zur Verfügung und finanziert über den Verkauf von Werbezeiten den Lokalsender.

Die Programminhalte werden von der „Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk im Kreis Soest e.V.“ erbracht sowie in Form eines Rahmenprogramms von der „radio NRW GmbH“ bezogen.

Gewinnverwendung

Gemäß Gesellschaftervertrag erhält die Komplementärin (Hellweg Radio Betriebs- und Verwaltungs GmbH) einen Vorabgewinn in Höhe der ihr entstandenen Personal- und Sachaufwendungen sowie zur Abgeltung des Haftungsrisikos eine jährliche Vergütung in Höhe von 10% ihres Stammkapitals. Der verbleibende Restgewinn bzw. Verlust ist nach den Verhältnissen der Kommanditanteile zu verteilen. Etwaige Verluste werden auf gesonderte Verlustvortragskonten gebucht. Die Gewinnanteile werden dem Kreis Soest auf einem KG-Privatkonto gutgeschrieben.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt:

+ 0 TEUR
(Vorjahr: + 0 TEUR)

Beteiligungen nach Handlungsfeldern



wfg Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH

Villa Plange, Sigefridwall 20

59494 Soest

Telefon 02921 / 30 22 59

E-Mail wirtschaftsfoerderung@wfg-kreis-soest.de

Internet www.wfg-kreis-soest.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung und Unterstützung der Unternehmen im Kreis Soest und deren wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung.

Dazu gehören u.a. Maßnahmen zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze, zur Ansiedlung neuer Betriebe sowie zur Förderung der Clusterarbeit (z.B. Gesundheitswirtschaft) und des Regionalmarketings.

Die Gesellschaft wird ergänzend und unterstützend zu den wirtschaftsfördernden Aktivitäten der Städte und Gemeinden des Kreises und anderer Institutionen im Kreisgebiet tätig.

Sie soll die gemeinsame Vertretung der Interessen des Kreises Soest in Kooperation mit den Einrichtungen zur Wirtschaftsförderung in der Region entwickeln.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck wird durch die Wahrnehmung der im Gegenstand der Gesellschaft verankerten Aufgaben erfüllt (siehe Lagebericht).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 1994

Stammkapital: 25.000 Euro

Handelsregister Amtsgericht Arnsberg HRB 5793

Gesellschafter: alleiniger Gesellschafter ist der Kreis Soest

Es besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft mit dem Kreis Soest.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Landrätin Eva Irrgang	Volker Topp, Kr. Soest
Aufsichtsrat	Landrätin Eva Irrgang KT-Abg. Oliver Pöpsel KT-Abg. Brunhilde Wiemer KT-Abg. Michael Luig KT-Abg. Ulrich Häken KT-Abg. Wilfried Jäger Karsten Gerlach (SB) KT-Abg. Ilona Kottmann-Fischer KT-Abg. Tanja Deichmann KT-Abg. Fabian Griewel KT-Abg. Frank Strothkamp	

2. Geschäftsführung	Markus Helms Peter Franken
---------------------	-------------------------------

Verlustabdeckung

Soweit Aufwendungen gemäß Wirtschaftsplan nicht aus Erträgen der Gesellschaft gedeckt werden, ist die verbleibende Unterdeckung vom Gesellschafter Kreis Soest bis zu einer Höhe von 900.000 Euro zu übernehmen (§ 12 Gesellschaftsvertrag).

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 553.220 Euro erwirtschaftet. Die Geschäftsführung schlägt zur Deckung des Jahresfehlbetrages vor, eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in gleicher Höhe zu tätigen.

Der Liquiditätszuschuss aus Kreismitteln als Einzahlung in die Kapitalrücklage betrug in 2024 vereinbarungsgemäß wie in den Vorjahren 630.000 Euro. Auf eine vom Kreistag beschlossene zusätzliche Einzahlung von 100.000 Euro für das Vorhaben Zentrum Digitale Pflege wurde seitens der wfg verzichtet.

Die Kapitalrücklage zum Geschäftsjahresende 31.12. weist damit nach Entnahme in Höhe des Jahresfehlbetrags noch einen Bestand von 523.410 Euro aus.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt:

- 630 TEUR
(Vorjahr: - 630 TEUR)

Wie bei den weiteren wirtschaftsfördernden Einrichtungen auch ist für den Fortbestand der Gesellschaft die Gewährung von Kreismitteln erforderlich.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Büroeinrichtungen	25	34	9	14
Anlagevermögen	25	34	9	14
Forderungen und Sonst. Vermögensg.	291	89	347	174
Guthaben bei Kreditinstituten	344	390	393	313
Umlaufvermögen	635	480	740	487
Rechnungsabgrenzungsposten	14	57	5	8
SUMME AKTIVA	673	571	753	508
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25
Kapitalrücklage	523	447	600	249
Bilanzgewinn/-verlust	26	26	26	26
Eigenkapital	574	498	651	301
Rückstellungen	29	27	63	142
Verbindlichkeiten	70	46	39	66
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	673	571	753	508

Die Erhöhung des Eigenkapitals um 77 T€ beruhte auf der Einzahlung in die Kapitalrücklage von 630 T€ zur Sicherstellung der Liquidität, dem der Jahresfehlbetrag in Höhe von 553 T€ gegenüberstand.

Hiermit verfügt die GmbH über einen ausreichenden „Reservebestand“. Das Vorhalten einer liquiditätsbezogenen Schwankungsreserve ist deshalb sinnvoll, da die Abrechnung der Landeszuschüsse für geförderte wfg-Projekte jahresübergreifend und im Nachgang erfolgt, also unter Vorfinanzierung entsprechender Personal- und Sachkosten durch die GmbH.

Die Steigerung im Bereich des Umlaufvermögens (von 480 T€ auf 635 T€) resultiert aus der Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 201 T€. Demgegenüber steht eine Reduzierung des Guthabens bei Kreditinstituten von 390 T€ auf 344 T€.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	715	222	498	528
Sonstige betriebliche Erträge	53	31	63	31
Personalaufwand	-942	-724	-683	-864
Betriebsergebnis	-173	-471	-122	-305
Abschreibungen	-22	-17	-12	-7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-358	-295	-265	-257
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-553	-783	-399	-570
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	-553	-783	-399	-570
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	553	783	399	570
Gewinnvortrag	26	26	26	26
Bilanzgewinn	26	26	26	26

Die deutliche Steigerung bei den Umsatzerlösen um 493 T€ resultiert insbesondere aus den Fördermitteln für die neuen Projekten „Produktion.Digital.SWF“, „Arbeitgeberschmiede“ und „CeFire“ (s. Lagebericht). Zudem erhöhten sich die Fördermittel für bereits bestehende Projekte.

Die wfg beschäftigte im Jahresdurchschnitt 13,5 Angestellte (ohne Geschäftsführer). Dies führte im Vergleich zum Jahr 2023 (durchschnittlich 11,0 Angestellte) zu einer Steigerung bei den Personalaufwendungen.

Die an den Kreis Soest zu leistenden Dienstleistungspauschalen und Datenschutzkosten betrugen 42,5 TEUR (Vorjahr: 31,5 TEUR).

Unter Berücksichtigung von Projektzuschüssen ist auch in 2025 unverändert eine Gesellschaftereinlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 630 TEUR notwendig, um die laufenden Personal- und Sachkosten zu decken. Auf einen möglichen Abruf von zusätzlichen 100 TEUR für das Zentrum Digitale Pflege kann auch in 2025 - wie schon im Berichtsjahr - verzichtet werden.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Rahmenbedingungen

Die wfg ist zentraler Dienstleister und Ansprechpartner für Unternehmen, Beschäftigte und Startups im Kreis Soest in allen wirtschaftsrelevanten Bereichen.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2024 hat die wfg zahlreiche wirtschaftsnahe Angebote, Projekte, Veranstaltungen und Initiativen entwickelt und durchgeführt und traf dabei auf großes Interesse. Auch in den Bereichen Förderberatung, Ressourceneffizienz sowie dem Technologietransfer wurden die wfg.Kunden wieder aktiv und eng betreut.

Im Bereich Fördermittelberatung hat die wfg 2024 mehr als 80 Unternehmen unterstützt. Dabei wurden die Kunden wie üblich bei der Informationssuche, der Einordnung und Auswahl als auch bei der Antragstellung in den Bereichen Digitalisierung, erneuerbare Energien und E-Mobilität, diversen Programmen der Förderbanken KfW-Bank und NRW.Bank sowie BAFA-Förderungen und weiteren Sonderprogrammen unterstützt. Durch dieses Engagement sind wieder vielfältige unternehmerische Investitionen im Kreis Soest ausgelöst worden, die durch zinsgünstige Darlehen oder Investitionszuschüsse begleitet wurden.

Dennoch konnten im Vergleich zum Vorjahr aufgrund vieler eingestellter oder ausgesetzter Förderprogramme weniger Förderungen auf den Weg gebracht werden, als die Nachfrage es zugelassen hätte. Auslöser war das ablehnende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 hinsichtlich des geplanten Sondervermögens für die Förderung einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung. Damit verbunden wurden geplante Förderprogramme nicht ins Leben gerufen und auch bei vielen bestehenden gut funktionierenden Förderangeboten Kürzungen, Einschränkungen oder vielfach eine komplette Aussetzung vorgenommen.

Im Rahmen der „Wasserstoffallianz Kreis Soest“ konnten weitere Partner und Akteure gewonnen werden. Mit mehr als 200 Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik hat sich das Netzwerk als festes Angebot etabliert. Der Industrieanteil der Netzwerkteilnehmer ist überproportional hoch. Die wfg arbeitet hier weiterhin eng mit der Kreisverwaltung zusammen. Es wurden drei Netzwerkveranstaltungen mit insgesamt mehr als 220 TN durchgeführt.

Die Begleitung von Startups erfolgte weiterhin durch die passenden Mitarbeiter in den jeweiligen Themenbereichen. Hierbei konnten insbesondere Kooperationen zwischen Startups und Mittelstand erfolgreich initiiert und Hilfestellung bei der Weiterentwicklung von Ideen und Zugängen in die Wirtschaftsregion erfolgreich gegeben werden.

Der wfg.Kreativraum wurde wieder für zahlreiche interne als auch Kundenworkshops für Innovations- und Ideenarbeiten genutzt. Zudem kann der Kreativraum online auf der Homepage der wfg gebucht werden inkl. gewünschter fachlicher Begleitung. Dieses Angebot wurde 2024 von einigen Unternehmen erstmals in Anspruch genommen.

Bei der nun jährlich stattfindenden wfg.Schüler:innen-Befragung konnte die Teilnehmerzahl von 1.148 auf 1.395 gesteigert werden. Die Ergebnisse wurden in Workshops mit Unternehmen diskutiert und analysiert und flossen auch in die Arbeit des neuen Projektes

Arbeitgeberschmiede Südwestfalen ein, bei dem durch die wfg die Themen Arbeitgeberattraktivität und Nachwuchskräfte/Azubimarketing verstärkt bespielt werden.

Im Bereich Arbeitgeberattraktivität konnten mehr als 40 Unternehmen im Rahmen eines Quickchecks aufgeschlossen werden und in die Begleitung zur Roadmaperstellung gegangen werden. Hier werden die Unternehmen im Rahmen des Projektauftrages eigene Ideen und Umsetzungsstrategien für eine bessere Arbeitgebermarke zur internen und externen Wahrnehmung des Unternehmens entwickeln.

Im Jahr 2024 wurde gemeinsam mit den zdi-Partnern wieder eine Vielzahl an Kursen im MINT-Bereich durchgeführt. Sowohl die Zahl der Kurse mit 85 sowie teilnehmenden Schüler mit etwa 700 haben eine breite Wirkung entfalten können. Die MINT-Tage mit neun Veranstaltungen an den Hochschulen und in Unternehmen konnten mehr als 900 Schüler begeistern. Auch für das Jahr 2024 ff. wurde die wfg wieder mit dem „zdi Qualitätssiegel“ ausgezeichnet. Zudem konnte die wfg den Zuschlag für eine Landesförderung über 2 Jahre mit Option für weitere 3 Jahre für den MINT-Bereich gewinnen.

Mit dem Projekt Digitalise.SWF (Innovative Hochschule), welches zum 01.01.2023 gestartet ist, stärkt die wfg mit den beiden regionalen Hochschulen FH Südwestfalen und Hochschule Hamm-Lippstadt weiterhin die Digitalisierungskompetenzen im Rahmen von Transferförderung. Der wfg kommt dabei die Rolle der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu. So konnten im Jahr 2024 sieben neue-Projekte entwickelt werden, bei denen die wfg von der Ideenfindung, über Konsortialbildung und Förderzugängen maßgeblich beitragen konnte. Des Weiteren unterstützt die wfg die Hochschulen dabei die virtuellen Digitallabore mit der Wirtschaft zu vernetzen und so Hilfestellung für Unternehmen im Rahmen der Digitalisierung zu bieten.

Das im März 2024 gestartete Projekt „CeFiRe“ zum Thema Kreislaufwirtschaft und regenerativem Wirtschaften wurde mit einem Quickcheck, einer Veranstaltungsreihe zu den 9R-Strategien und weiteren Sensibilisierungsformaten sowie mehr als 20 Unternehmensbesuchen erfolgreich gestartet. Bei den sechs Workshopangeboten konnten mehr als 120 Teilnehmer gezählt werden.

Produktion.Digital.Südwestfalen Plus ist zum 01.01.2024 gestartet und konnte zu den Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung, Produkt- und Prozessinnovationen sowie IT/OT-Sicherheit und Berichtspflichten mehr als 200 Unternehmen erreichen.

Mit den Befähigungsformaten „Nachhaltigkeitsberichterstattung“, „Digitalscout“ und „IT/OTSicherheit“ wurden drei mehrteilige Workshopreihen durchgeführt und gut angenommen, so dass insgesamt mehr als 200 Teilnehmer bei 14 Workshops erreicht wurden. Auch im Jahr 2025 wird es themenbezogene Befähigungsformate geben. Zudem wurden mit zwölf Unternehmen Potentialanalysen im Bereich der Maschinendatenerfassung zur Effizienzsteigerung durchgeführt.

Seit April 2024 ist mit einer neuen Mitarbeiterin das Arztlotsenprojekt erfolgreich nachbesetzt worden und so wird weiterhin einer möglichen Unterversorgung im hausärztlichen Bereich mit Erfolg entgegengewirkt. In der gemeinsamen Partnerstruktur mit Krankenhäusern, Ärzten, Städten und Gemeinden konnten 2024 sieben Ärzte in die Niederlassung begleitet werden.

Auch der Austausch und die Unterstützung der Kommunen im Kreis Soest wurde aktiv angeboten und bei Maßnahmen konkret unterstützt.

Insgesamt wurden mehr als 60 Detailberatungen durchgeführt. Die rein ärztliche Austauschrunde (Qualitätszirkel) wurde in 2024 fortgeführt und inhaltlich erweitert. Zudem konnten neue Kooperationen und Ideen entwickelt werden, welche sich in 2025 in konkreten

Angeboten niederschlagen werden. Auch der Austausch zwischen Ärzteschaft und Pflege konnte weiter gestärkt werden. Mit insgesamt sieben Veranstaltungen konnten etwa 90 Teilnehmer für neue Ansätze und Learnings erreicht werden.

Das Zentrum Digitale Pflege hat seine Angebote und Projektarbeit im Jahr 2024 erheblich ausbauen können. Es wurden 13 Veranstaltungen mit insgesamt mehr als 240 Teilnehmern durchgeführt. Zudem wurde das ZDP von mehr als 500 Menschen besucht. Im Bereich digitale Pflege konnten zudem mehr als 20 Beratungen durchgeführt und acht Projekte mit den Pflegeeinrichtungen, Unternehmen und Startups gestartet werden. Auf durch den Kreistag zugesagte Mittel in Höhe von 100.000 € konnte wie schon im Jahr 2023 auch 2024 verzichtet werden. Auch für das Jahr 2025 ist die wfg aufgrund guter Planung und guten Haushaltens auf weitere Zuzahlung durch den Kreis Soest für das Projekt nicht angewiesen.

Das von der wfg entwickelte Zertifikat „Familienfreundliches Unternehmen im Kreis Soest“ wurde auch 2024 wieder verliehen. Hier wurden 12 Unternehmen Neu- sowie 28 Rezertifiziert. Insgesamt sind damit im Kreis Soest seit 2010 nun mehr als 140 Unternehmen zertifiziert worden. Dadurch profitieren mehr als 35.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Kreis Soest von den familienfreundlichen Strukturen in den zertifizierten Unternehmen.

Weiterhin ist die wfg gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Hochsauerlandkreis „Kompetenzzentrum Frau und Beruf Hellweg-Hochsauerland“ und durch eine Landesförderung für die Bereiche Familien- und Lebensphasenorientierte Unternehmensführung, Karriereentwicklung und -förderung und Rekrutierung bis zum 30.11.2027 gefördert.

Insgesamt konnte neben den erwähnten und weiteren Formaten also ein umfängliches Veranstaltungs- und Workshopprogramm zur Informationsvermittlung, Befähigung und regionalen Austausch im Jahr 2024 umgesetzt werden.

Das Kennzahlensystem wurde damit auch im Jahr 2024 weitergeführt, um sowohl für interne Steuerungsmaßnahmen als auch für die Gremien ein gutes Instrumentarium zu haben, welches weiterhin zusammen mit der Arbeitsplanung und der Wirtschafts- und Stellenplanung eine größtmögliche Transparenz und Steuerbarkeit in die Arbeit der wfg bringt.

Als Ergebnisse dieses Systems haben sich für 2024 folgende Gesamtkennzahlen ergeben:

- > 3,5 Mio. € ausgelöste Investitionen
- > 1,6 Mio. € akquirierte Fördermittel für Unternehmen

Die zusätzlichen quantitativen und qualitativen Komponenten wie Unternehmensbesuche und Veranstaltungen wurden ebenfalls wieder systematisch erfasst.

- 156 durchgeführte Veranstaltungen und Workshops + 32 Partnerveranstaltungen + 35 Gremiensitzungen
- 3.255 Teilnehmende
- > 400 Beratungen von Unternehmen

Auch der wfg.Unternehmerbeirat hat 2024 wie geplant zwei Mal getagt und der wfg wichtige Einschätzungen und Input für die operative Arbeit gegeben.

Lage

Im Kalenderjahr 2024 tätigte die wfg Investitionen in Höhe von T€ 14,2 und geringwertigen Wirtschaftsgütern in Höhe von T€ 6,6. Somit weist sie ein Anlagevermögen in Höhe von 3,64 % des Gesamtvermögens aus.

Die Eigenkapitalquote beträgt 85,4 %.

Die Liquidität der Gesellschaft war durch die Kapitalzuführungen jederzeit gesichert.

Der im Kalenderjahr 2024 ausgewiesene Verlust in Höhe von T€ 553,2 bewegt sich im Rahmen des genehmigten Wirtschaftsplanes.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Für das Geschäftsjahr 2025 ist, wie in den Vorjahren, ein Wirtschaftsplan, und ein Stellenplan aufgestellt worden. Unter Berücksichtigung von Projektzuschüssen ist unverändert eine Gesellschaftereinlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 630.000 € notwendig, um die laufenden Personal- und Sachkosten zu decken.

Auch werden im Jahr 2025 die Handlungsansätze aus der Arbeitsplanung weitergeführt. Zwei neue Projekteideen wurden in Wettbewerbe eingereicht, welche bei positivem Votum mit einem Start Anfang 2026 vorgesehen sind. Ein Projektantrag zur „Transformation in der Pflegewirtschaft“ wird in der ersten Jahreshälfte 2025 als Vollantrag zur Förderung eingereicht. Die Durchführung soll noch im Jahr 2025 beginnen.

Zusätzlich konnte die wfg im MINT-Bereich eine weitere Projektförderung zum 01.01.2025 für zunächst 1,5 Jahre mit Option auf weitere 3,5 Jahre bis Ende 2029 erreichen.

Durch die insgesamt aktuell sechs geförderten Projekte ist die wfg weiterhin bis Ende 2026 für die nächsten zwei Jahre hinsichtlich der Aufgabengestaltung und der entsprechenden Finanzierung gut und nachhaltig aufgestellt. Für den Fortbestand der Gesellschaft ist es aber notwendig, dass der Kreis Soest weiterhin seine Zahlungen in die Kapitalrücklage in der beschlossenen Höhe trägt.

Die wfg wird auch weiterhin mögliche Projektinitiativen screenen und bei passenden Aufrufen und Bedarf entsprechende Projekte entwickeln, um die regionale Wirtschaft passend unterstützen zu können.

Auf folgende Risiken wird zudem hingewiesen:

- Die generelle angespannte Weltlage und territoriale Konflikte sowie die daraus entstehenden Folgen wie z.B. Lieferengpässe, neue bürokratische Rahmenbedingungen und Berichtspflichten oder stark gestiegene Preise und Energiekosten, könnten wie auch in den beiden Vorjahren, auch bei der wfg zu Verzögerungen oder unvorhergesehenen Kostensteigerungen führen. Insgesamt ist aber aufgrund der guten Planbarkeit bei der wfg hier mit hoher Wahrscheinlichkeit keine größere Kostensteigerung zu erwarten.
- Die Bestimmungen der EU-Kommission zur Vermeidung ungerechter Beihilfen können wie in den Vorjahren weiterhin auch die wfg betreffen. Unter Berücksichtigung der Vorschriften des Artikels 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweisen der EU, lässt sich nicht mit Sicherheit ausschließen, dass sich aufgrund dessen eine Rückzahlungsverpflichtung für erhaltene Beihilfen ergibt. Beihilfen sind jegliche Art von Zuwendungen der Gesellschafterin. Ein Verstoß gegen die obigen Vorschriften würde vorliegen, wenn die wfg unter Verwendung der Zahlungen wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben und damit die Wettbewerbsfreiheit in der EU verfälschen würde. Die wfg schätzt das Risiko einer Rückzahlungsverpflichtung wie in den Vorjahren weiterhin als gering ein.

DZM - Digitales Zentrum Mittelstand GmbH

Dr.-Arnold-Hueck-Straße 2
59557 Lippstadt
Telefon 02941/ 270104
E-Mail info@digitaleszentrum.de
Internet www.digitaleszentrum.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft firmiert seit dem 19.01.2018 unter dem Namen „DZM - Digitales Zentrum Mittelstand GmbH“.

Gegenstand ist die Förderung und Unterstützung der Unternehmen im Kreis Soest sowie deren wirtschaftliche und technologische Entwicklung vor dem Hintergrund der Digitalisierung von Geschäftsprozessen und -modellen. Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb eines „Digitalen Zentrum Mittelstand“ (DZM).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft erfüllte den öffentlichen Zweck durch die Umsetzung der im Gegenstand des Unternehmens genannten Aufgaben.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 – 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Landrätin Eva Irrgang	Dezernent Peter Franken
	KT-Abg. Guido Niermann	KT-Abg. Oliver Pöpsel
	KT-Abg. Prof. Dr. Werner Kirsch	Jörg Maibaum (SB)
	KT-Abg. Lennard Schlöffel	KT-Abg. Thomas Reimann

2. Geschäftsführung

Markus Helms

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 1997
in Bezug auf die „Vorgängergesellschaft“
CARTEC Technologie- und EntwicklungsCentrum Lippstadt GmbH

Stammkapital: 61.360 Euro

Handelsregister Amtsgericht Paderborn HRB 5793

Gesellschafter:	Anteil in %	Anteil in Euro
Stadt Lippstadt	25,00	15.340
Kreis Soest	34,36	21.086
Gemeinde Anröchte	3,13	1.918
Gemeinde Bad Sassendorf	3,13	1.918
Gemeinde Ense	3,13	1.918
Stadt Erwitte	3,13	1.918
Stadt Geseke	3,13	1.918
Gemeinde Lippetal	3,13	1.918
Stadt Rüthen	3,13	1.918
Wirtschaft und Marketing Soest GmbH	3,13	1.918
Stadt Warstein	3,13	1.918
Gemeinde Welper	3,13	1.918
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung mbH Werl	3,13	1.918
Gemeinde Wickede	3,13	1.918
Gemeinde Möhnesee	3,13	1.918
Summe	100,0	61.360

Die Gemeinde Möhnesee und die Stadt Rüthen haben ihre Anteile gekündigt.
Sie haben Anspruch auf ein Abfindungsguthaben gemäß §14 des Gesellschaftervertrages.
Zwischenzeitlich ist die Stadt Rüthen jedoch von der Kündigung zurückgetreten und bleibt weiterhin Gesellschafter. Zivilrechtlich tritt Möhnesee erst aus der Gesellschaft aus, wenn der Abfindungsvertrag geschlossen wurde und der Kaufpreis gezahlt worden ist. Da ein endgültiger Vertrag noch nicht vorliegt ist der Austritt formell noch ausstehend. Bis dahin ist die Kommune trotz der erfolgten Kündigung weiterhin Gesellschafter.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt:

0 TEUR
(Vorjahr: - 55 TEUR)

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichts lag ein geprüfter Jahresabschluss noch nicht vor. Die Darstellungen der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen daher anhand von vorläufigen Zahlen des Jahresabschlusses.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	0	5	6	8
Finanzanlagen	0	0	0	0
Anlagevermögen	0	5	6	8
Forderungen und sonst. Vermögensgeg.	3	0	0	1
Kassenbestand, Bankguthaben	121	146	87	107
Umlaufvermögen	123	146	87	108
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	123	150	94	117
 PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	61	61	61	61
Kapitalrücklage	51	78	21	42
Eigenkapital	112	140	82	103
Rückstellungen	7	6	7	10
Verbindlichkeiten	4	5	5	4
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	123	150	94	117

Das Eigenkapital in Höhe von 121 TEUR bildet das langfristige Kapital und setzt sich aus dem Stammkapital in Höhe von 61 TEUR und der Kapitalrücklage von 51 TEUR zusammen.

Der Jahresfehlbetrag 2024 in Höhe von 27 TEUR wird durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage ausgeglichen

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	1	4	12	2
Personalaufwand	-12	-62	-142	-138
Betriebsergebnis	-11	-59	-130	-136
Abschreibungen	-2	-2	-2	-2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14	-32	-38	-44
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-27	-93	-171	-182
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag	-27	-93	-171	-182
Entnahme aus der Kapitalrücklage	27	93	171	182
Bilanzgewinn	0	0	0	0

Fortführung der GmbH

Im Laufe des Jahres 2022 stellte sich die Frage nach der Perspektive für die DZM GmbH ab dem Jahr 2024.

Die Geschäftsführung hat daher zur Mitte des Jahres 2022 den Gesellschaftern mehrere Szenarien für eine Fortführung oder auch Einstellung der Arbeit des DZM erarbeitet und vorgestellt. Eine Weiterführung der Aufgaben der Gesellschaft wäre nur mit einer höheren jährlichen Einbringung von Finanzmitteln durch die Gesellschafter möglich.

Mehrere Abstimmungsrunden mit den Gesellschaftern führten, trotz des von allen Gesellschaftern gewürdigten Erfolges und des positiven Nutzens für die wirtschaftliche und digitale Entwicklung im Kreis Soest, zu dem Konsens, die operative Tätigkeit zum 31.12.2023 einzustellen.

In der Gesellschafterversammlung am 30.11.2022 wurde dann einstimmig beschlossen, dass die Gesellschaft zum 31.12.2023 ruhend gestellt wird und die operative Arbeit endet.

Die Gesellschaft soll zunächst nicht aufgelöst werden, um für künftige interkommunale Projekte genutzt werden zu können. Die Ausgaben werden sich voraussichtlich auf einen niedrigen fünfstelligen bzw. höheren vierstelligen Betrag für Buchhaltung, Jahresabschluss, Geschäftsführung und weitere kleinere Verwaltungsposten reduzieren. Eine weitere Einzahlung der Gesellschafter in die Kapitalrücklage ist aktuell nicht notwendig. Die Weiterführung der GmbH wird jedes Jahr neu durch die Gesellschafter bewertet.

Für das Geschäftsjahr 2025 ist ein Wirtschaftsplan aufgestellt worden. Der erwartete Jahresfehlbetrag kann sicher durch die Kapitalrücklage ausgeglichen werden.

Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH

Steinstraße 27
59872 Meschede
Telefon 02931 / 94 4402
E-Mail info@tkg-swf.de
Internet www.tkg-swf.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist es, die Telekommunikation im Hochsauerlandkreis, im Kreis Olpe, im Kreis Soest, im Kreis Siegen-Wittgenstein und im Märkischen Kreis sowie in angrenzenden Kommunen benachbarter Kreise zu verbessern und weiterzuentwickeln, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stärken.

Die Gesellschaft verfolgt diese Zwecke u.a. durch Planung, Errichtung, Unterhaltung und Betrieb von Netzinfrastrukturen zur Verbesserung der Telekommunikationsinfrastruktur in den genannten Kreisen. Der Betrieb umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen im Sinne des § 107 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung NRW.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zu einer optimalen Daseinsvorsorge zählt auch die flächendeckende Versorgung der Region mit einer leistungsstarken Telekommunikationsinfrastruktur.

Der Glasfaserausbau sowie die flächendeckende Versorgung mit dem neusten Mobilfunkstandard sind daher unbedingte Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und die positive Entwicklung von Kommunen und Regionen. Digitale Infrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor und spielt eine immer wichtigere Rolle sowohl für Unternehmen als auch für Bürgerinnen und Bürger.

Die TKG erfüllt ihren öffentlichen Zweck, indem sie in den fünf Kreisen der Region Südwestfalen mit ihren 59 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie in angrenzenden Kommunen benachbarter Kreise dabei unterstützt, eine flächendeckende Versorgung privater Haushalte und Unternehmen mit TK-Netzen und -Diensten zu gewährleisten und den Prozess der Digitalisierung mitzugestalten. Hinzu kommt die aktive Mitarbeit an der REGIONALE 2025, an Forschungs- und Förderprojekten, sowie die Interessenvertretung gegenüber Land, Bund und EU. Heimische Arbeitsplätze werden gesichert und entstehen neu, die Abwanderung von Bevölkerung kann abgemildert, neue Einwohner hinzugewonnen werden. Lebensqualität und Wohlstand steigen, die Kaufkraft nimmt zu und prägt so das weitere Wachstum regionaler und überregionaler Wirtschaftsbereiche nachhaltig positiv. Vor allem in der Corona-Pandemie hat sich die hohe Bedeutung leistungsfähiger Telekommunikationsnetze für die gesamte Bevölkerung gezeigt.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 – 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Landrätin Eva Irrgang KT-Abg. Mechthild Niggemeier Niclas Dittrich (SB) KT-Abg. Jan Hendrik Körner	Dezernent Peter Franken KT-Abg. Markus Patzke KT-Abg. Heike Kruse Jana Gonda

Aufsichtsrat	Dezernent Peter Franken	Christoph Hellmann, Kreis Soest
	KT-Abg. Timo Zimmermann Karsten Gerlach (SB)	KT-Abg. Guido Niermann KT-Abg. Prof. Dr. Werner Kirsch
	KT-Abg. Jan Hendrik Körner	Jana Gonda

2. Geschäftsführung	Stefan Glusa Kai Elsweiler
---------------------	-------------------------------

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2008
Stammkapital:	750.000 Euro
Handelsregister	Amtsgericht Arnsberg HRB 8243

Gesellschafter:	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Hochsauerlandkreis	20,0	150.000
Kreis Olpe	20,0	150.000
Kreis Soest	20,0	150.000
Kreis Siegen-Wittgenstein	20,0	150.000
Märkischer Kreis	20,0	150.000
Summe	100,0	750.000

Spartenrechnung und Konsortialvertrag (Finanzierungskonzept)

Gemäß § 8 Gesellschaftsvertrag ist eine Spartenrechnung mit Ergebnissen je Gesellschafter aufzustellen. Die Marktentwicklung im Bereich der Breitbandversorgung und hohe Anlagenintensität der TKG als Infrastrukturgesellschaft haben in der Vergangenheit allerdings zu Verlusten geführt, die die Eigenkapitalausstattung und Liquiditätslage des Unternehmens belasten. Die fünf Gesellschafter-Kreise haben daher im Jahr 2015 in Abstimmung mit der TKG ein Finanzierungskonzept entwickelt, welches den Eigenkapitalverzehr stoppen und – spartenbezogen – eine ausreichende Liquiditätslage sicherstellen soll. Der Kreistag des Kreises Soest hat diesem Konsortialvertrag zugestimmt.

Der Kreis Soest leistete im Berichtsjahr unverändert eine Kapitaleinlage von 20 TEUR gemäß Wirtschaftsplan. Eine darüberhinausgehende Zahlung zur Deckung des tatsächlichen Liquiditätsbedarfs in der Sparte gemäß Ziffer 2 des Konsortialvertrags war nicht notwendig.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt: **- 20 TEUR**
(Vorjahr: - 20 TEUR)

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	714	728	742	779
Finanzanlagen	0	0	700	700
Anlagevermögen	714	728	1.442	1.479
Vorräte	52	2	19	23
Forderungen und sonst. Vermögensgeg.	107	131	142	41
Kassenbestand, Bankguthaben	2.716	2.554	1.538	1.533
Umlaufvermögen	2.875	2.687	1.700	1.598
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	3.589	3.416	3.142	3.077
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	750	750	750	750
Kapitalrücklage	2.619	2.381	2.298	2.382
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	140	179	15	-161
Eigenkapital	3.508	3.309	3.063	2.972
Rückstellungen	33	31	30	35
Verbindlichkeiten	43	60	34	58
Rechnungsabgrenzungsposten	5	15	15	13
SUMME PASSIVA	3.589	3.416	3.142	3.077

Die Finanzanlage bezog sich auf eine verzinsliche Ausleihung an den Märkischen Kreis (befristet bis 31.12.2023) aus der in dieser Sparte vorhandenen Liquidität.

Der Bestand an fertigen Erzeugnissen (Vorräte) hat sich von 2 TEUR auf 52 TEUR erhöht. Hierbei handelt es sich um Kabeltrommeln und Teile für den Richtfunk MK.

Die Kapitalrücklage in Höhe von 2.619 TEUR ist auf Einlagen der Gesellschafter zurückzuführen (Hochsauerlandkreis: 628,0 TEUR, Kreis Olpe: 389,8 TEUR, Kreis Soest: 171,4 TEUR, Kreis Siegen-Wittgenstein: 282,9 TEUR und Märkischer Kreis: 1.146,4 TEUR).

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	437	527	326	216
Erhöhung Bestand unfertiger Erzeugnisse	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	17	6	9	5
Materialaufwand	-130	-138	-89	-142
Personalaufwand	-165	-151	-150	-147
Betriebsergebnis	159	244	96	-67
Abschreibungen	-36	-40	-38	-37
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-51	-49	-43	-57
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	68	24	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	140	179	15	-160
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	140	179	15	-161

Die Umsatzerlöse stammen aus der Vermietung der Netzinfrastruktur, Planungs- und Beratungsleistungen sowie der Erbringung von Telekommunikations- und Datendiensten.

Der Materialaufwand resultiert aus bezogenen Waren und Warenbestandsveränderungen (7,3 TEUR) sowie aus bezogenen Leistungen zur Beratung in Förder- und Ausbauprojekten (122,2 TEUR).

Die Entwicklung beim Personalaufwand (von 151 TEUR in 2023 auf 165 TEUR in 2024) resultiert aus tariflichen Steigerungen sowie Rückstellungseffekten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten u.a. die Buchführungskosten (10 TEUR), Kosten für den Jahresabschluss (8 TEUR) sowie Versicherungen (6 TEUR) und die Mieten (5 TEUR).

Der Gewinn des Geschäftsjahres in Höhe von + 140 TEUR (Vorjahr: + 179 TEUR) soll der Kapitalrücklage zugeführt werden.

Die TKG beschäftigt einen hauptamtlichen sowie einen nebenamtlichen Geschäftsführer. Des Weiteren ist ein ehemaliger Gigabitkoordinator im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses für die TKG tätig.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Ziele und Strategien

Mit Gründung der Gesellschaft wurde die Strategie verfolgt, kurz- und mittelfristig eine Grundversorgung für unterversorgte Gebiete („weiße Flecken“), vorwiegend durch den Einsatz von Funktechnologien, sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurde ein Richtfunkverbundnetz sowie daran angebundene Ortsnetze von insgesamt über 800 Kilometern Streckenlänge errichtet und von einem privaten Anbieter betrieben. Da das Ziel der Grundversorgung auf diesem Wege bis zum Jahr 2014 für insgesamt über 99 % der Haushalte und Gewerbebetriebe in der Region Südwestfalen erreicht wurde, haben die Gremien der TKG im Oktober 2015 den Verkauf dieser Richtfunknetzinfrastruktur beschlossen, der Ende 2015 umgesetzt wurde. Der Käufer wurde verpflichtet, die Netze mindestens bis zum 31. Dezember 2020 weiter als Open-Access Netze zu betreiben, um die Grundversorgung bedarfsgerecht auch in den nächsten Jahren zu sichern. Mit Ablauf dieser Weiterbetriebsgarantie sind weite Teile dieser Netze obsolet und werden nach und nach durch Glasfasernetze ersetzt. Teilweise werden sie aber auch vom derzeitigen Betreiber weiter modernisiert und v.a. zu Redundanzzwecken (z.B. in Gewerbegebieten) genutzt.

Nach dem Verkauf des Richtfunknetzes hat die TKG die Weiterentwicklung ihres Geschäftsmodells und eine strategische Neuausrichtung der Gesellschaft vorgenommen. Tätigkeitsschwerpunkte sind seit dem Geschäftsjahr 2016 die anbieter- und technologie neutrale, planerische, konzeptionelle und praktische Unterstützung des Netzausbaus zur Versorgung der Region mit breitbandigen Internetanschlüssen, vorrangig unter Nutzung der bestehenden Fördermöglichkeiten. Sie arbeitet dazu eng mit allen Gigabit- und Mobilfunkkoordinatoren der Kreise, den Breitbandbeauftragten der Städte und Gemeinden, der Geschäftsstelle Gigabit der Bezirksregierung Arnsberg, den zuständigen Landes- und Bundesministerien sowie auf EU-Ebene zusammen und fungiert als regionale Koordinierungsstelle und Kompetenzzentrum. Die TKG ist seit Jahren u.a. als Sachverständige beim Landeskompetenzzentrum Gigabit.NRW sowie in verschiedenen Arbeitskreisen des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW (MWIKE) und des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) vertreten.

Eine erste regionale Strategie zur Breitbandversorgung wurde unter Berücksichtigung der Entwicklung von Bedarfen, Technik und Förderkulissen in der „Breitband-Agenda für Südwestfalen 2014 - 2020“ im Februar 2015 vom Aufsichtsrat der TKG beschlossen und seitdem mehrmals fortgeschrieben. Größere Konkretisierungen erfolgten u.a. mit der strategischen Zielplanung der TKG, die von den Gesellschaftern im Juli 2017 beschlossen wurde und seitdem auch den Ausbau von 5G Mobilfunk und die Mitarbeit an Veränderungsprozessen durch die Digitalisierung (z.B. Smart City) als weitere Handlungsfelder vorsieht. Ab April 2019 wurde ein umfangreicher Prozess zur Neufassung der Strategie unter Beteiligung des Aufsichtsrates durchgeführt. Die Ergebnisse wurden unter dem Titel „Gigabit-Strategie für Südwestfalen 2020 - 2025“ am 30. Oktober 2019 beschlossen. Sie bildet bis 2025 den gemeinsamen Rahmen, in dem die TKG und ihre Gesellschafter weiter agieren und individuelle Schwerpunkte setzen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Versorgungsziele sollen konvergente Telekommunikationsnetze (Gigabit-, Glasfaser- und Mobilfunknetze) als Grundlage einer technischen, wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur in der Region entstehen, um Basis für Innovation, Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg zu bilden und um damit eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Region und des Wirtschaftsstandorts Südwestfalen zu schaffen.

Das Ziel der Landesregierung Nordrhein-Westfalen sieht vor, in im Laufe des Jahrzehnts flächendeckende Glasfasernetze zu erreichen. Jede Schule soll mit einem Glasfaseranschluss ausgestattet werden. Die Abdeckung mit Glasfasernetzen wird anhand

der Versorgung der Haushalte gemessen. Ein Haushalt gilt dann als versorgt, wenn eine Glasfaser mindestens „homes passed“ verfügbar ist. Mit Stand 30. Juni 2024 können laut GigabitAtlas.NRW 37,2 Prozent der Haushalte auf Glasfasernetze zugreifen. Damit hat sich die Zahl der Anschlüsse seit 2022 fast verdoppelt. Unter Berücksichtigung des laufenden und angekündigten Glasfaserausbaus besteht für rund weitere 38 Prozent der Adressen bereits eine konkrete Ausbauperspektive. Die Schaffung des Glasfasernetzes ist grundsätzlich Aufgabe des Marktes.

Ziel der neuen Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag der 21. Legislaturperiode ist es, den flächendeckenden Glasfaserausbau bis in jede (Miet-)Wohnung entscheidend voranzubringen. Es gilt „Markt vor Staat“. Förderprogramme für Mobilfunk- und Glasfaserausbau werden dort eingesetzt, wo kein marktgetriebener Ausbau möglich ist. Dabei wird der besondere Förderbedarf von Ländern mit herausfordernder Topografie und Besiedlungsdichte berücksichtigt und eine auskömmliche Mittelausstattung geschaffen. Mobilfunk- und Glasfaserausbau werden gesetzlich als „überragendes öffentliches Interesse“ definiert.

Geschäftsverlauf

Die Umsatzerlöse (437 T€) sind im Vergleich zum Vorjahr (527 T€) rückläufig.

Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus reduzierten Planungs- und Beratungsleistungen (256 T€, im Vorjahr 343 T€) der fortgesetzten Beratung für den Hochsauerlandkreis, den Märkischen Kreis, den Kreis Olpe und den Kreis Siegen-Wittgenstein zum Graue Flecken Bundesförderprogramm, sowie zu Kooperations- und Kaufverträgen für Städte und Gemeinden.

Das Dienstleistungsangebot „Kommunale Datenlieferung an die Bundesnetzagentur - einfach gemacht!“ haben 15 Kommunen beauftragt. Die TKG unterstützt diese Kommunen bei ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Lieferung von Daten relevanter Infrastrukturen für den Infrastrukturatlas der zentralen Informationsstelle des Bundes.

Im Rahmen der Erbringung von TK-/Datendiensten belief sich der Umsatz im Jahr 2024 auf 104 T€ (im Vorjahr 88 T€). Auf Wunsch des Gesellschafters Hochsauerlandkreis und unter Nutzung des Status der TKG als Netzbetreiber, wurde in 2024 die Vernetzung von dessen Verwaltungsstandorten fortgesetzt.

Durch die Vermietung von Netzinfrastrukturen (Antennenflächen, Leerrohre, Hausanschlüsse) wurden im Jahr 2024 Pachteinahmen von 75 T€ (im Vorjahr 95 T€) erzielt. Mit einem weiteren Nutzer konnte ein Mietvertrag für den Funkstandort Rüthen Menzel im Kreis Soest erfolgreich abgeschlossen werden.

Im Vergleich zum Vorjahr, das mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 179 T€ beendet wurde, weist der Jahresabschluss 2024 einen Überschuss von 140 T€ aus und liegt damit deutlich besser, als der im Wirtschaftsplan prognostizierte Fehlbedarf von 75 T€.

Durch den von den Gesellschaftern am 30. September 2015 abgeschlossenen und zuletzt am 1. September 2017 geänderten Konsortialvertrag sowie durch individuelle Beschlüsse einzelner Gesellschafter sind im Geschäftsjahr 2024 Kapitaleinlagen in Höhe von 59 T€ geleistet worden.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

In 2024 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 437 T€ (im Vorjahr 527 T€) erzielt, die insgesamt um 81 T€ unter den Annahmen des Wirtschaftsplanes von 518 T€ lagen. Darin enthalten sind Erlöse aus Planungs- und Beratungsleistungen in Höhe von 256 T€ (im Vorjahr 343 T€), die sich auf das Dienstleistungsangebot „Kommunale Datenlieferung an die Bundesnetzagentur — einfach gemacht!“ mit 12 T€, sowie auf geförderte und sonstige Beratungsleistungen mit 244 T€ verteilen.

Weitere Umsatzerlöse konnten durch Nutzungsentgelte für Breitbandanschlüsse, Glasfaser- und Leerrohrleitungen sowie die Vermietung von Antennenflächen (76 T€, im Vorjahr 96 T€) und durch die Erbringung von Telekommunikations-, Satelliten und Datendiensten (104 T€, im Vorjahr 88 €) erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 17 T€ (im Vorjahr 5 T€) lagen über den Planannahmen (15 T€). Darin enthalten sind im Wesentlichen verrechnete sonstige Sachbezüge aus Kfz-Gestellung (4 T€), der Verkauf von Hardware (13 T€).

Der Materialaufwand betrug 7 T€ (im Vorjahr 18 T€) für bezogene Waren und 122 T€ (im Vorjahr 120 T€) für bezogene Leistungen. Der Wirtschaftsplan sah hierfür einen Ansatz von insgesamt 343 T€ vor. Der Materialaufwand steht überwiegend im Zusammenhang mit den von der TKG erbrachten Bau- sowie Beratungsleistungen und den daraus resultierenden Umsatzerlösen.

Der Personalaufwand ist aufgrund tariflicher Steigerungen und Rückstellungseffekte gestiegen und lag bei 165 T€ (im Vorjahr 151 T€). Das Ergebnis liegt deutlich unterhalb des Planwertes (208 T€), da die eingerichtete Planstelle für Administration, Technik und Planung nicht besetzt werden musste.

Die Abschreibungen lagen bei 36 T€ (im Vorjahr 40 T€) und damit unterhalb des Planwertes von 40 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 51 T€ (im Vorjahr 49 T€) um 6 T€ unter dem Planwert (53 T€). In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen die Beratungskosten, Buchführungs- und Abschlusskosten (20 T€) sowie Versicherungen (8 T€), Mieten (5 T€), Beiträge (4 T€) enthalten.

Die im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Erträge aus Verlustübernahme (11 T€) entfielen, weil in der Sparte des Gesellschafters Kreis Olpe wie im Vorjahr ein Überschuss erzielt werden konnte.

Der Jahresüberschuss von 140 T€ (im Vorjahr 179 T€) wird unter Berücksichtigung der einzelnen Spartenergebnisse der Kapitalrücklage zugeführt.

Die Eigenkapitalquote erhöhte sich zum 31. Dezember 2024 leicht auf 97,7 % (im Vorjahr 96,9 %).

Alle fünf Gesellschafter halten gleichhohe Stammeinlagen von jeweils 150 TE.

Die Kapitalrücklage veränderte sich durch Kapitaleinlagen gemäß Konsortialvertrag und individueller Beschlüsse der Gesellschafter sowie durch den Gesellschafterbeschluss vom 23. August 2024 zur Verrechnung mit dem Jahresüberschuss 2023 wie folgt bezogen auf die einzelnen Gesellschafter:

Kapitalrücklage	Hoch-sauer-land-kreis	Kreis Olpe	Kreis Soest	Kreis Siegen-Wittgenstein	Märki-scher Kreis	TKG gesamt
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
01. Januar 2024	586	347	176	156	1.115	2.380
Kapitaleinlagen gem. Konsortialvertrag	0	0	+ 20	+ 39	0	+ 59
Verrechnung mit Ergebnis 2023	+ 42	+ 42	- 25	+ 88	+ 31	+ 179
31. Dezember 2024	628	389	171	283	1.146	2.618

Das Jahresergebnis verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Gesellschafter:

	Hoch- sauer- land- kreis	Kreis Olpe	Kreis Soest	Kreis Siegen- Wittgen- stein	Märki- scher Kreis	TKG gesamt
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss 2024	62	36	-46	58	29	140

Darlehensverbindlichkeiten bestanden wie im Vorjahr nicht.

Der indirekte Brutto-Cashflow ist positiv und beträgt im Geschäftsjahr 2024 178 T€ (im Vorjahr 221 T€).

Die TKG verfügt zum Bilanzstichtag weiterhin über eine gute Liquiditätsausstattung (2.716 T€, im Vorjahr 2.554 T€).

Der Konsortialvertrag vom 30. September 2015, zuletzt geändert am 1. September 2017, sichert überdies die ausreichende Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung der Gesellschaft.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 erhöhte sich die Bilanzsumme von 3.416 T€ auf 3.589 T€.

In der Bilanzstruktur übersteigt auf der Aktivseite das kurzfristige Umlaufvermögen (2.875 T€, im Vorjahr 2.687 T€) das langfristige Anlagevermögen (714 T€, im Vorjahr 728 T€).

Das Anlagevermögen setzt sich zusammen aus technischen Anlagen und Maschinen (688 T€, im Vorjahr 706 T€), anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (2 T€, im Vorjahr 2 T€) und geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau (24 T€, im Vorjahr 21 T€).

Die Anlagenquote verringert sich auf 19,9 % (im Vorjahr 21,3 %).

Das Umlaufvermögen besteht aus Vorräten (52 T€, im Vorjahr 2 T€), Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (1 T€, im Vorjahr 5 T€), Forderungen gegen Gesellschafter (73 T€, im Vorjahr 119 €), sonstigen Vermögensgegenständen (33 T€, im Vorjahr 6 T€) sowie aus Guthaben bei Kreditinstituten (Girokonto und Kündigungsgeld) in Höhe von 2.716 T€ (im Vorjahr 2.554 TE).

Die Passivseite stellt die Finanzlage dar, und besteht zu 97,8 % aus Eigenkapital (3.509 TE, im Vorjahr 3.309 T€) und zu 2,2% aus Fremdkapital (80 T€, im Vorjahr 106 TE).

Rückstellungen werden in Höhe von 33 € (im Vorjahr 31 T€) ausgewiesen. Darin enthalten sind im Wesentlichen Rückstellungen für Jahresabschlusskosten (8 T€, im Vorjahr 9 T€), für Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen (4 T€, im Vorjahr 3 T€) sowie Urlaubsrückstellungen (19 T€, im Vorjahr 18 T€).

Zum Bilanzstichtag bestanden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 20 T€ (im Vorjahr 39 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 14 T€ (im Vorjahr 2 T€).

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 9 T€ (im Vorjahr 18 T€) betreffen Verbindlichkeiten aus abzuführender Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag der Beschäftigten.

Gesamtaussage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TKG ist insgesamt als gut zu bewerten.

Im Geschäftsjahr 2024 sind die Umsatzerlöse aufgrund von Planungs- und Beratungsleistungen in der Region erwartungsgemäß zurückgegangen. Die Auftragslage der TKG bleibt stark von der Rahmenbedingung abhängig, ob neue Förderprogramme genutzt werden können, die eine Beauftragung der TKG durch die in der Regel kommunalen Kunden ermöglichen. Von den durch die TKG beratenen Förderprojekte der Kreise wurden einige abgeschlossen bzw. befinden sich in der Verwendungsnachweisprüfung (Projekte aus dem 1. bis 3. Call Bundesförderprogramm), andere in der Bauphase (6. Call Bundesförderprogramm) oder nach erfolgreicher Antragstellung, Bewilligung und europaweiten Ausschreibung in der Zuschlagphase (Gigabit Richtlinie 2.0). Die Projekte aus dem RWP-Förderprogramm und dem NRW-Programm Schulen liegen seit Abschluss der Vergabeverfahren und bis zum Ende der Zweckbindungsfrist (i.d.R. sieben Jahre) in alleiniger Verantwortung der jeweiligen Auftraggeber.

Nach dem Ende des Kompetenzzentrums 5G.NRW in 2025 und des erfolgreich durchgeführten Projekts der 5G IoT-Boxen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Soest, sowie des Forschungsprojekts „Drone4Parcel 5G“ mit der Fachhochschule Südwestfalen, werden derzeit neue Betätigungsmöglichkeiten im Rahmen von geeigneten F&E-Projekten gesucht.

Die Umsätze aus der Vermietung und Nutzung von eigenen Netzinfrastrukturen, denen überwiegend langfristige Verträge zu Grunde liegen, stellen für die TKG weiterhin einen soliden - allerdings nicht grundsätzlich kostendeckenden - Sockel in der Geschäftstätigkeit dar.

Weiterhin erbringt die TKG einzelne Telekommunikations- und Datendienste auf Grundlage ihres Status als Netzbetreiber im Sinne des Telekommunikationsgesetzes, vor allem für den Hochsauerlandkreis mittels Standortvernetzung durch Glasfaserleitungen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist eine weitere Verbesserung der Breitbandversorgung in allen fünf Kreisen zu verzeichnen. Ende 2024 liegt die Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit mindestens 100 Mbit/s für private Nutzung per Festnetz in Südwestfalen durchschnittlich bei 94,74%. Die Versorgung mit mindestens 1 Gigabit/s (= 1.000 Mbit/s) beträgt Ende 2024 gemäß Breitband-Atlas im Hochsauerlandkreis 84,6 % (im Vorjahr 82 %), im Kreis Olpe 65,4 % (Vorjahr 54,7 %), im Kreis Soest 88 % (Vorjahr 84,5 %), im Kreis Siegen-Wittgenstein 73,8 % (Vorjahr 72,4 %) und im Märkischen Kreis 80,9 % (Vorjahr 78,8). (Quelle: BMDV, Gigabit Grundbuch).

Nach den letzten Angaben des GlasfaserAtlas.NRW stieg in Südwestfalen der Anteil an Glasfaser-Anschlüssen bis in die Gebäude von 19,74 % Mitte 2023 auf 26,72 % Mitte 2024 an (im Hochsauerlandkreis von 6 % auf 9,2 %, Kreis Olpe von 23 % auf 26,2 %, Kreis Soest von 25,8 % auf 39,3 %, Kreis Siegen-Wittgenstein von 9,4 % auf 17,3 % und im Märkischen Kreis von 34,5 % auf 41,6 %). (Quelle: Kompetenzzentrum Gigabit.NRW, MWIKE).

Auch die Mobilfunk-Netzabdeckung (Anteil der mit LTE und der mit 5G versorgten Fläche) hat sich innerhalb des letzten Jahres vor allem bei 5G deutlich verbessert und beträgt Ende 2024 im Hochsauerlandkreis 95,2 % und 82,6 % (Vorjahr: 94,4 % und 77,8 %), im Kreis Olpe 96,6 % und 86,7 % (96,3 % und 78,3 %), im Kreis Soest 97,3 und 93,3 % (97 % und 90,2 %, im

Kreis Siegen-Wittgenstein 92,5 und 81,6 % (92,1 % und 74,9 %) sowie im Märkischen Kreis 97,8 % und 89,7 % (97,4 % und 82,8 %). (Quelle: MWIKE, Mobilfunk.NRW).

Prognosebericht

Im Rahmen der Umsetzung der noch laufenden Förderverfahren aus dem Gigabit-Förderprogramm (Richtlinie 2.0) besteht in den nächsten Jahren weiterhin Unterstützungs- und Beratungsbedarf der Kreise und Kommunen in Südwestfalen durch die TKG. Allerdings können diese Leistungen dann nicht mehr aus der Beratungsförderung des Bundes refinanziert werden. Fördermittel für Beratungsleistungen wurden vier Kreisen (außer Kreis Soest) bis zu einer Höhe von insgesamt rund 1,1 Mio. € bewilligt. Mit der Erbringung entsprechender Beratungsleistungen hatten die Kreise die TKG beauftragt. Diese Fördermittel konnten während der letzten zwei Jahre abgerufen werden, sind jedoch in 2025 voraussichtlich vollständig ausgeschöpft, was danach eine stark rückläufige Ertragslage erwarten lässt. Erforderliche Beratungsleistungen wird die TKG für ihre Gesellschafter auch weiterhin erbringen (so wie schon vor der Beratungsförderung praktiziert), diese werden den Kreisen dann aber nicht mehr in Rechnung gestellt. Auch die Verbesserung der Mobilfunkversorgung sowie die Nutzung von 5G bleiben wichtige Handlungsfelder für die TKG. Weiterhin wurde in 2024 zu 75 % die geförderte Stelle der Mobilfunkkoordination für den Kreis Siegen-Wittgenstein übernommen und zudem anteilig den Mobilfunkkoordinator im Hochsauerlandkreis von der TKG unterstützt.

Das Dienstleistungspaket „Kommunale Datenlieferung an die Bundesnetzagentur - einfach gemacht!“ wird weiterhin nachgefragt. Aktuell haben zwei weitere Kommunen aus Südwestfalen die TKG mit der Erbringung dieser Dienstleistung beauftragt (insgesamt 15).

Zudem plant die TKG, je nach Anforderung ihrer Gesellschafter, gezielt in den eigenen Netzausbau zu investieren (nachträgliche „Lückenschlüsse“), und Telekommunikationsdienste anzubieten. Bislang macht vor allem der Hochsauerlandkreis von diesem Angebot Gebrauch. Möglicherweise eröffnen sich mit der angekündigten Weiterentwicklung des Förderprogramms durch die neue Bundesregierung auch neue Fördermöglichkeiten, z.B. im Zusammenhang mit dem Lückenschlussprogramm bzw. der Förderung von schwer erschließbaren Einzellagen.

Der von der Gesellschafterversammlung am 03. September 2024 beschlossene Wirtschaftsplan 2025 sieht Umsatzerlöse in Höhe von 288 T€ und einen Fehlbedarf von 92 T€ vor.

Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftsführung hat in den vergangenen Geschäftsjahren eine kontinuierliche Evaluation der Chancen und Risiken der Gesellschaft vorgenommen und entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen. Bezogen auf das Geschäftsjahr 2023 waren die folgenden Handlungsfelder von besonderer Bedeutung:

a) Ausbaustrategie und Förderung

Bei der Versorgung mit Glasfaseranschlüssen bis in die Gebäude besteht weiterhin ein Nachholbedarf in der Region im Vergleich zum Landesdurchschnitt. Perspektivisch sollen in Südwestfalen bis 2030 mindestens 90 % der Anschlüsse einen (geförderten oder privatwirtschaftlichen) Glasfaseranschluss erhalten. Bund und Land stellen weitere Unterstützung für den geförderten Netzausbau bis 2030 bereit (in 2024 bis zu 400 Mio. € für NRW). Der Anteil der vorrangig eigenwirtschaftlich zu versorgenden Anschlüsse in „grauen Flecken“, beträgt aktuell im Durchschnitt rund 25% aller Anschlüsse in Südwestfalen, die auf

FTTB ertüchtigt werden sollen. Außerdem soll der Anteil der grundsätzlich gigabitfähigen HFC-Netze flächendeckend mindestens dem Standard DOCSIS 3.1 entsprechen.

An diesem Maßstab bleiben Strategie und Maßnahmen der TKG für zukünftige Infrastrukturprojekte ausgerichtet. Um Risiken einer ineffizienten Überbau- und Ausbauplanung zu minimieren und den Technologie- und Mitteleinsatz zu optimieren, erfolgt ein regelmäßiges Monitoring der Ausbaupläne aller privaten Marktteilnehmer (Branchendialoge) in der Region, relevanter regulatorischer Rahmenbedingungen sowie der Fördermaßnahmen auf Bundes- und Landesebene. Ein in der Branche erwarteter Trend zur Konsolidierung in Form von Unternehmensübernahmen, bzw. Zusammenschlüssen ist in Südwestfalen bislang nicht festzustellen. Nach wie vor ist die Anbietervielfalt und grundsätzliche Bereitschaft zu einem privatwirtschaftlichen Netzausbau in allen Kreisen gegeben. Aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus, knappen Baukapazitäten und ersten Insolvenzen bei Bau- und Generalunternehmern, ist allerdings kaum von einer weiteren Zunahme großflächiger Ausbauankündigungen auszugehen.

Vor diesem Hintergrund und nach dem Willen der Gesellschafter, muss die TKG nach wie vor keine bzw. nur geringe eigene Investitionstätigkeiten im Bereich des Netzausbaus vornehmen. Folglich bestehen in dieser Hinsicht kaum Investitionsrisiken für die TKG. Andererseits bleiben dadurch Chancen ungenutzt und eigene Impulse der Kreise lediglich auf die Beantragung von Fördermitteln und der Schließung von „Wirtschaftlichkeitslücken“ privater Anbieter reduziert. Die beantragten und bewilligten Fördermittel im 6. Förderaufruf, sowie in der Grauen-Flecken-Förderung des Bundes werden in den nächsten Jahren in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen ausschließlich privaten Netzbetreibern zufließen. Finanzielle Risiken, wie z.B. die Rückforderung ausgezahlter Fördermittel, treffen dabei nicht die TKG, sondern die Kreise als Zuwendungsempfänger.

Gemäß der Gigabitstrategie der Bundesregierung wird zukünftig das „Betreibermodell“ bei öffentlicher Vollfinanzierung gestärkt, indem das Eigentum an den errichteten Netzen dauerhaft bei der öffentlichen Hand verbleiben darf. Für den Fall, dass die TKG wieder vermehrt selbst im Bereich des Infrastrukturausbaus tätig werden würde, könnten z.B. über das „Lückenschlussprogramm“ oder ein Betreibermodell die Investitionen der TKG weitgehend durch Fördermittel abgedeckt werden. Gleichzeitig wären die Risiken aus einer späteren Vermietung / Verpachtung für den Netzbetrieb relativ begrenzt. Ähnliches gilt für die geförderte Errichtung von Mobilfunkmasten durch die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes.

Zur Gigabit-Förderrichtlinie 2.0 und den neuen Förderaufrufen verfügt die TKG v.a. durch Weiterbildungsangebote der Verbände sowie des Projektträgers aconium bzw. des Gigabitbüros des Bundes inzwischen über umfassendes Know-how, das in die tägliche, praktische Anwendung im Beratungsgeschäft einfließt. Die TKG deckt somit gemeinsam mit den Koordinatorinnen und Koordinatoren der Kreise und externen Dienstleistern alle Anforderungen im Zusammenhang mit der Beantragung und Abwicklung der Förderverfahren ab. Mit ihrer langjährigen und detaillierten Branchenkenntnis und Erfahrung im Bereich der Breitbandversorgung stellt die TKG auch im Fall von Personalveränderungen in den Kreisen eine Kontinuität in laufenden Verfahren und den Know-how Transfer zu neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sicher. Im Rahmen von Planungs- und Beratungsleistungen für die Kreise und Kommunen bringt sich die TKG kontinuierlich ein und kommt damit direkt ihrem Gesellschaftszweck nach. Für den 6. Call der Bundesförderung hatten alle fünf Kreise die TKG mit der Erbringung von Beratungsleistungen beauftragt, bei der „Graue-Flecken“-Förderung setzen vier der fünf Gesellschafter dieses erfolgreiche Vorgehen fort.

b) Betriebswirtschaftliche und finanzielle Lage

Das Jahresergebnis der TKG hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr von 179 T€ auf 140 T€ verringert, lag jedoch erheblich besser, als im Wirtschaftsplan angenommen (-75 TE).

Im Zusammenhang mit der neuen „Telekommunikationsstrategie Südwestfalen 2025 - 2030“ wurde von den Gremien der TKG die Ressourcenplanung als Vorgabe für die mittelfristige Ergebnisplanung beschlossen. Diese Ressourcenplanung gilt bis Ende 2030 als Richtschnur und wird bedarfsgerecht fortgeschrieben. Bei den zuletzt positiven Jahresergebnissen handelte es sich allerdings um Ausnahmen, die keine Auswirkungen auf die Prämisse haben, dass die Tätigkeit der TKG grundsätzlich ein Dauerverlustgeschäft darstellt.

Es gilt weiterhin der am 30. September 2015 abgeschlossene und zuletzt am 1. September 2017 geänderte Konsortialvertrag, in dem sich die Gesellschafter untereinander verpflichten, der TKG ausreichende Eigenmittel zur Finanzierung des nach dem jeweiligen Wirtschaftsplan sich ergebenden Liquiditätsbedarfs in der jeweiligen Sparte zur Verfügung zu stellen sowie einen Mindestbetrag des Eigenkapitals in Höhe von jeweils 150 T€ zu erhalten.

Alle Gesellschafter haben ihre Verpflichtungen aus dem Konsortialvertrag gegenüber der TKG - soweit entstanden - erfüllt. Eine ausreichende Liquiditätsausstattung war zum Bilanzstichtag in allen Sparten gegeben.

c) Organisation und Belegschaft

Die TKG beschäftigte im Geschäftsjahr 2024 einen hauptamtlichen Geschäftsführer in Vollzeit, sowie einen nebenamtlichen Geschäftsführer und einen ehemaligen Gigabitkoordinator, jeweils im Rahmen von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Der Erfolg des Unternehmens bleibt weiterhin von einer hohen Personenabhängigkeit geprägt. Aufgrund der bewusst geringen Größe der Belegschaft, wird die TKG auch in Zukunft Vorleistungen von externen Dritten zukaufen, um Planungs- und Beratungsaufträge vollumfänglich und in vorgegebenen Zeitplänen erfüllen zu können.

Südwestfalen Agentur GmbH

Martinstraße 15
57462 Olpe
Telefon 02761/ 83511-0
E-Mail info@suedwestfalen.com
Internet www.suedwestfalen.com

Gegenstand des Unternehmens

Das Geschäftsfeld Regionalmarketing hat eine wettbewerbsfähige Positionierung der Region Südwestfalen im Vergleich zu anderen Standorten in Abstimmung mit den Gesellschaftern und regionalen Akteuren zum Ziel.

Hierzu gehören folgende Aufgaben:

- Entwicklung und Umsetzung von Regionalmarketing-Konzepten sowie Gewinnung von Multiplikatoren
- Kommunikative und koordinierende Maßnahmen zur Profilierung der Region als attraktive Wirtschafts- und Arbeitsmarkregion.

Das Geschäftsfeld regionale Entwicklung hat das Ziel, zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region in enger Abstimmung mit den Gesellschaftern und regionalen Akteuren beizutragen.

Hierzu gehören folgende Aufgaben:

- Erarbeitung von regionalen Zielsetzungen (Koordination und Moderation) in zuvor vom Aufsichtsrat festgelegten Handlungsfeldern gemeinsam mit regionalen Akteuren unter Selbstverpflichtung der Beteiligten zur Übernahme von Aufgaben in eigener Verantwortung
- Analyse und Evaluation der regionalen Zielsetzungen gemeinsam mit den Akteuren (Koordination und Moderation).

Zur regionalen Entwicklung gehört vor allem die Durchführung der REGIONALE 2025 mit den Aufgaben:

- Mobilisierung von gesellschaftlichem Engagement für die REGIONALE 2025 sowie Akquirierung von Mitteln aus diesen Bereichen.
- Auswahl und Aufnahme von Projekten, Beratung von Projektträgern sowie Marketing und projektübergreifende Kommunikation für die REGIONALE 2025
- Projektentwicklung im Bereich von Vorhaben mit herausragender strategischer Bedeutung für die REGIONALE innerhalb eines festzulegenden Budgetrahmens
- Übernahme der Projektsteuerung für Vorhaben der REGIONALE 2025 im Bedarfsfall.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen und sich an anderen Unternehmen, die den Gesellschaftszweck fördern, beteiligen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zur Darstellung des öffentlichen Zwecks sei auf den Lagebericht der GmbH verwiesen, der auf den Folgeseiten dieses Beteiligungsberichtes wiedergegeben wird.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Landrätin Eva Irrgang KT-Abg. Gregor Dolle KT-Abg. Jörg Backhaus	Kreisdirektor Volker Topp KT-Abg. Martin Vollmer KT-Abg. Heike Kruse
Aufsichtsrat	Landrätin Eva Irrgang KT-Abg. Guido Niermann	

2. Geschäftsführung

Hubertus Winterberg

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2008
Stammkapital:	40.000 Euro
Handelsregister	Amtsgericht Siegen HRB 8588

Gesellschafter:	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Hochsauerlandkreis	12,5	5.000
Märkischer Kreis	12,5	5.000
Kreis Olpe	12,5	5.000
Kreis Siegen-Wittgenstein	12,5	5.000
Kreis Soest	12,5	5.000
Verein „Wirtschaft für Südwestfalen e.V.“	37,5	15.000
Summe	100,0	40.000

Zuschüsse der Gesellschafter

Gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrags werden die Zuschüsse der Gesellschafter auf der Grundlage der Teilpläne A und B des Wirtschafts- und Finanzplans ermittelt. Der Gesellschafter Verein Wirtschaft für Südwestfalen e.V. leistet nach Maßgabe seiner Satzung Zuzahlungen entsprechend seiner Leistungsfähigkeit und seinem Anteil am Stammkapital ausschließlich zum erforderlichen Ausgleich des Finanzplans aus dem Teilplan A des Wirtschafts- und Finanzplanes. Die Zuzahlungen zum restlichen Ausgleich des Finanzplans aus dem Teilplan A des Wirtschafts- und Finanzplans und zum Ausgleich des Finanzplans aus dem Teilplan B des Wirtschafts- und Finanzplans werden von den fünf südwestfälischen Kreisen im Verhältnis ihrer Beteiligung am Stammkapital geleistet.

Für das Geschäftsjahr 2025 wurden vorschüssig in 2024 Mittel in Höhe von 230 TEUR abgerufen.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt: - 190 TEUR
(Vorjahr: - 200 TEUR)

Weitergehende Einnahmen können sich aus Projektförderungen ergeben.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	39	11	20	30
Sachanlagen	165	142	78	86
Anlagevermögen	203	153	99	116
Vorräte	76	76	51	47
Ford. u. Sonst. Verm.gegenst.	2.991	1.967	3.319	4.910
Kassenbestand, Bankguthaben	1.828	1.367	1.354	1.157
Umlaufvermögen	4.895	3.411	4.724	6.114
Rechnungsabgrenzungsposten	43	13	10	7
SUMME AKTIVA	5.142	3.576	4.833	6.237
 PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	40	40	40	40
Kapitalrücklage	3.504	3.091	2.805	2.660
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-1.683	-1.307	-1.244	-1.416
Eigenkapital	1.861	1.824	1.601	1.285
Rückstellungen	153	154	128	104
Verbindlichkeiten	429	106	119	220
Rechnungsabgrenzungsposten	2.699	1.492	2.984	4.629
SUMME PASSIVA	5.142	3.576	4.833	6.237

Der Bestand der Kapitalrücklage zum 31.12.24 des Berichtsjahres setzt sich zusammen aus:

▪ Vortrag	3.091 TEUR
▪ Zuzahlungen Gesellschafter	1.720 TEUR
▪ Ausgleich Jahresfehlbetrag 2023	<u>- 1.307 TEUR</u>
	3.504 TEUR

Die Zuzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage betrugen:

▪ Südwestfälische Kreise	1.150 TEUR
▪ Wirtschaft für Südwestfalen e.V.	<u>570 TEUR</u>
	1.720 TEUR

Die SWF-Kreise zahlen beginnend in 2019 ihre Gesellschaftereinlagen zur Finanzierung der Arbeit der Südwestfalen Agentur jeweils vorschüssig an die Gesellschaft.

Die GmbH hat einen Eigenkapitalausweis in Höhe von 1.861 TEUR und ein Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 1.828 TEUR.

Die Erhöhung im Bereich der „Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen“ um 1.024 TEUR ergibt sich maßgeblich aus dem Abruf von Fördermitteln (REGIONALE-Zuwendungen). Die sich daraus resultierende Forderung erhöhte sich von 1.884 TEUR in 2023 auf 2.699 TEUR in 2024 (weitere Ausführungen können dem Lagebericht entnommen werden).

Die Steigerung der Verbindlichkeiten (von 106 TEUR in 2023 auf 429 TEUR in 2024) ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung von kurzfristigen Verbindlichkeiten im Verbundbereich (272 TEUR).

Bei den Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um abgegrenzte Fördermittel für die REGIONALE 2025, die in den Geschäftsjahren 2025 und 2026 ertragswirksam erfasst werden.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	1	1	1	17
Andere aktivierte Eigenleistungen	4	-3	5	37
Sonstige betriebliche Erträge	1.918	2.052	2.007	1.608
Projektkosten	-277	-153	-447	-546
Personalaufwand	-2.015	-1.868	-1.654	-1.631
Betriebsergebnis	-368	29	-88	-515
Abschreibungen	-52	-37	-39	-55
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.239	-1.301	-1.116	-846
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	4	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-31	0	0	0
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	-1.684	-1.306	-1.244	-1.416
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1	-1	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-1.683	-1.307	-1.244	-1.416

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Zuschüsse für Förderprojekte (insbesondere REGIONALE 2025, HUB45, Perspektive SWF, Arbeitgeberschmiede SWF, Smart Cities-5 für SWF, Mobilitätsstrategie SWF,) sowie Erlöse Regionalmarketing.

Neben den laufenden Personal- und Sachkosten fielen insbesondere Projektkosten u.a. für die o.g. Förderprojekte an.

Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf -1.683 TEUR (Vorjahr: -1.307 TEUR) und soll der Kapitalrücklage entnommen werden.

Die GmbH hat im Jahresdurchschnitt 41 kaufmännische Mitarbeiter (davon 6 Werkstudenten/Aushilfen) und 1 Auszubildenden beschäftigt.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Das Unternehmen

Die Südwestfalen Agentur GmbH wurde 2008 von den fünf südwestfälischen Kreisen (Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Kreis Soest, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein) mit einer Stammeinlage von jeweils 5.000 EUR gegründet.

Die Aufgabenstellung der Gesellschaft war seinerzeit:

1. Die wettbewerbsfähige Positionierung der Region Südwestfalen im Vergleich zu anderen Standorten zu fördern.
2. Die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der REGIONALE 2013 im gesamten Bewerbungsraum vorzunehmen.

Seit Gründung der Südwestfalen Agentur GmbH haben sich folgende Änderungen bei Strukturen, Aufgabenstellung und Stammkapital ergeben:

- Am 14.09.2011 wurde der Verein „Wirtschaft für Südwestfalen e.V.“ als weiterer Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 5.000 EUR aufgenommen.
- Die Gesellschafter verständigten sich darauf, die Gesellschaft auch nach Ende des Strukturförderprojektes REGIONALE 2013 fortzuführen. Der Gesellschaftszweck wurde neu gefasst und unter anderem vereinbart, die Stammeinlage des Gesellschafters „Wirtschaft für Südwestfalen e.V.“ auf 11.000 EUR zu erhöhen.
- Im März 2017 entschied die Landesregierung, Südwestfalen erneut den Zuschlag zu erteilen. Südwestfalen richtet die REGIONALE 2025 mit dem Schwerpunkt „digital - nachhaltig – authentisch“ aus. In Abstimmung mit dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG) erfolgt die Umsetzung in den Jahren 2018 bis einschließlich 2026.

Wie bei der vorigen REGIONALE übernimmt die Südwestfalen Agentur GmbH seitdem die Moderation des Prozesses. Vor diesem Hintergrund haben sich die Gesellschafter auf eine Neufassung des Gesellschaftszweckes mit Finanzierungskonzept bis Ende 2026 verständigt. Eingeflossen sind dabei auch die Ergebnisse einer Evaluierung von Strukturen, Verfahren und Arbeit der Südwestfalen Agentur GmbH. Am 22.11.2017 erfolgte die Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages. Gegenstand der Gesellschaft ist seither

- das Geschäftsfeld Regionalmarketing mit dem Ziel der wettbewerbsfähigen Positionierung der Region Südwestfalen im Vergleich zu anderen Standorten in Abstimmung mit den Gesellschaftern und regionalen Akteuren.
Hierzu gehören folgende Aufgaben:
 - Entwicklung und Umsetzung von Regionalmarketing-Konzepten sowie Gewinnung von Multiplikatoren
 - Kommunikative und koordinierende Maßnahmen zur Profilierung der Region als attraktive Wirtschafts- und Arbeitsmarkregion.
- das Geschäftsfeld regionale Entwicklung mit dem Ziel, zu einer nachhaltigen Entwicklung der Region in enger Abstimmung mit den Gesellschaftern und regionalen Akteuren beizutragen. Hierzu gehören folgende Aufgaben:
 - Erarbeitung von regionalen Zielsetzungen (Koordination und Moderation) in zuvor vom Aufsichtsrat festgelegten Handlungsfeldern gemeinsam mit regionalen Akteuren unter Selbstverpflichtung der Beteiligten zur Übernahme von Aufgaben in eigener Verantwortung

- Analyse und Evaluation der regionalen Zielsetzungen gemeinsam mit den Akteuren (Koordination und Moderation).
- Zur regionalen Entwicklung gehört vor allem die Durchführung der REGIONALE 2025 mit den Aufgaben:
 - Mobilisierung von gesellschaftlichem Engagement für die REGIONALE 2025 sowie Akquirierung von Mitteln aus diesen Bereichen.
 - Auswahl und Aufnahme von Projekten, Beratung von Projektträgern sowie Marketing und projektübergreifende Kommunikation für die REGIONALE 2025
 - Projektentwicklung im Bereich von Vorhaben mit herausragender strategischer Bedeutung für die REGIONALE innerhalb eines festzulegenden Budgetrahmens
 - Übernahme der Projektsteuerung für Vorhaben der REGIONALE 2025 im Bedarfsfall.

Das Stammkapital der Gesellschaft wurde auf 40.000 EUR erhöht. Die Stammkapital-Anteile der fünf südwestfälischen Kreise blieben unverändert (je 5.000 EUR). Die Stammkapital-Einlage des Gesellschafters "Wirtschaft für Südwestfalen e.V." erhöhte sich auf 15.000 EUR. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Gemeindeordnung NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Entsprechend § 108 Abs. 3 Nr. 2 der GO NRW hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 die öffentliche Zwecksetzung eingehalten und mit ihren Tätigkeiten zur Zweckerreichung beigetragen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen - Finanzen

Im Rahmen der o.g. Perspektiventwicklung zur Umsetzung von Regionalmarketing und REGIONALE 2025 in den Jahren 2018 bis einschließlich 2026 haben sich die Gesellschafter auf ein Finanzierungskonzept verständigt, welches eine Differenzierung der Wirtschafts- und Finanzplanung in zwei voneinander unabhängigen Teilen beinhaltet:

- Teilplan A – Regionalmarketing für die in § 2 des Gesellschaftsvertrags definierten Aufgaben zur wettbewerbsfähigen Positionierung von Südwestfalen und
- Teilplan B – für alle in § 2 des Gesellschaftsvertrags definierten Aufgaben zur regionalen Entwicklung einschließlich Planung, Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der REGIONALE 2025.

In den Teilplänen erfolgt bzw. erfolgte auch die Bewirtschaftung von Förderprojekten: „PERSPEKTIVE Südwestfalen“ sowie „Arbeitgeberschmiede Südwestfalen“ (über Teilplan A) sowie „UTOPIA Südwestfalen“, „Smart Cities – 5 für Südwestfalen“, „Erstellung eines Territorialen Strategiekonzeptes (TSK)“, „Erarbeitung einer Mobilitätsstrategie für Südwestfalen“ sowie „Hub45 – Neue Orte des digitalen Arbeitens“ (über Teilplan B).

Der Wirtschaftsführung der Gesellschaft ist weiterhin eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Bis zum Jahr 2022 konnte dieser Rahmenvorgabe entsprochen werden. Aufgrund der aktuell nur bis Ende 2026 vereinbarten Finanzbeiträge der Gesellschafter kann dieser Rahmenvorgabe in der Wirtschaftsplanung ab dem Jahr 2023 nicht nachgekommen werden.

Die Kernelemente eines entsprechend nachhaltigen Finanzierungskonzeptes der Südwestfalen Agentur GmbH in den Jahren 2018 bis einschließlich 2026 sind eine prognostizierte jährlich leicht ansteigende finanzielle Unterstützung des Gesellschafters "Wirtschaft für Südwestfalen e.V." sowie der in den fünf Kreistagen verabschiedete Finanzrahmen von je 80.000 EUR p.a. pro Kreis zum Ausgleich im Wirtschaftsplan A und bis zu 150.000 EUR zum Ausgleich im Wirtschaftsplan B.

Neben den von den Kreisen als Eigenanteil eingebrachten Mitteln wird die Durchführung der REGIONALE 2025 aus Mitteln der Städtebauförderung mit einem Fördersatz von 70 % unterstützt. Da nur Kommunen oder Kreise antragsberechtigt sind, übernimmt der Kreis Olpe die Beantragung und Abrechnung der Fördermittel gegenüber der Bezirksregierung. In einem Weiterleitungsvertrag mit der Südwestfalen Agentur GmbH ist die Überleitung der Finanzmittel mit den entsprechenden Rechten und Pflichten aus der Projektförderung geregelt.

Ein erster Zuwendungsbescheid in Höhe von 210.000 EUR wurde im Dezember 2017 überreicht. Er sicherte den Beginn der geförderten REGIONALE-Aktivitäten zum Januar 2018. Ein zweiter Zuwendungsbescheid in Höhe von 3,642 Mio. EUR liegt seit Dezember 2018 vor. Ein ergänzender dritter wurde dem Kreis Olpe im April 2020 durch die Bezirksregierung Arnsberg übergeben. Mit Bescheid vom 08.10.2020 erklärte das Land Nordrhein-Westfalen zudem, die Eigenanteile dieses Zuwendungsbescheides (1.327 TEUR) zu übernehmen. Damit wurden die Verpflichtungen der fünf südwestfälischen Kreise zur Kofinanzierung der REGIONALE 2025 deutlich reduziert. Die von den Gesellschaftern auszugleichenden Jahresfehlbeträge sinken entsprechend.

Für die Jahre 2019 bis 2022 hat die Südwestfalen Agentur am 13.12.2024 den Verwendungsnachweis bei dem Kreis Olpe vorgelegt. Im Verwendungsnachweis wurde angegeben, dass für den Zeitraum 2019 bis 2022 Minderausgaben in Höhe von insgesamt 344.876,31 EUR entstanden sind. Dies entspricht bei einer Förderquote von 70% einem überzahlten Zuwendungsbetrag von 241.413,41 EUR. Vorbehaltlich der weiteren Prüfung des Verwendungsnachweises wurde sich darauf verständigt, dass der Kreis Olpe bereits Anfang des Jahres 2025, zur Vermeidung weiterer Zinsforderungen des Landes, den überzahlten Betrag an die Landeskasse zurücküberweist und die Südwestfalen Agentur diesen Betrag unmittelbar an den Kreis Olpe erstattet.

Für die Jahre 2023 und 2024 standen Fördermittel in Höhe von jeweils 1.492.221,07 EUR auskömmlich zur Verfügung. Da die aus diesem Zuwendungsbescheid zur Verfügung stehenden Mittel in den o.g. Jahren nicht verausgabt werden konnten, wurde bei der Bezirksregierung Arnsberg ein Antrag auf Übertragung von Ausgaberesten in Höhe von 392.221,07 EUR in das Jahr 2025 gestellt.

Mit Änderungsbescheid vom 18.03.2024 wurde diesem Antrag entsprochen und der Durchführungszeitraum aus diesem Bescheid auf den 31.03.2025 verlängert. Ein ergänzender und damit abschließender Zuwendungsbescheid für die Projektförderung „REGIONALE 2025“ im Volumen von 2.699 TEUR wurde im Oktober 2024 von der Bezirksregierung Arnsberg erteilt. Er sichert die Förderung der REGIONALE-bezogenen Personal- und Sachkosten bis Ende 2026 ab.

Mit dem Abruf von Fördermitteln aus den vorgenannten REGIONALE-Zuwendungen erhöhte sich die daraus resultierende Forderung (JA-Position „Sonstige Vermögensgegenstände“) von 1.884,4 TEUR auf 2.699,0 TEUR. Die Umlaufintensität (Umlaufvermögen lt. Bilanz / Gesamtvermögen lt. Bilanz) veränderte sich von 95,38 % auf 95,20 %. Entsprechend dieser Entwicklung erhöhte sich der Passive Rechnungsabgrenzungsposten von 1.492,2 TEUR auf 2.699,0 TEUR.

Ergänzend zur Projektförderung der REGIONALE 2025 durch das Städtebauministerium NRW (MHKBD) werden innerhalb der o.g. Geschäftsbereiche weitere Projekte durch die Südwestfalen Agentur GmbH umgesetzt:

Bereich REGIONALE 2025/Regionale Entwicklung

- Smart Cities - 5 für Südwestfalen

Dieses Projekt wurde im Herbst 2019 durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) bewilligt und endet zum 31.10.2026

(Gesamtvolume für das Projektkonsortium der fünf Kommunen und der Südwestfalen Agentur GmbH: 17.417 TEUR.; Förderquoten: Arnsberg/Südwestfalen Agentur GmbH und Menden: 90 %; Bad Berleburg, Olpe und Soest: 65%).

- Hub45 – Neue Orte des digitalen Arbeitens

Mit Zuwendungsbescheid vom 21.12.2022 wurde die Durchführung eines Projektes zum Netzwerkaufbau dezentraler Orte des digitalen Arbeitens in Südwestfalen bis 31.12.2025 bewilligt. Zuwendungsgeber: Wirtschaftsministerium NRW (MWIKE).

(Projektvolume: 719.660 EUR; Förderung: 539.745 EUR)

Bereich Regionalmarketing

- Arbeitgeberschmiede Südwestfalen

Unter Federführung der Südwestfalen Agentur GmbH konnte sich ein Gemeinschaftsprojekt (Gesamtvolume ca. 3,5 Mio. EUR) aus sieben Konsortialpartnern im Förderwettbewerb Regio.NRW des NRW-Wirtschaftsministeriums durchsetzen. Für ihren Projektteil erhielt die Südwestfalen Agentur GmbH einen Zuwendungsbescheid über 1.247 TEUR (Projektvolume: 1.559 TEUR). Der Durchführungszeitraum begann am 01.01.2024 und endet im Dezember 2026.

Über die vorgenannten Unterstützungen hinaus erhielt die Südwestfalen Agentur GmbH im Juni 2024 vom Projektträger Jülich einen Zuwendungsbescheid über eine De-minimis-Förderung in Höhe von 9.634,80 EUR. Zweckbindung: Erstellung eines IT-Notfallkonzepts und Durchführung eines Phishing-Mail-Kampagne (Bewilligungszeitraum: 15.06.2024 – 30.11.2025). Die Durchführung erfolgt über die dokuworks GmbH, Siegen.

Geschäftsführung/Mitarbeiter

Die Personalstruktur der Südwestfalen Agentur GmbH folgt seit 2018 der Grundgliederung in zwei mit eigenständigen Wirtschafts- und Finanzplänen unterlegte Geschäftsbereiche. Zur Nutzung von Synergien ist ein Mittelbereich "Organisation/Verwaltung" mit Servicefunktionen vorgesehen. Die jeweiligen Stellen werden entsprechend der Leistungserbringung anteilig den beiden Geschäftsbereichen zugeordnet und berechnet.

Die strukturelle Gliederung wie auch die damit einhergehenden Stellen- und Budgetanteile für die Jahre 2018 bis 2026 wurden sowohl mit dem REGIONALEFörderministerium (MHKBG) als auch den Kreisen abgestimmt. Entsprechende Beratungen und Beschlüsse erfolgten im Herbst 2017 in allen fünf südwestfälischen Kreistagen.

Der in den o.g. Prozessen vereinbarte grundsätzliche Stellenplan zur Umsetzung dieser Zielvorgaben wurde/wird entsprechend der sich ergebenden Veränderungen (z.B. neue Förderprojekte) in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat angepasst.

Wie auch bei anderen öffentlichen Haushalten, haben die überdurchschnittlichen Tarifanpassungen in den Verhandlungen zum TVöD (VKA) und des Tarifvertrages für die Länder (TV-L) deutliche Auswirkungen auf das Personalbudget der Südwestfalen Agentur GmbH. Der Personalaufwand hat sich – auch durch Regel-Stufenwechsel innerhalb der Entgeltgruppen bei längerer Zugehörigkeit – von 1.867,9 TEUR in 2023 auf 2.014,8 TEUR in 2024 erhöht.

Inhaltliche Arbeiten - Rückblick und Ausblick

Im Geschäftsbereich REGIONALE/Regionale Entwicklung konzentrierte sich die Arbeit zur REGIONALE 2025 auf folgende Bereiche:

1. Finale Qualifizierung der Projekte (inkl. Absicherung der Förderperspektiven)
2. Strategische und inhaltliche Vorbereitung auf das Präsentationsjahr

zu 1:

Bis Ende 2024 konnten 35 Projekte bis zum 3-Sterne-Status der REGIONALE und damit in eine valide Umsetzungsperspektive entwickelt werden. Es ist erkennbar, dass die Zielmarke „50 für 25“ noch im REGIONALE-Präsentationsjahr erreicht werden kann. Die inhaltliche Bündelung der Vorhaben mit Realisierungsperspektive in „Profillinien“ hat dabei Wahrnehmung der thematischen Stoßrichtung und Wirkung der REGIONALE 2025 deutlicher werden lassen.

Die nachfolgende Darstellung verdeutlicht, wie sich die umsetzungsreifen Vorhaben in den Themenlinien verteilen. Sie zeigt zudem das akquirierte Fördervolumen und das ausgelöste unmittelbare Investitionsvolumen der Projekte und gibt einen Ausblick auf die ergänzend im ersten Halbjahr 2025 erwartete Förderung.

Eingeworbene Fördermittel aus ★★★-Projekten (Stand: 11/2024):			
... denkt Ortsmitteln neu und treibt nachhaltiges (Um)bauen voran			
6 Projekte in Umsetzung	28.720.000 € bisher eingeworben		
... stärkt digitales Wissen und Kompetenz und nützt den Unternehmen in SWF			
13 Projekte in Umsetzung	31.924.260 € bisher eingeworben		
... schafft neue Orte der Kultur und Begegnung und macht Natur neu erlebbar			
11 Projekte in Umsetzung	4.400.000 € bisher eingeworben		
... macht Menschen mobil			
4 Projekte in Umsetzung	3.959.380 € bisher eingeworben		
... vernetzt den regionalen Datenraum			
2 Projekt in Umsetzung	1.209.814 € bisher eingeworben	Gesamtinvest bisher	Fördervolumen (avisiert) für 8 Projekte in 19. Gremienrunde
35 ★★★-Projekte	65.813.454 €	135.270.622,40	Ca. 35.000.000 €

Die Projektqualifizierung war eingebunden in einen intensiven Dialog mit Förderministerien und Bezirksregierung, um belastbare Finanzierungsperspektiven für die Vorhaben zu finden. Entsprechend eng war auch die Verbindung zu den Projektverantwortlichen in der Region. Um eine auch persönliche Vernetzung der Projektakteure zu erreichen fanden themenbezogene Workshops und ein „Projekträger-Treffen“ statt.

Für die Umsetzung von REGIONALE-Projekten hat der Europäische Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) eine besondere Bedeutung bekommen. Erstmals stehen im Landeshaushalt EFRE-Mittel ausschließlich für Vorhaben der REGIONALEN zur Verfügung. Mit der im Juni 2023 vom NRW-Wirtschaftsministerium veröffentlichten Förderbekanntmachung „REGIONALE Südwestfalen – Projekte für eine digitale, nachhaltige und authentische Zukunft in Südwestfalen“ besteht in den nächsten Jahren ein exklusiver

Förderzugang für (umwelt-)wirtschaftsbezogene Vorhaben, der aktuell mit 30,5 Mio. EUR Förderung hinterlegt ist. Eine zweite Tranche ist avisiert. Die Südwestfalen Agentur GmbH hat sich intensiv in den Informations- und Beratungstransfer zu diesem Aufruf eingebracht.

zu 2:

In intensiven Austauschen mit regionalen Partnern und Kommunikationsexperten wurden die strategischen wie inhaltlichen Grundlagen für das Präsentationsjahr der REGIONALE formuliert. Die Bündelung einzelner Veranstaltungen in Umsetzungslinien schafft dabei eine Rahmung und „Mitnahme-Option“ für die Vor-Ort-Akteure, z.B. unter dem Format „REGIONALE konkret“.

Das Präsentationsjahr der REGIONALE Südwestfalen beginnt am 11. Juni 2025 mit einer Auftaktveranstaltung in Arnsberg, für die Ministerpräsident Wüst und NRW-Bauministerin Scharrenbach ihre Teilnahme angekündigt haben. Die nachfolgende Darstellung zeigt den strukturellen Rahmen des Veranstaltungsprogramms, welches im Spätsommer 2026 mit einer Abschlussveranstaltung enden wird.

Durch intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Teilnahmen an vielen Veranstaltungen in der Region wurden die Ziele, Inhalte und Erfolge der REGIONALE 2025 Südwestfalen kommuniziert. Die Information der Politik erfolgte sowohl in der Region (politische Entscheider in Kreistagen, Regionalrat u.a.) wie auch überregional (z.B. Gespräche im Landtag).

Begleitet von einem Beirat (u.a. mit dem NRW-Verkehrsministerium) erfolgten weitere Schritte zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie für Südwestfalen. Dabei wurde ein Schwerpunkt auf die Themen „On Demand“ und „Freizeitverkehre“ gesetzt. Die Strategie definiert regionale Aktionsfelder und soll als strategische Grundlage die Umsetzung von konkreten Maßnahmen in Südwestfalen sowie die Bündelung ähnlicher Vorhaben voran bringen - auch im Prozess der REGIONALE 2025.

Als Hilfestellung für die Herausforderung der A45-Sperrung bei Lüdenscheid entwickelte die Südwestfalen Agentur GmbH die Projektidee „Hub 45 – Neue Orte des digitalen Arbeitens in Südwestfalen“. Ziel des Vorhabens ist es, Unternehmen und Verwaltungen bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen. Im Projekt wurde – begleitet von regionalen Partnern (IHKs, Arbeitgeberverbände, Wirtschaftsförderungen u.a.) – ein Web-basiertes Umfragetool entwickelt. Es hilft Unternehmen, die Sichtweise und Vorstellungen der eigenen Mitarbeiterschaft zu erfragen. Zudem spiegeln die anonym aggregierten Ergebnisse die Situation in der Region und schaffen damit Ansatzpunkte für Konzepte und Maßnahmen. Das Vorhaben ergänzt die REGIONALE-Projektentwicklungen im Bereich modernen, digitalen Arbeitens, etwa an den Sauerland-Seen.

Das seit 2019 vom Bund geförderte Modellvorhaben "Smart Cities – 5 für Südwestfalen" ist in seiner Wechselwirkung zur REGIONALE 2025 und der Umsetzung der südwestfälischen Strategie "digital – nachhaltig - authentisch" von besonderer Bedeutung. Auf Basis einer gemeinsamen Rahmenstrategie setzt das Konsortium aus fünf Kommunen unter Federführung der Südwestfalen Agentur GmbH arbeitsteilig konkrete Vorhaben zum Thema „Smart City“ um.

Der Wissenstransfer zu anderen Kommunen wird über eine „Smart City Schule“ organisiert. Neben dem Pilotprojekt „Offene regionale Datenplattform“ hat sich in der REGIONALE ein Projekt zur Sicherung der Nachhaltigkeit aus dem Bundesmodellvorhaben entwickelt. Ein „Smart Region Hub“ (inkl. des Projekts „Wir sind digital.Dorf“) soll als Kompetenz und Anwenderzentrum etabliert werden, um die besten Smart Cities Anwendungen also Lösungen auch für kleinere Kommunen zugänglich zu machen und diese bei der Umsetzung

vor Ort zu unterstützen. Die Südwestfalen Agentur GmbH steht im engen Austausch mit dem Bundesbauministerium sowie dem Bau- und Digitalisierungsministerium NRW, um Unterstützung zu organisieren. Insgesamt übernimmt die Südwestfalen Agentur eine zentrale Koordinations- und Transferfunktion – auch zum bundesweiten Netzwerk. Messen wie die „Smart Country Convention“ in Berlin werden aktiv als Plattform genutzt.

Im Jahr 2024 wurde der mit den südwestfälischen Volksbanken initiierte und von ihnen unterstützte „Zukunftsdialog Wohnen und Arbeiten“ fortgesetzt. In hybrid durchgeführten Veranstaltungen wurden dabei Fragestellungen des Wohnungsmarktes insbesondere vor dem Hintergrund der sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen und Sichtweisen aufgegriffen. Weitere Veranstaltungen sind in 2025 vorgesehen. Unter anderem sollen in einer zentralen Veranstaltung und einem Themenheft die Erkenntnisse aus den Zukunftsdialogen diskutiert bzw. aufbereitet werden.

Die Regionalmarketing-Aktivitäten der Südwestfalen Agentur GmbH konnten in 2024 wie geplant fortgesetzt werden. Es ist erneut gelungen, die Zahl der Mitgliedsunternehmen im Verein „Wirtschaft für Südwestfalen e.V.“ zu erhöhen: So stieg die Zahl der Vereinsmitglieder um 27 auf inzwischen 427 an.

Zentrale Aktivitäten im Bereich Marke Südwestfalen

Besonderes Augenmerk in 2024 lag ab Januar auf der Umsetzung des erfolgreich eingereichten Projektantrags „Arbeitgeberschmiede Südwestfalen“ im „EFRE-Regio.Call NRW“: Um die Marke Südwestfalen als starke und attraktive Wirtschaftsregion bekannt zu machen und relevante Botschaften zu entwickeln, wird das Projekt „Arbeitgeberschmiede Südwestfalen – das Transformations- und Change-Netzwerk“ umgesetzt. Die Südwestfalen Agentur GmbH und sechs weitere Institutionen möchten dabei Südwestfalen als attraktive Arbeitgeber-Region bekannter machen und arbeitsteilig vorgehen. Unser gemeinsames Ziel: Die vielen Unternehmen im wirtschaftsstarken Südwestfalen unterstützen, sich als attraktive Arbeitgeber zu positionieren, um so noch besser neue Mitarbeitende zu gewinnen und etablierte Fachkräfte zu halten. Das Projekt ist auf drei Jahre bis Ende 2026 angelegt.

Konzipiert und umgesetzt wurde erstmals der Podcast „Auf Du und Du mit Weltmarktführern aus Südwestfalen“, der zum Ziel hat, weltmarktführende Unternehmen der Region und ihre führenden Köpfe ganz persönlich vorzustellen. Besonders gestartet ist er im Kreis Soest, um dort die Bekanntheit Südwestfalens zu stärken, ebenso wurde ein Bilder-Wettbewerb im Kreis Soest umgesetzt, der den „Bilderpool Südwestfalen“ füttert.

Weitere Maßnahmen wurden fortgeführt, unter anderem das Südwestfalen-Magazin (www.suedwestfalen-mag.com) mit positiven Nachrichten aus Südwestfalen, oder auch der Bilderpool Südwestfalen. Die Social Media-Aktivitäten wurden weiter gestärkt, insbesondere auch auf LinkedIn. Die Nachfrage im „Südwestfalen Online-Shop“ blieb auch 2024 stabil, einige Produkte konnten ergänzt werden, u.a. Kennzeichenrahmen im Südwestfalen-Design. Auch die öffentlichkeitswirksame Südwestfalen-LKW-Aktion konnte fortgeführt werden: Inzwischen sind mehr als 60 LKW auf den Straßen unterwegs, ein erster „KUNST-LKW“ mit dem Künstler Jack Mason wurde produziert. Das Projekt „Vernetzte Kooperationsregionen“ wurde durch die positive Resonanz und das Interesse aller Partnerregionen weiter umgesetzt, auch wenn die offizielle Förderung hierzu ausgelaufen ist.

Zentrale Aktivitäten im Bereich Fachkräftesicherung:

Erstmals wurde mit den südwestfälischen Kommunen: der „Runde Tisch – Willkommen in Südwestfalen“ erfolgreich als „Barcamp-Format“ etabliert. Das Berufsorientierungs-Programm „Gap Year Südwestfalen“ entwickelte sich erfolgreich weiter: Mehr als 80 Unternehmen (in 2023: 60) nehmen inzwischen am Programm teil, ein neuer Jahrgang an Teilnehmern konnte starten. Die Teilnehmenden sind begeistert und finden häufig im Anschluss einen Weg in die Unternehmen zwecks Ausbildung etc. Zudem wurde das

Rückkehrer-Projekt „Heimvorteil HSK“ weiter fortgeführt, das unter der Führung der Wirtschaftsförderung des Hochsauerlandkreises umgesetzt wird. Auch diverse Messeauftritte in der Region und außerhalb wurden umgesetzt. Der „Bewerberpool Südwestfalen“, der durch die „Ontavio GmbH“ umgesetzt und in Kooperation mit der Südwestfalen Agentur vermarktet wird, enthält rund 4.000 Steckbriefe.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

- Der Zuschlag der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Ausrichtung der REGIONALE 2025 sowie die Auswahl als "Smart City-Modellregion" hat die Region Südwestfalen in eine herausragende Position gebracht, wichtige strukturelle Herausforderungen mit Hilfe der Digitalisierung anzugehen. In den Bewerbungsverfahren der beiden Programme hat die Südwestfalen Agentur GmbH eine koordinierende Funktion inne gehabt.
- Diese positive Wertung wurde auch bei der Evaluierung der Wirksamkeit von Strukturen, Verfahren und Arbeit der Südwestfalen Agentur GmbH deutlich. Die dabei herausgearbeiteten Handlungsempfehlungen wurden diskutiert und in die Strukturen wie in die Aufgabenstellungen überführt. Die positive Außenwirkung der innovativen Prozesse in Südwestfalen spiegelt sich in den vermehrten Anfragen/Bereisungen externer Fachgruppen wieder.
- Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der o.a. Evaluierung haben die Gesellschafter 2017 nicht nur die inhaltlichen wie strukturellen Veränderungen der Südwestfalen Agentur GmbH beschlossen. Es wurden ebenso Vereinbarungen zur Finanzierung der Gesellschaft bis 2026 getroffen. Diesen validen strategischen wie operativen Rahmen füllt die Gesellschaft konsequent in den damit einhergehenden Entwicklungsschritten aus. Mit dem Zuschlag für die REGIONALE 2025 ist eine Projektförderung dieses Aufgabenbereiches aus Mitteln des Städtebauministeriums von 2018 bis Ende 2026 verbunden.
- Zur Sicherung der mittel- bis langfristigen Finanzierung der Strukturen und Aktivitäten der Südwestfalen Agentur GmbH wurde Ende 2023 ein Strategie- und Abstimmungsprozess innerhalb der Gesellschafterstrukturen angestoßen. Dieser wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates im November 2023 eingeleitet. Die Geschäftsführung erarbeitete Szenarien zur strategisch-inhaltlichen wie strukturellen Ausrichtung der Südwestfalen Agentur GmbH ab 2027. Auf Basis dieser Überlegungen wird eine Erörterung sowohl im Kreis der Gesellschafter als auch im Dialog mit relevanten Stakeholdern der Region erfolgen. Beschlussfassungen in den Kreistagen sind für den Frühsommer 2026 vorgesehen. Aufgrund der vorliegenden Signale steht ein Weiterbestand der Gesellschaft über 2026 hinaus außer Frage.
- Gleichwohl bleibt unverkennbar ein Risiko, in welchem Umfang die öffentlichen Gesellschafter vor dem Hintergrund der Entwicklungen kommunaler Haushalte in der Lage sein können, die erklärten Finanzierungsbeiträge zur Südwestfalen Agentur GmbH zu leisten.
- Über den Auf- und Ausbau nachbarschaftlicher strategischer Verbindungen hinaus wirkt die Südwestfalen Agentur GmbH auch im Verbund "regionen.NRW" der Regionalmanagements auf Landesebene mit. Dieser ist etabliert und in den entsprechenden Strukturen bzw. Netzwerken zu Ressorts der Landesregierung eingebunden. So vertritt die Südwestfalen Agentur GmbH die Region im EFRE-Begleitausschuss beim NRW-Wirtschaftsministerium und ist aktuell eingebunden in die Diskussionen mit der EU-Kommission zur Ausgestaltung der Kohäsionspolitik in der neuen EU-Förderphase ab 2028.
- Zur Festigung der Strukturen trägt die weiter steigende Zahl an Mitgliedsunternehmen im Verein „Wirtschaft für Südwestfalen e.V.“ bei. Die damit einhergehenden steigenden Finanzmittel der Wirtschaft bilden ein solides Fundament zur Weiterentwicklung der Aktivitäten im Regionalmarketing. Dabei bietet das neue Fachkräfteprojekt „Arbeitgeberschmiede Südwestfalen“ die gute Gelegenheit, das regionale Gestalter-

Netzwerk partnerschaftlich zu festigen und mit dem sehr relevanten Thema der Fachkräftesicherung weitere Unternehmenskreise an die Arbeit der Agentur heranzuführen.

- Beim Südwestfalen-Forum 2024 in Bad Sassendorf kamen gut 250 Teilnehmende aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Bildung aus der ganzen Region zusammen um einen strategischen Blick auf Südwestfalen und die Entwicklung der Region zu richten. Es wurde dabei erörtert, welche Weichen gestellt werden müssen, um auch in den nächsten Jahren stark und zukunftsfähig aufgestellt zu sein. Die Veranstaltung stand unter dem Leitgedanken „Wohin geht die Reise?“. Dabei wurde u.a. betrachtet: Was ist wichtig in den Jahren 2027+, wenn die „REGIONALE 2025“ in Südwestfalen abgeschlossen ist? Welche zentralen Herausforderungen müssen und sollen in Südwestfalen im Schulterschluss der 59 Kommunen und 5 Kreise und im Schulterschluss zwischen Politik, Wirtschaft und regionalem Netzwerk angegangen werden?

Das Forum macht erneut die hohe Qualität der südwestfälischen Diskussions- und Kooperationskultur deutlich.

Kommunale Beihilfen vor dem Hintergrund des EU-Rechtes

Die Südwestfalen Agentur GmbH hat im Jahr 2024 von den Gesellschaftern folgende Zuzahlungen in die Kapitalrücklage erhalten:

1. Südwestfälische Kreise:	1.150.000 EUR
2. Wirtschaft für Südwestfalen e.V.	<u>570.000 EUR</u>
	1.720.000 EUR

Die Gesellschaft erzielt aufgabenbedingt Verluste, so dass sie für die Fortführung ihrer Unternehmenstätigkeit auf Kapitaleinlagen der Gesellschafter angewiesen ist. Dem Jahresfehlbetrag 2024 von 1.683 TEUR stehen Zuzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage von 1.720 TEUR gegenüber.

Bereits im Lagebericht zum Jahresabschluss 2012 hat die Geschäftsführung auf die Beachtung beihilferechtlicher Aspekte in diesem Zusammenhang hingewiesen: Unter Berücksichtigung der Vorschriften des Artikels 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist eine Rückzahlungsverpflichtung dieser Zuzahlung für den Fall nicht mit Sicherheit auszuschließen, dass die Südwestfalen Agentur GmbH wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt und damit den Wettbewerb in der EU verfälschen würde. Weitgehende Rechtssicherheit ist zu erlangen, indem ein sog. „Betrauungsakt“ der öffentlichen Gesellschafter für die Südwestfalen Agentur GmbH erfolgt.

Der Aufsichtsrat hat hierzu in seiner Sitzung am 22.05.2013 die Ausführungen der Geschäftsführung unter Berücksichtigung der Einschätzung eines Fachanwaltes zur Kenntnis genommen. Handlungsbedarf wurde einvernehmlich nicht gesehen, jedoch eine weitere Beobachtung der Thematik vereinbart. Die Gesellschafterversammlung der Südwestfalen Agentur GmbH wurde im Rahmen der Sitzung am 04.06.2013 hierzu informiert.

Die Geschäftsführung der Südwestfalen Agentur GmbH hat dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 21.05.2014 empfohlen, im Zuge der organisatorischen Neuaufstellung der Südwestfalen Agentur GmbH und der damit einhergehenden Konkretisierung des Aufgaben- und Leistungsprofils eine erneute beihilferechtliche Betrachtung vorzunehmen.

Die Ergebnisse dieser Prüfung wurden der Gesellschafterversammlung am 25.11.2014 zur Kenntnis gegeben. Die Notwendigkeit eines „Betrauungsaktes“ durch die öffentlichen Gesellschafter wurde weiterhin nicht gesehen, dennoch sahen Geschäftsführung,

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung die Notwendigkeit, eine fortlaufende Betrachtung vorzunehmen. Von besonderer Bedeutung ist dabei eine zwischenzeitliche Entwicklung auf Bundes- bzw. Landesebene. Durch einen Monitoring-Bericht des Bundes ist die EU-Kommission auf die von den Gesellschaftern durch politischen Beschluss erlassenen Betrauungsakte für die Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Städte Münster und Gütersloh sowie des Kreises Coesfeld aufmerksam geworden. Diese wurden zur Prüfung angefordert. Mit Unterstützung des NRW-Wirtschaftsministeriums erfolgte ein umfangreicher Bericht der drei Organisationen an Brüssel. Zudem verfasste der Bund eine ergänzende Stellungnahme. Die EU-Kommission hatte 2019 erklärt, ein Nachprüfverfahren zu Betrauungsakten von Wirtschaftsförderungsgesellschaften aufgrund fehlender Beschwerden trotz erheblicher Zweifel an der Beihilfekonformität einzelner Maßnahmen zu schließen. Im Jahr 2024 gab es diverse Entwicklungen und Diskussionen im Bereich des EU-Beihilferechts, die auch für Wirtschaftsförderungsgesellschaften relevant sind. Insbesondere die strengere Auslegung und Umsetzung des Beihilferechts, sowie die Auswirkungen von Urteilen des EuGH und EuG waren Themen. Es erscheint sinnvoll und notwendig, die weiteren Entwicklungen zu beobachten.

In seiner Sitzung am 26.11.2024 hat sich der Aufsichtsrat der Südwestfalen Agentur GmbH mit einer Änderung der Gemeindeordnung NRW befasst. Danach besteht die Möglichkeit, öffentliche Gesellschaften von umfangreichen Offenlegungs- und Prüfungspflichten zu entlasten und sich an den Vorgaben für nichtöffentliche Gesellschaften gleicher Größenordnung zu orientieren. Der Aufsichtsrat hat sich für eine Vereinfachung der Berichtspflichten wie auch die Entbindung der Südwestfalen Agentur GmbH von der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung ausgesprochen und den Gesellschaftern eine entsprechende Empfehlung zur Änderung des Gesellschaftsvertrages vorgeschlagen. Aktuell werden in den fünf südwestfälischen Kreistagen die notwendigen Beschlüsse hierzu eingeholt. Eine dem folgende Änderung des Gesellschaftsvertrages ist für die zweite Jahreshälfte 2025 vorgesehen.

Sauerland-Tourismus e.V.

Bad Fredeburg
Johannes-Hummel-Weg 1
57392 Schmallenberg
Telefon 02974/ 96 98 0
E-Mail info@sauerland.com
Internet www.sauerland.com

Der Sauerland-Tourismus e.V. hat den Zweck, in enger Abstimmung mit den Orten bzw. touristischen Arbeitsgemeinschaften, den Tourismus im Sauerland zu fördern.

Der Verein agiert als touristischer Regionalverband an den Erfordernissen des Marktes.

Seine Aufgaben sind insbesondere die Entwicklung des touristischen Leitbildes der Region, Themenmarketing, Interessenvertretung des Sauerland-Tourismus nach innen und außen sowie die Vertretung des Sauerland-Tourismus in touristischen Dachverbänden.

Nach dem Bestellerprinzip kann der Sauerland-Tourismus e.V. darüber hinaus weitere touristische Aufgaben übernehmen, sofern die Finanzierung durch die Auftraggeber sichergestellt ist.

Der Verein verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

Mitglieder des Vereins sind gemäß Vereinssatzung der Hochsauerlandkreis, der Märkische Kreis, der Kreis Olpe und der Kreis Soest sowie seit 2021 der Landkreis Waldeck-Frankenberg. Darüber hinaus können u.a. alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden der bereits genannten Mitglieder, im Sauerland tätige Unternehmen sowie weitere natürliche oder juristische Personen mit einem Bezug zum Sauerland-Tourismus zu Mitgliedern werden.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Mitgliederversammlung	Jens Hoheisel, Kreis Soest (Stimmführer) KT-Abg. Martin Vollmer KT-Abg. Gregor Dolle KT-Abg. Erwin Koch KT-Abg. Jan Hülsemann	Sonja Claus, Kreis Soest KT-Abg. Michael Grossmann KT-Abg. Mechthild Niggemeier Niclas Dittrich (SB) KT-Abg. Ilona Kottmann-Fischer

2. Vorstand Jens Hoheisel, Kreis Soest

3. Geschäftsführung Dr. Jürgen Fischbach

Rechtsform: eingetragener Verein

Gründungsjahr: 2003

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	65	38	44	7
Anlagevermögen	65	38	44	7
Vorräte	14	16	17	1
Forderungen und sonst. Vermögensg.	117	60	236	124
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	404	592	372	229
Umlaufvermögen	535	668	625	354
Rechnungsabgrenzungsposten	19	22	45	30
SUMME AKTIVA	620	729	713	391
PASSIVA				
Gewinnvortrag	601	634	467	261
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	-115	-33	167	26
Eigenkapital	487	601	634	287
Rückstellungen	51	55	49	46
Verbindlichkeiten	79	69	31	58
Rechnungsabgrenzungsposten	3	4	0	0
SUMME PASSIVA	620	729	713	391

Die Bilanz schließt mit einer Bilanzsumme von 620 TEUR (Vorjahr: 729 TEUR) ab.

Veränderungen bei den Sachanlagen ergaben sich insbesondere beim Fuhrpark (+ 32 TEUR im Vergleich zum Vorjahr).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind gegenüber dem Vorjahr um 26 TEUR gesunken. Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 87 TEUR und sind gegenüber dem Vorjahr um 83 TEUR angestiegen. Darin enthalten sind beantragte Fördergelder für die Projekte "Smartes Tourismuslabor", "Tourismus Data Intelligence Initiative NRW" und "Grenzenlos" in Höhe von insgesamt 63 TEUR.

Die liquiden Mittel haben sich stichtagsbezogen von 592 TEUR auf 404 TEUR verringert.

Das Eigenkapital beträgt 487 TEUR (Vorjahr: 601 TEUR).

Die Eigenkapitalquote ist aufgrund des Jahresfehlbetrages im Vergleich zum Vorjahr von 82 % auf 79 % gesunken.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind von 44 TEUR zum auf 59 TEUR gestiegen.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	283	265	252	220
Sonstige betriebliche Erträge	1.428	1.422	1.939	1.211
Personalaufwand	-731	-687	-666	-616
Betriebsergebnis	981	1.000	1.536	814
Abschreibungen	-14	-16	-27	-8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.095	-1.023	-1.330	-780
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	8	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-114	-32	167	26
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	-115	-33	167	26

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2024 weist einen Jahresfehlbetrag von 115 TEUR (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 33 TEUR) aus.

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. So wurden in 2024 mit 283 TEUR im Vergleich zum vorangegangenen Jahr 18 TEUR mehr Umsatzerlöse erzielt.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen (1.428 TEUR) sind im Wesentlichen Mitgliedsbeiträge mit 1.271 TEUR enthalten. Die Mitgliedsbeiträge sind gegenüber dem Vorjahr um 1 TEUR leicht gestiegen, da im Jahr 2024 ein Mitglied dem Verein beigetreten ist. Ferner sind unter den sonstigen betrieblichen Erträgen die erhaltenen Fördergelder ausgewiesen.

Die vereinnahmten Fördergelder (sonstige betriebliche Erträge) von 116 TEUR (Vorjahr: 116 TEUR) haben sich der Höhe nach nicht verändert. Die im Jahr 2024 vereinnahmten Fördergelder entfielen auf die Projekte "Smartes Tourismuslabor", "Tourismus Data Intelligence Initiative NRW", "Grenzenlos" und "Nachhaltigkeitswerkstatt".

Der Personalaufwand beträgt 731 TEUR und ist damit um 44 TEUR höher als im Vorjahr (687 TEUR). Ursächlich hierfür war u. a. der Anstieg des durchschnittlichen Personalbestandes im Berichtsjahr im Vergleich zum vorangegangenen Jahr.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 72 TEUR auf 1.095 TEUR in 2024 angestiegen. Die hierin enthaltenen Werbe- bzw. Marketingaufwendungen sind in 2024 gegenüber dem Vorjahr um 29 TEUR auf 589 TEUR angestiegen. Zu den Marketingaufwendungen zählten im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen Aufwendungen für Onlinemarketing mit 117 TEUR, Messen, Präsentationen und Anzeigen mit 103 TEUR, Print mit 72 TEUR und Datenmanagement und Vertrieb mit 71 TEUR.

Die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen Aufwendungen für die Personalgestellungen sind mit 200 TEUR im Vergleich zum Vorjahr (201 TEUR) der Höhe nach nahezu gleichgeblieben.

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Angestellte	17	13	12	11
Auszubildende	1	1	0	0
Mitarbeiter per Personalgestellung	2	2	2	2
Aushilfen	0	2	2	1
Summe	20	18	16	14

Mit notariellem Verschmelzungsvertrag vom 31.08.2021 ist der Sauerland-Radwelt e.V. mit Wirkung zum 01.01.2022 auf den Sauerland-Tourismus e.V. verschmolzen worden.

Gemäß Beitragsordnung liegt der Mitgliedsbeitrag für den Kreis Soest bei 40 TEUR.

Der Ausweis erfolgt im Haushalt des Kreises Soest nicht im Produkt Beteiligungen, sondern aufgrund der Tourismus-Zuordnung im Dezernat 06 Regionalentwicklung.

Zweckverband Naturpark Arnsberger Wald

Hoher Weg 1-3
59494 Soest
Telefon 02921/30-2252

Der Zweckverband Naturpark Arnsberger Wald wurde 1961 von den damaligen Kreisverwaltungen Soest, Lippstadt, Brilon, Meschede und Arnsberg gegründet. Heutige Träger des Zweckverbandes sind der Kreis Soest und der Hochsauerlandkreis.

Wichtigste Aufgabe des 599 km² großen Naturparkes ist es, die Nutzung und den Schutz von Natur und Landschaft zu verbinden und eine ausgewogene Balance zwischen intakter Natur, guter Lebens- und Wohlfühlqualität und wirtschaftlichem Wohlergehen anzustreben. Naturparke sind damit Vorbildlandschaften für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Von der Gesamtfläche des Arnsberger Waldes sind 65 % als Landschaftsschutzgebiet und 26 % als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Daher ist ein besonders sensibler Umgang bei der Planung und Durchführung von Projekten erforderlich.

Als Initiator und verantwortliche Projektstelle für den 240 Kilometer langen Premiumwanderweg „Sauerland Waldroute“ zwischen Iserlohn und Marsberg trägt der Naturpark in bedeutendem Umfang zur touristischen Wertschöpfung für die gesamte Region bei.

Seit vielen Jahren arbeiten der Naturpark und das Landschaftsinformationszentrum in Möhnesee-Günne (LIZ) im Rahmen der gemeinsamen Bildungsaufgaben eng miteinander. Unterstützt durch 2 Ranger des Landesbetriebes „Wald und Holz NRW“ sowie dem Ranger und Naturparkbotschafter der Stadt Rüthen werden jedes Jahr eine große Zahl an Führungen und Exkursionen in den Naturpark angeboten. Naturparkführer erweitern das Angebot an Veranstaltungen und Führungen, die sich großer und wachsender Beliebtheit erfreuen.

Mit dem Infopunkt „Waldschiff“ im Bibertal gibt es einen weiteren Ausgangspunkt für Umweltbildungsangebote im östlichen Teil des Naturparks. Hier ist auch die Rangerstation untergebracht.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 – 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Verbandsversammlung Kreis Soest	Marianne Rennebaum, Kreis Soest	Philipp Büngeler Kreis Soest
	KT-Abg. Gregor Dolle	KT-Abg. Timo Zimmermann
	KT-Abg. Maximilian Wulf	KT-Abg. H.-J. Nürnberg
	KT-Abg. Dr. Günter Fiedler	KT-Abg. Heike Kruse
	KT-Abg. Lennard Schlöffel	KT-Abg. Jan Hülsemann
	KT-Abg. Jürgen Schulze-Nieden	KT-Abg. Fabian Griewel

2. Verbandsvorsteher Dr. Jürgen Wutschka, Kreis Soest / Dezernent Peter Franken

3. Geschäftsführung Jens Hoheisel, Kreis Soest

Die Kassengeschäfte des Zweckverbandes werden durch die Geschäftsstelle des Zweckverbandes Naturpark Arnsberger Wald abgewickelt, die Buchführung erfolgt durch einen beauftragten Steuerberater.

Der Umlagezuschuss 2024 des Kreises Soest beträgt 148 T€.

Für 2025 sind 148 T€ geplant.

Der Ausweis erfolgt im Haushalt des Kreises Soest nicht im Produkt Beteiligungen, sondern aufgrund der Tourismus-Zuordnung dezentral im Dezernat 06.

Auszug aus dem Geschäftsbericht der Geschäftsführung 2024
--

Neben dem laufenden Tagesgeschäft, welches die Unterhaltung der Naturparkanlagen, die Pflege und Erweiterung der Infrastruktur und den Erhalt der Kulturlandschaft Arnsberger Wald beinhaltet, setzt der Naturpark nachfolgende Projekte um:

Sauerland-Waldroute

Der Fokus im Jahr 2024 wurde auf die Rezertifizierung der Sauerland-Waldroute beim Deutschen Wanderverband als „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ gelegt. Ende 2024 konnte der Wanderverband die Rezertifizierung dann auch wieder bestätigen.

Bedauerlicherweise hat einer der Ranger den Landesbetrieb Wald und Holz NRW verlassen, sodass auf der Waldroute vorerst lediglich zwei Ranger im Einsatz sind.

Die Sauerland-Waldroute wurde bei der Wahl zu „Deutschlands Schönster Wanderweg“ nominiert und gewinnt damit erheblich an Marketingpotenzial. Sie ist der einzige nominierte Weg aus NRW und kann somit erheblich an Bekanntheit gewinnen.

Zwei neue Trekkingplätze an der Sauerland-Waldroute bieten unvergessliche Naturerlebnisse und laden dazu ein, eine Nacht mitten im Grünen zu verbringen.

Auch das Social Media Marketing wurde weiter ausgebaut mit innovativen Mikroabenteuer-Kampagnen und Wandertipps der Highlights am Weg.

Die Homepage der Waldroute wurde aktualisiert und ist somit für das Wanderjahr 2025 gut aufgestellt.

Zusätzlich erfolgten mehrere Veröffentlichungen in Form von Berichten, Anzeigen bzw. Artikeln in diversen Zeitschriften.

Wanderungen mit den Naturparkführern

Im Jahr 2024 sind wieder zahlreiche interessante Wanderungen mit den Naturparkführern des Naturpark Arnsberger Wald durchgeführt worden. Auf den rund 4 bis 15 km langen Exkursionen wurden aktuelle und geschichtliche Themen rund um den Arnsberger Wald von den zertifizierten Natur- und Landschaftsführern vermittelt. Die Führungen stießen wieder auf große Resonanz.

Naturentdeckerorte im Naturpark

Im Zuge der Regionale 2025 arbeitet der Naturpark Arnsberger Wald gemeinsam mit dem Naturpark Diemelsee und dem Naturpark Sauerland Rothaargebirge am Projekt „Naturentdeckerorte – Naturerleben für die Jüngsten“ und hat hierfür bereits den Zweiten und Dritten Stern erhalten. An verschiedenen Plätzen in Südwestfalen sollen Kinder und Familien die heimische Flora und Fauna mit allen Sinnen und auch mit digitalen Hilfsmitteln erkunden können. Durch dieses Projekt möchte man junge Menschen für die Natur in der Region sensibilisieren und auch die touristische Infrastruktur stärken.

Die Umsetzung des Projekts wird mit EFRE-Mitteln erfolgen. Der Bewilligungsbescheid ist Mitte des Jahres 2024 eingegangen.

Projekt Wanderwegweisung

Ziel des Projektes „Wanderwegweisung“ ist eine gezielte und eindeutige Besucherlenkung auf dem vorhandenen Wegesystem. Durch eine Überarbeitung der Wegeführung in Verbindung mit einer Reduzierung des vorhandenen Wegenetzes können Ruhezeiten für die Tier- und Pflanzenwelt geschaffen und ungewollte Störungen durch Erholungssuchende verringert werden. Da Trockenheit und Käferkalamität umfangreiche Forstarbeiten erforderlich machten und das Wegesystem an vielen Stellen stark beeinträchtigt wurde, konnte das Projekt in 2024 nicht weiter umgesetzt werden.

Die in 2024 abgerufenen Mittel wurden wie geplant ausgegeben für die Planung und Festlegung der Wegweiserstandorte, einschließlich der textlichen Inhalte sowie der entsprechenden GIS Dokumentation und der Erarbeitung eines Leistungsverzeichnisses zur Ausschreibung.

Aufgrund der aktuellen Kalamitätssituation konnte das Aufstellen der Wegweiser derzeit noch nicht vorgenommen werden. Die Umsetzung des Projektes soll nun zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Grundschule erneut als Naturpark-Schule zertifiziert sowie weitere Naturpark-Schule Ausgezeichnet

Die Nikolaus-Grundschule in Rüthen hat die Rezertifizierung als Naturpark-Schule geschafft. Als erste Schule im Naturpark Arnsberger Wald hatte die Nikolaus-Grundschule 2017 die Auszeichnung vom Verband Deutscher Naturparke (VDN) erhalten. Nach eingehender Prüfung konnte das Zertifikat erneut vergeben werden. Der Vorstandsvorsteher des Zweckverbands Naturpark Arnsberger Wald überreichte die Urkunde sowie die Plakette an die Schulleiterin. Sie berichtete über Projekte wie z. B. eine Bibertal-Pflanzaktion oder auch Ausflüge, z. B. als Naturparkentdecker.

Im Jahr 2024 konnte ebenfalls eine weitere, inzwischen dritte, Naturpark-Schule ausgezeichnet werden. Die St. Margaretha-Grundschule in Warstein-Sichtigvor darf sich jetzt offiziell Naturparkschule nennen. Neben der Verpflichtung, einmal im Schuljahr das Thema Naturpark im Unterricht zu behandeln, profitiert die Schule von zahlreichen Kooperationsangeboten mit dem Naturpark. Dieser unterstützt z. B. bei Exkursionen und Projekttagen.

Die Auszeichnung „Naturpark-Schule“ oder „Naturpark-KiTa“ ist eine bundesweite Auszeichnung des Verbandes Deutscher Naturparke (VDN), die die einzelnen Naturparke im Namen des VDN auf der Grundlage eines bundesweit geltenden Kriterienkatalogs an Schulen und KiTas in ihrem Naturpark verleihen können.

Im ersten Halbjahr des Jahres 2024 ging dann auch die erste Naturpark-KiTa offiziell an den Start. Die KiTa Niederbergheim in Warstein-Niederbergheim bekam durch den Vorstandsvorsteher die Zertifizierungsplakette sowie die Ernennungsurkunde überreicht.

Projekt Smart Wood erhält dritten Stern der REGIONALE 2025

Smart Wood macht den Naturpark Arnsberger Wald digital erlebbar. An verschiedenen Stationen soll künftig ein virtueller Ranger Groß und Klein mehr über den Klimawandel, seine Folgen und spannende Themen aus der Natur erzählen. Wer die QR-Codes an den Infotafeln mit seinem Smartphone scannt, dem erzählt der virtuelle Ranger mehr über den Waldumbau und Aktivitäten in der Natur.

Auf diese Weise nutzt das Projekt die Möglichkeiten der Digitalisierung, um die thematischen Alleinstellungsmerkmale des Naturparks Arnsberger Wald mittels neuer digitaler Technologien darzustellen. Das Angebot wird am Besucherverhalten ausgerichtet und umfasst eine Vielzahl an digitalen Optionen, die vor, während oder nach einem Besuch genutzt werden können.

Ziel des Projektes, das vom Land NRW im Rahmen der REGIONALE 2025 unterstützt wird, ist, den Naturpark Arnsberger Wald noch stärker als attraktiven Erlebnis- und Lernort bekannt zu machen.

Langes Wochenende der NRW-Naturparke

Auch in 2024 hat sich der Naturpark Arnsberger Wald an der Veranstaltung „Naturparke 24“ mit zwei Wanderungen beteiligt.

Unter dem Motto „Die Hohe Jagd – Auf den Spuren der Jagd am Möhnesee“ nahmen die Naturparkführer Interessierte mit auf eine Reise durch den ehemaligen Wildpark des Barons von Donner. An acht Stationen konnten die Teilnehmer Besonderheiten entdecken.

Die zweite Wanderung zeigte „Wald und Jagd im Wandel der Zeit“. Dieser wechselvollen Geschichte im Arnsberger Wald widmeten sich die Naturparkführer während einer gut sechs Kilometer langen Wanderung auf einem Teil der Sauerland-Waldroute.

Regionalagentur Hellweg – Hochsauerland e.V.

Geschäftsstelle
Am Rothaarsteig 1
59929 Brilon

Internet www.regionalagentur-hellweg-hochsauerland.de

Der Regionalagentur Hellweg-Hochsauerland e.V. ist eine von 16 Agenturen in NRW, die die Regionen und ihre Akteure mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (MAGS) verbindet.

Sie bilden die Schnittstelle zwischen der Landespolitik zur Umsetzung des ESF (Europäischer Sozialfonds) auf der einen und den zahlreichen Akteuren aus Kommunen, Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen in ihrer Region auf der anderen Seite. Die Regionalagenturen entwickeln gemeinsam mit den Partnern Ziele und Handlungskonzepte im Hinblick auf die Bedarfe und Ressourcen vor Ort.

Zu den regionalen arbeitsmarktpolitischen Zielen gehören:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen
- Erhöhung der Qualifikation und Kompetenzen von Beschäftigten
- Verbesserung der beruflichen Integration besonderer Personengruppen
- Verhinderung der Ausgrenzung von besonders Benachteiligten am Arbeitsmarkt
- Förderung der Erwerbsfähigkeit von Frauen und die
- Gewinnung und Sicherung von Fachkräften.

Zu den Aufgaben der Regionalagentur gehören

- Analyse von Stärken, Schwächen und Handlungsbedarfen der Region (z.B. Arbeits- und Fachkräftebedarf; Ausbildungssituation, Qualifikationsstrukturen, Demografische Entwicklung);
- Erarbeitung von Empfehlungen zu Aktivitäten der Region;
- Initiierung und Umsetzung von Vorhaben, Konzepten und regional wirksamen Strategien;
- Unterstützung der Regionen bei der Teilnahme an Kampagnen, Modellprojekten und Initiativen des Landes;
- Initiierung und Vorbereitung der fachlichen Bewertung, Mitwirkung bei der Priorisierung von Projekten im Kontext der regionalen Schwerpunktsetzung und im Zusammenhang mit Modellvorhaben des Landes bzw. der Landesinitiativen;
- Unterstützung bei der Qualitätssicherung der regionalen Vorhaben;
- Monitoring der eingeleiteten Maßnahmen;
- Begleitung und Umsetzung des Gender Mainstreaming

Träger der Regionalagentur ist der Verein „Regionalagentur Hellweg-Hochsauerland e.V.“. Der Verein ist Anstellungsträger der Beschäftigten.

Der Regionalagentur Hellweg-Hochsauerland e.V. betreut den Hochsauerlandkreis und den Kreis Soest.

Vereinsmitglieder sind wirtschaftsrelevante Organisationen in der Region wie die DGB-Regionen, die Fachhochschule Südwestfalen, die Handwerkskammern Südwestfalen und Dortmund, die Landwirtschaftskammer NRW, der Hochsauerlandkreis, die Industrie- und Handelskammer Arnsberg Hellweg-Sauerland, der Kreis Soest, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hochsauerlandkreis mbH und die Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH sowie der Unternehmensverband Westfalen-Mitte.

Im Vorstand wird der Kreis Soest durch den Sozial-Dezernenten Sascha Kudella vertreten.

Gefördert wird die Regionalagentur durch Landes- und ESF-Mittel sowie den Kreis Soest und den Hochsauerlandkreis.

Der Lenkungskreis ist das formale Entscheidungsgremium. Er steuert die Arbeit der Regionalagentur. Dem Lenkungskreis gehören Vertreter der Kreise, Kammern, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Wirtschaftsförderungen, Sozialpartner, Hochschulen sowie der institutionalisierten Frauenpolitik an.

Vorsitzender des Lenkungskreises ist Herr Professor Dr. Volker Verch, Geschäftsführer des Unternehmensverbandes Westfalen-Mitte e.V.

Wesentliche Aufgabe des Lenkungskreises ist die Erarbeitung, Festlegung und Fortschreibung regionaler arbeitsmarktpolitischer Entwicklungsstrategien und die Abgabe der regionalen Stellungnahmen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Projekte.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

Mitgliederversammlung	KT-Abg. Stephan Dobat
Vorstand	Sascha Kudella, Kreis Soest
Lenkungskreis	Sascha Kudella, Kreis Soest und Stephan Dobat, Kreistag Kreis Soest

2. Geschäftsführung

Thomas Henke

Rechtsform: eingetragener Verein

Gründungsjahr: 2005
(2004 Gründung des Vorläufers als "Gesellschaft bürgerlichen Rechts")

Die nach Festbetragsförderung durch MAGS und ESF verbleibenden Restkosten der Regionalagentur werden zu gleichen Teilen vom Kreis Soest und dem HSK getragen.

In 2024 betrug der Mitgliedsbeitrag für den Kreis Soest 30 TEUR.

Der Ausweis erfolgt im Haushalt des Kreises Soest nicht im Produkt Beteiligungen, sondern aufgrund der Zuordnung zum Bereich Soziales dezentral.

Beteiligungen nach Handlungsfeldern



Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH

Bismarckstraße 2
59505 Bad Sassendorf
Telefon 02921/ 501-1704
Internet www.westfaelisches-gesundheitszentrum.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der vorbeugenden Heilfürsorge und der Bildung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft kommt ihrer öffentlichen Zwecksetzung nach, indem sie die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge sicherstellt.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 – 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	KT-Abg. Markus Patzke	KT-Abg. Stephan Dobat
Aufsichtsrat	Landrätin Eva Irrgang (Vors.) KT-Abg. Oliver Pöpsel KT-Abg. Angelika Cosmann KT-Abg. Susanne Helfrich KT-Abg. Tanja Deichmann	Kreisdirektor Volker Topp KT-Abg. Peter Hörster KT-Abg. Brunhilde Wiemer KT-Abg. Marianne Schobert KT-Abg. Thomas Reimann
	<u>Beratende Mitglieder:</u> KT-Abg. Dr. Bernhard Reilmann KT-Abg. Claudia Frerich KT-Abg. Annette von dem Bottlenberg	KT-Abg. Andreas Ortkemper KT-Abg. Sabine Schäferhoff KT-Abg. Nabiha Ghanem

2. Geschäftsführung

Stephan Eydt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsjahr: 2006
Stammkapital: 100.000 Euro
Handelsregister: Amtsgericht Arnsberg HRB 7420

Gesellschafter:	Anteil in %	Anteil in Euro
Kreis Soest	50,0	50.000
Gemeinde Bad Sassendorf	35,0	35.000
Stadt Lippstadt	15,0	15.000
Summe	100,0	100.000

Beteiligungen:	Anteil in %	Anteil in Euro
Saline Bad Sassendorf GmbH	94,9	921.950
Gesundheitszentrum in Bad Waldliesborn GmbH	94,9	2.847.000
Hellweg Servicemanagement GmbH	100,0	25.000

Die Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH ist mittelbar über die Saline Bad Sassendorf GmbH an den nachfolgenden Klinik-Gesellschaften beteiligt:

- Klinik Quellenhof GmbH
- Klinik Lindenplatz GmbH
- Klinik am Hellweg GmbH

Sie stellt als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss auf. Hinsichtlich der Umsatzsteuer besteht ein Organschaftsverhältnis mit den Tochtergesellschaften als Organgesellschaften, da diese finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch eingegliedert sind.

- *Bis zum 31.05.2018 gehörte auch das Solbad Westernkotten dem Holdingverbund an. Der WGZH-Geschäftsanteil an der Solbad Westernkotten GmbH wurde zum 31.05.2018 veräußert und die Stadt Erwitte schied als Gesellschafter aus der WGZH aus.*
- *Die Hellweg Energiemanagement GmbH wurde 2019 aufgelöst und liquidiert.*

Seit Gründung in 2006 erfolgten an die Westfälische Gesundheitszentrum Holding keine Zuschüsse der kommunalen Gesellschafter.

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt:

+ 0 TEUR
(Vorjahr: 0 TEUR)

Konzernabschluss

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag von der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Folglich handelt es sich bei den Zahlen für das Jahr 2024 sowie dem sich anschließenden Auszug aus dem Lagebericht lediglich um vorläufige Daten. Aufgrund dieser Tatsache konnte zudem noch kein Konzernabschluss erfolgen.

Im Geschäftsjahr 2024 war der Konzern in folgenden Aufgabenfeldern tätig:

- ⇒ Betrieb von Rehabilitationskliniken
- ⇒ Betrieb von Therapiezentren
- ⇒ Vermögensverwaltung

Die Kliniken waren in 2024 wie folgt ausgelastet:

- ⇒ Klinik am Hellweg mit 96,1 % Auslastung (im Vorjahr: 95,7 %)
- ⇒ Klinik Lindenplatz mit 96,9 % Auslastung (im Vorjahr: 96,2 %)
- ⇒ Klinik Quellenhof mit 79,3 % Auslastung (im Vorjahr: 79,4 %)
- ⇒ Klinik Eichholz mit 90,4 % Auslastung (im Vorjahr: 92,7 %)

Konzern-Ergebnis (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
WGZ Holding GmbH	7	7	4	11
Saline Bad Sassendorf GmbH	155	43	-90	-711
Klinik Quellenhof GmbH	796	367	-69	4
Klinik am Hellweg GmbH	1.096	506	-835	-408
Klinik Lindenplatz GmbH	2.529	1.504	1.446	1.991
Summe Saline und Töchter Bad Sassendorf	4.576	2.420	451	876
GZ in Bad Waldliesborn GmbH	1.300	1.225	-1.083	91
Hellweg Servicemanagement GmbH	27	1	8	-39
Hellweg Energiemanagement GmbH (liquidiert)	0	0	0	0
Ergebnis der Einzelabschlüsse	5.910	3.653	-620	939
Konsolidierungsbuchungen		-186	32	-49
Konzernüberschuss		3.467	-588	890

Einzelabschluss

Nachfolgend wird der Einzelabschluss der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH dargestellt sowie auf den folgenden Seiten der Tochtergesellschaften.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	15	27	38	53
Sachanlagen	17	25	9	14
Finanzanlagen	3.794	3.794	3.794	3.794
Anlagevermögen	3.826	3.846	3.841	3.861
Vorräte	18	22	14	14
Forderungen und sonst. Verm.gegenstände	432	139	57	103
Kassenbestand, Bankguthaben	179	394	670	437
Umlaufvermögen	629	555	741	553
Rechnungsabgrenzungsposten	111	76	58	49
SUMME AKTIVA	4.567	4.477	4.641	4.463
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	100	100	100	100
Kapitalrücklage	4.764	4.764	4.764	4.764
Gewinn-(+) / Verlustvortrag (-)	-819	-826	-829	-841
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	7	7	4	11
Eigenkapital	4.052	4.045	4.039	4.035
Rückstellungen	326	296	327	271
Verbindlichkeiten	175	118	245	116
Rechnungsabgrenzungsposten	14	18	30	41
SUMME PASSIVA	4.567	4.477	4.641	4.463

Die Finanzanlagen beinhalten (siehe oben „Beteiligungen“) die Anteile an den verbundenen Unternehmen.

Die Anteile an der Solbad Westernkotten GmbH wurden bereits in 2017 auf Grund des geplanten - und in 2018 dann erfolgten - Verkaufs der Anteile auf einen Euro (geplanter Verkaufspreis) abgeschrieben. Mit dem Verkauf der Solbad-Anteile gab gleichzeitig die Stadt Erwitte ihre Anteile an der WGZH zurück und ist damit als Gesellschafter ausgeschieden.

Die Kapitalrücklage wird in Höhe der das Stammkapital übersteigenden Einlagewerte der Gesellschafter ausgewiesen.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	3.643	3.133	2.801	2.641
Sonstige betriebliche Erträge	72	84	108	103
Materialaufwand	-995	-929	-775	-752
Personalaufwand	-2.048	-1.828	-1.690	-1.584
Betriebsergebnis	672	460	444	407
Abschreibungen	-39	-22	-24	-37
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-608	-434	-414	-353
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23	4	6	17
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-16	4	-1	-4
Sonstige Steuern	0	-1	-1	-1
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	7	7	4	11

Die Umsatzerlöse betreffen Regieumlagekosten sowie Weiterberechnungen von sonstigen übernommenen Leistungen.

Die Holding berechnet als sog. „Regiekosten“ insbesondere Kosten für Geschäftsführung, Personalwesen sowie Marketing, EDV, Controlling / Buchhaltung, Qualitätsmanagement und Pflegedienstleitung an die Tochtergesellschaften weiter.

In 2024 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 7 TEUR (Vorjahr: 7 TEUR) erzielt.

Der Personalbestand betrug im Berichtsjahr 34,1 Vollzeitkräfte (Vorjahr: 32,1).

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Unternehmenszweck der Holding ist das Halten von Geschäftsanteilen an den Tochtergesellschaften sowie die strategische Ausrichtung dieser Einrichtungen. Demzufolge unterliegt die Gesellschaft den gleichen Rahmenbedingungen wie die verbundenen Unternehmen und der Entwicklung des Kerngeschäftes dieser Gesellschaften.

Nach Angaben des Landesbetriebes Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) stieg die Zahl der Gästeankünfte in den nordrhein-westfälischen Mineral-, Moor-, Sole- und Thermalbädern im Zeitraum Januar bis Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,0 % auf rund 1.255.173, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich entsprechend um 2,1 % auf nunmehr rund 5,339 Mio.

Die Zahl der Anreisen in den Vorsorge- und Reha-Kliniken stieg 2024 im Vergleich zu 2023 um 3,6 % auf 129.411; auch die Zahl der Übernachtungen stieg um 3,6 % auf 3,021 Mio. Auf Landesebene nahm die Zahl der Anreisen in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken nach Angaben der Landesdatenbank NRW um 2,4 % auf jetzt 236.170 zu. Die Übernachtungen in Vorsorge- und Rehakliniken lagen 2024 bei rund 6,146 Mio. und damit um 2,4 % höher als 2023.

Gemäß den Statistiken der Landesdatenbank NRW ist in Bad Sassendorf die Anzahl der Gästeankünfte in 2024 gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 0,2 % gesunken und liegt nun bei 97.508. Die Anzahl der Übernachtungen betrug insgesamt 556.077 und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 9.856 (Vorjahr: 556.221). In den Vorsorge- und Reha-Kliniken am Standort Bad Sassendorf fiel die Zahl der Ankünfte im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % auf jetzt 17.584.

In Verbindung mit der mittleren Verweildauer von 21,6 Tagen im Berichtsjahr führte dieses zu einem Rückgang der Übernachtungen in Höhe von 0,8 % auf 379.695 (Vorjahr: 382.582).

Im Kurort Bad Waldliesborn verminderte sich nach offizieller Datenerhebung der örtlichen Touristikgesellschaft die Anzahl der touristischen Übernachtungen auf insgesamt 9.363 (Vorjahr: 11.199) Übernachtungen und sank somit um 16,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Laut dem Forschungsportal der Deutschen Rentenversicherung (DRV) verzeichnete die DRV im Jahr 2024 bundesweit einen Anstieg bei den Anträgen für Maßnahmen zur medizinischen Rehabilitation gegenüber dem Vorjahr um 1,1 %. Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung für Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen sind laut den Angaben des GKV-Spitzenverbandes 2024 ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um rund 10,7 % (Vorjahr: Anstieg um 9,7 %) auf 4,65 Mrd. € gestiegen.

In den Kliniken der Saline Bad Sassendorf GmbH wurden im Geschäftsjahr 2024 210.493 Übernachtungen (Vorjahr: 217.166 Übernachtungen) gezählt (-3,1 %). Die Zahl der vollstationären Fälle sank im Vergleich zum Vorjahr um 8,3 % auf 9.341 Fälle. Dieser Rückgang ist durch die geringere Kapazität der Klinik am Hellweg zu begründen.

In der Klinik Eichholz in Bad Waldliesborn sank die Anzahl der Belegungstage bei nur leicht gesunkener durchschnittlicher Verweildauer im vollstationären Segment auf 73.884 (Vorjahr: 75.793) um 2,5 %. Ursache hierfür waren eine geringere Kapazität aufgrund von Zimmerrenovierungen.

Da die WaliboTherme inklusive des dazugehörigem Saunabereichs zum 30. September 2023 geschlossen wurde, entfallen die entsprechenden Statistiken in diesem Bericht.

Lage

Die Holding hat im Geschäftsjahr 2024 Aufwendungen der genannten Aufgabenbereiche Geschäftsführung, Personalwesen, Marketing, Rechnungswesen und Controlling, EDV, Qualitätsmanagement, Hygiene und Pflegedienstleitung an die verbundenen Unternehmen weiterberechnet.

Die Konzernumlage erfolgt nach definierten Verteilungsschlüsseln, die Abrechnung mit den verbundenen Unternehmen nach erbrachten Lieferungen und Leistungen.

Sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr im Berichtsjahr erhöht, so dass insgesamt eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr erwirtschaftet wurde.

Die Umsatzerlöse bestehen im Wesentlichen aus den Weiterberechnungen an verbundene Unternehmen und erhöhten sich um 509.558,81 € auf 3.642.508,10 €. Die sonstigen betrieblichen Erträge hingegen sanken um 12.374,60 € auf 71.561,95 €.

Der Materialaufwand stieg um 65.692,33 € auf 994.967,89 €, im Wesentlichen bedingt durch höhere Aufwendungen in den Bereichen der Nachhaltigkeit und der EDV.

Die Personalaufwendungen stiegen um 219.843,56 € auf 2.047.566,93 €. Diese Entwicklung ist neben den Gehaltsanpassungen im Laufe des Berichtjahres auch mit der leichten Erhöhung der Stellenanteile in einigen Abteilungen zu erklären.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 174.651,20 € auf 608.239,04 €, verursacht primär durch Personalakquise und nachlaufende Aufwendungen.

Nach Abzug der Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen in Höhe von 39.285,54 €, der Verrechnung des Finanzergebnisses und der Steuern in Höhe von 16.651,89 € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 6.841,09 € (Vorjahr: 6.512,42 €).

Somit sank der Finanzmittelbestand per 31.Dezember 2024 um 215.058,90 € auf 178.793,15 €. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auch in diesem Geschäftsjahr aufgrund von Vorauszahlungen der Tochtergesellschaften auf die Konzernregieumlage stets gewährleistet. Die Liquiditätslage bleibt gesichert.

Das langfristige Vermögen der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 19.649,88 € auf 3.826.434,00 € verringert. Es besteht, bedingt durch die Holdingfunktion, nahezu ausschließlich aus Anteilen an verbundenen Unternehmen.

Das gezeichnete Kapital entspricht dem des Gesellschaftsvertrages und ist vollständig eingezahlt. Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss von 6.841,09 € auf 4.052.163,59 €.

Prognosebericht

Der erwartete Rückgang der Personalaufwandsquote wurde übertroffen, sie sank um 1,83 % gegenüber dem Vorjahr. Den, gegenüber der Prognose, stärker gestiegenen Erträgen

stehen weniger stark gestiegene Personalkosten, als in der Prognose für das Geschäftsjahr 2024 angenommen, entgegen.

Die Entwicklung der Holding ist abhängig von den Prognosen der Tochtergesellschaften, da das operative Geschäft der Gesellschaft eng mit dem Kerngeschäft der verbundenen Unternehmen verknüpft ist.

Die Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH hat für 2025 ein ausgeglichenes Ergebnis von 4.646 € geplant. Die Erträge in Höhe von 3.716.650 € bestehen aus den Weiterberechnungen an verbundene Unternehmen und den sonstigen betrieblichen Erträgen und sind analog zu den Aufwendungen in Höhe von 3.712.004,00 € geplant. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegt die Gesellschaft zwar unter Plan, jedoch werden die entstandenen Mehraufwendungen an die Tochtergesellschaften weiterberechnet, so dass man mit der Erreichung des prognostizierten Ergebnisses rechnen kann.

Die Umsetzung der geplanten Neubau- und Umbaumaßnahmen begann im Mai 2018 mit der Baumaßnahme in der Klinik Quellenhof. Die Maßnahmen wurden im Dezember 2019 bis auf kleinere Modernisierungsarbeiten abgeschlossen. Die Umbaumaßnahmen im Kurmittelhaus wurden im 4.Quartal 2020 beendet, der Neubau der Klinik am Hellweg Ende 2020. Als Eigentümerin der Klinikimmobilien hat die Tochtergesellschaft Saline Bad Sassendorf GmbH diese Baumaßnahmen zu tragen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt über Bankdarlehen sowie aus Eigenmitteln. Mit der Sanierung des Bestandsgebäudes Haus Rosenau der Klinik am Hellweg wurde Anfang 2021 begonnen. Auch diese Maßnahme konnte im 2. Quartal 2022, bis auf kleinere Sanierungsarbeiten, beendet werden.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Klinik Quellenhof GmbH. Nach der Einführung der Geriatrie in der Klinik im Geschäftsjahr 2019, dem gesamten Vorhandensein am Markt in 2020, bei wirtschaftlich schwerer Lage durch die Corona-Krise in 2020 und 2021 und dem aktuell anhaltenden Ukraine-Russland-Krieg, mit seinen wirtschaftlichen Folgen wie Energiekrise und Inflation, liegt der Fokus im Wirtschaftsplan 2025 auf einer weiterhin guten Auslastung, einer Erhöhung des Pflegesatzes und damit einhergehender Umsatzsteigerungen durch diese Indikation. Die ausreichende Erhöhung der Pflegesätze zum Ausgleich des Mehraufwandes durch die inflationsbedingten Kostensteigerungen ist für alle im Verbund befindlichen Kliniken wichtig.

Neben den Sanierungsmaßnahmen sind in der Gesellschaft auch die Auswirkungen des Fachkräftemangels erkennbar. So steigen die Aufwendungen für die Personalakquise und die Personalkosten. Auch die Auswirkungen des Russland-Ukraine Konfliktes sind deutlich spürbar in Form einer anhaltend hohen Inflation in nahezu allen Bereichen. Diese Faktoren können mittelbar auch die Holding tangieren.

Das Projekt „Energieeffizienz“ und das innerbetriebliche Vorschlagswesen der Konzerngesellschaften wird aufrecht erhalten bleiben.

Chancen- und Risikobericht

Einen übergeordneten und schwer einzuschätzenden Einflussfaktor auf die zukünftige Unternehmensentwicklung bilden die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Wirtschaftswachstum, Haushaltslage, Entwicklung des Reha-Budgets) bzw. deren Entwicklung. Nach dem Wegfall der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ist in Bezug auf mögliche zukünftige Pandemien dennoch ein gewisses Maß an Vorsicht zu wahren, gerade auch in Bezug auf den vulnerable Patientengruppe der Geriatrie.

Ein höheres Risiko stellt jedoch der andauernde Krieg zwischen der Ukraine und Russland und der aktuelle Nahostkonflikt dar. Gerade im Bereich der Energieversorgung können sie

sich in Form deutlich steigender Preise niederschlagen. Für die Abnahme von Gas besteht ein langjähriger Vertrag, welcher der Gesellschaft wie auch den Unternehmen im Konzernverbund einen stabilen Preis garantieren soll, dieser wurde für das Geschäftsjahr 2025 neu verhandelt. Der Gaspreis liegt dadurch ab dem Geschäftsjahr 2025 höher. Auch der Strompreis ist aufgrund der anhaltenden weltpolitischen Krisen Schwankungen unterworfen, die zu höheren Kosten führen können.

Inwiefern der Energiemarkt von diesen Krisen betroffen sein wird, und auf welches Preisniveau die verschiedenen Energien sich einpendeln, ist mit Sorgfalt zu beobachten.

Das inflationsbedingte hohe Preisniveau stellt ein Risiko für den ganzen Konzernverbund dar. Bei den jährlichen Vertragsverhandlungen mit den Kostenträgern müssen daher ähnliche Steigerungen erzielt werden, damit der Mehraufwand, der entsteht, aufgefangen werden kann.

Der Geschäftserfolg der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH und ihrer Tochtergesellschaften hängt wesentlich davon ab, dass sich die Unternehmen flexibel auf die rechtlichen Änderungen einstellen und sich aktiv mit ihrem Leistungsangebot an die veränderten Marktbedingungen und Nachfragestrukturen nach medizinischer Leistung anpassen. Genauso flexibel wie die Konzeption und das Leistungsangebot müssen Vertrieb und Marketing gehandhabt werden.

Die betrieblichen Risiken liegen vor allem in hohen fixen Vorhaltekosten, die nur bis zu einem gewissen Umfang durch Flexibilisierung der betriebsinternen Abläufe kompensiert werden können. Auch die sich andeutende hohe Inflation und der damit einhergehende Preisanstieg für diverse Leistungen und Produkte wie z.B. Lebensmittel oder Wäschereinigung wirken sich merklich auf die Ertragslage aus.

Ein weiteres Risiko könnte seitens der Rechtsprechung auf die Gesellschaft bzw. den Konzernverbund zukommen. Der EuGH hat mit seinem Urteil vom 1. Dezember 2022 (C-269/20 und C-141/20) entschieden, dass Organgesellschaften durchaus wirtschaftlich tätig sein können. Dieses Urteil wird aktuell beim BFH im Rahmen eines zweiten Vorlageverfahrens gesichtet. Sollte der BFH dem Urteil des EuGH eins zu eins folgen, würde dieses zu gravierenden Veränderungen innerhalb des Konzerns führen.

Nach den erfolgten Sanierungs- und Umbaumaßnahmen in den Einzelgesellschaften Klinik Quellenhof GmbH und Klinik am Hellweg GmbH liegt ein besonderes Augenmerk auf diesen. Bei der Klinik am Hellweg, welche nach den Umbau- und Sanierungsmaßnahmen eine geringere Kapazität aufweist, muss durch eine gute Belegung, effiziente Arbeitsabläufe und eine Senkung der Energiekosten die Marktposition weiter gesichert werden.

Nach den starken Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere bei der Indikation Geriatrie, wo es entsprechend viele Risikopatienten gibt, soll auch in der Klinik Quellenhof GmbH in Hinblick auf mögliche zukünftige Pandemien mit den bisher gesammelten Erfahrungen ein gutes Fundament geschaffen werden, dass eine stabile Belegung sichert.

Das Unternehmen wird weiterhin Maßnahmen umsetzen, die einerseits den Break Even reduzieren, andererseits neue Leistungsangebote schaffen, die die Auslastung erhöhen können. Risiken, die sich aus dem Betreiben von Rehabilitationseinrichtungen und dem Umgang mit dem Patienten und Gast ergeben, werden durch zertifizierte Qualitätsmaßnahmen minimiert und sind ein wichtiger Bestandteil der Risikovorsorge und der Früherkennung im Bereich des operativen Leistungsgeschehens.

Politische, rechtliche und gesetzliche Rahmenbedingungen werden die weitere Entwicklung des Gesundheitswesens beeinflussen. Nachfragebedingt wird grundsätzlich eine Zunahme der stationären Reha-Fälle erwartet. Wichtige Gründe dafür sind z. B. die schrittweise

Erhöhung des Renteneintrittsalters, die Umsetzung des Grundsatzes „Reha vor Pflege“, das DRG-Fallpauschalensystem im Akutbereich und die demografische Entwicklung.

Die Geschäftsführung rechnet damit, dass auch 2025 die Ausgaben für Rehabilitation über alle Kostenträger leicht steigen werden.

Mit den Neubau- und Umbaumaßnahmen wurden die notwendigen Modernisierungen und die Attraktivität der Tochtergesellschaften Klinik Quellenhof und der Klinik am Hellweg gesteigert. Die strategische Neuausrichtung und Sicherung der guten Position der Tochtergesellschaften am Markt bietet die Chance, sich wirtschaftlich unabhängiger aufzustellen.

Saline Bad Sassendorf GmbH

Bismarckstraße 2
59505 Bad Sassendorf
Telefon 02921/ 501-01
Internet www.badsassendorf.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der vorbeugenden Heilfürsorge und der Bildung durch den Betrieb des anerkannten Sole-, Moor- und Heilbades in Bad Sassendorf unter Förderung des Orts- und Landschaftsbildes und des Heimatgedankens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Die Gesellschaft wird keine anderen als die vorgenannten Zwecke zur Förderung der Allgemeinheit verfolgen.

Im Rahmen der sachlichen und gesetzlichen Möglichkeiten wird insbesondere eine stationäre, teilstationäre und ambulante Therapie angeboten. Die Gesellschaft ist alleinige Gesellschafterin der Unternehmen Klinik am Hellweg GmbH, Klinik Lindenplatz GmbH und Klinik Quellenhof GmbH.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft kommt ihrer öffentlichen Zwecksetzung nach, indem sie die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge.

Organe des Unternehmens

1. vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine - mittelbare Beteiligung des Kreises Soest

Die Muttergesellschaft Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Saline Bad Sassendorf GmbH durch die Vorsitzende des Aufsichtsrates der Westfälischen Gesundheitszentrum Holding GmbH vertreten.

Gesellschafterversammlung	<u>Mitglied</u> Landrätin Eva Irrgang	<u>Stellvertreter</u> BM Malte Dahlhoff
---------------------------	--	--

2. Geschäftsführung Stephan Eydt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1937
Stammkapital:	971.500 €
Handelsregister	Amtsgericht Arnsberg HRB 5380

Gesellschafter:	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
WGZ Holding GmbH	94,9	921.950
Gemeinde Bad Sassendorf	5,1	49.550
Summe	100,0	971.500

Hinsichtlich der Umsatzsteuer besteht eine sog. Organschaft mit der Muttergesellschaft Westfälische Gesundheitszentrum Holding GmbH, in die die Saline Bad Sassendorf GmbH finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch eingegliedert ist.

Beteiligungen	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Klinik Quellenhof GmbH	100,0	50.000
Klinik Lindenplatz GmbH	100,0	50.000
Klinik am Hellweg GmbH	100,0	50.000

Seit Gründung der Klinikgesellschaften und der Aufnahme des operativen Geschäfts zum Jahresbeginn 2008 wird das wirtschaftliche Risiko einzelner Tätigkeitsbereiche besser verteilt und die Ausrichtung am Markt optimiert.

Einzelheiten zu den Klinik-Beteiligungen der Saline Bad Sassendorf GmbH sind den jeweiligen Kapiteln im Beteiligungsbericht zu entnehmen.

Der Kreis Soest erhält ab 2019 Zinserträge für ein Gesellschafterdarlehen über 1,5 Mio. Euro zur Sicherung eines Bankkredits im Zuge der Finanzierung des Zukunfts- und Strategiekonzepts mit baulichen Maßnahmen an den Kliniken Quellenhof und Hellweg. Die maximale Laufzeit des Kredits wurde vom 31.12.2023 auf den 31.12.2026 verlängert

Die Ergebniswirkung im Haushalt des Kreises Soest beträgt: + 24 TEUR
(Vorjahr anteilig: +24 TEUR)

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Folglich handelt es sich bei den Zahlen für das Jahr 2024 sowie dem sich anschließenden Auszug aus dem Lagebericht lediglich um vorläufige Daten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	101	76	41	1
Sachanlagen	49.282	51.145	53.081	52.563
Finanzanlagen	557	562	567	572
Anlagevermögen	49.941	51.783	53.689	53.136
Vorräte	54	25	58	104
Forderungen und sonst. Verm.gegenstände	911	977	1.970	721
Kassenbestand, Bankguthaben	12.314	11.166	9.481	12.370
Umlaufvermögen	13.278	12.168	11.509	13.196
Rechnungsabgrenzungsposten	105	103	97	106
SUMME AKTIVA	63.323	64.054	65.295	66.437
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	972	972	972	972
Satzungsmäßige Gewinnrücklagen	50.229	50.229	50.229	50.229
Verlustvortrag	-23.300	-23.343	-23.254	-22.543
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	155	43	-90	-711
Eigenkapital	28.056	27.901	27.858	27.947
Rückstellungen	2.092	1.746	1.556	1.391
Verbindlichkeiten	33.128	34.359	35.831	37.083
Rechnungsabgrenzungsposten	48	48	51	16
SUMME PASSIVA	63.323	64.054	65.295	66.437

Der durchschnittliche Personalbestand betrug im Berichtsjahr 159,67 Mitarbeiter (Vorjahr: 166,1 Mitarbeiter).

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	15.794	15.498	15.197	14.233
Sonstige betriebliche Erträge	141	139	169	27
Materialaufwand	-3.899	-3.771	-4.367	-4.003
Personalaufwand	-8.076	-7.886	-7.321	-7.301
Betriebsergebnis	3.960	3.981	3.679	2.956
Abschreibungen	-2.175	-2.252	-2.127	-1.852
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-826	-779	-734	-629
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	20	21	21	21
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	59	13	0	1
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-876	-933	-914	-902
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	0	0	-300
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	163	51	-74	-705
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-2		
Sonstige Steuern	-8	-7	-15	-6
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	155	43	-90	-711

Spartenergebnisse in T€	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Therapiezentrum	128	186	46	66
Vermögensverwaltung/Kurverwaltung	28	-143	-136	-777
Summe	155	43	-90	-711

Weitere Informationen und Zahlen

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
<u>Vermögenslage</u>				
Anlagenintensität	78,9%	80,8%	82,2%	80,0%
Umlaufintensität	21,0%	19,0%	17,6%	19,9%
<u>Finanzlage</u>				
Eigenkapitalquote	44,3%	43,6%	42,7%	42,1%
Fremdkapitalquote	55,7%	56,4%	57,3%	57,9%
Anlagendeckung I	56,2%	53,9%	51,9%	52,6%

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen Chancen- und Risikobericht

Vergleiche hierzu die Darstellung bei Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2024 stand für die Saline Bad Sassendorf GmbH, als Gesellschafterin der Klink am Hellweg GmbH und Klinik Quellenhof GmbH sowie als Eigentümerin der Klinikgebäude und des Kurmittelhauses, nach Umsetzung der strategischen und baulichen Maßnahmen, einhergehend mit umfangreichen Neubau- und Umbaumaßnahmen, die Stabilisation des Kerngeschäftes im Fokus.

Nach den starken Auswirkungen des Ukraine-Russland-Konfliktes, einhergehend mit stark gestiegenen Preisen wie auch der sehr hohen Inflation, hat sich gerade am Energiemarkt die Situation im Berichtsjahr wieder etwas stabilisiert. Insgesamt konnten die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr leicht gesteigert werden.

Die Sparte Therapiezentrum hat das Geschäftsjahr 2024 mit einem Ergebnis von Euro 127.699,75 abgeschlossen. Gestiegenen Umsätze im Therapiebereich steht ein höherer Personalaufwand entgegen. Bei den Aufwendungen gab es eine Steigerung insbesondere bei den Instandhaltungskosten. Insgesamt ist ein Rückgang des Ergebnisses zu verzeichnen.

Die Sparte Vermögensverwaltung erzielte im Berichtsjahr einen Überschuss in Höhe von Euro 27.676,45. Gestiegenen Umsätzen, stehen stärker gesunkene Aufwendungen gegenüber. Diese machen sich insbesondere im Personalbereich bemerkbar.

Durch diese gesamte Entwicklung ergibt sich für die Saline Bad Sassendorf GmbH ein Jahresüberschuss in Höhe von Euro 155.376,20 (Vorjahr: Euro 42.985,18). Wie prognostiziert, fällt das Betriebsergebnis besser aus als ursprünglich im Wirtschaftsplan 2024 angenommen.

Lage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verbessert, so dass im Berichtsjahr ein höherer Jahresüberschuss erwirtschaftet werden konnte. Diese Verbesserung ist insbesondere durch höhere Erlöse im Bereich der Therapie, sowie geringere Steigerungen bei den Aufwendungen zu verdanken.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich um Euro 295.946,50 auf Euro 15.794.348,09. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind zum Vorjahr um Euro 2.199,33 auf Euro 141.379,02 gestiegen. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen erklärt sich die Entwicklung durch ein Zusammenspiel von gestiegenen Erträgen im Bereich der Veräußerung von Anlagevermögen, jedoch gesunkenen Erträgen aus der Erstattung von Personalkosten. Insgesamt sind die Erträge um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Der Materialaufwand stieg um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr auf Euro 3.899.184,30. Im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden Euro 12.555,52 mehr als im Vorjahr erfasst. Die am Spotmarkt, im Vergleich zum Vorjahr wieder gestiegenen Strompreise in Verbindung mit Preissteigerungen im Bereich der Instandhaltungen und der Kosten für Gas führen zu einem Anstieg im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen noch deutlicher um 7,41 % auf Euro 1.670.715,81. Dieser Anstieg ist durch steigende Aufwendungen für Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten und Reinigungskosten zu erklären.

Die Personalaufwendungen sind um Euro 190.574,90 gestiegen. Vorgenommene Gehaltsanpassungen sowie die Zahlung einer Inflationsausgleichprämie führen zu diesem Zuwachs.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um Euro 47.581,80 höher aus und betragen Euro 826.245,83. Der Grund für diese Steigerung liegt an mehreren Faktoren. Als Kostentreiber sind gestiegene Beträge zur ZVK, höhere Kanalkosten und höhere Kosten für Versicherungen und Verbandsbeiträge zu nennen.

Nach Verrechnung der Abschreibungen in Höhe Euro 2.174.641,04 des negativen Finanzergebnisses (Euro 796.362,13) und der Steuern (Euro 7.709,28) ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von Euro 155.376,20 (Vorjahr: Euro 42.985,18).

Im Ergebnis stieg der Finanzmittelbestand per 31. Dezember 2024 um Euro 1.147.835,24 auf nun Euro 12.313.593,02. Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war stets gewährleistet. Die Liquiditätslage bleibt gesichert.

Das gezeichnete Kapital entspricht dem des Gesellschaftsvertrages und ist vollständig eingezahlt. Das Eigenkapital steigt um den Jahresüberschuss auf Euro 28.055.894,76. Die Eigenkapitalquote steigt gegenüber dem Vorjahr. Dem leicht gestiegenem Eigenkapital steht eine insgesamt kleinere Bilanzsumme gegenüber, was diesen Anstieg verursacht.

Prognosebericht

Das prognostizierte negative Betriebsergebnis der Saline GmbH in Höhe von Euro 180.411 wurde nicht erreicht, stattdessen wurde ein positives Jahresergebnis erzielt. Insbesondere Einsparungen bei den Ausgaben im Rahmen der Sonderinstandhaltung wie auch bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen führen zu dieser positiven Abweichung.

Die Entwicklung der Gesellschaft ist auch abhängig von den Prognosen der Tochtergesellschaften, da das operative Geschäft der Saline Bad Sassendorf GmbH eng mit dem Kerngeschäft der Kliniken verknüpft ist.

Bei den Personalkosten ist aufgrund eines spürbaren Fachkräftemangels auch mit einer entsprechenden Steigerung der Gehälter zu rechnen. Bestärkt wird dieses noch durch das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, welches für Krankenhäuser und Altenpflege Anwendung findet, jedoch nicht im Bereich der Rehabilitation.

Um zukünftig die Kliniken besser am Markt positionieren und belegen zu können, hat die Geschäftsführung in den vergangenen Jahren weitere Ressourcen in die bauliche und personelle Entwicklung der Kliniken und deren Qualität investiert. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt über Bankdarlehen sowie aus Eigenmitteln.

Neben Neubau- und Umbauarbeiten stehen fortwährend auch die Intensivierung des Qualitätsmanagements und der Ausbau des Vertriebs im Zentrum der Maßnahmen zur Belegungssicherung.

Die Planung 2025 geht von einem positiven Betriebsergebnis in Höhe von Euro 158.315 aus. Im Bereich der Heilmittelversorgung wird für 2025 mit einem leichten Anstieg gerechnet. Für das Jahr 2025 werden 221.254 Beköstigungstage prognostiziert, welche sich um 0,47 % positiv zum Vorjahr entwickeln. Hauptgrund hierfür ist die gestiegene Auslastung der Tochtergesellschaften. Der Lebensmittelaufwand je Beköstigungstag steigt in der Planung auf Euro 6,34.

Aktuell liegt die Saline Bad Sassendorf GmbH über Plan. Dieses liegt primär an geringeren Aufwendungen bei der Sonderinstandhaltung. Dieses kann sich innerhalb des Geschäftsjahres jedoch je nach Zeitpunkt des Projektes ändern.

Das Projekt „Energieeffizienz“ und das innerbetriebliche Vorschlagswesen der Konzerngesellschaften wird aufrecht erhalten bleiben.

Klinik Quellenhof GmbH

Hepper Straße 3
59505 Bad Sassendorf
Telefon 02921/ 507-0
Internet www.klinik-quellenhof.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge durch den gemeinnützigen Betrieb der Klinik Quellenhof in Bad Sassendorf sowie aller damit zusammenhängenden Einrichtungen, Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft kommt ihrer öffentlichen Zwecksetzung nach, indem sie die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge sicherstellt. Die Gesellschaft fördert zudem die Bildung.

Organe des Unternehmens

1. vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine - mittelbare Beteiligung des Kreises Soest

Die Alleingesellschafterin Saline Bad Sassendorf GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Klinik Quellenhof GmbH durch die Vorsitzende des Aufsichtsrates der Westfälischen Gesundheitszentrum Holding GmbH vertreten.

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Landrätin Eva Irrgang	BM Malte Dahlhoff

2. Geschäftsführung Stephan Eydt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 2006

Stammkapital: 50.000 Euro

Handelsregister: Amtsgericht Arnsberg HR B 6213

Gesellschafter: Alleinige Gesellschafterin ist die Saline Bad Sassendorf GmbH

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Folglich handelt es sich bei den Zahlen für das Jahr 2024 sowie dem sich anschließenden Auszug aus dem Lagebericht lediglich um vorläufige Daten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	130	97	101	116
Anlagevermögen	130	97	101	116
Vorräte	6	5	6	2
Forderungen und sonst. Verm.gegenstände	1.080	1.167	1.066	887
Kassenbestand, Bankguthaben	1.017	537	215	228
Umlaufvermögen	2.103	1.708	1.286	1.117
Rechnungsabgrenzungsposten	16	20	24	17
SUMME AKTIVA	2.249	1.825	1.411	1.250
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	50	50	50	50
Kapitalrücklage	1.130	1.130	1.130	1.130
Verlustvortrag	-735	-1.101	-1.032	-1.035
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	796	367	-69	4
Eigenkapital	1.241	445	79	148
Rückstellungen	297	253	306	267
Verbindlichkeiten	711	1.126	1.026	835
SUMME PASSIVA	2.249	1.825	1.411	1.250

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	10.921	9.819	9.082	7.925
Sonstige betriebliche Erträge	70	124	269	212
Materialaufwand	-3.363	-3.182	-3.088	-2.859
Personalaufwand	-5.530	-5.117	-5.099	-4.453
Betriebsergebnis	2.098	1.644	1.163	826
Abschreibungen	-37	-29	-32	-25
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.244	-1.226	-1.178	-1.076
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-20	-21	-21	-21
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	796	369	-67	-296
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-2	-2	0
Sonstige Steuern	0	0		
Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0	300
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	796	367	-69	4

Die Anzahl Vollstellen betrug im Jahresdurchschnitt 90,2 (Vorjahr: 88,5) sowie über Personalgestellung der Saline 18,7 (Vorjahr: 19,2) Mitarbeiter.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen Chancen- und Risikobericht

Vergleiche hierzu die ausführliche Darstellung auf den Seiten zuvor im Rahmen des Lageberichts der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH.

Die Klinik ist eine Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtung für Anschlussheilbehandlungen, Rehabilitation und Prävention.

Die Klinik wird belegt durch Krankenkassen, private Versicherungen und Selbstzahler.

Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr war die Klinik durchschnittlich zu 79,3 % (Vorjahr: 79,4 %) mit Patienten und Begleitpersonen ausgelastet. Die Auslastung von ausschließlich stationären Patienten ohne Betrachtung der Begleitpersonen lag im Berichtsjahr bei 93,3 % und im Vorjahr bei 93,1 %. Die durchschnittliche Verweildauer stieg um 0,2 von 21,4 Tagen auf 21,6 Tage.

Durch die Steigerung der Pflegetage um 0,56 % gegenüber dem Vorjahr und sparsamer Betriebsführung konnte das Betriebsergebnis um Euro 429.355,31 verbessert werden. Dadurch schließt das Unternehmen das Berichtsjahr mit einem Jahresüberschuss von Euro 796.072,99 (Vorjahr: Euro 366.716,98) ab. Dieses Ergebnis liegt wie prognostiziert über dem Wirtschaftsplan 2024.

Lage

Die Umsatzerlöse der Klinik stiegen um Euro 1.101.672,78 auf Euro 10.920.520,99 an. Die sonstigen betrieblichen Erträge hingegen sanken um Euro 53.389,23 auf Euro 70.494,21. Der Anstieg der Umsatzerlöse ist durch gestiegene Vergütungssätze zu erklären. Der Rückgang bei den sonstigen betrieblichen Erträgen basiert hauptsächlich auf den fehlenden periodenfremden Erträgen.

Der Materialaufwand steigt um Euro 181.144,93 auf Euro 3.362.723,06. Diese Entwicklung ist trotz eines deutlichen Rückganges im Bereich der Patiententransporte, wie auch der Personalstellung durch Dritte zu erklären, da die hohe Inflation des Vorjahres und damit einhergehend steigende variable Kosten den oben beschriebenen Rückgang mehr als wettmachen.

Die Personalkosten stiegen um Euro 413.455,86 auf Euro 5.530.184,23 an. Dieser Anstieg gegenüber dem Vorjahr basiert primär auf Gehaltsanpassungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um Euro 18.267,82 auf Euro 1.244.044,27 an. Neben einer Steigerung der variablen Kosten aufgrund der höheren Auslastung ist hier die Steigerung der Versicherungskosten und Kosten für Personalgewinnung als Kostentreiber auszumachen.

Nach Verrechnung der Abschreibungen (Euro 37.442,76), und dem negativen Finanzergebnis sowie der Steuern (Euro 20.548,59) ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von Euro 796.072,29.

Im Ergebnis erhöht sich der Finanzmittelbestand per 31. Dezember 2024 um Euro 480.119,05 auf Euro 1.016.667,79 (Vorjahr: Euro 536.548,74). Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war stets gewährleistet. Die Liquiditätslage bleibt gesichert.

Das langfristige Vermögen besteht ausschließlich aus Sachanlagen und erhöhte sich im Berichtsjahr um Euro 33.062,00 auf Euro 130.052,00.

Das gezeichnete Kapital entspricht dem des Gesellschaftsvertrages und ist vollständig eingezahlt. Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2024 steigt gegenüber dem Vorjahr.

Prognosebericht

Entgegen der Prognose im Lagebericht 2023 ist die Personalaufwandsquote auf 56,4 % gesunken. Erhöhten Umsätzen stehen weniger stark gestiegene Personalkosten gegenüber. Die gute Auslastung der Klinik macht sich deutlich in den Umsätzen bemerkbar. Dadurch konnte der Anstieg der Gehälter aufgrund des stark spürbaren Fachkräftemangels im Gesundheitswesen jedoch glücklicherweise kompensiert werden.

Das Problem einer sich immer weiter öffnenden Kosten-Erlös-Schere bleibt jedoch weiter bestehen. Wie schon in der Vergangenheit müssen die Anbieter rehabilitativer Leistungen noch vorhandene Effizienzpotentiale im Personal- und Sachkostenbereich erschließen und u.a. mit neuen Angeboten zusätzliche Belegung generieren, um die Lücke zwischen steigenden Kosten und nahezu stagnierenden Tagessätzen zu schließen. Im Bereich der Kosten sind insbesondere die steigenden Personalkosten bedingt durch die hohe Zahl an Mitarbeitern, die ins Rentenalter gelangen und durch neue Mitarbeiter ersetzt werden müssen, die auf dem aktuell leergefegten Arbeitsmarkt nur schwer zu finden sind, zu nennen. Eine weitere Belastung sind die insgesamt gestiegenen Einkaufspreise, bedingt durch eine weiter bestehende Inflation. Bei den jährlichen Vertragsverhandlungen mit den Kostenträgern müssen daher ähnliche Steigerungen erzielt werden, damit der Mehraufwand, der entsteht, aufgefangen werden kann.

Bei den Personalkosten ist aufgrund eines spürbaren Fachkräftemangels auch mit einer entsprechenden Steigerung der Gehälter zu rechnen. Bestärkt wird dieses noch durch das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, welches für Krankenhäuser und Altenpflege Anwendung findet, jedoch nicht im Bereich der Rehabilitation.

Nach der Einführung der Geriatrie im Geschäftsjahr 2019 wird im Wirtschaftsplan 2025 mit einer stabilen und leicht steigenden Auslastung und damit einhergehenden Umsatzsteigerungen gerechnet. Das Jahresergebnis wurde in der Klinik Quellenhof GmbH ursprünglich mit einem leicht positiven Ergebnis von Euro 140.568,49 geplant. Aktuell liegt die Gesellschaft jedoch unter Plan, so dass ein schlechteres Ergebnis möglich ist.

Die Personalaufwandsquote wird laut Wirtschaftsplan im Geschäftsjahr 2025 auf 58,8% steigen; steigenden Personalkosten stehen nur leicht erhöhte Erträge gegenüber, was zu diesem Anstieg führt. Aktuell liegt die Personalaufwandsquote über dieser Annahme, jedoch auch leicht über Plan zum Zeitpunkt der Berichterstellung.

Für das Jahr 2025 wurde ursprünglich mit einer Steigerung der Pflegetage gerechnet. Zum aktuellen Zeitpunkt, liegt man auch hier leicht über Plan.

Die Projekte „Energieeffizienz“ und das innerbetriebliche Vorschlagswesen der Konzerngesellschaften werden aufrecht erhalten bleiben.

Klinik am Hellweg GmbH

Bismarckstraße 2
59505 Bad Sassendorf
Telefon 02921/ 501-4100
Internet www.klinik-hellweg.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge durch den gemeinnützigen Betrieb der Klinik am Hellweg in Bad Sassendorf. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft kommt ihrer öffentlichen Zwecksetzung nach, indem sie die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge sicherstellt. Die Gesellschaft fördert zudem die Bildung.

Organe des Unternehmens

1. vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine - mittelbare Beteiligung des Kreises Soest

Die Alleingesellschafterin Saline Bad Sassendorf GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Klinik am Hellweg GmbH durch die Vorsitzende des Aufsichtsrates der Westfälischen Gesundheitszentrum Holding GmbH vertreten.

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Landrätin Eva Irrgang	BM Malte Dahlhoff

2. Geschäftsführung Stephan Eyd

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 2007

Stammkapital: 50.000 Euro

Handelsregister: Amtsgericht Arnsberg HRB 7990

Gesellschafter: Alleinige Gesellschafterin ist die Saline Bad Sassendorf GmbH

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Folglich handelt es sich bei den Zahlen für das Jahr 2024 sowie dem sich anschließenden Auszug aus dem Lagebericht lediglich um vorläufige Daten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	3	6	0
Sachanlagen	608	657	623	321
Finanzanlagen	0	0	0	0
Anlagevermögen	609	661	630	321
Vorräte	8	8	10	13
Forderungen und sonst. Verm.gegenstände	1.412	1.278	1.457	940
Kassenbestand, Bankguthaben	3.429	2.401	1.861	4.138
Umlaufvermögen	4.849	3.688	3.327	5.091
Rechnungsabgrenzungsposten	19	28	32	18
SUMME AKTIVA	5.476	4.377	3.989	5.430
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	50	50	50	50
Gewinn- (+)/ Verlustvortrag (-)	3.626	3.120	3.955	4.363
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	1.096	506	-835	-408
Eigenkapital	4.773	3.676	3.170	4.005
Rückstellungen	243	214	240	213
Verbindlichkeiten	461	486	579	1.212
SUMME PASSIVA	5.476	4.377	3.989	5.430

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	15.648	15.267	13.669	12.468
Sonstige betriebliche Erträge	132	139	301	353
Materialaufwand	-6.406	-6.799	-6.908	-6.085
Personalaufwand	-4.744	-4.616	-4.323	-4.129
Betriebsergebnis	4.630	3.991	2.739	2.607
Abschreibungen	-141	-131	-101	-89
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.419	-3.360	-3.468	-2.925
Sonstige Zinsen	28	8	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.097	507	-830	-407
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-1	-1	-5	0
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	1.096	506	-835	-408

Die Anzahl Vollstellen betrug im Jahresdurchschnitt 74,5 (Vorjahr: 75,5) sowie über Personalgestaltung der Saline 28,33 (Vorjahr 33,2) Mitarbeiter.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen Chancen- und Risikobericht

Vergleiche hierzu die ausführliche Darstellung auf den Seiten zuvor im Rahmen des Lageberichts der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH.

Die Klinik am Hellweg ist eine Rehabilitationseinrichtung für Anschlussheilbehandlungen, Rehabilitations- und Präventionsmaßnahmen mit spezieller Schmerztherapie. Die Einrichtung wird belegt durch die DRV Westfalen (Federführung), die DRV Bund und in Ausnahmefällen auch andere Rentenversicherungsträger, Krankenkassen, private Versicherungen, BGSW und Selbstzahler.

Geschäftsverlauf

Die Klinik am Hellweg war im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 durchschnittlich mit 220 (Vorjahr: 241,4) Patienten und Begleitpersonen zu 96,1 % (Vorjahr: 95,7 %) ausgelastet. Die Kapazität der Klinik ging im Vergleich zum Jahr 2023 zurück. Die durchschnittliche Verweildauer blieb konstant bei 22,2 Tagen.

Die Klinik am Hellweg verzeichnet einen Rückgang von 328 Fällen im vollstationären Bereich. Die prozentuale Auslastung stieg aufgrund der geringeren Kapazität jedoch an. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3.589 Fälle aufgenommen.

Aufgrund der verringerten Kapazität wurden 8,3 % weniger Pflegetage als im Vorjahr generiert. Durch Einsparungen die durch die Kapazitätsreduktion ermöglicht wurden und nach der Umstellung im Abrechnungsverfahren im Jahr 2023 führten diese Pflegetage jedoch zu einer deutlichen Verbesserung des Betriebsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr. Die Klinik schließt das Jahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von Euro 1.096.127,56 ab.

Lage

Die Ertragslage der Klinik am Hellweg hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Die Umsatzerlöse stiegen um Euro 381.096,02 auf Euro 15.648.132,35. Dieser Zuwachs ist erklärbar durch die gestiegenen Vergütungssätze. Die Pflegetage sind um 7.574 Tage (8,6 %) auf 80.521 Pflegetage (Patienten inklusive Begleitpersonen) gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind hingegen um Euro 7.420,02 auf Euro 131.581,77 gesunken.

Der Materialaufwand ist um Euro 393.291,60 auf Euro 6.405.919,21 gesunken. Die Einsparungen lagen aufgrund der geringeren Kapazität in nahezu allen Bereichen, insbesondere bei der Personalgestaltung und den Instandhaltungskosten.

Die Personalkosten sind im Berichtsjahr um Euro 127.931,36 gestiegen und belaufen sich auf Euro 4.743.804,53.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um Euro 58.997,08 auf Euro 3.419.151,41. Hier ist eine Steigerung der Aufwendungen in weiten Bereichen zu verzeichnen, insbesondere bei den Kosten für Versicherungen und den Kanalgebühren.

Nach Verrechnung der Abschreibungen sowie der sonstigen Steuern in Höhe von insgesamt Euro 142.467,19 sowie dem positiven Finanzergebnis ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von Euro 1.096.127,56 (Vorjahr: Euro 506.366,94).

Im Ergebnis stieg der Finanzmittelbestand per 31. Dezember 2024 um Euro 1.028.329,63 auf Euro 3.429.483,24 (Vorjahr: Euro 2.401.153,61). Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war stets gewährleistet. Die Liquiditätslage bleibt gesichert.

Das langfristige Vermögen, bestehend ausschließlich aus immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen, verringert sich im Berichtsjahr um Euro 52.048,00 auf Euro 608.746,00. Den Investitionen in Höhe von Euro 89.116,54 standen Abschreibungen von Euro 141.133,57 sowie Abgänge in Höhe von Euro 30,97 gegenüber. Bei den Zugängen handelt es sich primär um Anschaffungen im Bereich Betriebs- und Geschäftsausstattung, sowie um technische Anlagen und Maschinen.

Das kurzfristige Vermögen, mit einem Anteil von 88,5 % am Gesamtvermögen, erhöhte sich im Berichtsjahr im Wesentlichen bedingt durch den Zuwachs der liquiden Mittel auf der einen, wie auch die Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf der anderen Seite.

Das gezeichnete Kapital entspricht dem des Gesellschaftsvertrages und ist vollständig eingezahlt. Das Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss in Höhe von Euro 1.096.127,56 auf Euro 4.772.613,08.

Prognosebericht

Entgegen der Prognose im Lagebericht 2023 sind die Pfl egetage gestiegen, jedoch ist die Personalaufwandsquote gesunken. Während bei der Personalaufwandsquote die Prognose (Rückgang von 2,4 Prozentpunkten) nicht voll erfüllt wurde (Rückgang von 1,1 %), wurden die geplanten Pfl egetage mit der geringen Kapazität übertroffen.

Bei den Personalkosten ist aufgrund eines spürbaren Fachkräftemangels auch mit einer entsprechenden Steigerung der Gehälter zu rechnen. Verstärkt wird dies noch durch das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, welches zwar für die Bereiche Krankenhäuser und Altenpflege Anwendung findet, jedoch nicht im Bereich der Rehabilitation.

Die Planung der Klinik am Hellweg GmbH für das Geschäftsjahr 2025 sieht bei einer stabilen Auslastung von 91,5 % ein positives Jahresergebnis von Euro 144.913,00 vor. Aktuell liegt die Gesellschaft dank einer sehr guten Auslastung über Plan, so dass ein besseres Jahresergebnis erreicht werden könnte.

Bei der Personalaufwandsquote wird mit einem Anstieg von 1,8 Prozentpunkten auf 42,5 % gerechnet. Den gestiegenen Personalkosten steht eine schwächere Umsatzsteigerung entgegen, so dass der Anstieg der Personalaufwandsquote die entsprechende Konsequenz darstellt.

Bei den Pfl egetagen sind basierend auf der Wirtschaftsplanung im Jahr 2025 mit der geplanten Belegung 75.144 Pfl egetage zu erwarten.

Klinik Lindenplatz GmbH

Weslerner Straße 29
59505 Bad Sassendorf
Telefon 02921/ 501-03
Internet www.klinik-lindenplatz.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge durch den gemeinnützigen Betrieb der Klinik Lindenplatz in Bad Sassendorf. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft kommt ihrer öffentlichen Zwecksetzung nach, indem sie die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge sicherstellt. Sie fördert zudem die Bildung.

Organe des Unternehmens

1. vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine - mittelbare Beteiligung des Kreises Soest

Die Alleingesellschafterin Saline Bad Sassendorf GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Klinik Lindenplatz GmbH durch die Vorsitzende des Aufsichtsrates der Westfälischen Gesundheitszentrum Holding GmbH vertreten.

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Landrätin Eva Irrgang	BM Malte Dahlhoff

2. Geschäftsführung Stephan Eydt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 2007

Stammkapital: 50.000 Euro

Handelsregister: Amtsgericht Arnsberg HRB 8086

Gesellschafter: Alleinige Gesellschafterin ist die Saline Bad Sassendorf GmbH

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Folglich handelt es sich bei den Zahlen für das Jahr 2024 sowie dem sich anschließenden Auszug aus dem Lagebericht lediglich um vorläufige Daten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	1.061	1.009	898	833
Finanzanlagen	859	885	913	941
Anlagevermögen	1.919	1.894	1.811	1.774
Vorräte	5	3	4	4
Forderungen und sonst. Verm.gegenstände	1.225	1.252	1.500	1.098
Kassenbestand, Bankguthaben	14.091	11.477	9.919	9.007
Umlaufvermögen	15.320	12.732	11.423	10.109
Rechnungsabgrenzungsposten	21	21	22	20
SUMME AKTIVA	17.261	14.647	13.256	11.904
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	50	50	50	50
Gewinn- (+)/ Verlustvortrag (-)	13.627	12.123	10.677	8.686
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	2.529	1.504	1.446	1.991
Eigenkapital	16.206	13.677	12.173	10.727
Rückstellungen	246	255	237	176
Verbindlichkeiten	808	715	847	1.001
SUMME PASSIVA	17.261	14.647	13.256	11.904

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	15.125	13.692	12.628	12.218
Sonstige betriebliche Erträge	12	37	288	91
Materialaufwand	-6.484	-6.440	-6.414	-5.628
Personalaufwand	-3.834	-3.420	-2.973	-2.719
Betriebsergebnis	4.819	3.870	3.529	3.962
Abschreibungen	-174	-143	-118	-111
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.378	-2.234	-1.978	-1.872
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	263	32	14	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.529	1.525	1.446	1.991
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-20	0	0
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	2.529	1.504	1.446	1.991

Die Anzahl Vollstellen betrug im Jahresdurchschnitt 58,5 (Vorjahr: 54,0) sowie über Personalgestellung der Saline 33,1 (Vorjahr: 33,5) Mitarbeiter.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen Chancen- und Risikobericht

Vergleiche hierzu die ausführliche Darstellung auf den Seiten zuvor im Rahmen des Lageberichts der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH.

Die Klinik Lindenplatz ist eine Rehabilitationseinrichtung für Anschlussheilbehandlungen, Rehabilitation und Prävention mit Sporttherapiezentrum und eigenem Institut für Biomechanik.

Die Einrichtung wird belegt durch die DRV Bund, DRV Rheinland, DRV Westfalen und in Ausnahmefällen auch von anderen Rentenversicherungsträgern, Krankenkassen, privaten Versicherungen, der BGSW und Selbstzahlern.

Geschäftsverlauf

Die Klinik Lindenplatz GmbH war im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 durchschnittlich mit 217,08 (Vorjahr: 215,52) Patienten und Begleitpersonen zu 96,9 % (Vorjahr 96,2 %) ausgelastet. Die durchschnittliche Verweildauer steigt von 21,9 Tage auf 22,5 Tage.

Aufgrund der höheren Verweildauer versorgte die Klinik Lindenplatz GmbH im Jahr 2024 49 Fälle weniger als im Vorjahr. Jedoch stiegen die Pflgetage insgesamt um 1.109 auf 78.056 an. Der Anteil der DRV-Belegung stieg im Jahr 2024 deutlich an. Während die Pflgetage der DRV um 3.093 zunahmen, sanken die Pflgetage der Krankenkassen um 2.587. Einen deutlichen Anstieg gab es auch bei den Selbstzahlern. Ihr Anteil betrug im Jahr 2024 17 % (Vorjahr 16,52 %).

Der Anstieg der Pflgetage in Kombination mit einer im Durchschnitt gestiegenen Verweildauer von 22,5 Tagen über alle Fälle begründen die insgesamt stärkere Belegung im Vergleich zum Vorjahr.

Aufgrund der gestiegenen Belegung konnten die stationären Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden.

Die Personalaufwendungen stiegen im Berichtsjahr aufgrund vorgenommener Gehaltsanpassungen.

Im Geschäftsjahr 2024 erwirtschaftete die Klinik Lindenplatz GmbH einen Jahresüberschuss in Höhe von Euro 2.528.913,71 € (Vorjahr: Euro 1.504.327,67), der, entgegen der Prognose, höher ausfiel, als ursprünglich im Wirtschaftsplan 2024 angenommen.

Lage

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um Euro 1.432.596,21 auf Euro 15.124.959,74. Grund für diesen Anstieg sind die gestiegene Auslastung, ein Anstieg der Belegung durch die DRV und Selbstzahler sowie leicht gestiegene Pflegesätze für das Berichtsjahr.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um Euro 25.013,52 auf Euro 12.195,61. Der Hauptfaktor ist der Entfall von Erstattungen von Lohnkosten durch das Arbeitsamt.

Der Materialaufwand stieg um Euro 44.179,65 auf Euro 6.484.078,27. Während die Kosten für Lebensmittel, Instandhaltungen und Energie anstiegen gab es Einsparungen im Bereich der Personalgestaltung.

Die Personalkosten sind im Berichtsjahr um Euro 414.531,43 gestiegen und belaufen sich auf Euro 3.834.459,30. Dies kann durch die Steigerung der durchschnittlichen Vollzeitkräfte

um 4,48 auf 58,51 Vollzeitkräfte erklärt werden. Außerdem wurden im Berichtsjahr Gehaltsanpassungen vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um Euro 143.863,14 auf Euro 2.378.265,02. Hier ist eine Steigerung der Aufwendungen in weiten Bereichen zu verzeichnen, insbesondere bei den Kosten für Versicherungen, Personalgewinnung und Lehrgänge für Mitarbeiter.

Nach Verrechnung der Abschreibungen in Höhe von Euro 174.008,18 und des positiven Finanzergebnisses in Höhe von Euro 262.545,18 ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von Euro 2.528.913,71 (Vorjahr: Euro 1.504.327,67).

Im Ergebnis erhöht sich der Finanzmittelbestand per 31. Dezember 2024 gegenüber dem Vorjahr um Euro 2.614.055,51 auf Euro 14.090.685,59. Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war stets gewährleistet. Die Liquiditätslage bleibt gesichert.

Das langfristige Vermögen besteht aus Sach- und Finanzanlagen und stieg gegenüber dem Vorjahr.

Das kurzfristige Vermögen, mit einem Anteil von 88,8% am Gesamtvermögen, erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um Euro 2.591.512,20. Ausschlaggebend hierfür ist primär der starke Zufluss an liquiden Mitteln.

Das gezeichnete Kapital entspricht dem des Gesellschaftsvertrages und ist vollständig eingezahlt. Das Eigenkapital stieg um den Jahresüberschuss auf Euro 16.205.948,92. Die Eigenkapitalquote per 31. Dezember 2024 steigt um 0,5 Prozentpunkte auf 93,9 %. Dem steigenden Eigenkapital steht eine im Vergleich zu dieser Steigerung deutlich erhöhte Bilanzsumme gegenüber.

Prognosebericht

Anders als im Lagebericht 2023 prognostiziert, ist die Personalaufwandsquote im Geschäftsjahr gesunken. Die Pflegetage hingegen sind deutlich gestiegen. Warum die Personalaufwandsquote anstieg wurde bereits unter Punkt „4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren“ erläutert, gleiches gilt für die Pflegetage unter Punkt „2. Geschäftsverlauf“.

Bei den Personalkosten ist aufgrund eines spürbaren Fachkräftemangels auch mit einer entsprechenden Steigerung der Gehälter zu rechnen. Verstärkt wird dies noch durch das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, welches zwar für die Bereiche Krankenhäuser und Altenpflege Anwendung findet, jedoch nicht im Bereich der Rehabilitation.

Die Planung der Lindenplatz GmbH für das Geschäftsjahr 2025 sieht bei einer stabilen Auslastung von 95,0 % ein positives Jahresergebnis von Euro 1.323.882,65 vor. Aktuell liegt die Gesellschaft dank einer sehr guten Auslastung über Plan, so dass ein besseres Jahresergebnis erreicht werden könnte.

Für die Personalaufwandsquote wird eine Steigerung um 3,6 Prozentpunkte auf 41,9 % erwartet. Deutlich steigende Personalkosten stehen einem geringeren Umsatzanstieg gegenüber, was diese Zunahme erklärt.

Bei den Pflegetagen ist basierend auf der Wirtschaftsplanung ein minimaler Rückgang im Jahr 2025 auf 75.559 Pflegetage zu erwarten, da das Jahr 2025 kein Schaltjahr ist.

Gesundheitszentrum in Bad Waldliesborn GmbH

Quellenstraße 60
59556 Bad Waldliesborn
Telefon 02941/ 800-0
Internet www.bad-waldliesborn.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge durch den Betrieb von Kur-, Gesundheits- und Rehabilitationseinrichtungen. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft kommt ihrer öffentlichen Zwecksetzung nach, indem sie die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und der vorbeugenden Heilfürsorge sicherstellt. Sie fördert zudem die Bildung.

Organe des Unternehmens

1. vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine - mittelbare Beteiligung des Kreises Soest

Die Muttergesellschaft Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitszentrum Bad Waldliesborn GmbH durch die Vorsitzende des Aufsichtsrates der Westfälischen Gesundheitszentrum Holding GmbH vertreten.

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Gesellschafterversammlung	Landrätin Eva Irrgang	BM Malte Dahlhoff

2. Geschäftsführung Stephan Eydt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2004
Stammkapital:	3.000.000 Euro
Handelsregister	Amtsgericht Paderborn HRB 7450

Gesellschafter:

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in €</u>
Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH	94,9	2.847.000
Stadt Lippstadt	5,1	153.000
Summe	100,0	3.000.000

Hinsichtlich der Umsatzsteuer besteht eine sog. Organschaft mit der Muttergesellschaft Westfälische Gesundheitszentrum Holding GmbH, in die GmbH finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch eingegliedert ist.

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Folglich handelt es sich bei den Zahlen für das Jahr 2024 sowie dem sich anschließenden Auszug aus dem Lagebericht lediglich um vorläufige Daten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	33	45	20	35
Sachanlagen	3.649	4.529	4.663	5.610
Finanzanlagen	1	1	1	1
Anlagevermögen	3.683	4.575	4.684	5.645
Vorräte	11	12	17	22
Forderungen und sonst. Verm.gegenstände	1.035	2.553	2.147	1.706
Kassenbestand, Bankguthaben	8.493	4.831	4.230	5.353
Umlaufvermögen	9.539	7.396	6.394	7.081
Rechnungsabgrenzungsposten	20	25	27	13
SUMME AKTIVA	13.242	11.996	11.106	12.739
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	3.000	3.000	3.000	3.000
Gewinn- (+)/ Verlustvortrag (-)	8.108	6.883	7.966	7.875
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	1.274	1.225	-1.083	91
Eigenkapital	12.382	11.108	9.883	10.966
Rückstellungen	312	315	373	340
Verbindlichkeiten	548	573	850	1.433
SUMME PASSIVA	13.242	11.996	11.106	12.739

Die Walibo Therme ist eine große Bade- und Saunaeinrichtung für die Öffentlichkeit. Der Betrieb der Therme war ab dem 20. Juli 2023 nur eingeschränkt möglich, da aus technischen Gründen nicht mehr die volle Kapazität des Schwimmbades zur Verfügung stand. Weitere Untersuchungen der Bausubstanz der Schwimmbecken haben dazu geführt, dass die Walibo Therme zum 30.09.2023 geschlossen werden musste.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	13.191	12.798	11.153	10.022
Sonstige betriebliche Erträge	222	452	296	544
Materialaufwand	-4.506	-4.196	-4.658	-3.799
Personalaufwand	-6.311	-6.468	-5.730	-5.442
Betriebsergebnis	2596	2.586	1.061	1.325
Abschreibungen	-322	-296	-1.171	-382
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.001	-1.108	-919	-836
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	81	6	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-2	-5	-6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.355	1.186	-1.034	100
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-45	45	-45	0
Sonstige Steuern	-10	-6	-4	-10
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	1.300	1.225	-1.083	91

Weitere Informationen und Zahlen

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
<u>Vermögenslage</u>				
Anlagenintensität	27,8	38,1%	42,2%	44,3%
Umlaufintensität	72,0	61,7%	57,6%	55,6%
<u>Finanzlage</u>				
Eigenkapitalquote	93,5	92,6%	89,0%	86,1%
Fremdkapitalquote	6,5	7,4%	11,0%	13,9%
Anlagendeckung I	336,2	242,8%	211,0%	194,3%
<u>Ertragslage</u>				
Umsatzrentabilität	10,3	9,3%	-9,3%	1,0%
Eigenkapitalrentabilität	10,9	10,6%	-10,5%	0,8%
Gesamtkapitalrentabilität	10,2	9,9%	-9,3%	0,8%
durchschnittliche Anzahl Beschäftigte	100,2	111,3	110,4	107,6

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen Chancen- und Risikobericht

Vergleiche hierzu auch die ausführliche Darstellung auf den Seiten zuvor im Rahmen des Lageberichts der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH.

Die Gesundheitszentrum in Bad Waldliesborn GmbH betreibt folgende Einrichtungen:
Klinik Eichholz, Therapiezentrum.

Die Klinik Eichholz ist eine Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtung für Anschlussheilbehandlungen, Rehabilitation und Vorsorge. Sie ist spezialisiert auf folgende Indikationsbereiche: Orthopädie, Unfallchirurgische Reha, Orthopädische Rheumatologie sowie Innere Medizin/Kardiologie und Angiologie sowie Multimodale Schmerztherapie. Die Klinik wird belegt durch Rentenversicherungen, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften/Unfallkassen, private Versicherungen und Selbstzahler.

Das Therapiezentrum bietet ambulante physio- und ergotherapeutische sowie physikalische Maßnahmen nach § 124 SGB V an. Zusätzlich ist ein umfangreiches Angebot an Gesundheitskursen und Präventionsmaßnahmen nach § 20 SGB V vorhanden.

Geschäftsverlauf

Die Klinik Eichholz war im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 durchschnittlich mit 202 Patienten zu 90,4 % stationär (Vorjahr: 92,7 %,) ausgelastet. Die stationären Fallzahlen sanken gegenüber dem Vorjahr um 4,92 % für beide Fachbereiche. In der Fachabteilung Orthopädie und Unfallchirurgische Reha sank die Fallzahl um 4,9 %, während in der Fachabteilung Innere Medizin/Kardiologie ein Rückgang von 4,96 % zu verzeichnen war. Bei einer um 2,5 % gestiegenen durchschnittlicher Verweildauer sank die Zahl der Pflegetage über alle Bereiche im vollstationären Segment um 2,5 %.

Im Jahr 2023 wurden wieder teilstationäre Patienten aufgenommen, zunächst nur in der Fachabteilung Kardiologie. Hier sind insgesamt 756 PT durchgeführt worden.

Bei der Abgabe der ambulanten Therapien im Therapiezentrum ist nach der Corona-Pandemie gegenüber dem Vorjahr eine erneute Zunahme von 11,48 % auf 13.615 (Vorjahr: 12.212) abgegebene Therapien im ambulanten Heilmittelbereich zu verzeichnen.

Die Gesellschaft erzielte ein positives Jahresergebnis von 1.300 T€, welches nicht prognostiziert wurde.

Lage

Nach der Wiederaufnahme der teilstationären Therapien konnten trotz der gesunkenen Belegung die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 % gesteigert werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert und belaufen sich auf 222 T€ (Vorjahr: 452 T€).

Der Materialaufwand stieg um 310 T€ auf 4.506 T€. Im Bereich der Roh- & Hilfsmittel sind durch die Schließung der Walibo Therme die Energiekosten und Kosten für Wasseraufbereitung deutlich gesunken, jedoch sind im Bereich der bezogenen Leistungen

deutlich gestiegene Kosten für die Patientenverpflegung und Zimmerrenovierungen zu verzeichnen. Die Aufwendungen haben sich hier um 7,4 % erhöht.

Die Personalkosten sanken um 158 T€ gegenüber dem Vorjahr und betragen 6.311 T€. Neben individuellen Gehaltsanpassungen, wurden auch verschiedene Berufsgruppen im Rahmen der Gehaltsstrukturanalyse im Berichtsjahr angehoben. Jedoch hat sich die Anzahl der Mitarbeiter durch die Schließung der Walibo Therme reduziert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 9,6 % gesunken und belaufen sich auf 1.101 T€. Nach der Schließung der Walibo Therme sind in einigen Gebieten die Aufwendungen gesunken.

Der Finanzmittelbestand hat sich somit erhöht. Der Finanzmittelbestand setzt sich zusammen aus Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten (8.493 T€). Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war stets gewährleistet. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden planmäßig getilgt. Die Liquiditätslage bleibt gesichert.

Das langfristige Vermögen, bestehend aus immateriellen Vermögensgegenständen, Sachanlagen und Finanzanlagen, verminderte sich im Berichtsjahr um 892 T€ auf 3.683 T€. Den Investitionen in Höhe von 549 T€ standen Abschreibungen von 322 T€ gegenüber. Bei den Zugängen handelt es sich überwiegend um Zugänge von Betriebs- und Geschäftsausstattung, sowie von technischen Anlagen und Maschinen.

Das Umlaufvermögen mit einem Anteil von 72 % am Gesamtvermögen erhöht sich im Berichtsjahr auf 9.539 T€. Es beinhaltet im Wesentlichen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 944 T€ (-1.161 T€) sowie die liquiden Mittel in Höhe von 8.493 T€ (+3.661 T€).

Das gezeichnete Kapital entspricht dem des Gesellschaftsvertrages und ist vollständig eingezahlt. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2024 erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 0,9 %-Punkte auf nun 93,5 %. Dem stark gestiegenem Eigenkapital steht eine um 10,9 % erhöhte Bilanzsumme gegenüber.

Prognosebericht

Wie schon im Lagebericht 2023 prognostiziert, lag das Betriebsergebnis über dem des Wirtschaftsplanes. Jedoch wurde diese Prognose erfreulicherweise deutlich übertroffen. Dieses Ergebnis wurde durch eine Kombination von verschiedenen Faktoren erzielt. Insbesondere die gesunkenen Aufwendungen nach der Schließung der Walibo Therme tragen zu diesem Ergebnis bei. Die gestiegenen Erträge führten in Kombination mit der Senkung des Personalaufwandes zu einer geringeren Personalaufwandsquote gegenüber Prognose und Vorjahr.

Die vorhandene starke Marktpositionierung der Klinik Eichholz bei Krankenkassen sowie Rentenversicherungsträgern wirkt stabilisierend und die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Belegung im Rahmen der möglichen kontinuierlichen Vertriebsarbeit (persönliche Gespräche vor Ort, Internetauftritt, Telefonakquise usw.) werden weiterhin umgesetzt. Weiterhin räumt die Geschäftsführung den Themen Instandhaltung und dem zertifizierten Qualitätsmanagement eine hohe Priorität ein. Dieses dient u.a. insbesondere dem Erhalt bzw. der Verbesserung der aus Sicht unserer Rehabilitanden überdurchschnittlich hohen Aufenthalts- und Versorgungsqualität der Klinik.

Um die Aufenthalts- und Versorgungsqualität sowie die Effektivität der Klinik zu steigern, sind auch hier mittelfristig Umbau- und Neubaumaßnahmen geplant. Diese sollen neue Therapieräume sowie eine effizientere Energieversorgung beinhalten. Letztere soll nicht nur die Kosten reduzieren, sondern auch die Umwelt entlasten. Die Gespräche für diese Maßnahmen wurden mit den Projektkoordinatoren durchgeführt und der Bauantrag wurde eingereicht.

Bei den Personalkosten ist aufgrund eines spürbaren Fachkräftemangels auch mit einer entsprechenden Steigerung der Gehälter zu rechnen. Verstärkt wird dies noch durch das

Pflegepersonal-Stärkungsgesetz, welches zwar für die Bereiche Krankenhäuser und Altenpflege Anwendung findet, jedoch nicht im Bereich der Rehabilitation.

Die Wirtschaftsplanung des Gesundheitszentrums in Bad Waldliesborn sieht für das Geschäftsjahr 2025 bei einer stabilen Auslastung ein Jahresergebnis von 486 T€ vor. Aktuell liegt die Gesellschaft dank einer guten Auslastung über Plan, so dass ein besseres Jahresergebnis erreicht werden könnte. Allerdings stehen im zweiten Halbjahr noch Investitionen an, welche im Wirtschaftsplan linear eingeplant wurden.

Bei den Pflgetagen in der Klinik Eichholz ist basierend auf der ursprünglichen Wirtschaftsplanung ein leichter Rückgang im Jahr 2025 auf 71.478 Pflgetage zu erwarten. Ebenfalls wird für das Geschäftsjahr 2025 mit einer ansteigenden Personalaufwandsquote zu rechnen sein. Auch hier liegt die Gesellschaft aktuell über dem Wirtschaftsplan, so dass man davon ausgehen kann, dass die Ziele mindestens erreicht werden dürften.

Der Fokus auf die Energieeffizienz und das innerbetriebliche Vorschlagswesen wird aufrecht erhalten bleiben.

Chancen- und Risikobericht

Wie im Prognosebericht bereits erläutert, sind mittelfristig Umbau- und Neubaumaßnahmen für das Therapiezentrum in Bad Waldliesborn geplant. Da man sich hier noch in der Planungsphase befindet, sind genauere Risiken hier noch nicht abzuschätzen, werden jedoch von der Verwaltungsleitung wie auch von der Geschäftsführung genaustens beobachtet.

Risiken, die sich aus dem Betrieb von Rehabilitationskliniken und dem Umgang mit dem Rehabilitanden/Gast ergeben, sollen durch zertifizierte interne Qualitätsmaßnahmen sowie Teilnahme am externen Qualitätssicherungsprogramm der Rentenversicherungsträger minimiert sein und sind ein wichtiger Bestandteil der Risikoversorge und der Früherkennung im Bereich des operativen Leistungsgeschehens.

Politische, rechtliche und gesetzliche Rahmenbedingungen werden die weitere Entwicklung im Gesundheitswesen beeinflussen. Nachfragebedingt wird eine Zunahme der stationären Reha-Fälle erwartet. Wichtige Gründe dafür sind z.B. die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die Umsetzung des Grundsatzes „Reha vor Pflege“, das DRG-Fallpauschalensystem im Akutbereich und die demografische Entwicklung.

Ein Aufgabenschwerpunkt der nächsten Jahre bleibt weiterhin, die baulichen und technischen Maßnahmen zur Instandsetzung, Wartung, Abmilderung von Energiekostensteigerungen sowie deutlich Attraktivierung/Modernisierung der Gebäudestruktur und -ausstattung fortzusetzen. Wie bereits erwähnt, sind hier umfassende Maßnahmen in Planung.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist zukünftig - insbesondere aufgrund der Altersstruktur in der derzeitigen Mitarbeiterschaft sowie der Beobachtung der Marktentwicklung am Fachkräftearbeitsmarkt - die erfolgreiche Wiederbesetzung von Stellen mit Fachkräften aus Medizin, Pflege und Therapie, indem neue Mitarbeiter erfolgreich am Markt akquiriert und mittels Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität langfristig an das Unternehmen gebunden werden.

Dritter Aufgabenschwerpunkt ist der Auf- und Ausbau der IT-Strukturen zur Einführung von Maßnahmen der Digitalisierung im gesamten Unternehmensbereich. Hier sind ebenfalls mehrere Projekte in der Umsetzung, wie z.B. die digitale Patientenakte.

Die Geschäftsführung rechnet damit, dass in 2025 die Ausgaben für Rehabilitation leicht steigen werden und dass die Belegung im Vergleich zum Berichtsjahr leicht rückläufig sein könnte.

Hellweg Servicemanagementgesellschaft mbH

Bismarckstraße 2
59505 Bad Sassendorf

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der vorbeugenden Heilfürsorge und der Bildung.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck wird durch die Wahrnehmung der im Gegenstand der Gesellschaft verankerten Aufgaben erfüllt (siehe auch Lagebericht).

Organe des Unternehmens

1. vom Kreis Soest benannte Vertreter:

Gesellschafterversammlung	<u>Mitglied</u> Landrätin Eva Irrgang	<u>Stellvertreter</u> BM Malte Dahlhoff
---------------------------	--	--

2. Geschäftsführung Stephan Eydt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2009; Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit zum 01.01.2010
Stammkapital:	25.000 Euro
Handelsregister:	Amtsgericht Arnsberg HRB 8887
Gesellschafter:	Alleinige Gesellschafterin ist die Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH

Hinsichtlich der Umsatzsteuer besteht eine Organschaft mit der Gesellschafterin Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH als Organträgerin, in die die Hellweg Servicemanagement GmbH finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch eingegliedert ist.

Zum Redaktionsschluss dieses Beteiligungsberichtes lag noch kein geprüfter Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Folglich handelt es sich bei den Zahlen für das Jahr 2024 sowie dem sich anschließenden Auszug aus dem Lagebericht lediglich um vorläufige Daten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Sachanlagen	26	32	32	27
Anlagevermögen	26	32	32	27
Vorräte	21	21	14	14
Forderungen und sonst. Verm.gegenstände	108	173	235	151
Kassenbestand, Bankguthaben	250	180	174	246
Umlaufvermögen	379	374	422	411
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0
SUMME AKTIVA	406	406	455	438
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25
Gewinnvortrag	56	56	48	87
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	0	1	8	-39
Bilanzgewinn	0	0	0	0
Eigenkapital	108	81	81	73
Rückstellungen	50	106	78	100
Verbindlichkeiten	247	218	296	266
SUMME PASSIVA	406	406	455	438

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	3295	3.491	4.546	3.347
Sonstige betriebliche Erträge	31	21	45	163
Materialaufwand	-1.349	-1.523	-2.655	-1.701
Personalaufwand	-1.825	-1.886	-1.846	-1.634
Betriebsergebnis	152	102	89	175
Abschreibungen	-9	-10	-7	-5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-116	-92	-74	-209
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27	1	8	-39
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	27	1	8	-39

Die Gesellschaft beschäftigte jahresdurchschnittlich 48,9 Vollkräfte (Vorjahr: 51,2).

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Das operative Geschäft hat die Hellweg Servicemanagementgesellschaft mbH (kurz HSG) als 100%-ige Tochtergesellschaft der Westfälisches Gesundheitszentrum Holding GmbH am 1. Januar 2010 aufgenommen. Die Gesellschaft hatte zunächst Dienstleistungen im Bereich der Haus- und Gebäudereinigung und im Hotel- und Restaurantbetrieb übernommen. In den folgenden Jahren kamen noch konzerninterne Dienstleistungen in den Bereichen Park- und Grünflächenpflege, Schreibdienst, Zentrale Speisenversorgung und Instandhaltung hinzu; der Hotel- und Restaurantbetrieb wurde veräußert. Seit 1. Januar 2019 wurde das Portfolio der HSG um die Energieversorgung der Konzerngesellschaften erweitert.

Geschäftsverlauf

Sparte Gebäudereinigung

In der Sparte der Gebäudereinigung waren die Umsatzerlöse um 1,58 % geringer als im Vorjahr. Der Entfall der Reinigungen der Walibo-Therme und eine geringere Zimmerkapazität in der Klinik am Hellweg führten zu diesem Rückgang. In allen anderen Bereichen sind die Umsätze gestiegen.

Die reduzierten Kapazitäten führten auch in den Bereichen Materialaufwand (-8,67 %) und Personalaufwand (-3,23 %) zu geringeren Aufwänden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind aufgrund der anhaltenden Inflation im Berichtsjahr jedoch deutlich angestiegen (+28,26 %).

Sparte Sonstiges

In der Sparte Sonstiges werden hier neben der Energieversorgung noch die zentralen Funktionen und die Instandhaltung abgebildet. Die beiden letztgenannten werden innerbetrieblich verrechnet.

Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Umsatzerlöse um 12,1 % auf Euro 1.158.033,17 (Vorjahr: Euro 1.317.435,49). Auch hier ist der Rückgang auf die Schließung der Walibo-Terme zurück zu führen. Die Energiekosten für das Gesundheitszentrum haben sich dadurch halbiert. Die Umsätze durch den Weiterverkauf von Strom gingen um 10,95 % zurück. Die Umsätze für Gas gingen um 15,81 % zurück.

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von Euro 26.856,43 (Vorjahr: Euro 724,68) aus, der, wie im Wirtschaftsplan 2024 prognostiziert, zu einem Eigenkapitalzuwachs führt.

Lage

Das Ergebnis der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Zwar sanken die Erträge um 5,29 %. Die Aufwendungen gingen im gleichen Zeitraum jedoch um 6,04 % zurück.

Die Betriebsaufwendungen fielen äquivalent zum Umsatz um Euro 212.049,85 auf Euro 3.299.537,81 (Vorjahr: Euro 3.511.587,66). Auf den Materialaufwand entfiel ein Rückgang

von Euro 174.189,70 auf Euro 1.349.283,73, welcher sich primär im Bereich der Energieversorgung bemerkbar macht.

Die Personalaufwendungen sanken um Euro 61.079,46 auf Euro 1.825.413,84. Diese Senkung entfällt nahezu komplett auf die Sparte der Gebäudereinigung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen, bedingt durch höhere Aufwendungen im Bereich der Personalgewinnung, auf Euro 115.930,51 (Vorjahr: Euro 91.924,47).

Nach Abzug der Abschreibungen von Euro 8.909,73 ergibt sich ein Jahresüberschuss von Euro 26.856,43 (Vorjahr: Euro 724,68).

Im Ergebnis erhöht sich der Finanzmittelbestand per 31. Dezember 2024 um Euro 70.009,36 auf Euro 250.066,95 (Vorjahr: Euro 180.057,59). Die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war stets gewährleistet. Die Liquiditätslage bleibt gesichert.

Das langfristige Vermögen sinkt im Berichtsjahr um 18,6 % auf Euro 25.930,00 und besteht wie im Vorjahr zu 100% aus Sachanlagen. Dabei standen den Zugängen von Euro 2.972,73 Abschreibungen von Euro 8.909,73 gegenüber. Die Zugänge betreffen die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das kurzfristige Vermögen mit einem Anteil von 93,5 % am Gesamtvermögen stieg gegenüber dem Vorjahr um Euro 5.505,56 auf Euro 379.386,81 an.

Das Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss (Euro 26.856,43) auf Euro 108.330,46. Das gezeichnete Kapital entspricht dem des Gesellschaftsvertrages und ist vollständig eingezahlt. Die Eigenkapitalquote per 31. Dezember 2024 steigt um 33 %-Punkte auf 26,7 % bei einer nahezu unveränderten Bilanzsumme.

Prognosebericht

Mit Beginn des operativen Geschäftes im Geschäftsjahr 2010 sollte die GmbH helfen, künftig steigenden Kosten in den jeweiligen Betätigungsfeldern entgegenzuwirken. Im Bereich der Gebäudereinigung ist dieses umgesetzt worden. Die Möglichkeiten, Effizienzpotentiale durch den Einsatz von eigenem Personal zu erschließen, werden regelmäßig geprüft.

Durch die Implementierung der Energieversorgung in das Portfolio der GmbH ist es auch hier möglich, den steigenden Kosten teilweise entgegenzuwirken, z.B. durch Synergieeffekte des Konzerns bei Verhandlungen mit Energiezulieferern. Um sich gegen zukünftige Schwankungen des Strompreises robuster aufzustellen werden Teile des Kontingents bereits langfristig eingekauft. Für die Abnahme von Gas besteht ein langjähriger Vertrag, welcher der Gesellschaft wie auch den Unternehmen im Konzernverbund einen stabilen Preis garantieren soll, dieser wurde für das Geschäftsjahr 2025 neu verhandelt. Der Gaspreis liegt dadurch ab dem Geschäftsjahr 2025 höher.

Entgegen der Prognose des letzten Lageberichts, wurde das Betriebsergebnis 2024, welches mit Euro 1.152,16 € geplant war, deutlich übertroffen. Aufgrund des stärkeren Kostenrückgang gegenüber dem Umsatzrückgang wurde ein besseres Jahresergebnis erreicht.

Durch Anpassungen der Reinigungsflächen im Konzernverbund wird in der Sparte Gebäudereinigung für das Geschäftsjahr 2025 mit einem Rückgang des Personalaufwandes gerechnet, insgesamt wird eine leicht sinkende Personalaufwandsquote in dieser Sparte prognostiziert. Für die gesamte Gesellschaft wird ebenfalls ein leichter Rückgang erwartet.

Hinsichtlich der Materialeinsatzquote wird von einer Steigerung ausgegangen. Dies ist auf inflationsbedingt höhere Einkaufspreise zurückzuführen.

Die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren haben nach wie vor Bestand.

Das Betriebsergebnis für die Hellweg Servicemanagementgesellschaft mbH wurde für 2025 mit Euro 4.427,72 geplant. Die ersten Monate im Geschäftsjahr 2025 zeigen eine positive Entwicklung und liegen über Plan. Maßgeblich ausschlagend hierfür sind die geringeren Personalkosten und höheren Umsätze, die aktuell über dem Wirtschaftsplan liegen.

Chancen- und Risikobericht

Ein höheres Risiko stellt jedoch der andauernde Krieg zwischen der Ukraine und Russland und der aktuelle Nahostkonflikt dar. Gerade im Bereich der Energieversorgung können sie sich in Form deutlich steigender Preise niederschlagen. Für die Abnahme von Gas besteht ein langjähriger Vertrag, welcher der Gesellschaft wie auch den Unternehmen im Konzernverbund einen stabilen Preis garantieren soll, dieser wurde für das Geschäftsjahr 2025 neu verhandelt. Der Gaspreis liegt dadurch ab dem Geschäftsjahr 2025 höher. Auch der Strompreis ist aufgrund der anhaltenden weltpolitischen Krisen Schwankungen unterworfen, die zu höheren Kosten führen können.

Inwiefern der Energiemarkt von weiteren Krisen betroffen sein wird, und auf welches Preisniveau die verschiedenen Energien sich einpendeln, ist mit Sorgfalt zu beobachten.

Das inflationsbedingte hohe Preisniveau stellt ein Risiko für den ganzen Konzernverbund da. Hier muss man schauen, dass die entsprechenden Mehraufwendungen, die entstehen, an die Kunden weitergegeben werden können, so dass weiterhin ein positiver Deckungsbeitrag in den verschiedenen Bereichen erwirtschaftet werden kann.

Ebenfalls macht sich ein Fachkräftemangel auch im Bereich der Gebäudereinigung deutlich bemerkbar. Ersatz für ausgeschiedene Mitarbeiter zu finden, stellt sich als deutlich schwieriger da, als dieses noch vor ein paar Jahren der Fall war.

Der wahrscheinlich ab dem Geschäftsjahr 2026 zwingend vorgeschriebene Nachhaltigkeitsbericht wird durch den erheblichen Umfang zu noch nicht absehbaren Kosten führen, die zukünftig in den Preiskalkulationen berücksichtigt werden müssen. Dies stellt für den gesamten Konzern ein Risiko dar.

Der durch die Energiekrise entstandene Fokus auf die Energien wird auch als Chance gesehen, hier entsprechendes Optimierungspotenzial zu sehen und die Unternehmen innerhalb des Konzernverbundes diesbezüglich zu analysieren und mögliche Konzepte für eine stabile und möglichst kostengünstige Versorgung zu entwickeln.

Weiterhin wird nach neuen Möglichkeiten der Personalrekrutierung geschaut, so dass man als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird, Mitarbeiter über andere Kanäle als bisher erreicht und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken kann.

Beteiligungen nach Handlungsfeldern



Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VkA)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen
Telefon 0201/ 243439
www.vka-rwe.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft bündelt die kommunalen Interessen zahlreicher Gebietskörperschaften (Landschaftsverbände, Kreise und Städte sowie Versorgungs-Beteiligungen) als Aktionäre der RWE AG. Der öffentliche Zweck ergibt sich zudem aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

Gesellschafterversammlung	<u>Mitglied</u> KT-Abg. H.-J. Nürnberg
---------------------------	---

2. Geschäftsführung

Detlef Raphael (seit 01.07.2024)
Günther Schartz (seit 04.12.2024)
Udo Mager (bis 30.06.2024)
Ingolf Graul (bis 04.12.2024)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Stammkapital: 127.822,97 Euro

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 322

Anzahl Gesellschafter: 75

Der Kreis Soest hat einen VkA-Geschäftsanteil im Nennwert von 511,29 Euro bzw. 0,4%.

Auflösung der Vereinigung und Beteiligung am Verband der kommunalen RWE-Aktionäre

In der Vergangenheit wurden Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden Fragen und insbesondere die Vertretung kommunaler Interessen gegenüber der RWE AG von zwei Gesellschaften wahrgenommen.

Für die westfälischen Aktionäre war dies die aus VEW-Zeiten hervorgegangene „Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH“, für die rheinischen Aktionäre ist es die Aktionärsvereinigung, die seit 1992 als „Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH“ firmiert.

In den letzten 20 Jahren hat es immer wieder Versuche gegeben, beide Aktionärsvereinigungen zu vereinen. Insbesondere wegen der unterschiedlichen Finanzierung (jährliche Zuschüsse der einzelnen Gesellschafter einerseits und Übernahme der laufenden Kosten durch die KEB andererseits) waren diese Bemühungen nie erfolgreich.

Durch die 2016 erfolgte Gründung der Innogy SE als Tochtergesellschaft der RWE AG, dem in 2018 vereinbarten Verkauf von Innogy SE an die E.ON SE und die Aufteilung der Geschäftsgebiete Energie-Erzeugung auf die RWE AG und Energie-Verteilung auf die E.ON SE hat sich inzwischen eine neue Situation ergeben:

Die Aufgaben beider Aktionärsvereinigungen sind weniger umfangreich, da die RWE AG bei der Energieversorgung kein unmittelbarer Vertragspartner mehr von Kommunen und Stadtwerken ist. Die bestehenden Versorgungsverträge sind ganz überwiegend übergegangen. Außerdem ist die Zahl der Gesellschafter in beiden VKA gesunken. Deshalb war es nunmehr geboten, durch die Zusammenlegung beider VKA die Interessenvertretung gegenüber der RWE AG durch gemeinsames Handeln zu verstärken und gleichzeitig den finanziellen Aufwand zu senken.

Es ist gelungen, bei der dazu notwendigen geringfügigen Überarbeitung des Gesellschaftsvertrages der Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH Minderheitsrechte für die westfälischen Gesellschafter zu vereinbaren. Um diese Minderheitsrechte wirksam durchsetzen zu können, war es notwendig, auch schon zu Beginn über die 25 % Anteile zu kommen. Dabei wird die unterschiedliche Finanzierung beibehalten. Der Beitrag der KEB Holding AG wird durch eine entsprechende Vereinbarung auf Dauer auf maximal 120.000 Euro gedeckelt, sodass sich keine zusätzliche finanzielle Belastung ergibt und Nachschüsse nicht erhoben werden können. Der Aufsichtsrat der KEB Holding AG hat in seiner Sitzung am 24.11.2020 beschlossen, der Übernahme der hälftigen Kosten bis zu einer Höhe von 120.000 Euro p.a. zuzustimmen.

Der Gesellschafterausschuss und die Gesellschafterversammlung der Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH haben vor diesem Hintergrund ihre Auflösung mit Wirkung zum 30.06.2021 beschlossen und die ehemaligen Gesellschafter aufgefordert, neue Anteile an der Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH zu zeichnen.

Der Kreistag Kreis Soest hat am 25.03.2021 beschlossen, sich in Höhe von 0,4 % an dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH zu beteiligen. Diesem Beschluss ist der Kreis Soest nachgekommen.

Aufgrund der allgemein gestiegenen Kostenentwicklung wurde in der Gesellschafterversammlung vom 02.05.2024 erstmals eine Anpassung der Vorschüsse beschlossen. Auf die ehemaligen VkA Westfalen GmbH Gesellschafter entfallen dabei 34,16 % an den Mehrkosten, entsprechend ihrem Anteil am Verband. Die KEB Holding AG wird auch diese Mehrkosten vollständig übernehmen (in 24/25 insgesamt: 126.832 €; in 25/26: 137.280 €).

Zweckverband Südwestfalen-IT

Sonnenblumenallee 3, 58675 Hemer
www.sit.nrw

Die Südwestfalen-IT ist ein kommunaler Zweckverband nach den Bestimmungen des „Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit“ (GkG) des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie stellt ihren Mitgliedern IT- Leistungen im Rahmen einer abgestimmten informationstechnischen Strategie zur Verfügung. Die Südwestfalen-IT kann alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung seiner Aufgaben dienlich sind.

Verbandsmitglieder sind die fünf südwestfälischen Kreise sowie deren kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Die beiden kommunalen Zweckverbände KDVZ Citkomm (Hemer) und KDZ Westfalen-Süd (Siegen) wurden zum 01.01.2018 in die Südwestfalen-IT eingegliedert.

Einzelheiten zur KDVZ und Entwicklung der SIT bis 2017 sind den Beteiligungsberichten der Vorjahre zu entnehmen.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Verbandsversammlung	LRin Eva Irrgang	Helge Paul (Kreis Soest)
	KT-Abg. Michael Grossmann	KT-Abg. Matthias Ruthemeyer
	KT-Abg. Jonas Kayser	KT-Abg. Prof. Dr. Werner Kirsch
Verwaltungsrat	LRin Eva Irrgang	KT-Abg. Jonas Kayser
	KT-Abg. Michael Grossmann	KT-Abg. Jonas Kayser

2. Geschäftsführung

Mirco Pinske (ab 01.02.2024)
Jörg Kowalke

Verbandsvorsteher ist Landrat Theo Melcher,
Vorsitzende des Verwaltungsrates Landrätin Eva Irrgang.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband

Gründungsjahr: 2018

Beteiligungen:

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
SIT GmbH	100,00	250.000
nextgov iT GmbH	39,60	45.780

Die durchschnittliche Anzahl an Arbeitnehmern in 2024 betrug 347 (davon 23 Beamte).

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.834	1.979	2.046	2.477
Sachanlagen	15.635	16.440	16.122	16.374
Finanzanlagen	5.191	5.486	5.151	5.151
Anlagevermögen	22.660	23.904	23.319	24.001
Forderungen und sonstige Verm.gegenstände	31.738	33.845	29.668	29.280
Kassenbestand, Bankguthaben	4.496	2.494	6.851	6.956
Umlaufvermögen	36.233	36.339	36.519	36.236
Rechnungsabgrenzungsposten	4.636	5.987	3.692	3.082
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag		1.777		
SUMME AKTIVA	63.530	68.008	63.529	63.319
PASSIVA				
Kapitalrücklage	1.020	2.381	4.365	4.816
Gewinn-/Verlustvortrag	0	25	-1.108	
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	-4.183	35	-1.108
Bilanzverlust	-214			
Nicht gedeckter Fehlbetrag		1.777		
Eigenkapital	806	0	3.292	3.708
Rückstellungen	47.675	49.321	46.223	44.270
Verbindlichkeiten	14.818	18.547	14.004	15.341
Rechnungsabgrenzungsposten	231	139	11	0
SUMME PASSIVA	63.530	68.008	63.529	63.319

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	59.964	42.272	47.488	43.676
Sonstige betriebliche Erträge	241	1.484	677	378
Materialaufwand	-21.185	-17.980	-24.391	-22.476
Personalaufwand	-24.297	-18.458	-14.216	-15.026
Betriebsergebnis	14.724	7.317	9.559	6.553
Abschreibungen	-3.360	-3.520	-3.704	-3.456
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.936	-6.701	-4.803	-3.927
Erträge aus Beteiligungen	229	761	1.006	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	319	304	235	31
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	-2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.333	-2.340	-2.255	-277
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	2.643	-4.178	37	-1.078
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-56	0	0	-27
Sonstige Steuern	-4	-5	-2	-3
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	2.583	-4.183	35	-1.108

Der Jahresabschluss ist vor dem Hintergrund der Cyberkrise zu bewerten. Die Steigerung bei den Umsatzerlösen resultiert aus einer Umlageanpassung (+20.037 TEUR). Gleichzeitig kam es zu einer erheblichen Minderung bei Erlösen aus laufenden Verträgen (- 7.561 TEUR). Der wesentliche Grund hierfür ist, dass viele Verfahren erst in 2024 wieder angelaufen sind.

Im Jahr 2024 wurden Mitarbeiter der Tochtergesellschaft SIT-GmbH in den Zweckverband überführt; dies war auch ursächlich für den Anstieg der Personalaufwendungen. Beim Materialaufwand kam es zu einer deutlichen Steigerung bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen (+2.320 TEUR) durch das eingesetzte Fremdpersonal (+1.920 TEUR).

Die Bewirtschaftung des Produktes „EDV-Technik“ im Haushalt des Kreises Soest erfolgt dezentral durch Dezernat 01, Abteilung 10 (IT und Verwaltungsdigitalisierung).

In 2024 betrug die SIT-Umlage 1.365.063,28 EUR. Zusätzlich wurden in 2024 Umlagen für die Deckung des Jahresfehlbetrags 2023 und für den Nachtrag 2024 ausgezahlt. Der Anteil des Kreises Soest belief sich auf 72.618 EUR bzw. 477.895,23 EUR. Die zusätzlichen Umlagen sind im Cyberangriff aus 2023 begründet (um Doppelungen zu vermeiden wird diesbezüglich auf den Lagebericht verwiesen).

Für 2025 sind 1.405.000 EUR im Haushalt eingeplant.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Südwestfalen-IT ist ein kommunaler Zweckverband nach den Bestimmungen des „Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit“ (GkG) des Landes Nordrhein-Westfalen, der seinen Verbandsmitgliedern Dienstleistungen und Produkte auf dem Gebiet der Informationstechnik zur Verfügung stellt.

Neben den Verbandsmitgliedern Märkischer Kreis, Kreis Soest, Hochsauerlandkreis, Kreis Olpe und Kreis Siegen-Wittgenstein mit ihren insgesamt 59 kreisangehörigen Städten und Gemeinden und den weiteren 8 Städten/Gemeinden aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis erbringt sie ihre Leistungen im größeren Umfang für die Stadt Schwerte aus dem Kreis Unna. Die langjährige Zusammenarbeit führte letztendlich zu einem Beitritt der Stadt Schwerte zum 28.01.2023 in den Zweckverband.

Darüber hinaus nutzen weitere Kommunen die Leistungen der Südwestfalen-IT mit unterschiedlichen Volumen.

Die Südwestfalen-IT verfügt über zwei Tochtergesellschaften. Die 100 %ige Tochtergesellschaft SIT GmbH erbringt IT-Leistungen für Kunden außerhalb des Verbandsgebietes sowie privatrechtlich organisierte Kunden. Die zu Beginn des Jahres 2023 abgeschlossene Untersuchung eines renommierten Beratungsunternehmens zur Neuausrichtung der SIT GmbH erarbeitete verschiedene Handlungsempfehlungen, von denen in einem ersten Schritt im Laufe des Jahres 2023 eine erste Maßnahme bereits umgesetzt worden ist. Die große Mehrzahl der Mitarbeitenden der SIT GmbH wurde in einem schrittweisen Prozess in den Zweckverband überführt. Künftig sollen in der SIT GmbH die Produkte und Dienstleistungen gebündelt werden, die besonders drittmarktfähig und attraktiv für weitere Kunden außerhalb des Verbandsgebietes sind.

Zudem wurden die im Bereich des Portal- und Onlinegeschäfts tätigen Mitarbeitenden der SIT GmbH in die nextgov iT GmbH, an der die Südwestfalen-IT zu 39,6 % beteiligt ist, übergeleitet. Die nextgov iT konsolidiert als gemeinsame Gesellschaft der Südwestfalen-IT und der regio iT die bisherigen Aktivitäten der Gesellschafter im Bereich der Portal- und Onlinedienste.

Die SIT GmbH hat das Jahr 2024 mit einem Verlust von TEUR 147 abgeschlossen.

Die wichtigsten Leistungsbereiche der Südwestfalen-IT sind:

- die Entwicklung, die Wartung und der Betrieb von Verfahrenslösungen für kommunale Aufgaben,
- die Beratung und Unterstützung zur Einführung, zum Einsatz und Weiterentwicklung der Informationstechnik bei den Kommunalverwaltungen,
- die Analyse und Lösung von Problemen, die sich durch die Nutzung von Informationstechnik ergeben,
- die Durchführung von Projekten.

Geschäftsverlauf und Lage

Auch für den Geschäftsverlauf und die Lage im Berichtsjahr waren – wie bereits im Vorjahr im Prognosebericht erläutert – die Auswirkungen der Cyberattacke auf die Südwestfalen-IT im Herbst 2023 maßgeblich. Im Januar wurde der Abschlussbericht des mit der Krisenbewältigung befassten Advanced Persistent Threat (APT) – Dienstleisters in der Verbandsversammlung vorgestellt und anschließend veröffentlicht. Der Abschlussbericht zeigte u. a. kurz-, mittel-, und langfristige Umsetzungsmaßnahmen auf, mit deren Umsetzung die Sicherheit der Südwestfalen-IT gesteigert werden soll. Mit der Umsetzung der im Abschlussbericht aufgeführten Maßnahmen wurden im Jahr 2024 in sämtlichen eingesetzten Systemen 2024 umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen implementiert. U.a. gehörten dazu:

- ein intensiver Forensik-Scan
- eine erweiterte Netzwerksegmentierung
- eine Überwachung über Next-Generation-Firewall
- eine Erweiterung des Virenschutzes und der Angriffserkennung
- erweiterte Endpoint Detection and Response (EDR) – Maßnahmen
- eine 24/7 Überwachung durch ein Cyberdefense-Center
- eine Vereinheitlichung des VPN-Zugangs
- eine Absicherung der VPN-Nutzung durch eine Multi-Faktor-Authentifizierung
- mit One-Time-Passwort und einem Zertifikat

Zusammen mit den Verbandsmitgliedern erfolgte im Anschluss an die noch im Vorjahr durchgeführte Bestandsaufnahme eine Priorisierung der Fachverfahren mit einer Einteilung in insgesamt fünf Kategorien. Der Wiederanlauf der einzelnen Fachverfahren wurde systematisch geplant und die Konzeption dokumentiert. Unter Beteiligung der im Rahmen der Krisenorganisation zuständigen Gremien wurde die Abarbeitung der Wiederanlaufaktivitäten überwacht und die Wiederinbetriebnahme der Fachverfahren formell freigeben. In einem ersten Schritt erfolgte die Freigabe der priorisierten Fachverfahren in einem Basisbetrieb mit eingeschränkten Funktionalitäten, d.h. dass insbesondere interne und externe Schnittstellen- und Kommunikationsbeziehungen nicht zur Verfügung standen. Anschließend wurden die Fachverfahren in einem weiteren Schritt in den Normalbetrieb überführt. Bei der Wiederinbetriebnahme der Verfahren unterstützten die Partnerrechenzentren, insbesondere die regio-iT und die KDZ Rhein-Erft-Rur, die Südwestfalen-IT maßgeblich.

Im Zuge der Wiederanlaufplanung gab es unterschiedliche Betroffenheiten zu berücksichtigen, da die Infrastruktur der ehemaligen KDZ Citkomm im Norden des Verbandsgebietes sich von der Infrastruktur der früheren KDZ Westfalen-Süd im Süden unterschied. Dies war der Grund dafür, dass sich der Wiederaufbau im Süden schwieriger gestaltete als im Norden. So wurde im Süden der Wiederanlauf dadurch erschwert, dass sämtliche Clients (Laptops, Notebooks, PC'S etc.) neu aufgebaut werden mussten.

Auch bei den einzelnen Fachverfahren gab es unterschiedliche Betroffenheiten. Je nachdem, ob die Systeme in oder außerhalb der kompromittierten Domäne betrieben wurden, musste entweder ein kompletter Neuaufbau oder ein Wiederanlauf der Systeme erfolgen. Vor der Wiederinbetriebnahme wurden die Daten und Dateien in einem mehrstufigen Prüfverfahren forensisch untersucht und die Verfahren systemtechnisch gehärtet. Die Datenrücksicherungsmaßnahmen wurden vor ihrer Freigabe von zwei unabhängigen Advanced Persistent Threat (APT) - Dienstleistern begutachtet und bewertet. Da der Wiederanlauf der Verfahren oberste Priorität besaß, lagerte die Südwestfalen-IT für die Verbandsmitglieder wesentliche Verfahren, wie das Verkehrswesen, das Wahlverfahren oder das Wohngeldverfahren zum Teil auf Kooperationspartner aus, um ihren Einsatz so zeitnah wie möglich den Verbandsmitgliedern und somit den Bürgern wieder zur Verfügung stellen zu können. So konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Europawahl trotz aller Schwierigkeiten zeitgerecht vorbereitet und durchgeführt werden konnte. Ende Oktober 2024 informierte die Südwestfalen-IT dann ihre Verbandsmitglieder und Kunden darüber, dass nahezu 100% der im Produktportfolio befindlichen ca. 160 Anwendungen wieder im vollen Umfang bereitgestellt werden konnten. Für die von den Zweckverbandsmitgliedern als besonders prioritär eingestuften Verfahren – darunter fallen Bürger-, Finanz- und Sozialdienste konnte der Normalbetrieb bereits in der ersten Hälfte des Berichtsjahres erreicht werden.

Als direkte Folge des Cyberangriffs entstanden zusätzliche Aufwände u. a. für die Beteiligung verschiedener Fachfirmen, die Unterstützung von anderen Rechenzentren sowie für die Beschaffung von Soft- und Hardware, um die Handlungsfähigkeit des Zweckverbandes schnellstmöglich wiederherzustellen. Da die zusätzlichen Aufwendungen noch nicht in dem von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung vom 25.01.2024 beschlossenen Wirtschaftsplan in voller Höhe berücksichtigt werden konnten, wurde ein Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2024 erforderlich, der die zusätzlichen Aufwendungen in Höhe TEUR 2.587,0 bereitstellte. Der Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2024 wurde in der Sitzung der Verbandsversammlung vom 12.06.2024 beschlossen. Zur Deckung des Jahresfehlbetrags 2023 wurde zusätzlich ein weiterer Nachtrag erforderlich, der von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung vom 24.09.2024 beschlossen wurde. Die im Vorjahreslagebericht prognostizierten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage wurden damit umgesetzt. Der Erlass der Nachträge zum Wirtschaftsplan wurde im Vorfeld der Beschlüsse der Verbandsversammlung mit der Bezirksregierung in Arnsberg abgestimmt.

Ertragslage

Auch die Ertragslage wurde wesentlich durch die Folgen des Cyberangriffs beeinflusst. Es sind erhebliche Minderungen der Erlöse sowohl aus den laufenden Verträgen und Dienstleistungsprojekten mit Verbandsmitgliedern als auch sonstigen laufenden Verträgen mit Nicht-Verbandsmitgliedern zu verzeichnen. Grund hierfür ist, dass viele Verfahren erst in 2024 wieder angelaufen sind. Soweit die entsprechenden Forderungen aus diesem Zeitraum noch nicht beglichen wurden, wurden Einzelwertberichtigungen aus dem Jahresabschluss 2023 in Anspruch genommen. Die Auswirkungen der Cyberkrise wurden in 2024 zum einen mit der Nachtragssatzung vom 12.06.2024, die eine Kostendeckung über eine Umlageanpassung i. H. v. TEUR 12.163 sowie eine Budgetanpassung für die durch die Cyberattacke verursachte Mehrbelastung i. H. v. TEUR 2.587,0 vorsah und zum anderen mit einer 2. Nachtragssatzung vom 24.09.2024 über TEUR 2.797 über den Verlustausgleich aus dem Jahresabschluss 2023 finanziert.

Setzt man die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge i. H. v. insgesamt TEUR 60.205 in das Verhältnis zu den Aufwendungen für Material und für Personal (einschließlich Zuführungen zu den Rückstellungen), ergeben sich folgende Kennzahlen:

- Aufwendungen für Material: TEUR 21.185 = 35,2% (Vorjahr: 41,1 %)
- Aufwendungen für Personal: TEUR 24.297 = 40,4 % (Vorjahr: 42,2 %)

Die Veränderung der Quoten ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich die Umsatzerlöse insbesondere in Folge der Umlageanpassung und die Bereitstellung der Mehrkosten für die Bewältigung der Kosten der Cyberattacke erhöht haben. Die Reduzierung der Personalaufwendungen war 2024 im Verhältnis geringer. In 2024 wurden die Mitarbeitenden der SIT GmbH, die überwiegend für den Zweckverband tätig waren, im Laufe des Geschäftsjahres in den Zweckverband überführt. Dadurch kam es zu einer Verschiebung der Aufwendungen für bezogene Leistungen (Personalüberlassung) in den Personalaufwand. In 2024 ist der Anteil der Vollzeitkräfte im Zweckverband im Durchschnitt um 54 Vollzeitkräfte angestiegen. Die Risikobericht 2023 dargestellten Schadenersatzansprüche der Mitglieder sind nicht eingetreten; die im Vorjahr getroffene Prognose hat sich damit als zutreffend erwiesen. Wir verweisen diesbezüglich auch auf den aktuellen Risikobericht. Die Südwestfalen-IT schließt die Gewinn- und Verlustrechnung 2024 mit einem Überschuss von TEUR 2.583 ab. Die Entnahme aus der Eigenkapitalrücklage in der Höhe von TEUR 1.386 wurde mit dem Verlustvortrag aus 2023 verrechnet.

Finanzlage und Vermögenslage

Der Cyberangriff wirkte sich durch nicht zugeflossene Einnahmen aus Umsatzerlösen und die Ausgaben für den zusätzlichen Aufwand massiv auf die Finanzlage aus. Zur Sicherstellung der Liquidität wurde in dem Wirtschaftsplan 2024 die Kontokorrentlinie um 1.500,0 TEUR auf 2.000 TEUR erhöht.

In Folge des o.g. Jahresüberschusses hat sich die Vermögenslage entsprechend verbessert. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag von rd. 1,8 Mio. € in 2023 wird nicht mehr ausgewiesen. Für die Deckung des Vorjahresverlusts i. H. v. TEUR 4.183,6 wurde gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 24.09.2024 die für alle Mitglieder der Südwestfalen-IT bestehende Rücklage in Höhe TEUR 1.380 und der Jahresüberschuss des Berichtsjahres i. H. v. 2.582,8 herangezogen. Das Jahr 2024 schließt somit mit einem Bilanzverlust in Höhe TEUR 214,2 und einem buchmäßigen Eigenkapital i. H. v. TEUR 805,9.

Aus der Bilanz ergeben sich folgende wesentliche Kennzahlen zur Finanz- und Vermögenslage:

- Anlagevermögen: TEUR 22.660 (Vorjahr: TEUR 23.904) entspricht 35,7 % (Vorjahr: 35,4 %) der Bilanzsumme.
- Liquide Mittel: TEUR 4.496 (Vorjahr: TEUR 2.494) entspricht 7,1 % (Vorjahr: 3,7 %) der Bilanzsumme.
- Investitionen insgesamt: TEUR 2.415 (Vorjahr: TEUR 4.110).
- Abschreibungen insgesamt: TEUR 3.360 (Vorjahr: TEUR 3.520).

Die Investitionen bei immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen wurden vollständig durch Abschreibungen finanziert.

Die Liquidität des Verbands war im Jahr 2024 ganzjährig gesichert. Die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung war nicht notwendig.

Hohe zusätzliche Aufwendungen als direkte Folge des Cyberangriffs einerseits und andererseits der Ausfall von nicht rechtssicher zu erhebenden Entgelten aus laufenden Verträgen wegen ausgebliebener Leistungserbringung in der Zeit vom 01.01.2024 bis 30.09.2024 sind, wie im Prognosebericht 2023 dargestellt, durch die 1. und 2. Nachtragssatzung kompensiert worden.

Prognosebericht

Parallel zu dem im Berichtsjahr bestimmenden Faktor der Krisenbewältigung setzte die Südwestfalen-IT abgestimmt mit den Verbandsmitglieder Maßnahmen zur Krisenaufbereitung auf, die sich auf das Jahr 2025 und auch darüber hinaus auswirken werden. Eine Neuausrichtung der Südwestfalen-IT wird von allen Beteiligten für dringend

notwendig erachtet. Ein grundlegender Handlungsbedarf wird insbesondere in den Bereichen - Steigerung der Resilienz der IT-Infrastruktur, Optimierung der Liefer- und Serviceprozesse, Verbesserung der Transparenz der Kostenverrechnung und Harmonisierung des Leistungsportfolios gesehen. Zur Unterstützung bei der Transformation wurde eine externe Beratungsfirma beauftragt, die zunächst eine Organisationsuntersuchung durchführen wird. Die Umsetzungsmaßnahmen zu weiteren Untersuchungen im Sinne des zuvor dargestellten Handlungsbedarfs werden sich zeitlich über das Jahr 2025 hinaus erstrecken.

Parallel dazu treibt die Südwestfalen-IT zu ihrer Weiterentwicklung ein internes Projekt zur Schaffung eines strukturierten, transparenten und nachhaltigen Zielprozesses voran. Als strategische Handlungsfelder wurden von den eingesetzten Arbeitsgruppen ein stabiler und sicherer Betrieb, ein zukunftsfähiges Serviceportfolio, Innovationskraft, strategisches Personalmanagement, Organisationsentwicklung und Kultur und Change identifiziert. Das Projekt ist auf einen mehrjährigen Zeitraum angelegt.

Die Südwestfalen-IT erhöhte für das Jahr 2025 ihre Preise pauschal um 2,0%. Zudem wurden die Preise für Produkte, in deren Kalkulation Betriebskosten enthalten sind, pauschal um 3,5% erhöht. Die Erhöhung dient der Kostenabdeckung für die Implementierung der notwendigen IT-Sicherheitsmaßnahmen.

Entsprechend den Regelungen des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit weist die mittelfristige Finanzplanung ausgeglichene Ergebnisse für die nächsten Jahre aus. Für das Jahr 2025 schließt der Wirtschaftsplan zwar mit einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag i. H. v. TEUR 934,0 Euro, jedoch wird der Jahresfehlbetrag durch die Inanspruchnahme der restlichen Breitbandrücklage, die den Verbandsmitgliedern der ehemaligen KDVZ Citkomm zusteht, gedeckt. Die Zahlungsfähigkeit wird sichergestellt.

Chancen- und Risikobericht

Zusammen mit ihren Verbandsmitgliedern treibt die Südwestfalen-IT ihre Produktkonsolidierung, die mit der Umsetzung der 1-Produkt-Strategie einhergeht, voran. Auf der Grundlage einer zukunftsfähigen Produktpalette, die ein breites Serviceangebot bereithält, möchte die Südwestfalen-IT ihre Verbandsmitglieder unterstützen. Dabei stehen vor allem die für die Kommunen essentiellen Verfahren und Dienstleistungen zur Ausweitung der Digitalisierung im Blickpunkt. Hier kann die Südwestfalen-IT ihre Erfahrungen aus der Krisenbewältigung einbringen. Die zukünftigen Aktivitäten der Südwestfalen-IT sind einzubetten in die allgemeinen Entwicklungen der kommunalen IT-Landschaft in NRW. Das Landesgutachten sieht eine Konsolidierung der zurzeit noch mehr als 37 kommunalen IT-Dienstleister im Land vor. Die Südwestfalen-IT begleitet den NRW-Gutachtenprozess konstruktiv und steht hierzu mit allen Beteiligten (IT NRW, kdn, Land NRW, etc.) in einem engen Dialog. Mit der Straffung des Produktportfolios und ihrer Neuausrichtung möchte sich die Südwestfalen-IT für die im Umbruch befindliche IT-Landschaft als kompetenter, sicherer und qualitativ hochwertiger IT-Standort präsentieren.

Große Chancen sieht die Geschäftsführung in der Bildung von Kooperationen. Als ein wesentlicher Erfolgsfaktor wird hier die Standardisierung von Produkten und Leistungen im Rahmen dieser Zusammenarbeit gesehen. Folgt man bei der Konsolidierung der IT-Landschaft in NRW dem „Leuchtturm-Ansatz“, in dem sich die großen „Flächendecker“ auf jeweils wenige zentrale Verfahren in Form eines Kompetenzzentrums fokussieren, wird dies zu einer Standardisierung der großen Fachverfahren und somit letztendlich zu erheblichen Kosteneinsparungen führen. Dies liegt schon allein darin begründet, dass weniger breit im Markt vertretene Verfahren durch die jeweiligen Dienstleister mittelfristig nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können, da insbesondere die Investitionen in die Infrastruktur und die IT-Sicherheit zukünftig weiter zunehmen werden.

Als Folge der Cyberkrise kooperiert die Südwestfalen-IT im Bereich der Wahlverfahren bereits mit der KDVZ Rhein-Erft-Rur und im Bereich des Verkehrswesens mit der regio-IT

und nutzt so entstandene Synergien. Auch in weiteren Bereichen sieht die Südwestfalen-IT durch die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Institutionen großes Potenzial, um Kosteneinsparungen zu erzielen. So ist die Südwestfalen-IT zum Jahresbeginn der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft beigetreten und hat sich zudem an der PD-Beratung der öffentlichen Hand GmbH beteiligt, die Kommunen und Kommunalverbände bei der Modernisierung und der Durchführung von Investitionen berät.

Weiterhin ergeben sich Chancen durch den hohen Digitalisierungsbedarf der Kommunen und den Einsatz neuer Technologien, z. B. von Cloud- oder KI-Anwendungen. Hier nutzt die Südwestfalen-IT ihre vielfältigen Kontakte, vor allem aber den Kontakt zu IT-NRW, dem Dienstleister des Bundeslandes.

Im Zusammenhang mit den Folgen und Auswirkungen des Cyberangriffs auf die Funktionsfähigkeit der kommunalen Verwaltung und der Nutzung von Bürgerdiensten besteht weiterhin das Risiko der Geltendmachung von Schadenersatzforderungen. Hier konnte die Südwestfalen-IT in 2024 einen wichtigen Schritt zur Risikominimierung erzielen. Da sämtliche Verbandsmitglieder einen Schaden erlitten haben, beabsichtigt der Zweckverband von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Umlage zum Ausgleich möglicher Schadenersatzforderungen nicht nach einem Einwohnermaßstab zu bemessen. Vielmehr soll der Nutzen für das einzelne Verbandsmitglied sich danach bemessen, in welchem Maße die SIT diesem Mitglied Schadenersatz zu leisten hat. Daher ist vorgesehen, die Höhe einer eventuellen Schadensumlage vollständig an der geltend gemachten Schadenersatzforderung des jeweiligen Verbandsmitglieds festzumachen. Damit würde im Ergebnis die an das Mitglied zu leistende Schadenersatzzahlung durch das einzelne Mitglied 1:1 in Form der Umlage getragen. Laut Stellungnahme der Bezirksregierung ist die beschriebene Vorgehensweise aus kommunalrechtlicher Sicht nicht zu beanstanden. Die Verbandsmitglieder wurden durch den Vorstandsvorsteher informiert.

Darüber hinaus liegen derzeit insgesamt nur wenige Schadensbegehren einzelner sogenannter Drittkunden - Kommunen außerhalb des Verbandsgebietes - vor, deren geltend gemachten Schadenersatzanforderungen mit insgesamt niedriger 6-stelliger Höhe zu beziffern sind.

Ein grundsätzliches Risiko besteht in der Kündigung einzelner Fachverfahren und dem damit verbundenen Einnahmeausfall. Weitere Risikofaktoren, die man zurzeit noch nicht genau benennen und vor allem beziffern kann, resultieren aus der aktuellen Lage im Russland-Ukraine Krieg und den protektionistischen Tendenzen der Weltwirtschaft. Da die Entwicklung von externen Sachverhalten beeinflusst werden kann, ist es für die Südwestfalen-IT schwierig entsprechende Gegenmaßnahmen zu planen.

Über den Geschäftsverlauf einschließlich der Soll-/Ist-Abweichungen werden monatlich der Geschäftsführung Auswertungen zur Verfügung gestellt. Ebenso werden diese Informationen dem Vorstandsvorsteher und seinen Stellvertretern mindestens quartalsmäßig bereitgestellt. Darüber hinaus erfolgt in allen Sitzungen des Verwaltungsrates und der Verbandsversammlung eine Berichterstattung über den Geschäftsverlauf und eine Prognose des Jahresergebnisses. Dabei wird auch die Schwankungsbreite für die Leistungsbereiche (Dienstleistungen) aufgezeigt, die wegen ihrer Struktur stark nachfrageabhängig sind.

Die im Jahr 2024 plangemäß anfallenden zusätzlichen Aufwendungen zur Beseitigung der Krise wurden vollständig durch zusätzliche Erträge auf Basis der von den Gremien im Juni 2024 beschlossenen Nachtragssatzung gedeckt. Ebenso konnte der Verlust aus dem Jahresabschluss 2023 durch einen weiteren Nachtrag aus dem September nahezu ausgeglichen werden. Zusammen mit weiteren flankierenden Maßnahmen sicherte dies die Liquiditätslage des Verbandes. Die Zahlungsfähigkeit war und ist sichergestellt.

Für das Jahr 2025 schließt der Wirtschaftsplan zwar mit einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag i. H. v. TEUR 934,0, jedoch wird der Jahresfehlbetrag durch die Inanspruchnahme der restlichen Breitbandrücklage, die den Verbandsmitgliedern der ehemaligen KDVZ Citkomm zusteht, gedeckt. Risiken, die den Fortbestand der Südwestfalen-IT gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

SIT GmbH

Sonnenblumenallee 3
58675 Hemer

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb von Computer- und Netzwerksystemen, die Entwicklung, Betreuung und Vermarktung von Computerprogrammen sowie die Beratung in technischen und organisatorischen Fragen des Einsatzes von Informationstechnologie für Kommunen und kommunale Einrichtungen auf privatrechtlicher Basis.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck wird durch die Wahrnehmung der im Gegenstand der Gesellschaft verankerten Aufgaben erfüllt.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter: keine – mittelbare Beteiligung des Kreises Soest
2. Geschäftsführung
Mirco Pinkse (ab 03.06.2024)
Jörg Kowalke (bis 03.06.2024)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 2002

Stammkapital: 250.000 €

Handelsregister: Amtsgericht Iserlohn HRB 2686

Gesellschafter: alleiniger Gesellschafter ist der kommunale Zweckverband SIT

Beteiligungen:

	<u>Anteil in %</u>	<u>Anteil in Euro</u>
Cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH	20,00	94.000
govdigital eG		10.000

Die SIT GmbH ist mit einem Geschäftsanteil von 10,0 TEUR und einem Eintrittsgeld von 100,0 TEUR an der govdigital eG mit Sitz in Berlin beteiligt.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	53	117	62
Sachanlagen	36	50	62	61
Finanzanlagen	204	204	204	204
Anlagevermögen	241	307	383	328
Forderungen und sonst. Verm.gegenstände	1.924	1.820	1.302	753
Kassenbestand, Bankguthaben	1.184	541	1.661	2.132
Umlaufvermögen	3.108	2.361	2.963	2.885
Rechnungsabgrenzungsposten	9	6	25	6
SUMME AKTIVA	3.359	2.674	3.371	3.218
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	250	250	250	250
Gewinn-/ Verlustvortrag	1.202	1.202	1.250	1.887
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-147	35	761	369
Eigenkapital	1.305	1.487	2.261	2.506
Rückstellungen	84	430	591	472
Verbindlichkeiten	1.970	757	391	240
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	128	0
SUMME PASSIVA	3.359	2.674	3.371	3.218

Bei den Immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich insbesondere um Lizenzen für Software. Diese haben sich von 53 TEUR auf 1 TEUR reduziert. Durch die Überführung der Mitarbeiter in den Zweckverband sind diese nicht mehr erforderlich.

Die Reduzierung der Rückstellungen begründet sich mit den Steuerrückstellungen (von 152 TEUR auf 0 TEUR) und den sonstigen Rückstellungen (insbesondere „ausstehende Rechnungen von 121 TEUR auf 22 TEUR und „zu erteilende Gutschriften auf Umsätze Cyberkrise“ von 137 TEUR auf 20 TEUR).

Die Verbindlichkeiten haben bei Lieferungen und Leistungen von 492 TEUR auf 1.298 TEUR und gegenüber dem Gesellschafter um 624 TEUR erhöht. Demgegenüber haben sich die sonstigen Verbindlichkeiten von 247 TEUR auf 48 TEUR reduziert.

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	4.469	6.794	13.061	10.407
Sonstige betriebliche Erträge	157	84	70	12
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.054	-2.879	-2.597	-1.362
Personalaufwand	-1.299	-3.283	-8.395	-7.872
Betriebsergebnis	273	716	2.140	1.186
Abschreibungen	-65	-92	-90	-19
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-385	-567	-912	-613
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-3	-11
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	-174	58	1.135	544
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27	-22	-373	-173
Sonstige Steuern	0	-1	0	-1
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	-147	35	761	369

Durch die Überführung der Mitarbeiter in den Zweckverband gingen die Umsatzerlöse in dem Bereich Personalleasing um 2.170 TEUR zurück.

Gleichzeitig reduzierte sich dadurch der Personalaufwand um insgesamt 1.984 TEUR auf 1.299 TEUR. Bei der Reduzierung machten Löhne und Gehälter 1.603 TEUR und Sozialversicherungsbeiträge 357 TEUR aus.

Auszug aus dem Lagebericht der Geschäftsführung 2024

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die SIT GmbH (SIT) ist ein kommunales Unternehmen, das sich als leistungsstarker Partner für digitale Lösungen und Beschaffung im öffentlichen Sektor etabliert hat. Seit dem 01.01.2018 ist der kommunale Zweckverband Südwestfalen IT der alleinige Gesellschafter. Innerhalb des Unternehmensverbunds verantwortet die SIT GmbH den Vertrieb und das Marketing außerhalb des Verbands sowie die vertragliche Bindung aller Kunden. Die Geschäftstätigkeit ist auf Unternehmen des öffentlichen Rechts in Deutschland fokussiert, mit besonderem Schwerpunkt auf Nordrhein-Westfalen.

Geschäftsverlauf und Lage

Für das Wirtschaftsjahr 2024 war für die SIT ein Ergebnis vor Steuern von TEUR 174,0 geplant. Die SIT schließt die Gewinn- und Verlustrechnung 2024 mit einem negativen Jahresergebnis von TEUR 147,0 ab.

Das geplante Umsatzvolumen von TEUR 4.571,0 konnte nicht erreicht werden. Das lag unter anderem daran, dass die Mitarbeitenden früher in den Zweckverband überführt werden konnten und die Erlöse aus der Personalüberlassung um TEUR 264,7 niedriger ausgefallen sind. Gleichzeitig sind die Personalkosten mit TEUR 1.299,0 unter dem

geplanten TEUR 1.505,0 Ansatz geblieben. Setzt man die Umsatzerlöse (TEUR 4.469,3) und die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 157,0) in Höhe von insgesamt TEUR 4.626,3 in das Verhältnis zu den Aufwendungen für Material und für Personal, ergeben sich folgende Kennzahlen (Vorjahreszahlen in Klammern):

Aufwendungen für Personal TEUR 1.299,3 = 28,1 % (TEUR 3.283,1 = 47,7 %)

Aufwendungen für Material TEUR 3.053,9 = 66,0 % (TEUR 2.878,7 = 41,9 %)

Die Gesellschaft hat keine langfristigen Verbindlichkeiten.

Aus der Bilanz ergeben sich folgende wesentliche Kennzahlen zur Finanz- und Vermögenslage (Vorjahreszahlen in Klammern):

- § Anlagevermögen: TEUR 241,4 (TEUR 306,8), entspricht rd. 7,2 (11,5) % der Bilanzsumme
- § Liquide Mittel: TEUR 1.184 (TEUR 541), entspricht rd. 35,3% (20,2) % der Bilanzsumme
- § Investitionen insgesamt: TEUR 0,0 (TEUR 15,4)
- § Abschreibungen insgesamt: TEUR 65,5 (TEUR 91,9)

Die Aufnahme von Kassenkrediten war nicht notwendig. Im Zeitraum 2023/2024 befand sich die GmbH in einer tiefgreifenden Transformationsphase, die sowohl den strukturellen Übergang vom Zweckverband zur GmbH als auch die Bewältigung der Auswirkungen der Cyberkrise umfasste.

Chancen- und Risikobericht

Zusammenfassend ergeben sich für die SIT GmbH Wachstumschancen durch die zunehmende Digitalisierung der öffentlichen Beschaffung und die strategische Nutzung staatlicher Förderprogramme. Gleichzeitig stellen der Fachkräftemangel wesentliche Risiken dar, die durch gezielte Maßnahmen in den Bereichen Personalstrategie und Kostenmanagement proaktiv adressiert werden müssen.

Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland

Aldegrewerwall 24
59494 Soest
Telefon 02921/3641-10
E-Mail studieninstitut.soest@t-online.de
Internet www.studieninstitut-soest.de

Das Studieninstitut wird seit 1926 in der Rechtsform eines Zweckverbandes geführt. Mitglied und Träger sind die Kreise Höxter, Paderborn, Soest, Unna, Warendorf und der Hochsauerlandkreis sowie die Stadt Hamm.

Aufgabe des Institutes ist die Ausbildung und die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mitgliedsverwaltungen. Das Studieninstitut wirkt neben den Berufsschulen mit bei der Ausbildung zu Verwaltungsfachangestellten und nimmt Prüfungen ab. Es führt diverse Lehrgänge, Ausbildungen, Seminare und Fachtagungen durch.

Organe des Unternehmens

1. Vom Kreis Soest benannte Vertreter (Wahlperiode 2020 - 2025)

	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Verbandsversammlung	KT-Abg. Rolf Meiberg	KT-Abg. Karin Adamczewski KT-Abg. Nicola Kiesewalter

2. Verbandsvorsteher

Kreisdirektor Volker Topp

3. Geschäftsführung

Thomas Baumeister (ab 04.04.2025)
Sven Brüggendorst (bis 31.03.2025)

4. Studienleiter

Thomas Baumeister (ab 04.04.2025)
Sven Brüggendorst (bis 31.03.2025)

Die Bewirtschaftung des Produktes „Aus- und Fortbildung“ im Haushalt des Kreises Soest liegt in der Verantwortung von Dezernat 02, Abteilung 18 (Personalentwicklung). Hierzu zählt auch der jährliche Umlagezuschuss an das Studieninstitut.

Die Verbandsumlage 2024 für den Kreis Soest beträgt 120.535 EUR.
Für 2025 sind 119.500 EUR eingeplant.

Stiftung zur Förderung von Bildung, Wissenschaft und Technologie im Kreis Soest (BWT)

Hoher Weg 1-3
59494 Soest
Telefon 02921/ 30-2300
E-Mail: christina.kopmeier@kreis-soest.de
Internet: www.stiftung-bwt.de

Die Stiftung wurde im Jahr 2002 gegründet und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Stiftungsgründer Kreis Soest hat die Stiftung mit einem Vermögen in Höhe von 2,1 Mio. Euro als Startkapital ausgestattet, aus dessen Kapitalerträgen die Förderaktivitäten finanziert werden.

Die Stiftung fördert Projekte in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Technologie mit besonders innovativem Gehalt. Dazu gehören z.B. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der technologischen Wissenschaft, weitere Wissenschaftsprojekte und Maßnahmen in der Aus- und Weiterbildung. Die Stiftung investiert damit in die Zukunft der Region und stärkt die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Kreises Soest.

Seit Gründung der Stiftung konnten in den Jahren 2003 bis 2024 Ausschüttungen von insgesamt ca. 1,49 Mio. € vorgenommen werden, davon in 2024:

- Fachhochschule Südwestfalen (Standort Soest) für Stipendienprogramm „Deutschlandstipendium“ 2025/2026 (sechs Stipendien): **10.800,00 Euro**
- Hochschule Hamm-Lippstadt (Standort Lippstadt) für Stipendienprogramm „Deutschlandstipendium“ 2025/2026 (sechs Stipendien): **10.800,00 Euro**
- Hochschule Hamm-Lippstadt (Standort Lippstadt) für Vollstipendium 2025 i.V.m. Werksstudententätigkeit: **3.600,00 Euro**
- LIZ e.V. Möhnesee für Anschaffungen als außerschulischer Partner im Rahmen des MINT to go Systems des zdi Mint-Schulnetzwerkes Kreis Soest: **5.163,00 Euro**
- Hannah-Arendt-Gesamtschule Soest für Anschaffungen im Rahmen des MINT to go Systems des zdi MINT-Schulnetzwerkes Kreis Soest: **3.563,00 Euro**
- WfG Kreis Soest für das MINT to go-System des zdi-MINT-Schulnetzwerkes Kreis Soest – Förderung der Laborausrüstung und Materialien im Rahmen der MINT-Tage im Kreis Soest: **6.000 Euro**
- Archigymnasium Soest für das BördeBee.net Projekt: **6.790 Euro**
- Archigymnasium Soest für das Make! Zukunftsschulen-Netzwerk: **9.360 Euro**
- Börde-Berufs-Kolleg für das Pilotprojekt Stärkenförderung Dualer Ausbildung: **4.000 Euro**
- Börde-Berufs-Kolleg für die Kompetenzentwicklung im MINT-Bereich durch den Einsatz moderner Technologien in der Elektro- und Gebäudetechnik: **5.965,00 Euro**

Ergibt in Summe für 2023: 66.041 Euro

Zum Erhalt des Stiftungskapitals sind sowohl Spenden als auch Zustiftungen erwünscht. Die Stiftung ist als gemeinnützig anerkannt und befugt, Spendenbescheinigungen über Geldzuwendungen auszustellen.

Bankverbindungen:

Volksbank Beckum-Lippstadt eG IBAN DE47 4166 0124 0000 3332 00

Organe der Stiftung (Stichtag 31.12.2023)

Stiftungsvorstand: Volker Topp (Sprecher)
Mario Deimel (Lippstadt)
Bernd Patzke (Soest)

Stiftungsrat: Landrätin Eva Irrgang (Vorsitz)
KT- Abg. Ulrich Häken,
Aufsichtsratsvorsitzender der Lörmecke-Wasserwerk GmbH
KT-Abg. Matthias Ruthemeyer
KT- Abg. Nicola Kieseewalter
Klemens Münstermann, Vertreter der regionalen Wirtschaft,
Turflon Möbel GmbH & Co. KG
Ferdinand Münstermann, Vertreter der regionalen Wirtschaft,
Büro-Systeme Münstermann GmbH
Christina Kopmeier, Kreisverwaltung

Kuratorium: Dr. Henning Fuchs, Soest
Markus Helms, wfg Wirtschaftsförderung Kreis Soest GmbH
Prof. Dr. Kira Kastell, Hochschule Hamm-Lippstadt
Ulrich Kleinetigges, Vorstand der Sparkasse Hellweg-Lippe
Jörg Malzon-Jessen, Infineon Technologies AG, Warstein
Jörg Nolte, IHK Arnsberg Hellweg-Sauerland
Wilfried Schieffer-Adick, Schieffer GmbH & Co. KG, Lippstadt
Detlef Schönberger, Kreishandwerkerschaft Hellweg-Lippe
Dr. Remco van der Velden, Bürgermeister Stadt Geseke
Manfred Wortmann, Bürgerstiftung Hellweg

Zu den Aufgaben des Vorstands gehören insbesondere die Verwaltung des Stiftungsvermögens, die Vorbereitung und die Durchführung der Beschlüsse des Stiftungsrates über die Vergabe der Stiftungsmittel sowie die Berichterstattung und die Rechnungslegung über die Tätigkeit der Stiftung. Der Vorstand wurde im Jahr 2022 durch Beschluss des Stiftungsrates für 5 Jahre (bis einschließlich 2027) berufen.

Der Stiftungsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Verfolgung der Stiftungszwecke und der Führung der Verwaltungsgeschäfte. Er ist insbesondere zuständig für die Beschlussfassung über die Vergabe der Stiftungsmittel. Der Stiftungsrat besteht aus sieben Personen. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre – die wiederholte Berufung ist zulässig.

Das Kuratorium berät den Vorstand und den Stiftungsrat bei der Verfolgung der Stiftungszwecke. Es kann Vorschläge für die Vergabe von Stiftungsmitteln unterbreiten. Die Geschäftsstelle der Stiftung ist bei der Referentin des Kreisdirektors angesiedelt.

Kontakt: Frau Kopmeier, Telefon: 02921 30-2300, E-Mail: christina.kopmeier@kreis-soest.de

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Westfalen (CVUA-Westfalen)

- Anstalt öffentlichen Rechts -
Westhoffstraße 17, 44791 Bochum
Telefon 0234 / 95 71 94 0
www.cvua-westfalen.de

Rechtlicher Rahmen

Das Chemische- und Veterinäruntersuchungsamt Westfalen (CVUA-Westfalen) wurde auf der Grundlage des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) und der entsprechenden Errichtungsverordnung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 20. Dezember 2013 zum 01. Januar 2014 als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Es ist entstanden aus der Zusammenführung der bisherigen Chemischen Untersuchungsämter der Städte Bochum, Hagen und Hamm, dem Chemischen- und Lebensmitteluntersuchungsamt der Stadt Dortmund sowie dem Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Arnsberg. Sitz der Anstalt ist Bochum.

Träger der Anstalt des öffentlichen Rechts sind neben dem Land Nordrhein-Westfalen die Städte Bochum, Dortmund, Hagen und Hamm, der Ennepe-Ruhr-Kreis, der Hochsauerlandkreis, der Märkische Kreis sowie die Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein, Soest und Unna. Jeder der Trägerkommunen/-kreise hat im Verwaltungsrat einen Sitz und ist mit einer Stimme vertreten; das Land NRW hat zwei Sitze und ist mit der gleichen Anzahl aus der Summe der kommunalen Stimmen, also mit elf Stimmen vertreten. Die Stadt Herne hat sich gegen eine Trägerschaft im CVUA-Westfalen entschieden und ihre Aufgaben im gesamten Bereich der Lebensmittelüberwachung vertraglich auf den Kreis Recklinghausen übertragen. Dieser bedient sich für die aus Herne stammenden Proben der Anstalt als Nutzer.

Das Stammkapital des CVUA Westfalen beträgt 220 TEUR und wird wie folgt gehalten:

	Anteil in %	Anteil in Euro
Land Nordrhein-Westfalen	50,00	110.000
Stadt Bochum	4,55	10.000
Stadt Dortmund	4,55	10.000
Stadt Hagen	4,55	10.000
Stadt Hamm	4,55	10.000
Ennepe-Ruhr-Kreis	4,55	10.000
Hochsauerlandkreis	4,55	10.000
Märkischer Kreis	4,55	10.000
Kreis Olpe	4,55	10.000
Kreis Siegen-Wittgenstein	4,55	10.000
Kreis Soest	4,55	10.000
Kreis Unna	4,55	10.000
Summe	100,00	220.000

Organisation

Der Verwaltungsrat und der Vorstand sind nach § 6 IUAG NRW die Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Untersuchungsanstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht durch Gesetz oder Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Untersuchungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich und stellt somit das geschäftsführende Organ der Organisation dar.

Mitglieder des Vorstandes sind:

Vorstandsvorsitzende:	Frau Birgit Kastner
Vorstandsmitglied:	Herr Dr. Benedikt Brand
Verwaltungsratsmitglied	Dez. Ricarda Oberreuter

Finanzierung

Entsprechend der Regelungen des § 12 Abs. 1 IUAG NRW richten sich die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Prüfung des CVUA-Westfalen nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Die Grundsätze der Finanzierung des CVUA-Westfalen sind in einer Finanzsatzung fixiert.

Die Bewirtschaftung des Produktes „Veterinärdienst“ im Haushalt des Kreises Soest liegt in der Verantwortung von Dezernat 04, Abteilung 39.

**Der CVUA-Finanzierungsanteil 2024 für den Kreis Soest beträgt 1.098.455 EUR.
Für 2025 sind 1.135.000 EUR eingeplant.**

Aufgaben

Die Aufgaben des CVUA-Westfalen sind in § 4 des IUAG NRW und § 34 der Errichtungsverordnung vorgegeben. Der Einzugsbereich der Untersuchungsanstalt umfasst gem. § 29 (3) der ErrichtungsVO den Regierungsbezirk Arnsberg.

Das CVUA-Westfalen untersucht Lebens- und Futtermittel sowie Kosmetika und Bedarfsgegenstände im Auftrag von Behörden der Kreise und kreisfreien Städte des Regierungsbezirkes Arnsberg und des Landes NRW auf Übereinstimmung mit den rechtlichen Anforderungen (u.a. lebensmittel- und futtermittelrechtliche Vorschriften, Chemikaliengesetz, Gentechnikrecht), um die Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Schäden oder Gefahren sowie vor Irreführung und Täuschung zu schützen.

Die Ergebnisse unserer Untersuchungen werden den Auftraggebern in Form von fachlichen und rechtlichen Gutachten oder Prüfberichten mitgeteilt. Außerdem berät das CVUA-Westfalen die genannten Behörden in fachlichen Fragen bis hin zu Stellungnahmen zu Rechtsetzungsvorhaben des Bundes oder der Europäischen Union. Darüber hinaus werden im CVUA-Westfalen Vielfältige veterinärmedizinische Diagnoseverfahren durchgeführt, um Krankheits- oder Todesursachen von Nutz-, Heim- und Wildtieren festzustellen. Damit sollen vor allem eine mögliche Ausbreitung von Tierseuchen in landwirtschaftlichen Beständen oder eine Übertragung von Tierkrankheiten auf die Menschen (Zoonosen) frühzeitig erkannt und bekämpft werden. Zudem dienen diese Untersuchungen auf der Grundlage des Tiergesundheitsgesetzes und des Tierschutzgesetzes dem Tierschutz.

Das CVUA-Westfalen ist nach der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für die Bereiche des Verbraucherschutzes vom 20.12.2007 regierungsbezirksübergreifend Schwerpunktlabor und fachlicher Ansprechpartner für das gesamte Bundesland NRW für folgende Warengruppen:

- Butter
- Fische, Fischzuschnitte, Fischerzeugnisse
- Krusten, Schalen-, Weichtiere
- Fette, Öle
- Suppen, Soßen
- Hülsenfrüchte und Erzeugnisse
- Bedarfsgegenstände zur Reinigung und Pflege
- Futtermittel und tierische Nebenprodukte zur späteren Verwendung als Futtermittel

Zusammen mit dem CVUA -Rheinland bearbeitet das CVUA-Westfalen die kosmetischen Mittel. Ferner nimmt das CVUA-Westfalen als eines von zwei zentralen Mykotoxin-Laboren in NRW die Schwerpunktaufgaben in diesem Bereich wahr.

Aufgrund des am 01.01.2020 vollzogenen Beitritts der Kooperation Düsseldorf/Mettmann zum CVUA Rhein-Ruhr-Wupper wurde die Schwerpunktbildung angepasst („Schwerpunktbildung 2.0“). Das CVUA Westfalen wurde zum alleinigen Kompetenzzentrum für die Futtermitteluntersuchung in NRW und konnte somit seine bereits vorhandenen Kompetenzen gezielt weiter ausbauen. Im Gegenzug wurde der Untersuchungsbereich Getreide und Teigwaren abgegeben und so Kapazitäten für den neuen Untersuchungsschwerpunkt geschaffen. Diese Änderungen bedeutet für das CVUA Westfalen eine Profilschärfung und eine sinnvolle Erweiterung und Bündelung des Untersuchungsspektrums.

Weiterhin wirkt das CVUA-Westfalen mit bei der Ausbildung von Studierenden der Veterinärmedizin und der Lebensmittelchemie, von Veterinärreferendaren/-innen, Lebensmittelkontrolleuren/-innen, Kontroll-Assistenten/-innen, Chemisch-Technischen und Biologisch-Technischen Assistenten/-innen sowie Biologie- und Chemie-Laboranten/-innen, Fachinformatiker/-innen und sonstigen Berufspraktikanten.

Bilanz des Unternehmens (in TEUR)

AKTIVA	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Immaterielle Vermögensgegenstände	136	195	180	142
Sachanlagen	12.385	10.710	8.779	6.410
Finanzanlagen	13.182	12.811	12.535	12.135
Anlagevermögen	25.704	23.716	21.494	18.687
Forderungen und sonstige Verm.gegenstände	354	360	211	355
Kassenbestand, Bankguthaben	784	48	768	2.183
Umlaufvermögen	1.138	408	979	2.538
Rechnungsabgrenzungsposten	543	708	551	309
SUMME AKTIVA	27.385	24.831	23.024	21.534
PASSIVA				
Kapital	220	220	220	220
Kapitalrücklage	3.144	3.144	3.144	3.144
Gewinnrücklagen	2.320	2.158	2.276	2.133
Gewinn- (+) / Verlust (-) vortrag	2.215	2.215	1.832	942
Jahresüberschuss	992	162	265	1.033
Eigenkapital	8.891	7.899	7.737	7.471
Sonderposten für erhaltene Zuschüsse	422	465	152	176
Rückstellungen	14.755	14.216	13.825	13.120
Verbindlichkeiten	3.318	2.252	1.310	767
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	27.385	24.831	23.024	21.534

Der Wert des Anlagevermögens hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.989 TEUR erhöht. Maßgeblich hierfür waren Investitionen in technische Anlagen sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung i.H.v. insgesamt 823 TEUR, sowie der Auszahlung für das Neubauprojekt in Holzwickede von 1.560 TEUR.

Die Aufnahme eines Darlehens (2.000 TEUR) führte zu einer Steigerung der Verbindlichkeiten und gleichzeitig zu einer Erhöhung des Kassenbestandes.

.

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Durchschnittliche Anzahl Mitarbeiter	212	210	207	204

Gewinn- und Verlustrechnung (in TEUR)

	<u>2024</u>	<u>2023</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>
Umsatzerlöse	23.510	21.478	20.410	20.384
Sonstige betriebliche Erträge	295	102	91	78
Materialaufwand	-6.425	-6.395	-6.717	-7.026
Personalaufwand	-9.969	-9.132	-7.929	-6.475
Betriebsergebnis	7.411	6.053	5.855	6.961
Abschreibungen	-955	-966	-956	-1.033
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.519	-5.091	-4.447	-4.057
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	155	286	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-97	-116	-184	-837
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	996	166	268	1.035
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Sonstige Steuern	-4	-4	-3	-2
Jahresüberschuss (+)/ -fehlbetrag (-)	992	162	265	1.033

Der Anstieg bei den Umsatzerlösen um 2.032 TEUR resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Zuweisungen durch die Träger (1.856 TEUR) sowie höheren öffentlich-rechtlichen Erträgen (176 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 192 TEUR erhöht. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Erstattung der Mietnebenkosten für 2023 in Höhe von 216 TEUR infolge zu hoher Vorauszahlungen.

Die immer weiter ansteigende Personalaufwand (von 9.132 TEUR auf 9.969 TEUR) ergibt sich durch den Umstand, dass das bei den personalstellenden Trägern ausscheidende Personal (wie über den Materialaufwand dargestellt) dort nicht nachbesetzt wird und die Neueinstellungen für die Nachbesetzung direkt beim CVUA erfolgen.

Wesentlich für die Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zeigen sich die Aufwendungen für angemietete Gebäude (3.485 TEUR und somit 208 TEUR mehr als im Vorjahr) und der Bereich Instandhaltung, Wartung und Lizenzen für Laborgeräte und EDV (Steigerung von 82 TEUR auf 905 TEUR).

Vorschlag des CVUA-Vorstandes zur Ergebnisverwendung

Im Geschäftsjahr 2024 hat das CVUA einen Jahresüberschuss in Höhe von 992 TEUR erzielt.

Die Investitionsrücklage soll zur Erhaltung der Substanz dienen und verhindern, dass ein Investitionsstau entsteht.

Im Jahr 2024 wurden EDV-Software, Geräte und Anlagen im Wert von 1.025 TEUR (VJ: 1.170 TEUR) angeschafft – und damit 175 TEUR weniger ausgegeben als der genehmigte Investitionsplan (1.200 TEUR).

Das CVUA Westfalen ist zum 01.01.2014 mit Buchwerten in Höhe von 5.927 T€ gestartet. Zum 31.12.2024 beläuft sich das Anlagevermögen mit Ausnahme des Grundstücks, der

Anlagen im Bau (Neubauprojekt) und Finanzanlagen auf 4.510 TEUR. In Addition mit der Investitionsrücklage in Höhe von 1.296 TEUR ergibt sich eine rechnerische „Unterdeckung“ in Höhe von 120 TEUR.

Der Vorstand des CVUA Westfalen wird dem Verwaltungsrat daher vorschlagen, das Ergebnis des Jahres wie folgt zu verwenden:

- Die Investitionsrücklage wird um den Betrag der errechneten Unterdeckung in Höhe von 120 TEUR erhöht.
- Der aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 992 TEUR, anzüglich der Zuführung in die Investitionsrücklage in Höhe von 120 TEUR, resultierende Gewinn in Höhe von 871 TEUR Euro wird gemäß § 3 Abs. 2 der Finanzsatzung in voller Höhe der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der weiterhin bestehende Gewinnvortrag i.H.v. rd. 2,2 Mio € soll ganz oder teilweise mit dem Ziel, die zukünftigen Trägerentgelte nicht oder zumindest weniger stark anheben zu müssen, eingebracht werden.

Auszug aus dem Lagebericht 2024

Das CVUA-Westfalen hat das Wirtschaftsjahr 2024 entsprechend der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 992 T€ abgeschlossen. Geplant war ein Ergebnis von 0,00 €. Somit beträgt die Ergebnisverbesserung 992 T€.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte resultieren hauptsächlich aus Gebühren für Untersuchungen im veterinärmedizinischen Bereich sowie aus Rückstandsuntersuchungen auf dem Gebiet des Fleischhygienerechts gemäß dem nationalen Rückstandskontrollplan.

Die Finanzierung der Anstalt wird im Wesentlichen durch die Entgelte der Träger sichergestellt. Dazu ist gem. § 7 Abs. 2 und 3 der Finanzsatzung eine jährliche Erstattungsordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Nutzer erfolgt dabei einwohnerbezogen auf der Basis der Einwohnerzahlen zum 30.06. des jeweiligen Vor-Vorjahres sowie unter Berücksichtigung des fixen prozentualen Anteils in Höhe von 58,42% (Land NRW: 41,58 %).

Zur Schaffung einer einvernehmlichen und transparenten Regelung sind bei der Kalkulation und Berechnung der Entgelte das Land und die kommunalen Nutzer zu beteiligen. Der zu diesem Zweck eingerichtete Beirat Entgelte - bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Anstalt und der Träger - hat am 25. Oktober 2023 hierzu getagt und Empfehlungen an den Verwaltungsrat ausgesprochen.

In der Sitzung am 01.12.2023 wurde der Verwaltungsrat ausführlich über die Sitzung des Beirates Entgelte informiert. Der Bedarf für eine Entgeltanpassung in Höhe von insgesamt 1.904 T€ (9,39 %) wurde anerkannt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates folgten der Empfehlung des Beirates Entgelte und stimmten diesem Vorschlag zu.

Demnach zahlten die Kreise und kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Arnsberg als kommunale Träger - ebenso wie die Stadt Herne als Nutzer - für das Jahr 2024 ein Entgelt in Höhe von 3,61 € je Einwohner, insgesamt 12.958 T€. Zusammen mit dem Landesanteil von 9.222 T€ ergibt sich eine Gesamtsumme in Höhe von 22.180 T€ (VJ 20.276 T€).

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 2.553 T€ von 24.831 T€ auf 27.385 T€ gestiegen. Gründe dafür liegen vor allem in der Erhöhung des Anlagevermögens sowohl im Bereich der Finanzanlagen (372 T€) als auch für die geleisteten Anzahlungen für den Neubau (1.560 T€), technische Anlagen im Bau (178 T€) sowie Guthaben. Auf der Passivseite stiegen die Rückstellungen für Pensionen (199 T€), die sonstigen Rückstellungen (340 T€), die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (807 T€) und das Eigenkapital (992 T€).

Prognosebericht

Neubauplanung

Wie schon die vergangenen Jahre, werden auch die nächsten Jahre stark durch die Zusammenlegung der bisherigen vier Standorte zu einem gemeinsamen Standort in Holzwickede und dem damit verbundenen Bauvorhaben geprägt werden.

Im Jahr 2024 wurden die Verträge mit dem Projektsteuerer zum 30.04.2024, mit der Laborplanung zum 07.10.2024 und einem Sachverständigen für S¹ und S3 Labore zum 02.09.2024 für die weitere Umsetzung des Neubauprojektes geschlossen. Juristisch wird das Projekt weiterhin durch eine auf Bauverträge und Vergaben öffentlicher Auftraggeber spezialisierte Kanzlei begleitet. Die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Generalplaner Fa. Telluride (ehem. HDR GmbH) wurde inzwischen beendet. Wie am 25.10.2023 vom Verwaltungsrat beschlossen, wurden keine weiteren Leistungen mehr abgerufen. Aktuell werden noch Restarbeiten aus der Leistungsphase 4 abgearbeitet, so dass die Schlussrechnung erst im Frühjahr 2025 erstellt wird.

Mit Datum vom 08.11.2024 wurde vom Bauordnungsamt des Kreises Unna die Baugenehmigung erteilt. In der Zwischenzeit wurde die Entwurfsplanung bewertet und die funktionale Leistungsbeschreibung (FLB) erstellt. Zur Vervollständigung der Planungsgrundlagen sind u.a. die Prüfstatik, die Prüfung Artenschutz, ein Bodengutachten, die Entwässerungsgenehmigung sowie die Laborabluftgenehmigung bearbeitet worden.

Mit Veröffentlichung vom 21. Juni 2024 (ABl. S – 120/2024) hat das CVUA-Westfalen zum Wettbewerb im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb zur Vergabe von Generalübernehmerleistungen (GÜ-Leistungen) aufgerufen. Das Vergabeverfahren ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes nach nicht abgeschlossen.

Wirtschaftsplan 2025

Für das Wirtschaftsjahr 2025 ist eine Entgeltanpassung i.H.v. 4,29 Cent / Einwohner für die Kommunen und eine entsprechende Erhöhung des Landesanteils beschlossen. Somit stehen Gesamterlöse in Höhe von 23.843 T€ und ein positives Finanzergebnis in Höhe von 72 T€ den Gesamtaufwendungen (inkl. Steuern) in Höhe von 23.911 T€ gegenüber. Es ist mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis geplant.

Für die zu erwartende Ausgaben im Zusammenhang mit dem Neubau (Projektsteuerung, Laborplanung, Sachverständige, Untersuchungen etc.) wurden im Investitionsplan für 2025 eine Summe in Höhe von 925 T€ eingeplant. Im November 2024 wurde eine Zwischenfinanzierung für die Bau- und Planungskosten bei der NRW Bank in Höhe von 2.000 T€ aufgenommen.

Risikobericht

Den Begriff „Risiko“ definiert das CVUA Westfalen als etwas, dass das Erreichen eines Zieles ungewiss macht. In der Standardarbeitsanweisung S 0008 wird der Umgang mit Risiken und Chancen beschrieben, die mit Untersuchungstätigkeiten verbunden sind und wie Maßnahmen dazu umgesetzt werden. Ergebnisse aus der Risikoanalyse fließen in die jährliche Managementbewertung. Erforderliche Maßnahmen und die dafür Verantwortlichen werden benannt. Die Risikostrategie ist darauf ausgerichtet, mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen und zu bewerten. Bestandsgefährdende Risiken sind grundsätzlich zu vermeiden.

Das interne Kontrollsystem hat das Ziel, die Sicherheit und Effizienz der Geschäftsabwicklung, die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Übereinstimmung aller Aktivitäten mit Gesetzen und Richtlinien zu gewährleisten. Daraus resultierende Handlungsweisen wie z.B. eine angemessene Funktionstrennung und die Anwendung des Vier-Augen-Prinzips werden im CVUA Westfalen gelebt. Um der Gefahr entgegenzuwirken, dass bei personellen Wechseln ein Wissensdefizit entsteht, werden die wesentlichsten Handlungsanweisungen schriftlich dokumentiert.

Die Entscheidung, einen gemeinsamen Standort zu errichten, stellt Vorstand und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des CVUA in den nächsten Jahren zweifelsohne personell und organisatorisch vor eine große Herausforderung. Die Umsetzungsplanung des Neubaus wird weiterhin sehr anspruchsvoll und sehr zeitintensiv sein, nicht zuletzt auch deshalb, weil es gilt, über vier Standorte hinweg Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzubinden und mitzunehmen.

Die finanziellen Auswirkungen des Bauprojektes werden in den nächsten Jahren weiter zu konkretisieren sein. Zunehmend verlässlicher werdende Kostenschätzungen sowie ein professionelles Baukostencontrolling sind Voraussetzung für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung des CVUA durch die Träger und werden ebenso einen hohen Stellenwert im Rahmen des Bauprojektes einnehmen.

Im Ergebnis liegen aus heutiger Sicht keine Risiken vor, die den Bestand des CVUA Westfalen gefährden.

Finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt (Produkt Beteiligungen)

Beteiligung	2024	2023	2022	2021
Ausgaben (-) / Einnahmen (+)	T€	T€	T€	T€
RLG	-1.396	-1.259	-1.031	-994
WLE	-661	-661	-661	-661
Flughafen Paderborn/Lippstadt	-363	-363	-363	-415
VERKEHR	-2.420	-2.283	-2.055	-2.070
Lörmecke-Wasserwerk	227	227	227	227
Wohnungsbaugenossenschaften	5	5	5	5
Hellweg Radio	0	0	9	142
VER- und ENTSORGUNG	232	232	241	374
wfg Wirtschaftsförderung	-630	-630	-630	-630
DZM	0	-55	-55	-55
TKG	-20	-20	-20	-20
Südwestfalen Agentur	-190	-200	-80	-80
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	-840	-905	-785	-785
Westfälisches Gesundheitszentrum Holding	0	0	0	0
GESUNDHEIT	0	0	0	0
PRODUKT BETEILIGUNGEN	-3.028	-2.957	-2.599	-2.481

Zusätzlich

Für das Projekt Zentrum Digitale Pflege wurde der wfg Wirtschaftsförderung in 2022 einmalig per Kreistagsbeschluss 120 TEUR Anschubfinanzierung in die Kapitalrücklage eingezahlt.

Produkt Beteiligungen

Die vorstehende Tabelle zeigt alle Gesellschaften, die analog zum Kreishaushalt dem Produkt Beteiligungen zugeordnet werden.

Dezentral im Kreishaushalt bewirtschaftet werden die Vereine Regionalagentur Hellweg-Hochsauerland und Sauerland-Tourismus sowie die Wasser- und Zweckverbände.

Die Darstellung der finanziellen Lage dieser „Beteiligungen im weiteren Sinne“ erfolgt daher ausschließlich in den jeweiligen Einzelkapiteln.

Darstellung der „finanziellen Auswirkungen“

Die *Ausgaben* (insb. Einzahlungen in die Kapitalrücklage zum Verlustausgleich) sind negativ, die *Einnahmen* (Gewinnausschüttungen, Zinserträge auf Gesellschafterdarlehen und Dividendenzahlungen auf Genossenschaftsanteile) sind positiv dargestellt.

Analog zu den Regelungen des Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) werden nicht die Zahlungsströme in Form der Zu- und Abflüsse aus dem Haushalt dargestellt, sondern stattdessen *die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen und Erträge* (siehe „Ergebniswirkung im Haushalt“ in den Einzelkapiteln).

Gewinnausschüttungen (siehe insbesondere Lörmecke-Wasserwerk) dürfen im Haushalt erst nach entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung ertragswirksam verbucht werden. Daher erfolgt der Ergebnisausweis erst im Folgejahr des Wirtschaftsjahres, in dem die Beteiligung das Ergebnis realisiert hat.

Abgrenzung Beteiligungsbericht – Jahresabschluss Kreis Soest

Der Jahresabschluss für den Kreis Soest erfolgt teilweise zeitlich *vor* Feststellung der Jahresabschlüsse einzelner Beteiligungen unter Bildung von Rückstellungen für die Verlustausgleiche gemäß Ansatz im Wirtschaftsplan. Daher ergeben sich im IST-Ausweis mitunter *Abweichungen* zur Darstellung im Beteiligungsbericht, der stets die Ergebnisse auf Basis testierter Jahresabschlüsse der Gesellschaften wiedergibt.

Die Anpassung der Aufwandsverbuchung Kreis Soest an die testierten Jahresergebnisse der Beteiligungen *nach* Erstellung des Jahresabschlusses Kreis Soest führt ggf. in Form von Rückstellungsaufösungen oder -zuführungen zu *periodenfremden Einflüssen* auf das IST-Ergebnis im Folgejahr.

Bürgschaften des Kreises Soest

Begünstigter	Darlehensgeber	Höhe der übernommenen Bürgschaft T€	Stand 31.12.2023 T€	Stand 31.12.2024 T€
<u>Ausfallbürgschaften</u>				
RLG	Commerzbank AG Dortmund	500,0	0,0	0,0
	Deutsche Kreditbank AG	1.500,0	483,0	381,3
	Commerzbank AG Dortmund	1.300,0	265,7	136,5
	Deutsche Kreditbank AG	1.000,0	358,9	256,3
	Sparkasse SoestWerl	1.250,0	500,0	375,0
		5.500,0	1.607,6	1.149,1
WLE	Volksbank Beckum-Lippstadt eG	1.199,1	530,3	0,0
	Volksbank Beckum-Lippstadt eG	888,2	510,7	466,3
	Volksbank Beckum-Lippstadt eG	577,3	472,2	439,6
		2.664,6	1.513,2	905,9
Gesundheitszentrum In Bad Waldliesborn	Volksbank Lippstadt eG	770,0	24,4	0,0
Summe verbürgter Darlehen		8.984,6	3.145,2	2.055,0
<u>Verpflichtungserklärungen kvw</u>			59.762,4	62.597,2

